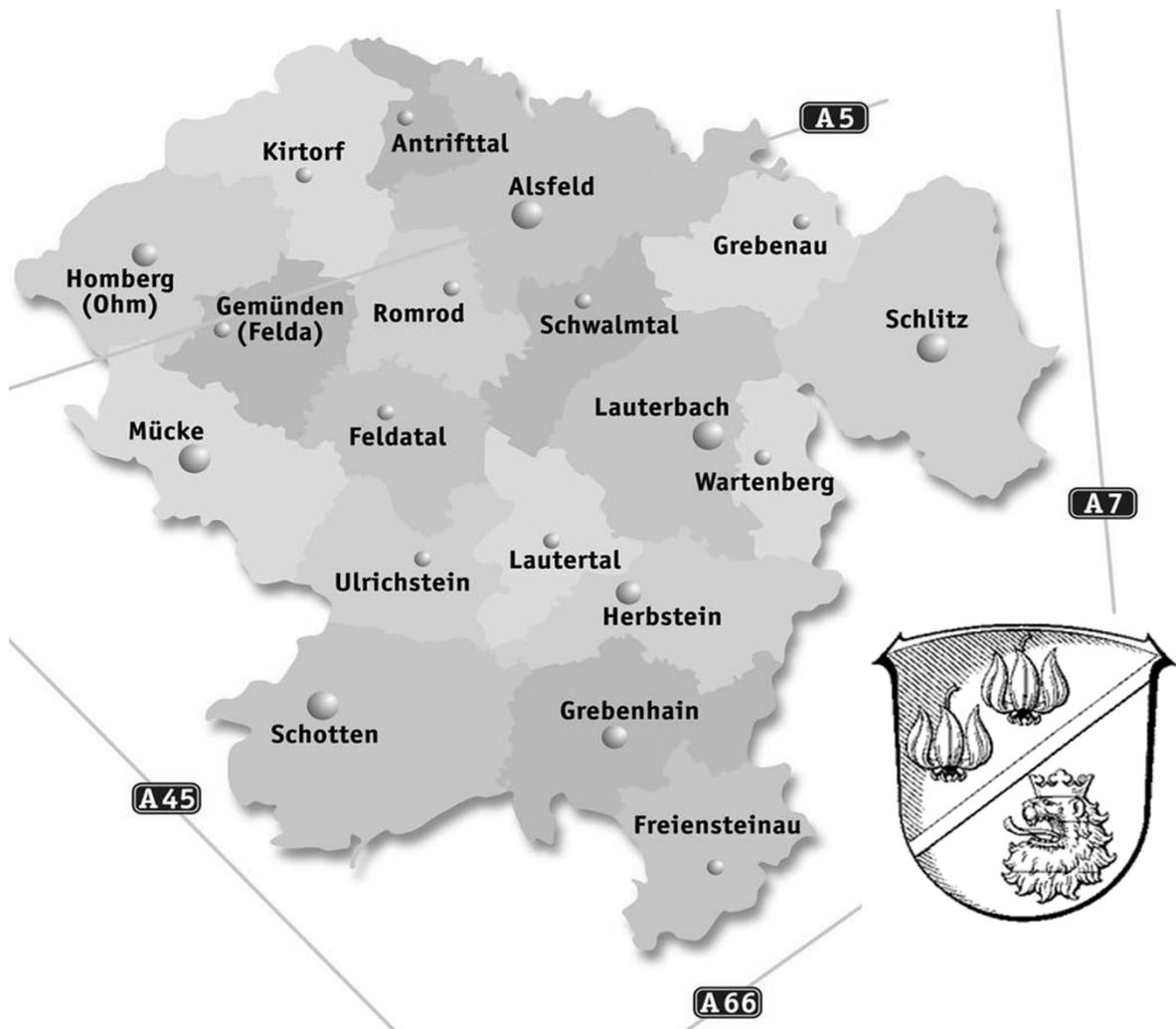


Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017/2018



Vogelsbergkreis

Inhaltsverzeichnis:

	Seiten:
Haushaltssatzung	1 - 2
Vorbericht	3 - 21
Bewirtschaftungsregeln/Haushaltsvermerke	22 - 23
Übersicht über die Produktbereiche	24 - 35
Teilhaushalte:	
10 Organisation und Personal	36 - 58
14 Rechnungsprüfung	59 - 63
20 Finanzen	64 - 89
30 Rechtsangelegenheiten	90 - 92
35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten	93 - 119
40 Schulen und Liegenschaften	120 - 141
43 Volkshochschule	142 - 151
50 Soziale Sicherung	152 - 175
51 Jugend	176 - 191
53 Gesundheitsdienste	192 - 196
63 Bauen und Umwelt	197 - 220
80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz	221 - 228
90 Wirtschaft und ländlicher Raum	229 - 240
Mittelfristige Ergebnisplanung	241
Mittelfristige Finanzplanung	242
Investitionsprogramm	243 - 276
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	277
Übersicht über die voraussichtlichen Verbindlichkeiten	278
Übersicht über die voraussichtlichen Rücklagen und Rückstellungen	279
Übersicht über die Fraktionsmittel	280
Stellenplan	281 - 286
Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung der verbundenen Unternehmen	287 - 290
Haushaltssicherungskonzept 2017/2018	291

Haushaltssatzung 2017 / 2018

Aufgrund des § 52 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618) in Verbindung mit §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618) hat der Kreistag des Vogelsbergkreises am 15.12.2016 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird

im Ergebnishaushalt

	2017	2018
<i>im ordentlichen Ergebnis</i>		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	174.841.730 EUR	177.275.120 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	174.782.350 EUR	177.264.160 EUR
mit einem Saldo von	59.380 EUR	10.960 EUR
<i>im außerordentlichen Ergebnis</i>		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR	0 EUR
mit einem Überschuss von	59.380 EUR	10.960 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.272.000 EUR	3.125.390 EUR
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.278.180 EUR	4.184.620 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.680.390 EUR	11.660.390 EUR
mit einem Saldo von	-6.402.210 EUR	-7.475.770 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.925.210 EUR	7.998.770 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.583.400 EUR	4.653.300 EUR
mit einem Saldo von	2.341.810 EUR	3.345.470 EUR
mit einem Zahlungsmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von	-788.400 EUR	-1.004.910 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2017 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 6.925.210 EUR festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2018 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 7.998.770 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2017 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 5.820.000 EUR festgesetzt.

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2018 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 3.384.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2017 und 2018 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 120.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Hebesätze der von den kreisangehörigen Gemeinden zu erhebenden Umlage werden gemäß § 53 Abs. 2 HKO in Verbindung mit § 50 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) festgesetzt auf:

	2017	2018
1. Kreisumlage	33,79 %	33,96 %
2. Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage)	19,63 %	19,96 %

der ermittelten Umlagegrundlagen.

Die Umlagen werden mit je einem Zwölftel des Jahresbetrags zum 1. eines jeden Monats fällig.

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Unerheblich im Sinne des § 100 Abs. 1 HGO sind

- überplanmäßige Aufwendungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 10.000 EUR, außerplanmäßige Aufwendungen bis zu 10.000 EUR;
- überplanmäßige Auszahlungen bis zu 25 % des Haushaltsansatzes oder 50.000 EUR, außerplanmäßige Auszahlungen bis zu 50.000 EUR;
- Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher, vertraglicher oder tarifvertraglicher Verpflichtung beruhen;
- zahlungswirksame Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen oder sonstige ordentliche Aufwendungen innerhalb eines Budgets, soweit diesen zahlungswirksame Mehrerträge aus privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, Kostenersatzleistungen, Transferleistungen oder sonstigen ordentlichen Erträgen gegenüberstehen;

In Fällen, die keinen Aufschub dulden, kann der Kreisausschuss unbeschadet der Rechte aus Abs. 1 c) und d) über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zum Betrag von 100.000 EUR im Einzelfall bewilligen. Die besondere Dringlichkeit ist dem Kreistag darzulegen.

§ 8

Stellenbesetzungssperre

Für alle frei werdenden Personalstellen gilt eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten. Über eine Wiederbesetzung entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse.

Lauterbach, den 15.12.2016

Vogelsbergkreis
Der Kreisausschuss


(Manfred Görig)
Landrat

Vorbericht zum Haushaltsplan 2017/2018

Dem Haushaltsplan ist ein Vorbericht beizufügen, der in konzentrierter Form einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbeziehung der beiden Vorjahre gibt. Daneben soll der Vorbericht einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Planung und die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vornehmen. Außerdem soll dargestellt werden, welche Auswirkungen sich durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung auf den Landkreis und seine Einrichtungen voraussichtlich ergeben werden.

Der Jahresabschluss 2015 wurde gemäß § 112 Abs. 9 HGO fristgerecht am 28.04.2016 durch den KA aufgestellt. Geprüfte Jahresabschlüsse liegen bisher für die Jahre 2009 bis 2012 vor, am 28.04.2016 wurde der Jahresabschluss 2011 und am 29.09.2016 der Jahresabschluss 2012 durch den Kreistag beschlossen.

Im Jahresabschluss 2015 saldieren sich die Erträge und Aufwendungen zu einem negativen Jahresergebnis von 338 T€. Der Haushaltsplan 2015 ging noch von einem Fehlbedarf in Höhe von rd. 7.678 T€ aus, im Verlauf des Haushaltsjahrs hat sich die Wirtschaftslage des Kreises demnach um rund 7.340 T€ verbessert. Hervorzuheben ist, dass erstmals seit Einführung der Doppik ein positives ordentliches Ergebnis erzielt wurde, die ordentlichen Erträge lagen um 608 T€ über den ordentlichen Aufwendungen. Damit konnte das mit der Schutzschirmvereinbarung angestrebte Ziel erstmals bereits 5 Jahre früher erreicht werden, diese Entwicklung gilt es durch die kommenden Haushalte zu verstetigen.

Die größte Verbesserung entstand dabei im Bereich des Teilhaushalts 20 in Höhe von insgesamt 5,5 Mio. €. Hier wirkten sich im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs die durch höhere Umlagegrundlagen gestiegenen Erträge sowie aus Schullasten- und Soziallastenausgleich zusammen mit einer verminderten LWV-Umlage um 1,4 Mio. € verbessernd aus. Zudem konnten nicht geplante Finanzerträge aus den Beteiligungen am Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und der RhönEnergie Osthessen in Höhe von insgesamt 849 T€ erzielt werden. Weitere Einsparmöglichkeiten in Höhe von 805 T€ ergaben sich durch die anhaltende Niedrigzinsphase auf dem Kreditmarkt. Darüber hinaus konnte eine Rückstellung in Höhe von 2 Mio. € wegen drohender Inanspruchnahme aus der Bürgschaft für das Kreiskrankenhaus aufgelöst werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ergebnisverbesserung lag im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen. Zum einen waren 1.269 T€ weniger an Pensionsrückstellungen zu bilden als zum Zeitpunkt der Planung auf der Basis des damaligen Personalstandes bzw. des Stands der Versorgungsempfänger noch angenommen. Außerdem lagen die Personalaufwendungen ohne Versorgungsleistungen um 239 T€ niedriger als geplant, was sich vor allem aus zeitverzögerten Wiederbesetzungen von Stellen ergab.

Haushaltsjahre 2016 und 2017/2018

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt führt sämtliche geplanten Erträge und Aufwendungen auf und stellt damit Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch des Verwaltungshandelns periodengerecht dar. Aus dem beschlossenen Haushaltsplan 2016 und dem vorliegenden Haushaltsplan 2017/2018 ergibt sich folgendes Bild:

im Haushaltsjahr	2018	2017	2016
• geplante Erträge und Finanzerträge	177.275.120 EUR	174.841.730 EUR	173.767.600 EUR
• geplante Aufwendungen und Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-177.264.160 EUR	-174.782.350 EUR	-172.867.920 EUR
• geplantes Jahresergebnis	10.960 EUR	59.380 EUR	899.680 EUR

Der Gesamtergebnishaushalt stellt sich nach dem amtlichen Muster zu § 2 GemHVO für die Haushaltsjahre 2017/2018 wie folgt dar:

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	712.000	712.000	680.500	850.955,54
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.114.000	4.148.000	3.792.100	3.853.183,30
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	5.092.910	5.137.410	4.864.470	5.010.675,44
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	72.911.900	70.136.900	67.063.990	61.380.111,62
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	47.047.010	47.894.930	49.089.450	34.207.474,23
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.976.780	40.536.810	40.150.220	41.785.606,55
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.481.280	4.538.610	4.511.630	5.454.293,35
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	552.560	550.150	550.470	2.977.652,20
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	175.888.440	173.654.810	170.702.830	155.519.952,23
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-36.182.260	-35.057.920	-32.976.600	-30.085.262,33
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.966.500	-3.056.900	-3.152.460	-1.849.117,33
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.398.980	-23.138.930	-21.923.760	-20.245.921,60
14.	66	Abschreibungen	-7.051.420	-6.764.450	-6.226.500	-8.779.656,73
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-3.313.390	-3.307.370	-4.211.870	-4.389.377,62
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-20.548.400	-19.998.600	-19.384.650	-19.011.314,85
17.	72	Transferaufwendungen	-80.971.960	-80.671.330	-81.321.950	-68.917.959,20
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-400	-400	-380	-19.198,74
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	-174.433.310	-171.995.900	-169.198.170	-153.297.808,40
20.	=	Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)	1.455.130	1.658.910	1.504.660	2.222.143,83
21.	56,57	Finanzerträge	1.386.680	1.186.920	1.141.770	1.224.732,19
22.	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	-2.830.850	-2.786.450	-3.669.750	-2.838.326,01
23.	=	Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)	-1.444.170	-1.599.530	-2.527.980	-1.613.593,82
24.		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	177.275.120	174.841.730	171.844.600	156.744.684,42
25.		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	-177.264.160	-174.782.350	-172.867.920	-156.136.134,41
26.	=	Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr. 25)	10.960	59.380	-1.023.320	608.550,01
27.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	1.923.000	1.163.129,02
28.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-2.109.790,56
29.	=	Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)	0	0	1.923.000	-946.661,54
30.	=	Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)	10.960	59.380	899.680	-338.111,53
	33101,33 201	Nachrichtlich: Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge	0	0	0	-31.004.932,70

Die wesentlichen Positionen des Ergebnishaushalts werden mit ihrem jeweiligen Anteil an den gesamten Erträgen/Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses 2017/2018 aufgeführt und erläutert. Anhand dieser Angaben lassen sich die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten und ihre Bedeutung für die Haushaltslage des Kreises einordnen.

Pos.	Ansatz 2018	%-Anteil	Ansatz 2017	%-Anteil	
01	privatrechtliche Leistungsentgelte	712.000 EUR	0,4 %	712.000 EUR	0,4 %
	Hierzu zählen die Entgeltforderungen, die aufgrund eines zivilrechtlichen Vertragsverhältnisses entstehen, wie z.B. Teilnahmeentgelte für Angebote der Volkshochschule, des Jugendbildungswerks oder der Jugendförderung. Ihr Einfluss auf die Gesamtwirtschaftslage des Kreises ist mit weniger als 1% Anteil an den ordentlichen Erträgen unbedeutend.				
02	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.114.000 EUR	2,3 %	4.148.000 EUR	2,4 %
	Diesen Erträgen liegt ein öffentlich-rechtlich, d.h. unmittelbar durch Gesetz, Verordnung oder Satzung geregelter Leistungsaustausch zugrunde, wie dies bei Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der Fall ist, die für Dienstleistungen im Gesundheits-, Verkehrs- und Bauwesen oder dem Rettungsdienst erhoben werden. Die Entgelte sollen so bemessen sein, dass sie den verursachten Aufwand vollständig abdecken. Von 2017 auf 2018 ist eine geringfügige Reduzierung erkennbar, sie bleiben weiter unter 3% der ordentlichen Erträge und damit ebenfalls von geringer Bedeutung.				
03	Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen	5.092.910 EUR	2,9 %	5.137.410 EUR	2,9 %
	Dazu zählen Erträge, die von Bund, Land, Gemeinden und sonstigen Dritten für erbrachte Leistungen des Kreises geleistet werden, wie beispielsweise Personalkostenerstattungen des Landes aufgrund der Kommunalisierung.				
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0 EUR	0,0 %	0 EUR	0,0 %
	Unter dieser Position sind gegebenenfalls Erträge aus selbst erstellten Sachanlagen zu erfassen.				
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich der Erträge aus gesetzlichen Umlagen	72.911.900 EUR	41,1%	70.136.900 EUR	40,1 %
	Auszuweisen sind hier die Erträge aus den direkt dem Kreis zufließenden Steuern und gesetzlichen Umlagen. Dies sind Jagdsteuer, Kreisumlage und Schulumlage.				
	Wie mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 beschlossen wird die Kreis- und Schulumlage so festgesetzt, dass der Haushaltsausgleich trotz Verwendung eines Teilbetrag der Schlüsselzuweisung unmittelbar im Finanzhaushalt als Einzahlung erreicht werden kann. Die erwartete Hebesatzerhöhung kann trotzdem für 2017 unterbleiben, lediglich in 2018 waren zur Erzielung des Haushaltsausgleichs die Hebesätze von Kreis- und Schulumlage geringfügig um in der Summe 0,5 % anzupassen.				
06	Erträge aus Transferleistungen	47.047.010 EUR	26,5 %	47.894.930 EUR	27,4 %
	Diesen Erträgen liegt kein direkter Austausch in Form von Leistung und Gegenleistung zugrunde, wie es für den Sozialleistungsbereich kennzeichnend ist. In erster Linie werden hierunter Leistungsbeteiligungen anderer Kostenträger, Unterhaltsbeiträge oder Rückzahlungen gewährter sozialer Hilfen gefasst. Von ihrer Bedeutung für die Gesamterträge rangieren sie auf dem 2. Platz.				

Pos.	Ansatz 2018	%-Anteil	Ansatz 2017	%-Anteil
------	-------------	----------	-------------	----------

07	<u>Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeinen Umlagen</u>	40.976.780 EUR	23,1 %	40.536.810 EUR	23,2 %
----	--	-----------------------	---------------	-----------------------	---------------

Es handelt sich vor allem um die allgemeinen und besonderen Finanzzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Daneben sind innerhalb dieser Position im Haushalt auch die Zuweisungen für Ganztagsangebote an Schulen und die Zuweisung zu den Kosten der Grundsicherung im Alter zu finden. Etwa 3/4 der hier veranschlagten Erträge sind Schlüsselzuweisungen nach FAG.

08	<u>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen</u>	4.481.280 EUR	2,5 %	4.538.610 EUR	2,6 %
----	---	----------------------	--------------	----------------------	--------------

Diese Erträge sind nicht zahlungswirksam. Erhaltene, passivierte Investitionszuweisungen, die direkt einem aktivierten Anlagegut zugeordnet werden können (z.B. Zuweisungen für Investitionen in Kreisstraßen) sind linear über dessen Nutzungsdauer aufzulösen und führen dann jährlich zu Erträgen. Die bis 2015 gewährten Investitionspauschalen, die nicht einzelnen Anlagegütern zugeordnet sind, werden dagegen nach § 38 Abs. 4 GemHVO jährlich mit einem Zehntel ihres Ursprungsbetrags aufgelöst.

Insbesondere durch den Wegfall der Schulbau- und Investitionspauschale haben sich die Erträge gegenüber dem Rechnungsergebnis 2015 um rund 1 Mill. € reduziert. Die 2017 erstmals ersatzweise veranschlagte Einzahlung aus an sich dem Ergebnishaushalt zufließenden Deckungsmitteln soll künftig direkt den dadurch finanzierten Schulinvestitionen zugerechnet werden. Die Auflösung dieser Sonderposten beginnt mit der Fertigstellung der jeweiligen Maßnahmen, die daraus generierten Erträge mindern über die Dauer der Abschreibung die Schulumlage.

09	<u>sonstige ordentliche Erträge</u>	552.560 EUR	0,3 %	550.150 EUR	0,3 %
----	--	--------------------	--------------	--------------------	--------------

Hierzu zählen alle dem laufenden Verwaltungshandeln zuzuordnenden Erträge, die nicht von den Positionen 01 – 08 erfasst werden. Dies sind hauptsächlich sogenannte Nebenerlöse, beispielsweise aus Vermietung, Verpachtung und Überlassung, Erlöse aus dem Kantinenbetrieb, Abführungen aus Nebentätigkeiten und Schadensersatzleistungen. Auch wenn die Erträge von 2017 auf 2018 leicht steigen, hat diese Veränderung aufgrund des geringen Anteils an den Gesamterträgen von deutlich unter 1% keinen nennenswerten Einfluss auf die Haushaltssituation des Kreises.

In das ordentliche Ergebnis fließen daneben die Erträge des Finanzergebnisses ein.

21	<u>Finanzerträge</u>	1.386.680 EUR	0,8 %	1.186.920	0,7 %
----	-----------------------------	----------------------	--------------	------------------	--------------

Dazu zählen die Erträge aus Unternehmensbeteiligungen (u.a. RhönEnergie, ZOV) sowie Zinserträge für Geldanlagen oder ausgegebene Darlehen und Mahngebühren. Sie gehören neben den Schlüsselzuweisungen und Umlageerträgen zu den allgemeinen Deckungsmitteln. Die Finanzerträge hatten in den letzten Jahren bereits keinen gewichtigen Anteil mehr an den Gesamterträgen.

Die Aufwendungen des ordentlichen Ergebnisses sind zu gliedern in die ordentlichen Aufwandspositionen des Verwaltungsergebnisses und des Finanzergebnisses. Zum Verwaltungsergebnis gehören:

11	<u>Personalaufwendungen</u>	-36.182.260 EUR	20,4 %	35.057.920 EUR	20,1 %
----	------------------------------------	------------------------	---------------	-----------------------	---------------

Diese umfassen die Entgelte und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung des Tarifpersonals sowie die Besoldungs- und Beihilfeaufwendungen der aktiven Beamtinnen und Beamten. Die Aufwendungen sind in den einzelnen Teilhaushalten nach dem derzeitigen bzw. vorhersehbaren Personalbestand und der geltenden Tarif-, Sozialversicherungs- und Besoldungsrechtslage unter der Annahme einer Tarifierhöhung von 2,35 % in 2017 und 2,5 % in 2018 sowie einer Besoldungserhöhung von jeweils 1 % veranschlagt. Durch die aufgrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde zur Haushaltsgenehmigung 2016 fortgeltende Stellenbesetzungssperre wird sichergestellt, dass jede sich bietende Möglichkeit zur Reduzierung des Aufwands geprüft wird.

Pos.		Ansatz 2018	%-Anteil	Ansatz 2017	%-Anteil
12	Versorgungsaufwendungen	-2.966.500 EUR	1,7 %	-3.056.900 EUR	1,7 %
	Diese umfassen die Verpflichtungen aus den in 2017 bzw. 2018 fälligen Versorgungsbezügen und Beihilfen für die pensionierten Beamtinnen und Beamten, die durch die Versorgungskasse Darmstadt erfüllt werden. Die Versorgungskasse finanziert ihren Aufwand über Umlagen der pensionspflichtigen Körperschaften. Diese Umlage ist als Versorgungsaufwand abzubilden, sie wird für den Planungszeitraum mit 18,75 % veranschlagt.				
	Daneben sind als nicht zahlungswirksame Aufwendungen die Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeansprüche zukünftiger Versorgungsempfänger auszuweisen. Diese Rückstellungen sollen die aus dem Ressourcenaufkommen zu erwirtschaftende Belastung abbilden, der dem Kreis aus Pensions- und Beihilfeansprüchen seiner Beamtinnen und Beamten zukünftig erwachsen kann. Die Rückstellungen werden personenbezogen nach finanzmathematisch qualifizierten Berechnungsmethoden durch die Versorgungskasse ermittelt und jährlich angepasst. Sie reduzieren sich für die Personen, die bereits Versorgungsbezüge erhalten und erhöhen sich für den Personenkreis der noch aktiven Anspruchsberechtigten. Als Versorgungsaufwand ist der Saldo der jährlichen Veränderung der Rückstellungen abzubilden.				
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.398.980 EUR	13,2 %	-23.138.930 EUR	13,2 %
	Unter diese Position wird der gesamte Aufwand für die Unterhaltung, Instandsetzung und den laufenden Betrieb der Grundstücke, Gebäude und Anlagen (Bauunterhaltung, Energie, Fremdreinigung, Entsorgung, Ersatzbeschaffung von Ausstattung) sowie der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf, Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten, Mieten, Schulbetriebsmittel und sonstige von Dritten bezogene Leistungen gefasst.				
14	Abschreibungen	-7.051.420 EUR	4,0 %	-6.764.450 EUR	3,9 %
	Die veranschlagten Abschreibungen auf das vorhandene, abnutzungsfähige Anlagevermögen des Kreises sollen die durch die Nutzung in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 verursachte Wertminderung des Vermögens sichtbar machen. Die Nutzung aller im Hj. 2017 bzw. 2018 voraussichtlich im Betrieb befindlichen Sachanlagen verursacht Wertminderungen				
	- der Gebäude mit schulischer Nutzung	2.582.230 EUR		2.560.870 EUR	
	- der Ausstattung mit schulischer Nutzung	619.890 EUR		627.580 EUR	
	- aus Sonderinvestitionsprogramm 2009	946.490 EUR		946.500 EUR	
	- der sonstigen Gebäude	474.530 EUR		427.860 EUR	
	- der sonstigen Ausstattung	1.301.750 EUR		1.075.520 EUR	
	- der Kreisstraßen	1.126.530 EUR		1.126.120 EUR	
	Die Belastung des ordentlichen Ergebnisses wird teilweise durch korrespondierende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten reduziert, wie diese sind die Abschreibungen nicht zahlungswirksam.				
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-3.313.390 EUR	1,9 %	-3.307.370 EUR	1,9 %
	Dieser Position sind die an andere öffentliche oder private Empfänger zu leistenden Zuwendungen zuzuordnen. Hierzu zählen z.B. die Zuweisungen an Vogelsberg Consult, Vogelsberg Touristik, an Vereine, Verbände, soziale Einrichtungen und an andere Schulträger (Gastschulbeiträge).				
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-20.548.400 EUR	11,6 %	-19.998.600 EUR	11,4 %
	Hier werden insbesondere die Umlageverpflichtungen aus LWV- und Krankenhausumlage sowie die Verbandsumlage für den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg abgebildet. Der weitaus größte Anteil davon entfällt auf die Verbandsumlage an den Landeswohlfahrtsverband (rund 18,3 Mill €).				

Pos.		Ansatz 2018	%-Anteil	Ansatz 2017	%-Anteil
17	Transferaufwendungen	-80.971.960 EUR	45,7 %	-80.671.330 EUR	46,2 %
	Auch den Transferaufwendungen liegt kein Leistungsaustausch zugrunde, es wird vor allem der für Sozial- und Jugendhilfeleistungen entstehende Aufwand abgebildet. Die Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfeträgerschaft bilden zusammen mit der Schulträgerschaft den Kernbereich der gesetzlichen Aufgaben				
18	sonstige ordentliche Aufwendungen	-400 EUR	0,0 %	-400 EUR	0,0 %
	Die Position bildet die Sammelstelle für alle ordentlichen Aufwendungen des laufenden Verwaltungsbetriebs, die nach dem geltenden Kontenplan nicht den Positionen 11 – 17 zugeordnet werden dürfen. Dazu zählen z.B. aus dem laufenden Betrieb entstehende Steuerverpflichtungen wie Grundsteuer.				

Das Finanzergebnis als ein weiterer Teilsaldo des ordentlichen Ergebnisses enthält an Finanzaufwendungen:

22	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	-2.830.850 EUR	1,6 %	-2.786.450 EUR	1,6 %
	Hier wird der gesamte Zinsaufwand der Investitions- und Kassenkredite dargestellt. Planmäßig erfasst werden auch die periodenanteiligen Anspar- und Sonderbeiträge für Kredite aus dem sog. Investitionsfonds B des Landes				

In das geplante Jahresergebnis fließen noch die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen mit ein. Außerordentliche Erträge (z.B. Spenden, Erträge aus Vermögensveräußerungen über Buchwert, periodenfremde Erträge) sind nicht veranschlagt. Außerordentliche Aufwendungen können z.B. in Form von außerplanmäßigen Abschreibungen und Verlusten aus dem Abgang von Vermögensgegenständen unter dem Restbuchwert, periodenfremden Aufwendungen oder anderen selten oder unregelmäßig anfallenden Aufwendungen entstehen.

Die Positionen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA), die zusammengefassten Ertrags- und Aufwandspositionen der Bereiche Sozialleistungen und Personalaufwand sowie die Berechnung der Schulumlage werden nachfolgend auf Grund ihrer Bedeutung für die Wirtschaftslage des Kreises nochmals detailliert dargestellt.

Kommunaler Finanzausgleich

Durch die gesetzliche Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs ergibt sich für das Jahr 2016 nach der endgültigen Festsetzung durch das Finanzministerium vom 26.08.2016 geringfügig abweichend von den im Haushaltsplan 2016 veranschlagten Werten folgendes Bild:

Gegenüberstellung: KFA-Volumen 2016	KFA - alte Rechtslage	KFA – neue Rechtslage	Differenz * neue Rechtslage/ alte Rechtslage
Erträge aus Zuweisungen Land:			
<i>Schlüsselzuweisungen</i>	27.254.731 €	31.292.269 €	4.038.038€
<i>besondere Finanzaufweisungen und Investitionspauschalen:</i>	8.822.666 €	0 €	-8.822.666 €
Zwischensumme Zuweisungen Land:	36.076.897 €	31.292.269 €	-4.784.628 €
Erträge aus Umlagen (alt: 58 %)			
<i>Kreisumlage</i>		44.816.263 €	35,790%
<i>Schulumlage</i>		22.076.299 €	17,630%
Zwischensumme Erträge Umlagen:	63.391.065 €	66.892.562 €	3.501.497 €
Summe Erträge KFA:	99.467.962 €	98.184.831 €	-1.283.131 €
Aufwendungen KFA:			
<i>LWV-Umlage:</i>		17.377.565 €	11,103%
<i>Krankenhausumlage:</i>		1.612.077 €	1,030%
Summe Aufwendungen f. Umlagen:	19.821.550 €	18.989.642 €	831.908 €
Saldo KFA:	79.387.320 €	78.805.176 €	-451.223 €
<u>Abmilderung von Übergangshärten</u> (für Verluste zu alter Rechtslage)	0 €	236.070 €	52,318%
Saldo KFA nach Übergangsregelung:	79.387.320 €	79.314.013 €	-215.153 €

*) negative Werte in der Spalte Differenz stellen jeweils eine Verschlechterung dar

Dem Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen steht der Wegfall der besonderen Finanzaufweisungen und Investitionspauschalen des Landes entgegen. Obwohl diese in der neuen Berechnungssystematik begründete Belastung bei der einmalig für 2016 vom Land vorgenommenen Berechnung des Kreisumlagehebesatzes berücksichtigt wurde, verbleibt in der Summe eine Verschlechterung in Höhe von 1,3 Mill. €, die auch durch die geringere LWV- und Krankenhausumlage nicht vollständig ausgeglichen werden kann.

Angekündigt war zunächst, dass die aus der Neuregelung entstandene Schlechterstellung der Kommunen über einen Zeitraum von 10 Jahren abgemildert werden sollte. Im Hj. 2016 wurde durch diese Zahlung nach § 66 FAG der Verlust des Vogelsbergkreises schließlich auf einen Betrag von 215 T€ reduziert. Für das Ausgleichsjahr 2017 erstellt das Finanzministerium eine solche „Schattenberechnung“ als Vergleich mit der alten Rechtslage nicht mehr. Begründet wird dies mit der ungewissen Entwicklung der Umlagen nach altem Recht infolge veränderter Hebesätze. Damit entfällt auch die Zahlung zur Abmilderung von Übergangshärten nach § 66 FAG. Der Übergangsfonds in Höhe von 95 Mill. € soll in 2017 daher ausschließlich an die kreisangehörigen und kreisfreien Kommunen sowie mit 40 Mill. € an die Landkreise mit Sonderstatusstädten verteilt werden, der Vogelsbergkreis partizipiert damit nicht an dem Übergangsfonds.

Dem Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 liegen die Planungsdaten des Finanzministeriums für die Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich 2017 vom 17.09.2016 zugrunde, für das Jahr 2018 wurde eine lineare Steigerung des KFA-Ausgleichsvolumens von 3 % unterstellt, nachdem der Orientierungsdatenerlass vom 30.09.2016 keine Angaben zur Entwicklung der Umlagegrundlagen für die Folgejahre enthält.

KFA-Volumen	2018	2017
<u>Erträge aus Zuweisungen Land:</u>		
<i>Schlüsselzuweisungen</i>	33.747.700 €	32.764.800 €
<i>Umbuchung in Finanzhaushalt als Ersatz für Schulbaupauschale:</i>	-2.600.000 €	-2.100.000 €
Zwischensumme Zuweisungen Land Ergebnishaushalt:	31.147.700 €	30.664.800 €
<u>Erträge aus Umlagen</u>		
<i>Kreisumlage (2018: 33,96 % / 2017: 33,79 %)</i>	45.836.500€	44.278.600 €
<i>Schulumlage (2018: 19,96 % / 2017: 19,63 %)</i>	26.940.400€	25.723.300 €
Zwischensumme Erträge Umlagen:	72.776.900 €	70.001.900 €
Summe Erträge KFA (Ergebnishaushalt):	103.924.600 €	100.666.700 €
<u>Aufwendungen KFA:</u>		
<i>LWV-Umlage:</i>	18.874.700€	18.324.900 €
<i>Krankenhausumlage:</i>	1.566.200€	1.566.200 €
Summe Aufwendungen f. Umlagen:	20.440.900 €	19.891.100 €
Saldo KFA (Ergebnishaushalt):	83.483.700 €	80.775.600 €

Im Produktbereich 03 „Schulträgeraufgaben“ sind die Produkte 20000 bis 24310, die direkt zugeordneten Erlöse und Aufwendungen des Produktes 11160 „Gebäudemanagement“, die Schulumlage sowie die Erlöse und Kosten aus der Internen Leistungsverrechnung wie in den Vorjahren berücksichtigt worden. Die Produktübersicht zum Produktbereich 03 weist unter der Position 7 einen negativen Wert für Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke aus. An dieser Stelle wird die erstmals vorgenommene Überführung eines Teils der Deckungsmittel in den Finanzhaushalt als Ersatz der seitherigen Schulbaupauschale (2017: 2,1 Mio. €, 2018: 2,6 Mio. €) sichtbar, die hier – als Minderung der im Produktbereich 16 zunächst vollständig veranschlagten Schlüsselzuweisung – als negativer Ertrag gebucht wird. Da dieser Anteil direkt einer Schulbaumaßnahme als sogenannter Sonderposten zugeordnet wird, reduzieren die über den Abschreibungszeitraum entstehenden Erträge zukünftig die Schulumlage. Konsequenterweise wird deshalb auch der im Ergebnishaushalt durch die geänderte Buchungspraxis entstehende Finanzbedarf in die Schulumlageberechnung einbezogen.

Dadurch sowie durch die Anhebung der Schulbauunterhaltungsmittel um 320 T€ erhöht sich der Hebesatz der Schulumlage im Hj. 2017 um 2 % im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitiger Absenkung der Kreisumlage. Im Folgejahr 2018 erhöhen sich die Überführung in den Finanzhaushalt um 500 T€, die Bauunterhaltungsmittel um weitere 330 T€, der Schulumlagehebesatz steigt dadurch um 0,33 % an. Durch die ebenfalls leichte Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes (0,17 %) steigt die Umlagebelastung der Städte und Gemeinden summarisch um 0,5 %Punkte.

Sozial-/Transferaufwand

Die Entwicklung des vom Vogelsbergkreis als örtlichem Träger der Sozial- und Jugendhilfe aufzubringenden Aufwands für Sozialleistungen in den Teilhaushalten 50 und 51 stellt sich zusammenfassend wie folgt dar:

E	Ertrag	HH-Ansatz	HH-Ansatz	HH-Ansatz	Rechn.-Erg.
A	Aufwand	2018	2017	2016	2015
E	Erstattung Transferaufwendungen	49.227.450 €	50.247.530 €	50.698.060 €	38.367.641 €
A	Transferaufwendungen	-80.971.960 €	-80.671.330 €	-81.321.950 €	-68.917.959 €
E/A	Nettobelastung	-31.744.510 €	-30.423.800 €	-30.623.890. €	-30.550.318 €

Die Veränderungen ergeben auf das Vorjahr bezogen absolut und prozentual:

E A	Ertrag Aufwand	Veränderung 2018 - 2017	Veränderung in %	Veränderung 2017 - 2016	Veränderung in %
E	Erstattung Transferaufwendungen	-1.020.080 €	-2,0	-450.530 €	-0,9
A	Transferaufwendungen	300.630 €	0,4	-650.620 €	-0,8
E/A	Nettobelastung	1.320.710 €	4,3	-200.090 €	-0,7

Die vorstehende Darstellung bezieht sich auf die reinen Transferleistungen sowie die direkt darauf anzurechnenden Erträge (ohne den Verwaltungskostenbeitrag SGB II aber zuzüglich der Erstattung der Grundsicherungsleistungen SGB XII). In der Betrachtung des sich daraus ergebenden Zuschussbedarfs wird für 2017 eine leichte Entlastung des Haushaltsansatzes zum Vorjahr, in 2018 dagegen eine deutliche Belastung erwartet. Im Aufgabenfeld Sozialträgerschaft steigt der Bedarf von 13,5 Mio. € in 2016 über 13,7 Mio. € in 2017 auf 15,0 Mio. € in 2018 an, im Aufgabenfeld Jugendhilfeträgerschaft wird dagegen mit einer leichten Reduzierung von 17,1 Mio. € in 2016 auf 16,7 Mio. € in den beiden Planjahren kalkuliert..

Die vorstehende Abbildung stellt ausschließlich auf die reinen Sozialleistungen ab, nicht mitbetrachtet wird der Personal- und der Verwaltungsaufwand. In beiden betroffenen Teilhaushalten sind, wie den Ausführungen unter dem folgenden Berichtsteil Personal- und Versorgungsaufwendungen entnommen werden kann, bereits im laufenden Jahr Veränderungen im Personalbestand eingetreten und weitere für das Planjahr 2017 erforderlich. Nachfolgend wird zusammenfassend dargestellt, wie sich der Gesamtzuschussbedarf aus Sozial- und Jugendhilfeträgerschaft unter Einbeziehung des Personal- und Sachaufwands gestaltet. Außerdem wird der auf den Kreis entfallende Aufwand des überörtlichen Sozialhilfeträgers hier nachrichtlich aufgeführt. Alles gemeinsam ergibt den Zuschussbedarf des Sozialtats.

TH	Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand)	HH-Ansatz 2018	HH-Ansatz 2017	HH-Ansatz 2016	Rechn.-Erg. 2015
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	-19.854.530 €	-18.427.720 €	-16.244.370 €	-16.547.574 €
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	-20.400.910 €	-20.124.050 €	-20.965.300 €	-19.901.207 €
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	-40.015.330 €	-38.581.660 €	-37.209.670 €	-36.448.781 €
	LWV-Umlage überörtlicher Träger	-18.874.700 €	-18.324.900 €	-17.654.370 €	-17.298.344 €
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	-59.130.140 €	-56.876.670 €	-54.864.040 €	-53.747.125 €

TH	Zuschussbedarf Sozialetat (einschließlich Personal- und Sachaufwand)	Veränderung 2018 - 2017	Veränderung in %	Veränderung 2017 - 2016	Veränderung in %
50	Sozialhilfe örtlicher Träger	1.426.810 €	7,7	2.183.350 €	13,4
51	Jugendhilfe örtlicher Träger	276.860 €	1,4	-841.250 €	-4,0
	Summe Zuschussbedarf örtlicher Träger	1.703.670 €	4,4	1.342.100 €	3,6
	LWV-Umlage überörtlicher Träger	549.800 €	3,0	356.026 €	3,8
	Summe Zuschussbedarf Sozialetat insgesamt	2.253.470 €	4,0	1.116.915 €	3,7

Unter Einbeziehung aller Aufwands- und Ertragsarten zeigt sich, dass die Veränderung im Bereich des Sozialtats von 2015 auf 2018 in beiden Bereichen deutlich stärker ausfällt. Insbesondere die der Flüchtlingssituation geschuldeten höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen belasten das Ergebnis, wobei sich dies im Jugendhilfebereich weniger auswirkt, weil dort eine weitgehende Kostenerstattung sowohl des Transfer- als auch des Personalaufwands erfolgt. Beim Vergleich mit dem Rechnungser-

gebnis 2015 muss für beide Teilhaushalte bedacht werden, dass die besonderen Finanzaufweisungen (Sozialhilfe- und Jugendhilfelausgleich) seit 2016 weggefallen sind. Allein daraus resultiert eine Belastung von 1,9 Mio. €. Auch der Vergleich mit dem Haushaltsansatz 2016 wird verzerrt durch die in 2016 zu veranschlagende, rückwirkende Erstattung höherer LAG-Leistungen.

Die Darstellung zeigt, dass die Belastung des Kreishaushalts allein aus dem Sozialetat massiv angestiegen ist und die zwischen Bund und Ländern vereinbarte kommunale Entlastung im Haushalt des Kreises noch keine rechte Wirkung entfaltet. Die erhöhten Bundesanteile an den Kosten der Unterkunft sind in den Haushaltsansätzen bereits berücksichtigt während die über die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils transportierte Entlastung zunächst ab 2018 den kreisangehörigen Kommunen zu gute kommt und sich erst ab 2019 über höhere Umlagegrundlagen im Kreishaushalt niederschlagen wird.

Weitergehende Erläuterungen sind in den Teilhaushalten 50 und 51 den beigefügten Produktbeschreibungen zu entnehmen.

Personal- und Versorgungsaufwand

Da die Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt dezentral in allen Teilhaushalten zu veranschlagen, jedoch in der Summe gegenseitig deckungsfähig sind, bietet es sich im Sinne eines vollständigen Überblicks an, die Positionen hier im Vorbericht ausführlich darzustellen und die summarischen Abweichungen zum Vorjahr hier zu erläutern. Auf separate Erläuterungen zu den einzelnen Positionen in den Teilhaushalten wird verzichtet. Die Erläuterungen beziehen sich auf die tabellarische Zusammenstellung der folgenden Seite.

Die Entwicklung des gesamten Personalaufwands geben die folgenden Tabellen wieder. Die komprimierte Darstellung fasst die Entwicklung des Personalaufwands mit der Unterscheidung nach zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zusammen:

A	Aufwand	HH-Ansatz 2018	HH-Ansatz 2017	HH-Ansatz 2016	Re.-Erg. 2015
A	kalkulierter zahlungswirksamer Aufwand	-38.444.070 €	-37.107.040 €	-34.848.200 €	-32.306.073 €
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	-704.690 €	-1.007.780 €	-1.280.860 €	371.694 €
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	-39.148.760 €	-38.114.820 €	-36.129.060 €	-31.934.379 €

Die Veränderung zum jeweiligen Vorjahr absolut und prozentual beträgt:

A	Aufwand	Veränderung 2018 - 2017	Veränderung in %	Veränderung 2017 - 2016	Veränderung in %
A	kalkulierter zahlungswirksamer Aufwand	1.337.030 €	3,6	2.258.840 €	6,5
A	Rückstellungen Versorgung und Altersteilzeit	-303.090 €	-30,1	-273.080 €	-21,3
A	Summe Personal- und Versorgungsaufwand	1.033.940 €	2,7	1.985.760 €	5,5

Die Minderung der Rückstellungen aus der Versorgung und der Altersteilzeit in Höhe von 30,1% zum Vorjahr 2017 bzw. in Höhe von 21,3% zum Vorjahr 2016 resultiert insbesondere aus geringeren Pensionsrückstellungen weil mehrere Beamte vorzeitig in den Ruhestand gewechselt sind. Die Berechnung der Rückstellungen wird durch die Versorgungskasse vorgenommen.

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Personalaufwendungen				
62000000		Entgelte Beschäftigte	-22.546.900	-21.754.620	-20.248.070	-18.276.788,96
62001000		Leistungsentgelte	-346.940	-338.580	-327.900	-319.010,74
62002000		Entgelte für Beschäftigte in Altersteilzeit	-68.760	-75.280	-43.470	-140.909,33
62003000		Aufstockungsbetrag für Beschäftigte in Altersteilzeit	-12.910	-15.040	-18.810	-44.670,96
62004000		Inanspruchnahme Rückstellung f. Altersteilzeit	66.390	16.070	0	185.753,19
64800000		Zuführung zur Rückstellung f. Altersteilzeit	-26.570	-45.450	-68.560	-10.937,15
62005000		Rückstellung für auszahlende Überstunden	0	0	0	28.048,72
62010000		Entgelt Azubis/Prakt.	-292.070	-273.850	-218.180	-201.446,17
		Entgelte Arbeitnehmer gesamt	-23.227.760	-22.486.750	-20.924.990	-18.779.961,40
63000000		Dienstbezüge Beamte	-5.866.960	-5.706.080	-5.626.060	-5.431.885,85
63002000		Dienstbezüge Beamte in Altersteilzeit	0	0	0	-8.027,25
63003000		Aufstockungsbetrag für Beamte in Altersteilzeit	0	0	0	-3.058,85
63100000		Dienstbezüge für Beamte im Vorbereitungsdienst	-90.240	-106.770	-149.270	-125.139,83
		Bezüge Beamte gesamt	-5.957.200	-5.812.850	-5.775.330	-5.568.111,78
65300000		Aufwendungen f. personenbez. Versicherungen	-74.000	-74.000	-74.000	-59.560,32
65900000		Übrige sonstiger Personalaufwand	-60.160	-60.160	-55.650	-54.077,67
65999900		Globale Minderausgaben Personal	0	0	0	0,00
		Sonstiger Personalaufwand	-134.160	-134.160	-129.650	-113.637,99
		Zwischensumme: 62, 63, 65	-29.319.120	-28.433.760	-26.829.970	-24.461.711,17
64900000		Beihilfen Bezügebereich	-210.800	-210.800	-210.800	-277.282,28
64910000		Beihilfen Entgeltbereich	-12.000	-12.000	-12.000	-10.317,69
		Beihilfen gesamt	-222.800	-222.800	-222.800	-287.599,97
64000000		AG-Anteil zur Sozialversicherung	-4.531.330	-4.373.540	-4.069.010	-3.596.162,11
64010000		AG-Anteil zur SV Azubi	-58.210	-53.460	-43.380	-38.752,84
64002000		AG-Anteil zur SV f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-22.490	-24.070	-8.670	-49.655,59
64200000		Beiträge zur BG/Unfallversicherung	-97.410	-97.410	-85.790	-85.725,71
64210000		Beiträge zur BG/Unfallversicherung - Azubis	-5.000	-5.000	-2.500	-2.592,64
		Soziale Abgaben, BG/Unfallvers. gesamt	-4.714.440	-4.553.480	-4.209.350	-3.772.888,89
64700000		ZVK Entgeltbereich	-1.897.090	-1.820.190	-1.697.830	-1.529.642,37
64702000		ZVK f. Beschäftigte in Altersteilzeit	-10.320	-9.920	-2.670	-21.773,68
64710000		ZVK Azubis	-18.490	-17.770	-13.980	-11.646,25
		ZVK gesamt	-1.925.900	-1.847.880	-1.714.480	-1.563.062,30
		Zwischensumme: 64	-6.863.140	-6.624.160	-6.146.630	-5.623.551,16
		Personalaufwendungen insgesamt	-36.182.260	-35.057.920	-32.976.600	-30.085.262,33
		Versorgungsaufwendungen				
64410000		Beihilfen an Versorgungsempfänger	-150.000	-150.000	-113.500	-152.258,91
6452		Aufwendungen an Pensions- u. Unterstützungskassen	-2.071.990	-1.928.500	-1.826.660	-1.865.687,42
64600000		Zuführung zu Pensionsrückstellungen	-744.510	-978.400	-1.212.300	168.829,00
=		Summe der Versorgungsaufwendungen	-2.966.500	-3.056.900	-3.152.460	-1.849.117,33
=		Personal-/Versorgungsaufwand insgesamt	-39.148.760	-38.114.820	-36.129.060	-31.934.379,66
		nachrichtlich:				
150631		Zuführung Versorgungsrücklage aktive Beamte	46.890	44.570	43.190	40.806,56
150632		Zuführung Versorgungsrücklage -Versorgungsempfänger	51.640	47.720	32.730	48.798,38
		Summe Versorgungsrücklage	98.530	92.290	75.920	89.604,94

Nachfolgend werden die wesentlichen Gründe für die Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr dargestellt. Für die Ansätze 2017 sind dies:

Erläuterung der Veränderungen Personal- und Versorgungsaufwand	2017
Tariferhöhung ab 01.02.2017 = 2,35 %	563.470 €
Leistungsentgelterhöhung	15.550 €
Erhöhung / Azubi Mehreinstellung 5 auf 7 davon 1 EDV	71.530 €
Beiträge zur Unfallversicherung	12.000 €
Übernahme von 4 Auszubildenden ab 07/2017	126.800 €
Summe tarifliche Veränderungen	789.350 €
Besoldungserhöhung 1 % für 2017	58.000 €
Erhöhung der Umlage VK von 18,25 auf 18,75 % und zusätzliche Beamte	101.840 €
Rückgang der Pensionsrückstellung	-233.900 €
Erhöhung Beihilfe	35.000 €
Beförderungen	21.000 €
Summe Veränderungen Beamte	-18.060 €
Haupt- und Personalamt	
Vorzimmer Nachbesetzung aufgrund Altersteilzeit	52.690 €
Sachgebietsleitung Organisation	53.000 €
Stelle EDV	52.310 €
Stundenaufstockung für internen Brandschutz	9.000 €
Amt für Finanzen und Kassenwesen	
1/2 Stelle zusätzliche Übernahme Azubi	20.560 €
Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheit	
Verstärkung in EG 8 Stellen	109.230 €
1 Stelle gehobenen Dienst für 2017	57.010 €
Amt für Soziale Sicherung	
1 Stelle TVöD EG 9 a , SG Grundsicherung im Alter u. Erwerbsminderung	52.690 €
1/2 Stelle A 11 Widerspruchsstelle SGB XII / WOGG	29.560 €
1 Stelle TVöD EG 9 a LSB / SGB II	52.680 €
1 Stelle TVöD EG 9 b PAP, SGB II	54.010 €
Amt für Schulen und Liegenschaften	
zusätzliche Ingenieursstelle seit 06/2016	53.970 €
Erweiterung päd. Mittagsbetreuung und betreute Grundschule	15.850 €
Betreuung Sportplatz Adolf-Spieß-Turnhalle (vorher Sachaufwand)	10.930 €
Einsparungen Reinigung durch Ausscheiden	-101.770 €
Gesundheitsamt / AAO	
1/2 Stelle Übernahme Azubi für 2 Jahre in 2016	22.500 €
Jugendamt	
0,25 Stellenanteile Leitung ASD	57.830 €
0,26 Stellenanteile Jugendhilfeplanung	
0,49 Stellenanteile Controlling	
1/2 Stellenanteil unbegleitete minderjährige Ausländer	29.560 €
1 Stelle im Vormundschaftswesen u. wirtschaftliche Jugendhilfe	57.830 €
1 Stelle im Sachgebiet Grundsatz und Aufsichtsangelegenheiten EG	48.190 €
0,65 Stellenanteile Sexualisierte Gewalt	44.980 €
Volkshochschule	
4 VZ-Stellen Lehrkräfte	240.180 €

1/2 Stelle Verstärkung Leitung Sachbereich Deutsch / Pädagogische Fachkraft	34.300 €
1/2 Stelle Verstärkung Leitung Sachbereich Deutsch/ Verwaltung	22.270 €
Amt für Bauen und Umwelt	
Stundenaufstockung 3 Wochenstunden	3.000 €
Amt für Wirtschaft und ländlichen Raum	
personeller Mehrbedarf / Wirtschaftsförderung EG 13 in 2016 (A 12)	14.000 €
Stundenaufstockungen	11.180 €
Summe	1.878.830 €
<i>davon Mehrbedarf aus Tarif- und Besoldungserhöhung</i>	<i>621.470 €</i>
<i>davon Mehrbedarf für die Betreuung der Flüchtlinge/Asyl:</i>	<i>739.320 €</i>

Im Vergleich zum Ansatz 2017 erhöht sich der Aufwand in 2018 um rund 1 Mill. €. Dies begründet sich hauptsächlich aus folgenden Positionen:

Erläuterung der Veränderungen Personal- und Versorgungsaufwand	2018
Tariferhöhung ab 01.03.2018 = 2,5 %	605.370 €
Leistungsentgelterhöhung	10.740 €
Entgelte Azubi	23.420 €
Übernahme 5 weitere Azubi 2018	201.580 €
Summe tarifliche Veränderungen	841.110 €
Besoldungserhöhung 1 % für 2018	58.700 €
Erhöhung der Umlage VK von 18,25 auf 18,75 % und zusätzliche Beamte	143.490 €
Rückgang der Pensionsrückstellung	-233.890 €
Übernahme von 4 Inspektoranwärter 2017 und 3 in 2018 - abzüglich Ausscheiden	102.000 €
Summe Veränderungen Beamte	70.300 €
Haupt- und Personalamt	
zusätzliche Stelle EDV / 2 Jahresvertrag	25.050 €
Amt für Soziale Sicherung	
zusätzliche Bass-Studentinnen	77.100 €
Amt für Bauen und Umwelt	
Ingenieurstelle - Kreisstraßen	66.810 €
Summe	1.080.370 €
<i>davon Mehrbedarf aus Tarif- und Besoldungserhöhung</i>	<i>664.070 €</i>

Wie aus den vorstehenden Tabellen ersichtlich wird bei der Bedarfsermittlung eine Erhöhung der Besoldung der Beamten von 1% und eine Tariferhöhung für die Beschäftigten von 2,35 % in 2017 berücksichtigt, dies entspricht dem gültigen Tarifabschluss bzw. Besoldungsregelung. Für 2018 wird eine Tariferhöhung von 2,5 % und eine Besoldungserhöhung von 1 % unterstellt.

Die in den genannten Bereichen anzupassende Personalausstattung ist jeweils dringend erforderlich damit die Aufgabenerfüllung auch zukünftig ordnungsgemäß erfolgen kann.

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
		2018	2017	2016	
		EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5	6
1.	+ Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushalts	10.960	59.380	899.680	-338.111,53
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	7.051.420	6.764.450	6.226.500	6.759.954,73
3.	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-4.481.280	-4.538.610	-4.511.630	-5.454.293,35
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	704.690	1.007.780	1.280.860	-1.801.622,11
5.	+/- Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	554.261,34
6.	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	0	0	0	0,00
7.	+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	574.900	576.300	574.700	3.307.791,83
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-735.300	-597.300	-598.000	-4.408.929,02
9.	= Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	3.125.390	3.272.000	3.872.110	-1.380.948,11
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.168.620	4.263.180	1.583.000	4.178.217,65
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	16.000	15.000	20.000	50,00
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-11.561.860	-10.588.100	-5.894.300	-4.687.566,59
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	15.000,00
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)	-98.530 0	-92.290 0	-75.920 0	-489.604,94 0,00
15.	= Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 14)	-7.475.770	-6.402.210	-4.367.220	-983.903,88
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	7.998.770	6.925.210	4.890.220	834.000,00
17.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-4.653.300	-4.583.400	-4.560.200	-4.574.582,51
18.	= Zahlungsmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Nr. 16 und Nr. 17)	3.345.470	2.341.810	330.020	-3.740.582,51
19.	+ Einzahlungen aus fremden Mitteln	0	0	0	204.419.165,93
20.	+ Auszahlungen aus fremden Mitteln	0	0	0	-198.314.694,99
21.	= Zahlungsmittelfluss des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19 ./ 20)	0	0	0	6.104.470,96
22.	= Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 9, 15, 18 und 21)	-1.004.910	-788.400	-165.090	-963,54
23.	+ Geplanter Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	-572.658	215.742	-8.848.712	381.795,76
24.	= Geplanter Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 22 und Nr. 23)	-1.577.568	-572.658	-9.013.802	380.832,22

Finanzhaushalt

Der Gesamtfinanzhaushalt enthält alle im Haushaltsjahr zahlungswirksamen Vorgänge (Einzahlungen und Auszahlungen) und stellt somit den Zu- und Abfluss der liquiden Mittel dar. Der Finanzhaushalt nach der indirekten Methode wird in nachfolgende Teilsalden gegliedert:

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
a) <u>Zahlungsmittelfluss aus laufender</u>		
<u>Verwaltungstätigkeit</u> (Pos.9)	3.125.390 EUR	3.272.000 EUR
Dieser bildet die Finanzierungsmittel ab, die aus laufender Tätigkeit ohne Einsatz von Fremdmitteln zur Verfügung stehen. Er soll der Maßstab für die Finanzierungskraft der Kommune sein. Ein ausgeglichenes Jahresergebnis des Ergebnishaushalts wird in der Regel dazu führen, dass der Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit nach Bereinigung nicht zahlungswirksamer Größen positiv ist.		
Bei einer gesunden Finanzwirtschaft sollte der positive Saldo mindestens so hoch sein, dass davon die Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten (Pos. 17) abgedeckt werden können, in diesem Fall könnte der Finanzmittelbedarf ausgeglichen dargestellt werden, die Kreiskasse wäre im kommenden Haushaltsjahr in der Lage, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ohne dauerhaft Kassenkredite in Anspruch nehmen zu müssen.		
b) <u>Zahlungsmittelfluss aus</u>		
<u>Investitionstätigkeit</u> (Pos. 15)	-7.475.770 EUR	-6.402.210 EUR
Er stellt alle vermögenswirksamen Ein- und Auszahlungen dar. Dieser Teilsaldo wird in der Regel negativ sein. Er stellt gleichzeitig die Obergrenze für die Aufnahme von Investitionskrediten dar.		
c) <u>Zahlungsmittelfluss aus</u>		
<u>Finanzierungstätigkeit</u> (Pos. 18)	3.345.470 EUR	2.341.810 EUR
Dieser Teilsaldo weist durch die Gegenüberstellung der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Auszahlung aus der Tilgung von Krediten bei einem negativen Saldo den Schuldenabbau, bei einem positiven Saldo die jährliche Nettoneuverschuldung aus.		
d) <u>Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/</u>		
<u>Zahlungsmittelbedarf</u> (Pos. 22)	-1.004.910 EUR	-788.400 EUR
Er wird gebildet aus der Summe der Teilsalden a) - c) und gibt bei negativem Vorzeichen einen Hinweis auf die Höhe der (zusätzlich zum Bestand am Anfang des Jahres) benötigten Kassenkredite, ein positiver Betrag würde den Abbau bestehender Kassenkredite ermöglichen.		

Saldiert mit dem voraussichtlichen Bestand der Zahlungsmittel zum Beginn des Jahres erhält man den voraussichtlichen Zahlungsmittelbestand. Der planerische Vortrag des Zahlungsmittelbestands zu Beginn des Jahres berücksichtigt den Endbestand gemäß dem Ergebnis 2015 sowie den geplanten Zahlungsmittelbedarf des Vorjahres. Er gibt an, um welchen Betrag sich der in der Bilanz 2015 ausgewiesene Bestand der Kassenkredite (94.500.000 EUR) voraussichtlich erhöhen wird.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist in die Haushaltssatzung aufzunehmen. Er ist im vorliegenden Satzungsentwurf mit 120 Mio. EUR höher bemessen als sich der Bedarf aus dem Finanzhaushalt 2017/2018 ergibt, da sichergestellt werden muss, dass auch bei einem unterjährig kurzfristig höheren Bedarf die Kreiskasse jederzeit in der Lage ist, alle Zahlungsverpflichtungen pünktlich zu bedienen. Gerade die bisher nicht zeitnah mögliche Erstattung der Aufwendungen des Kreises für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge belastet auf unabsehbare Zeit die Liquiditätsplanung erheblich. Zudem muss der Betrag so bemessen sein, dass dies auch bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung des auf diesen Doppelhaushalt folgenden Jahres (2019) gewährleistet ist. Zudem dient der Kassenkredit auch zur unterjährigen Zwischenfinanzierung von Investitionen und im Planungszeitraum zusätzlich zur kurzzeitigen Vorfinanzierung der Maßnahmen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm.

In den Teilfinanzhaushalten der einzelnen Budgets (Teilhaushalte) sind nur die im Saldo b) Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit zusammengefassten Vorgänge darzustellen.

Investitionstätigkeit und Schuldenentwicklung

Der Umfang der Investitionstätigkeit ist wegen des negativen Finanzmittelsaldos auf die aus Zuschüssen und Kreditaufnahmen zufließenden Gelder beschränkt. Er wird durch die mit Haushaltsgenehmigungen der Vorjahre erhobene Forderung der Aufsichtsbehörde, keine Neuverschuldung vorzunehmen, begrenzt. Von dieser Auflage der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung sind die Beträge, mit denen der Kreis die Sanierungsmaßnahme des Kreiskrankenhauses Alsfeld unterstützt, ausdrücklich ausgenommen, aus der mittelfristigen Finanzplanung ist wie in den Vorjahren ablesbar, dass insoweit unverändert eine den veranschlagten Investitionshilfen entsprechende höhere Verschuldung in den Hj. 2016 – 2019 kalkuliert ist.

Im vorliegenden Doppelhaushalt wird erstmals von der mit der Neuregelung des KFA eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, als Ersatz für die weggefallenen Investitionspauschalen Deckungsmittel des Ergebnishaushalts im Finanzhaushalt einzusetzen. Dies führt zwar zu einer höheren Belastung im Ergebnishaushalt, die letztlich einen niedrigeren Abbau von Altfehlbeträgen bzw. 2018 auch leicht höhere Umlagen der Gemeinden bedingt. Ohne dieses Vorgehen hätte das Investitionsprogramm aber nicht im seitherigen und weiterhin notwendigen Umfang umgesetzt werden können. Vorgesehen sind Zuführungen von 2,1 Mio. € in 2017 bzw. 2,6 Mio. € in 2018, damit wird in 2018 wieder annähernd der Betrag erreicht, der bis 2015 als Einzahlung aus den Investitionspauschalen bereitstand.

Das fortgeschriebene Investitionsprogramm bildet mit dem aktuellen Haushaltsjahr, den beiden Planjahren des Doppelhaushalts und den drei folgenden Haushaltsjahren 2016 – 2021 einen um ein Jahr längeren Planungshorizont ab. Als größte Investitionsmaßnahmen sind unverändert neben der Sanierung des Kreiskrankenhauses in Alsfeld die Fortsetzung der Sanierung der Vogelsbergschule in Schotten sowie der Neubau der Gesamtschule Schlitz enthalten. Letztere Maßnahme konnte mit dem über das KIP finanzierten Neubau des Gebäudes, in dem die Heizzentrale des Schulstandorts sowie Räume für die Nachmittagsbetreuung untergebracht werden, bereits ein Jahr früher begonnen werden.

Als kleinere Maßnahme neu aufgenommen wurde die ebenfalls mit Hilfe des Kommunalinvestitionsprogramms bereits in 2016 begonnene „Erweiterung der Grundschule Homberg“, die mit eigenen Mitteln in 2017 abgeschlossen werden soll. Die Dringlichkeit ergab sich durch inklusive Maßnahmen in der Gesamtschule und die Verlegung der Förderschule Gemünden an den Schulstandort Homberg.

Erstmals im Investitionsprogramm abgebildet ist die anstehende Sanierung der Oberwaldschule Grebenhain. Diese kann aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen erst nach Abschluss der Maßnahme in Schlitz angegangen werden. Entsprechende Planungsschritte und vorbereitende Arbeiten wie die Aktualisierung des Raumprogramms sind aber verwaltungsintern bereits angelaufen. Erst wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind lassen sich belastbare Aussagen zu Umfang und Ausgestaltung der erforderlichen Maßnahmen treffen.

Für Tiefbaumaßnahmen, ausnahmslos Investitionen in die Erneuerung oder Sanierung von Kreisstraßen, sind im vorliegenden Doppelhaushalt Auszahlungen von rd. 2,5 Mio. EUR vorgesehen, die einen Kreditbedarf von rd. 1,1 Mio. EUR auslösen. Zur Vorbereitung des Haushaltsplans 2016 wurden alle Kreisstraßenmaßnahmen durch Hessen Mobil Schotten in Abstimmung mit der Kreisverwaltung einer Neubetrachtung unterzogen. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen des Investitionsprogramms wurde überprüft und angepasst.

Für die grundlegende Sanierung des Kreiskrankenhauses Alsfeld sind unverändert zum seitherigen Programm bis 2019 Investitionshilfen mit folgenden Teilbeträgen veranschlagt:

2016:	1.000.000 €
2017:	3.000.000 €
2018:	4.000.000 €
<u>2019:</u>	<u>4.000.000 €</u>
Summe:	12.000.000 €

Die vom Land zugesagten Zuschüsse von 13 Mio. € für die Sanierung kommen aus dem dort aufgelegten Zusatzprogramm Krankenhäuser im Rahmen des KIP. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Kredite, für die das Land der Kreiskrankenhaus GmbH Tilgungsbeihilfen von 2/3 der bewilligten Summe bereitstellt. Diese werden allerdings in den nächsten Jahren auf die Pauschalmittel, die das Haus aus der Krankenhausförderung erhält, angerechnet. Der Förderantrag durch das Kreiskrankenhaus wurde fristgerecht gestellt, konkrete Zusagen lagen bei Abfassung dieses Vorberichts noch nicht vor. Die Abwicklung weiterer Maßnahmen (Dach- und Teilfassadensanierung, Ersatzbeschaffung Ausstattung und Medizintechnik) über das dem Kreis zugewiesene Bundeskontingent des KIP ist bewilligt und in 2016 bereits angelaufen.

Weitere Informationen zu den wesentlichen Investitionsvorhaben der Planungsjahre 2017 und 2018 sind den Erläuterungen zu den jeweiligen Teilfinanzhaushalten zu entnehmen. Alle im Planungszeitraum bis 2021 geplanten Projekte sind mit dem Gesamtinvestitionsbedarf, soweit dieser bereits ermittelt ist, in der Investitionsübersicht im Anschluss an die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung separat dargestellt.

Die im Doppelhaushalt und dem zugehörigen, fortgeschriebenen Investitionsprogramm enthaltenen Investitionsmaßnahmen werden mit Ausnahme der Investitionsfördermaßnahme für das Kreiskrankenhaus Alsfeld ohne die Aufnahme neuer Schulden durchgeführt. Diese Ausnahmeregelung wurde in der Haushaltsbegleitverfügung des RP Gießen zum Haushalt 2015 ausdrücklich anerkannt. Ohne Berücksichtigung dieses jährlichen Investitionszuschusses kann der Schuldenstand aus Investitionskrediten im Zeitraum 2017 bis 2021 konstant gehalten werden. Ein nachhaltiger Abbau der Verbindlichkeiten aus Investitionstätigkeit lässt sich vor allem aufgrund der vorstehend beschriebenen dringlichen Schulbausanierungsmaßnahmen derzeit nicht realisieren.

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Sonderinvestitionsprogramms 2009 ist aus der Schuldenübersicht nicht ablesbar, sie werden daher hier separat ausgewiesen:

Programm	bewilligt	davon Verbindlichkeiten Programm Land: 100 % Programm Bund: 25 %	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2016	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2017	voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten 31.12.2018
Land	17.242.000	17.242.000	13.479.720	12.904.987	12.330.253
Bund	10.530.000	2.632.500	2.127.292	2.039.542	1.951.792
Summe Kreis	27.772.000	19.874.500	15.607.012	14.944.529	14.282.045
Kreiskrankenhaus	1.800.000	450.000	360.000	345.000	330.000
Summe gesamt	29.572.000	20.324.500	15.967.012	15.289.529	14.612.045

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Der Vogelsbergkreis ist durch den demografischen Wandel besonders betroffen. Seit dem Jahr 2013 hat sich die Dynamik und Intensität des Bevölkerungsrückganges gegenüber den Vorjahren leicht abgeschwächt. Aufgrund der Zuwanderung von Flüchtlingen aus Krisengebieten ist im Jahr 2015 für Deutschland insgesamt und für den Vogelsbergkreis erstmals wieder ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen.

Jahr (Stichtag 31.12.)	2002 *)	2005 *)	2008 *)	2011 *)	2012*)	2013 *)	2014*)	2015*)
Einwohner	117.949	115.781	112.264	108.538	106.947	106.383	105.763	107.256
Einwohner je km ²	81	79	77	74	73	73	72	74

*) Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden.

Als drittgrößter Flächenkreis (1.458,99 km²) in Hessen bleibt der Vogelsbergkreis in punkto Bevölkerungsdichte weiterhin mit großem Abstand das am dünnsten besiedelte Gebiet. Vor diesem Hintergrund nimmt die Gestaltung des demografischen Wandels im Vogelsbergkreis eine wichtige Rolle ein. Seit 2009 setzt sich der Kreis mit den Auswirkungen und möglichen Anpassungsstrategien intensiv in den mehreren Projekten auseinander:

- 2009-2010: Projektgruppe Demografie der Kreisverwaltung unter Einbindung der Kommunen
- 2011-2013: Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“
- 2013-2016: Umsetzungsprojekte in den Bereichen Jugend („KAFF-Mobil“), Fachkräftesicherung („Unternehmernetzwerk Vogelsberg“) und Mobilität („E-Mobilität im Vogelsberg – neue Wege der Mobilität“)
- 2016-2018: Modellvorhaben des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität im ländlichen Raum“

Der Vogelsberg ist einer von 18 Landkreisen in Deutschland und der einzige Kreis in Hessen, der am BMVI-Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität“ teilnimmt. Es geht um den Erhalt und die Erreichbarkeit von Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie die Sicherstellung der Mobilität, besonders für Jugendliche, Auszubildende, ältere Menschen und Familien mit Kindern. Ziel ist es: in Vernetzung mit dem ÖPNV ein Mobilitätskonzept 2030 zu entwickeln sowie neue angebotsorientierte und zukunftsfähige Mobilitätsansätze zu erproben, um die Attraktivität des Vogelsbergkreises als Wirtschafts- und Wohnstandort noch weiter zu steigern.

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2016 – 2021

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wurde an Hand der vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erlassenen Orientierungsdaten für die Finanzplanung (Erlass vom 30.09.2016) erstellt.

Mit diesen Daten, die auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2016 und der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung vom April 2016 basieren, erhalten die Kommunen Hinweise auf die nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand voraussehbare Entwicklung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen in ihren Haushalten. Die über den Entwurf des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen zu erwartende Veränderung wurde dabei bereits berücksichtigt.

Der Orientierungsdatenerlass nimmt erstmals keine Prognose der Umlagegrundlagenentwicklung mehr vor sondern beschränkt sich für den Bereich des KFA auf eine Prognose der Entwicklung des KFA-Ausgleichsvolumens. Dies ist in der Systematik des neuen Finanzausgleichssystems begründet, welches an die jeweiligen, gruppenspezifischen Finanzierungsbedarfe abstellt. Diese können lediglich für das dem aktuellen Ausgleichsjahr folgende Haushaltsjahr ermittelt werden. Über das Jahr 2017 hinaus werden daher die der Schutzschirmvereinbarung zugrunde liegenden Veränderungsdaten angesetzt:

Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (außer Mieten)	1,0 %
Abschreibungen	1,0 %
Transferaufwendungen (außer Leistungen Jugendhilfe):	3,0 %
Transferaufwendungen - Leistungen Jugendhilfe:	2,5 %
FAG-Leistungen (Zuweisungen, Umlagegrundlagen)	3,0 %
Kostenersatzleistungen	2,0 %
Erträge aus Transferleistungen	3,0 %

Neben der im vorliegenden Doppelhaushalt für das Planungsjahr 2018 veranschlagten Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage um 0,17 % und des Schulumlagehebesatzes um 0,33 % sind im Finanzplanungszeitraum bis 2021 keine weiteren Hebesatzveränderungen vorgesehen. Die Inanspruchnahme von Mitteln des Ergebnishaushalts zur Finanzierung von Investitionen im Finanzhaushalt ist dabei durchgängig mit 2,5 Mio. € jährlich eingeplant.

Im Finanzplanungserlass 2016 wird erneut zum Ausdruck gebracht, dass zur Einhaltung der beschlossenen Verschuldungsgrenzen und der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaketes der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden muss. Nur so kann der strukturelle Haushaltsausgleich erreicht werden.

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzungen und der Vorgaben durch den Kommunalen Schutzschirm wurden die Aufwendungen des Ergebnishaushalts, soweit nicht durch bestehende Verträge verbindliche Verpflichtungen bekannt sind, fortgeschrieben. Der bereits bei der Haushaltsplanung 2016 erkennbare positive Trend verstärkt sich unter den vorgenannten Parametern deutlich und führt durchweg zu positiven Jahresergebnissen in allen Planjahren. Lediglich der spürbare Abbau der aufgelaufenen Altfehlbeträge lässt sich ohne eine zusätzliche Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch weitere Erhöhung der Umlagehebesätze bisher nicht darstellen.

Zu diesem Punkt führt das Ministerium im 2. Abschnitt des Erlasses vom 30.09.2016 aus:

Abbau von Altfehlbeträgen / Kassenkrediten

Die Finanzhoheit und zukünftige Gestaltungsfähigkeit kommunaler Haushalte ist zusätzlich durch aufgelaufene Altfehlbeträge bedroht. Die Altfehlbeträge spiegeln sich insbesondere in der Höhe der Kassenkredite wider. Diese Fehlbeträge aus Vorjahren sind ebenfalls auszugleichen (§ 92 Abs. 4 HGO). Es besteht dabei die Verpflichtung, den Abbau von Fehlbeträgen aus Vorjahren in einem Haushaltssicherungskonzept darzustellen: § 92 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO. Im Rahmen der Genehmigung werden die Kommunalaufsichtsbehörden daher besonders prüfen, dass erforderliche Haushaltssicherungskonzepte konkrete Maßnahmen benennen und einen Abbaupfad aufweisen. Hierbei sollten auch Kommunen, die jahresbezogen das ordentliche Ergebnis ausgleichen, im eigenen Interesse prüfen, ob es angezeigt ist, die Realsteuerhebesätze mindestens auf die Werte festzusetzen, die ihnen im kommunalen Finanzausgleich angerechnet werden.

Bewirtschaftungsregeln - Haushaltsvermerke

Es gelten folgende Bewirtschaftungsregeln:

1. Alle Personal- und Versorgungsaufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 2 GemHVO), die zahlungswirksamen zugunsten der zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig. Zahlungswirksame Mehrerträge, die ausdrücklich für Personalaufwand geleistet werden, sind zweckgebunden (§ 19 Abs.1 GemHVO) und von den unter Ziffer 7 eingeräumten Möglichkeiten ausgenommen. Alle veranschlagten Auszahlungen für die Versorgungsrücklage sind gegenseitig deckungsfähig. Die den Teilhaushalten zugewiesenen Planstellen lt. Stellenplan können bei organisatorischen Änderungen im erforderlichen Umfang neu zugeordnet werden.
2. Die Aufwendungen für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind innerhalb des Gesamtergebnishaushalts gegenseitig deckungsfähig.
3. Jeder Teilhaushalt bildet ein Budget (§ 4 Abs. 1 GemHVO).
4. Innerhalb eines Budgets sind, soweit für einzelne Produkte nicht besondere Regelungen getroffen werden,
 - a) die Ansätze der veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 1 GemHVO),
 - b) die Ansätze der veranschlagten Auszahlungen für Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 3 GemHVO),
 - c) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von zahlungsunwirksamen Aufwendungen einseitig deckungsfähig,
 - d) zahlungswirksame Aufwendungen zugunsten von Investitionsauszahlungen einseitig deckungsfähig (§ 20 Abs. 5 GemHVO),
 - e) die Aufwendungen nicht deckungsfähig mit den Kosten aus interner Leistungsverrechnung,
 - f) Aufwendungen für freiwillige Leistungen über den vom Kreistag beschlossenen Umfang hinaus nicht zulässig.
5. Die Ansätze für Aufwendungen der einzelnen Budgets können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses übertragen werden.
6. Bewilligte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen, jedoch nicht geleistet worden sind, können durch Beschluss des Kreisausschusses im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses übertragen werden.
7. Zahlungswirksame Mehrerträge erhöhen die Ansätze für zahlungswirksame Aufwendungen (§ 19 Abs. 2 GemHVO) bei den nachfolgend aufgeführten Budgets bzw. Produkten. Entsprechendes gilt für Ein- und Auszahlungen.
 - 10 Teilhaushalt Organisation und Personal: für die Produkte
 - 11100 - Selbstverwaltungsorgane
 - 11110 - Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 11112 - Personalvertretung
 - 14 Teilhaushalt Rechnungsprüfung

- 20 Teilhaushalt Finanzen: für die Produkte
 - 61100 - Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich (mit der Beschränkung gem. § 19 Abs 2 GemHVO)
 - 11150 - Zahlungs- und Forderungsmanagement
- 30 Teilhaushalt Rechtsangelegenheiten
- 35 Teilhaushalt Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten: für die Produkte
 - 12100 - Kommunalwahlen und sonstige Wahlen
 - 12200 - allgemeine Ordnungsangelegenheiten (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 12600 - Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes
 - 12700 - Organisation des Rettungsdienstes
- 40 Teilhaushalt Schulen und Liegenschaften: für die Produkte
 - 11160 - Gebäudemanagement
 - 24100 - Schülerbeförderung
 - 24300 - Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung
- 43 Teilhaushalt Volkshochschule: für die Produkte
 - 27100 - Volkshochschularbeit
 - 27110 - Projekt Hessencampus
- 50 Teilhaushalt Soziale Sicherung: für die Produkte
 - 31100 - Grundversorgung und Hilfen n.d. SGB XII (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31200 - Grundsicherung n.d. SGB II (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 31300 - Hilfen für Asylbewerber
 - 32100 - Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
 - 34300 - Betreuungsleistungen
 - 35100 - sonst. soziale Hilfen und Leistungen (auf Ebene der Buchungsprodukte)
- 51 Teilhaushalt Jugend: für die Produkte
 - 34100 - Unterhaltsvorschuss
 - 36100 - Tagesbetreuung von Kindern
 - 36200 - Kinder- und Jugendarbeit (auf Ebene der Buchungsprodukte)
 - 36300 - gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 53 Teilhaushalt Gesundheitsdienste
- 63 Teilhaushalt Bauen und Umwelt: für die Produkte
 - 52100 - Bauordnung und Bauaufsicht
 - 54200 - Kreisstraßen
- 80 Teilhaushalt Veterinärwesen, Verbraucherschutz: für die Produkte
 - 12280 - Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 41480 - Fleischbeschau
- 90 Teilhaushalt Wirtschaft und ländlicher Raum: für die Produkte
 - 55500 - Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums (mit Ausnahme der Pos. 3)
 - 57100 - Wirtschaftsförderung, Tourismus

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	712.000	0	25.000	0	523.750	0
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.148.000	320.000	2.542.000	120.000	0	3.500
3.	548-5	Kostensatzleistungen und -erstattungen	5.137.410	324.410	1.898.800	500.000	0	0
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	70.136.900	0	0	25.723.300	0	0
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	47.894.930	0	0	0	0	38.930.930
7.	540-5	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.536.810	25.000	83.000	-1.322.740	95.000	7.005.450
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.538.610	255.880	20.930	309.370	0	13.410
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	550.150	398.770	15.500	123.840	5.040	3.000
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	173.654.810	1.324.060	4.585.230	25.453.770	623.790	45.956.290
11.	62,	Personalaufwendungen	-35.057.920	-5.421.020	-4.312.150	-6.295.900	-894.780	-8.327.090
12.	644-6	Versorgungsaufwendungen	-3.056.900	-2.409.810	-26.950	-42.490	-20.460	-438.620
13.	60,61,	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.138.930	-4.461.580	-683.620	-14.584.800	-418.780	-353.020
14.	66	Abschreibungen	-6.764.450	-3.450.800	-142.340	-813.740	-11.090	-5.010
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-3.307.370	-80.000	-122.200	-869.000	-27.350	-261.000
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.998.600	0	-60.000	0	0	0
17.	72	Transferaufwendungen	-80.671.330	0	0	0	0	-55.246.590
18.	70,74,	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-400	-250	0	-150	0	0
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-171.995.900	-15.823.460	-5.347.260	-22.606.080	-1.372.460	-64.631.330
20.	=	Verwaltungsergebnis	1.658.910	-14.499.400	-762.030	2.847.690	-748.670	-18.675.040
21.	56,57	Finanzerträge	1.186.920	190.000	0	0	0	0
22.	77	Finanzaufwendungen	-2.786.450	0	0	0	0	0
23.	=	Finanzergebnis	-1.599.530	190.000	0	0	0	0
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	59.380	-14.309.400	-762.030	2.847.690	-748.670	-18.675.040
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	59.380	-14.309.400	-762.030	2.847.690	-748.670	-18.675.040
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	16.234.540	2.750.980	0	11.117.260	0	0
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-16.234.540	-240.880	0	-13.965.760	-26.600	-240.110
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	2.510.100	0	-2.848.500	-26.600	-240.110
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	59.380	-11.799.300	-762.030	-810	-775.270	-18.915.150

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich
		06	07	08	09	10	12
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	50 Privatrechtliche Leistungsentgelte	163.250	0	0	0	0	0
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	398.000	0	1.000	711.500	0
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	482.000	0	0	13.000	20.000	0
6.	547 Erträge aus Transferleistungen	8.964.000	0	0	0	0	0
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	343.400	7.500	0	0	0	957.200
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.490	210.830	0	0	0	803.150
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	4.000
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	9.955.140	616.330	0	14.000	731.500	1.764.350
11.	62, Personalaufwendungen	-3.987.030	-1.636.650	-42.290	-84.470	-867.260	-54.620
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-98.100	27.740	0	-3.920	43.750	-22.060
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-178.410	-209.000	0	-15.000	-20.000	-2.081.000
14.	66 Abschreibungen	-6.950	-235.870	-26.030	0	0	-1.126.120
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-465.600	-500.000	-89.000	0	0	0
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	-500	0	0
17.	72 Transferaufwendungen	-25.374.740	-50.000	0	0	0	0
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-30.110.830	-2.603.780	-157.320	-103.890	-843.510	-3.283.800
20.	= Verwaltungsergebnis	-20.155.690	-1.987.450	-157.320	-89.890	-112.010	-1.519.450
23.	= Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-20.155.690	-1.987.450	-157.320	-89.890	-112.010	-1.519.450
25.	59 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-20.155.690	-1.987.450	-157.320	-89.890	-112.010	-1.519.450
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	519.070	196.160	0	0	0	0
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	519.070	196.160	0	0	0	0
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.636.620	-1.791.290	-157.320	-89.890	-112.010	-1.519.450

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.000	0	0			
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.899.200	0	0			
5.	55 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	44.413.600			
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	33.343.000			
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	2.922.550			
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0			
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	1.951.200	0	80.679.150			
11.	62, Personalaufwendungen	-2.886.330	-248.330	0			
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-39.270	-26.710	0			
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-88.720	-45.000	0			
14.	66 Abschreibungen	0	0	-946.500			
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-276.220	-617.000	0			
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	0	-19.881.100			
18.	70,74, Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0			
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.347.540	-937.040	-20.827.600			
20.	= Verwaltungsergebnis	-1.396.340	-937.040	59.851.550			
21.	56,57 Finanzerträge	0	0	996.920			
22.	77 Finanzaufwendungen	0	0	-2.786.450			
23.	= Finanzergebnis	0	0	-1.789.530			
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.396.340	-937.040	58.062.020			
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0			
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.396.340	-937.040	58.062.020			
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	1.651.070			
30.	96 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.761.190			
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-110.120			
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.396.340	-937.040	57.951.900			

*** Ende der Liste "Produktübersicht - Teilergebnishaushalt" ***

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	712.000	0	25.000	0	523.750	0
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.114.000	320.000	2.508.000	120.000	0	3.500
3.	548-5	Kostensatzleistungen und -erstattungen	5.092.910	299.910	1.898.800	500.000	0	0
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	72.911.900	0	0	26.940.400	0	0
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	47.047.010	0	0	0	0	38.083.010
7.	540-5	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.976.780	31.000	83.000	-1.746.080	95.000	6.898.350
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.481.280	222.060	20.280	517.260	0	13.240
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	552.560	400.770	15.500	124.250	5.040	3.000
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	175.888.440	1.273.740	4.550.580	26.455.830	623.790	45.001.100
11.	62,	Personalaufwendungen	-36.182.260	-5.565.720	-4.362.970	-6.394.470	-860.250	-8.706.590
12.	644-6	Versorgungsaufwendungen	-2.966.500	-2.552.520	44.820	-45.950	-21.800	-265.870
13.	60,61,	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.398.980	-4.342.820	-554.780	-15.053.650	-418.780	-356.820
14.	66	Abschreibungen	-7.051.420	-3.308.230	-148.240	-1.052.650	-7.560	-5.010
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-3.313.390	-80.000	-116.950	-869.000	-27.350	-261.000
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-20.548.400	0	-60.000	0	0	0
17.	72	Transferaufwendungen	-80.971.960	0	0	0	0	-55.547.220
18.	70,74,	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-400	-250	0	-150	0	0
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-174.433.310	-15.849.540	-5.198.120	-23.415.870	-1.335.740	-65.142.510
20.	=	Verwaltungsergebnis	1.455.130	-14.575.800	-647.540	3.039.960	-711.950	-20.141.410
21.	56,57	Finanzerträge	1.386.680	190.000	0	0	0	0
22.	77	Finanzaufwendungen	-2.830.850	0	0	0	0	0
23.	=	Finanzergebnis	-1.444.170	190.000	0	0	0	0
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	10.960	-14.385.800	-647.540	3.039.960	-711.950	-20.141.410
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	10.960	-14.385.800	-647.540	3.039.960	-711.950	-20.141.410
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	16.239.430	2.534.950	0	11.239.500	0	0
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-16.239.430	-207.880	0	-14.283.150	-26.600	-240.110
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	2.327.070	0	-3.043.650	-26.600	-240.110
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	10.960	-12.058.730	-647.540	-3.690	-738.550	-20.381.520

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich
		06	07	08	09	10	12
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1.	50 Privatrechtliche Leistungsentgelte	163.250	0	0	0	0	0
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	398.000	0	1.000	711.500	0
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	462.000	0	0	13.000	20.000	0
6.	547 Erträge aus Transferleistungen	8.964.000	0	0	0	0	0
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	346.310	7.500	0	0	0	957.200
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	44.020	297.830	0	0	0	787.640
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	4.000
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	9.979.580	703.330	0	14.000	731.500	1.748.840
11.	62, Personalaufwendungen	-4.201.870	-1.672.230	-44.870	-86.130	-896.810	-114.260
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-104.990	27.690	0	-4.180	56.490	-23.400
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-183.410	-209.000	0	-15.000	-20.000	-2.121.000
14.	66 Abschreibungen	-53.150	-372.530	-31.030	0	0	-1.126.530
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-476.870	-500.000	-89.000	0	0	0
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	-500	0	0
17.	72 Transferaufwendungen	-25.374.740	-50.000	0	0	0	0
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-30.395.030	-2.776.070	-164.900	-105.810	-860.320	-3.385.190
20.	= Verwaltungsergebnis	-20.415.450	-2.072.740	-164.900	-91.810	-128.820	-1.636.350
23.	= Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-20.415.450	-2.072.740	-164.900	-91.810	-128.820	-1.636.350
25.	59 Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
26.	79 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-20.415.450	-2.072.740	-164.900	-91.810	-128.820	-1.636.350
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	536.860	196.160	0	0	0	0
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	536.860	196.160	0	0	0	0
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.878.590	-1.876.580	-164.900	-91.810	-128.820	-1.636.350

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
2.	51 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.000	0	0			
3.	548-5 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.899.200	0	0			
5.	55 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	45.971.500			
7.	540-5 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	34.304.500			
8.	546 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0	0	2.578.950			
9.	53 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0			
10.	= Summe der ordentlichen Erträge	1.951.200	0	82.854.950			
11.	62, Personalaufwendungen	-3.022.780	-253.310	0			
12.	644-6 Versorgungsaufwendungen	-41.820	-34.970	0			
13.	60,61, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-88.720	-35.000	0			
14.	66 Abschreibungen	0	0	-946.490			
15.	71 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-276.220	-617.000	0			
16.	73 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	0	-20.430.900			
18.	70,74, Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0			
19.	= Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.486.540	-940.280	-21.377.390			
20.	= Verwaltungsergebnis	-1.535.340	-940.280	61.477.560			
21.	56,57 Finanzerträge	0	0	1.196.680			
22.	77 Finanzaufwendungen	0	0	-2.830.850			
23.	= Finanzergebnis	0	0	-1.634.170			
24.	= Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.535.340	-940.280	59.843.390			
27.	= Außerordentliches Ergebnis	0	0	0			
28.	= Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.535.340	-940.280	59.843.390			
29.	95 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	1.731.960			
30.	96 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.481.690			
31.	= Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	250.270			
32.	= Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.535.340	-940.280	60.093.660			

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.263.180	715.000	0	45.000	0	0
2.	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	15.000	15.000	0	0	0	0
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	4.278.180	730.000	0	45.000	0	0
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-3.110.000	0	-60.000	0	0	0
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.741.000	-4.445.000	0	-50.000	0	0
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.737.100	-1.087.700	-102.000	-495.000	-52.400	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-92.290	-64.070	-1.750	-1.580	-500	-14.230
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-10.680.390	-5.596.770	-163.750	-546.580	-52.900	-14.230
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-6.402.210	-4.866.770	-163.750	-501.580	-52.900	-14.230

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
		06	07	08	09	10	12	
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0	0	880.180
	=	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0	0	880.180
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	-3.000.000	-50.000	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	-1.246.000
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.990	0	0	-120	-1.100	-470
	=	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.990	-3.000.000	-50.000	-120	-1.100	-1.246.470
	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-3.990	-3.000.000	-50.000	-120	-1.100	-366.290
		Auszahlungen)						

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	2.623.000		
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0		
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	2.623.000		
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0		
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0		
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0		
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.810	-2.670	0		
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.810	-2.670	0		
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.810	-2.670	2.623.000		

Pos.	Inhalt	Summe	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
			01	02	03	04	05	
			Innere Verwaltung	Sicherheit und Ordnung	Schulträgeraufgaben	Kultur und Wissenschaft	Soziale Leistungen	
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
			2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.168.620	460.000	0	45.000	0	0
2.	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	16.000	16.000	0	0	0	0
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	4.184.620	476.000	0	45.000	0	0
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-4.110.000	0	-60.000	0	0	0
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.906.000	-4.600.000	0	-50.000	0	0
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.545.860	-1.088.900	-43.000	-345.000	-68.960	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-98.530	-69.720	-1.800	-1.610	-500	-14.530
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-11.660.390	-5.758.620	-104.800	-396.610	-69.460	-14.530
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.475.770	-5.282.620	-104.800	-351.610	-69.460	-14.530

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich	
		06	07	08	09	10	12	
		Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Gesundheitsdienste	Sportförderung	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	Bauen und Wohnen	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0	0	540.620
	=	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0	0	540.620
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	-4.000.000	-50.000	0	0	0
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	-1.256.000
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.070	0	0	-120	-1.120	-480
	=	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.070	-4.000.000	-50.000	-120	-1.120	-1.256.480
	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-4.070	-4.000.000	-50.000	-120	-1.120	-715.860
		Auszahlungen)						

Pos.	Inhalt	Produktbereich	Produktbereich	Produktbereich			
		13	15	16			
		Natur- und Landschaftspflege	Wirtschaft und Tourismus	Allgemeine Finanzwirtschaft			
		EUR	EUR	EUR			
		1	2	3			
1.	820	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	3.123.000		
3.	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0		
		= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	3.123.000		
1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0		
3.	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0		
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0		
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.850	-2.730	0		
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.850	-2.730	0		
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.850	-2.730	3.123.000		

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
Budgetverantwortung

Ulrich Schäfer

Produkte

 11100 Selbstverwaltungsorgane
 11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs
 11111 Personalservice
 11112 Personalvertretung
 28100 Kulturpflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	178.910	203.410	171.270	289.058,30
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	31.000	25.000	57.250	10.000,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.140	1.960	1.880	2.605,26
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	80.270	78.270	80.370	376.771,86
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	291.320	308.640	310.770	678.435,42
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.427.240	-3.350.820	-3.175.920	-2.803.092,76
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.333.150	-2.163.600	-2.063.130	-575.858,33
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.234.950	-3.181.550	-3.009.190	-2.612.327,98
14.	66	Abschreibungen	-754.360	-671.690	-513.690	-453.594,52
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-107.350	-107.350	-27.350	-27.351,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-9.857.050	-9.475.010	-8.789.280	-6.472.224,59
20.	=	Verwaltungsergebnis	-9.565.730	-9.166.370	-8.478.510	-5.793.789,17
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-9.565.730	-9.166.370	-8.478.510	-5.793.789,17
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	85.606,94
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-91.086,47
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-5.479,53
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-9.565.730	-9.166.370	-8.478.510	-5.799.268,70
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	378.060	377.060	335.430	363.979,33
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	-913,54
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	378.060	377.060	335.430	363.065,79
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-9.187.670	-8.789.310	-8.143.080	-5.436.202,91

Teilhaushalt/Budget 10 **Organisation und Personal**
Produkt 11100 **Selbstverwaltungsorgane**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	41.510	41.510	50.000	34.218,34
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.150	4.150	2.500	7.206,54
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	45.660	45.660	52.500	41.424,88
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-708.330	-782.870	-720.470	-640.208,31
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-21.230	-8.450	-46.150	-103.725,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-366.360	-364.660	-359.430	-334.956,80
14.	66	Abschreibungen	-30.530	-32.930	-29.380	-31.852,39
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.126.450	-1.188.910	-1.155.430	-1.110.742,50
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.080.790	-1.143.250	-1.102.930	-1.069.317,62
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.080.790	-1.143.250	-1.102.930	-1.069.317,62
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	3.819,29
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	3.819,29
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.080.790	-1.143.250	-1.102.930	-1.065.498,33
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.080.790	-1.143.250	-1.102.930	-1.065.498,33

11100 Selbstverwaltungsorgane

Verantwortlich:	Heike Bohl
Beschreibung:	<p>Organisation und Abwicklung der Arbeit der Kreisorgane Sitzungsdienst Bürgerinformation Vertretung des Vogelsbergkreises in Verbänden und Organisationen Zusammenarbeit mit dem Hess. Landkreistag interne und externe Darstellung des Vogelsbergkreises in den Medien Zusammenarbeit mit den Presseorganen</p>
Grundlage:	Kommunale Verfassungsgrundlagen, Hess. Landkreisordnung, Hauptsatzung des Vogelsbergkreises, weitere Satzungen des Landkreises und interne Regelungen
Ziele:	<p>ordnungsgemäße Abwicklung der Gremienarbeit Optimierung der Sitzungsabwicklung unter Einsatz des Informationssystems „More-Rubin“, zeitnahe Versorgung der Mitglieder der Kreisgremien mit Sitzungsunterlagen und Informationen, Information der Öffentlichkeit und Verwaltung unter Einsatz der verschiedenen Medien</p>
Kennzahlen:	<p>Anzahl der abgewickelten Sitzungen Mengenumsatz an verarbeiteten Sitzungsunterlagen zeitliche Belastungen der Sitzungstätigkeit</p>

Anzahl Sitzungen	2013	2014	2015
Kreisausschuss	12	12	11
Kreistag	5	6	7
Ausschüsse	19	17	18
Ältestenrat	7	8	5
insgesamt:	43	43	41

Anzahl Tagesordnungspunkte	2013	2014	2015
Kreisausschuss	160	196	161
Kreistag	62	64	74
Ausschüsse	42	50	57
Ältestenrat	18	20	14
insgesamt:	282	330	306

Zeitl. Belastungen der Sitzungstätigkeit (in Std.)	2013	2014	2015
Kreisausschuss	12:28	11:33	08:24
Kreistag	14:08	16:42	20:21
Ausschüsse	24:16	18:55	24:41
Ältestenrat	04:23	04:03	01:43

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Für das Projekt WIR-Koordination wurde für das Jahr 2016 ein Zuschuss vom Land in Höhe von 50.000 € etatisiert. Dieser soll, angepasst an die zu erwartenden Personalaufwendungen, in Höhe von 41.510 € in den Jahren 2017 und 2018 ebenso erstattet werden.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Erträge in diesem Kontenbereich setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 700 € Verkaufserlöse durch Bewirtung bei Kreistagssitzungen
- 1.500 € Nebenerlöse aus Abrechnungen von Nebentätigkeiten
- 1.000 € Erlöse von Verkäufen, Ersatz von Telefon, Porto und Fahrtkosten
- 950 € Erträge aus der Eigenbeteiligung für Wahlleistungen gem. § 6 a HBeihVO

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen, welche sich teilweise aufgrund von Mehrbedarf und Preissteigerungen erhöhen, setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

2018	2017	Positionen:
8.100	7.950	Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung
29.400	28.400	Aufwendungen für die Dienstwagen der politisch Verantwortlichen
225.000	225.000	Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige
8.950	8.950	Bücher, Zeitschriften und Ergänzungslieferungen
5.650	5.400	Porto und Postkosten
4.100	4.100	Telefonkosten
9.200	9.200	Reisekosten
13.800	13.500	sonstige Betriebskosten
35.000	35.000	Geschäftsführungskosten der Fraktionen
6.000	6.000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Verfügungsmittel, Ehrengeschenke
3.000	3.000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragte
6.000	6.000	Aufwendungen für Partnerschaften des Kreises und für Partnerschaftsveranstaltungen
1.000	1.000	Aufwendungen für PR- und Werbemaßnahmen/Kommunikation
10.000	10.000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung
910	910	Unfallversicherung für die Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses zur Absicherung aller Aktivitäten in Wahrnehmung des Mandates
250	250	Gebühren

Teilhaushalt/Budget 10 **Organisation und Personal**
Produkt 11110 **Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	37.350	62.350	91.850	114.188,86
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	31.000	25.000	57.250	10.000,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.140	1.960	1.880	2.605,26
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	76.080	74.080	77.830	127.910,02
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	145.570	163.390	228.810	254.704,14
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-2.151.080	-2.021.880	-1.947.570	-1.745.155,55
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-59.280	-47.740	-49.280	-83.560,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.868.590	-2.816.890	-2.649.760	-2.277.371,18
14.	66	Abschreibungen	-723.830	-638.760	-484.310	-390.507,45
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-80.000	-80.000	0	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-5.882.780	-5.605.270	-5.130.920	-4.496.594,18
20.	=	Verwaltungsergebnis	-5.737.210	-5.441.880	-4.902.110	-4.241.890,04
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-5.737.210	-5.441.880	-4.902.110	-4.241.890,04
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	40.265,04
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-45.531,47
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-5.266,43
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-5.737.210	-5.441.880	-4.902.110	-4.247.156,47
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	378.060	377.060	335.430	363.979,33
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	-913,54
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	378.060	377.060	335.430	363.065,79
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.359.150	-5.064.820	-4.566.680	-3.884.090,68

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Verantwortlich: Herr Ulrich Schäfer

Beschreibung: Verwaltungsgliederung – Geschäftsverteilung
Geschäftsanweisungen und interne Regelungen
Personal- und Organisationsentwicklung, Beurteilungswesen, Stellenbewertung
Arbeitsschutz, Datenschutz, IT-Sicherheit
Posteingang und –ausgang – Betrieb Info-Zentrale Hauptgebäude
Organisation und Betreuung der Telekommunikation und Informationstechnik
Zentrale Beschaffung notwendiger Wirtschaftsgüter (Bürobedarf, -einrichtungen, -maschinen)
Hausdruckerei, Kantinenbetrieb, Fuhrpark, Fahrdienste, Gebäudebelegung
Organisation von internen und externen Fortbildungen

Grundlage: Allgemeine Geschäftsgrundlage (Erfordernis) als interner Dienstleister – Interne Verwaltungsanordnungen und Geschäftsanweisungen – Dienstvereinbarungen, Arbeitsschutzbestimmungen

Ziele: Besorgung der laufenden Geschäfte der Verwaltung
Weiterentwicklung der Verwaltung durch Personal- u. Organisationsentwicklungsmaßnahmen
Zeitgerechte Versorgung der Fachämter mit sachlicher Verwaltungsausstattung – schnelle Verfügbarkeit bei minimaler Lagerhaltung
ausreichende organisatorische Grundlagen für den Verwaltungsablauf
Der CO²-Ausstoß des Fuhrparks wird jährlich um 10 % reduziert

Kennzahlen: zeitgerechte Verfügbarkeit des Bürobedarfs und der Einrichtungen
zügige Postauslieferung ins Haus (zwischen 2,5 und 4 Std.) und extern
Zahl der Beratungen und Unterstützungen durch Info-Zentrale
CO²-Ausstoß des Fuhrparks, Auslastung des Fuhrparks, Anteil regenerativer Kraftstoffe
Zahl und Umfang der Fortbildungsmaßnahmen

Zeitgerechte Verfügbarkeit des Bürobedarfs, -einrichtungen

Verfügbarkeit	2013		2014		2015	
	Anzahl Artikel	Prozentual	Anzahl Artikel	Prozentual	Anzahl Artikel	Prozentual
bis 7	1.458	66,45%	2.034	78,93%	2.602	93,03%
8 bis 14	505	23,02%	348	13,50%	146	5,22%
15 - 30	192	8,75%	151	5,86%	45	1,61%
über 30	39	1,78%	44	1,71%	4	0,14%
	2.194	100,00%	2.577	100,00%	2.797	100,00%

Zahl der Postein- und ausgänge

Die Posteingänge des Vogelsbergkreises werden innerhalb von 2,5 und 4 Stunden nach Eingang im Haus gestempelt und in die Postfächer der Fachämter verteilt. Von dort werden sie mindestens einmal täglich zu den Außenstellen gebracht oder von Mitarbeitern der Fachämter zur weiteren Bearbeitung abgeholt.

	2013	2014	2015
Posteingänge	107.702	102.923	100.560
Postausgänge	199.564	215.219	207.246
insgesamt	307.266	318.142	307.806

Zahl der Beratungen und Unterstützungen durch die Info-Zentrale

	2013	2014	2015
Anträge	86	233	221
Beratungen (Auskunft extern)	2.878	8.058	11.677
Beratungen (Auskunft intern)	949	4.064	4.131
Telefonauskünfte	24.178	29.509	38.219
Besucher		6.993	10.067
insgesamt	28.091	41.864	54.248

Fuhrpark

CO ² -Ausstoß	2012	2013	Veränd.in %	2014	Veränd.in %	2015	Veränd.in %
gefahrenre km	533.696	529.946	-0,70	569.843	7,53	549.361	-3,59
CO ² -Ausstoß in kg	81.140	77.704	-4,23	78.432	0,94	75.789	-3,37
CO ² -Ausstoß Durchschnitt	152	147	-3,29	138	-6,12	138	0,00

Auslastung Fuhrpark	2012	2013	Veränd. in %	2014	Veränd. in %	2014 (ohne E-Mobile)	2015	Veränd. in %	2015 (ohne E-Mobile)
Anzahl Fahrzeuge	31	33	6,45	33	0,00	30	38	15,15	35
gefahrenre km	533.696	529.946	-0,70	569.843	7,53	559.248	549.361	-3,59	537.341
Nutzungstage	5.655	5.963	5,45	6.116	2,57	5.792	6.108	-0,13	5.740
km je Kfz/Durchschn.	17.216	16.059	-6,72	17.268	7,53	18.642	14.457	-16,28	15.353
Nutzung je Kfz/Durchschn.	182	181	-0,55	185	2,21	193	161	-12,97	164

Fortbildungen

Fortbildung	2013	2014	2015
mehrfährige Fortbildung	12	10	12
fachspez. Fortbildung	282 Kurse/526 Teilnehmer	297 Kurse/533 Teilnehmer	375 Kurse/ 648 Teilnehmer
allgem. Fortbildung	12 Kurse/108 Teilnehmer	16 Kurse/145 Teilnehmer	12 Kurse/131 Teilnehmer
insgesamt:	306	323	399

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Die Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

- 48.000 € für 2017 und 23.000 € für 2018 Erstattung von Personal- und Sachkosten von Gemeinden, u.a. für den arbeitsmedizinischen Dienst (in 2017 einmalige Kostenerstattung für das IKZ-Projekt „Interkommunales Kreis-Archiv Nordhessen“ in Höhe von 25.000 €)
- 7.000 € für 2017/2018 Kostenerstattung der Städte und Gemeinden für die Geodateninfrastruktur
- 2.750 € für 2017/2018 Erstattung von Personalkosten des ZAV für die Leistung der Personalverwaltung für die Aufgaben der Familienkasse. Ab 2017 entfällt ein Teil der Beträge (3.550,00 €) auf das Produkt 11111.
- 4.600 € für 2017/2018 Erstattungen für den Pflegestützpunkt

Die Kostenerstattungen von 52.700 € für die Umlage der aktiven und Ruhestandsbeamten des Kreiskrankenhauses Alsfeld, welche bis 2016 unter diesem Produkt veranschlagt worden sind, werden ab 2017 unter dem Produkt 11111 -Personalservice etatisiert.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Für die IKZ-Projekte GIS/GDI und Personalservice wurden die Landeszuwendungen aus 2015 als RAP auf mehrere Jahre verteilt. Für 2017 sind 5.000 € für das GDI-Projekt und 20.000 € für das Personalservice-Projekt vorzusehen. In 2018 sind es 11.000 € für GDI und 20.000 € für Personalservice.

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Veranschlagt ist ein Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus der Zuweisung von Mitteln für Arbeitsplatzausstattungen im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Deutsche Rentenversicherung. Zudem sind Zuschüsse vom GKV (Spitzenverband Bund der Pflegekassen) für die Einrichtung und Softwareausstattung des Pflegestützpunktes etatisiert. (die Anschaffung erfolgte ebenfalls über das Produkt 11110).

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Erträge setzen sich aus folgenden Positionen und Beträgen zusammen:

- 12.000 € für Erlöse aus der Abrechnung „externer Druckaufträge“, sowie Porto-, Telefon- und Fahrtkosten.
- 500 € für den Ersatz von Telefonkosten (Verrechnung mit Entgelt und Gehalt)
- 600 € für Erstattungen für Gesundheitskurse durch Mitarbeiter/innen
- 1.900 € für Erträge aus dem Ersatz für Nebentätigkeiten. Eine Abrechnung erfolgt meist erst im Laufe des Haushaltsjahres für das vergangene Haushaltsjahr. Eine Verbuchung erfolgt sodann auf dem Produktsachkonto der periodenfremden Erträge (Konto 5989).
- Für das Jahr 2017 sind 59.000 € und für 2018 sind 61.000 € Erlöse aus dem Kantinenbetrieb veranschlagt

11 Personalaufwendungen

In diesen Aufwendungen sind auch die Aufwendungen für allgem. personenbezogene Versicherungen in Höhe von 74.000 € enthalten. Es handelt sich um Beiträge der Haftpflicht-, Eigenschaden- und Spezialstrafrechtsschutzversicherung sowie der Versicherung für Sonderveranstaltung des Jugendamtes. Die Beiträge ermitteln sich je nach Versicherung nach den Einwohnerzahlen, der Anzahl der Beschäftigten, der Anzahl der Heim- und Pflegekinder.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Bezeichnung / Begründung	2017	2018
Haltung der Dienstfahrzeuge	193.250 €	195.200 €
Unterhaltung Fernsprechanlage	31.500 €	36.500 €
Elektrische Arbeitsmittelüberprüfung	16.800 €	16.800 €
Amterbudget (Betriebskosten der Verwaltungseinheiten einschl. KVA)	702.900 €	710.150 €
<i>davon Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung</i>	<i>171.400 €</i>	<i>174.850 €</i>
<i>davon Bücher, Zeitschriften und Gesetztestexte</i>	<i>69.000 €</i>	<i>70.000 €</i>
<i>davon Porto und Versandkosten</i>	<i>201.500 €</i>	<i>201.500 €</i>
<i>davon Telefonkosten</i>	<i>69.000 €</i>	<i>69.000 €</i>
<i>davon Reisekosten</i>	<i>106.500 €</i>	<i>108.500 €</i>
<i>davon sonstige Betriebskosten</i>	<i>85.500 €</i>	<i>86.300 €</i>
Gebühren	7.950 €	7.950 €
Einrichtungskosten	106.400 €	100.000 €
Umzugs- und Montagekosten	10.000 €	10.000 €
Ehrengeschenke, Nachrufe	1.200 €	1.200 €
Benutzerentgelte EDV (Datenübertragungskosten)	215.000 €	224.000 €
Kosten des Amtsblattes, Inserate	78.000 €	80.000 €
Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	357.300 €	388.400 €
Beiträge mit Wirkung für alle Verwaltungszweige (u.a. HLT, DLT, KGSt, KAV und HVSU; Anhebung des Beitragssatzes beim HVSU)	73.500 €	74.700 €
Betriebskosten EDV	895.000 €	895.000 €
Aufwendung für Fort- und Weiterbildung, Schulen	19.200 €	10.800 €
Inanspruchnahme von Diensten - Geodateninfrastruktur	19.000 €	25.000 €
Aufwand für Arbeitsmedizinischer Dienst	4.600 €	4.600 €
Personalkostenerstattung Bereich Schulen	48.000 €	49.000 €
Ausgaben Kantinenbetrieb	36.000 €	38.000 €
Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattung (Kantine)	1.290 €	1.290 €

Gerade im Bereich der Fort- und Weiterbildung erhöht sich der Ansatz in 2017 um 41.800 € und in 2018 um 72.900 €. Dies begründet sich u.a. in dem, bedingt durch Asyl, gestiegenen Personalkörper und dem damit verbundenen Anstieg an Fortbildungsbedarf sowie einem in den kommenden Jahren steigenden Bedarf an Aus- und Weiterbildungen, um nach dem altersbedingtem Ausscheiden von Beschäftigten diese Stellen mit eigenem, qualifizierter Personal ersetzen zu können.

Eine weitere Ansatzserhöhung ergibt sich im Bereich der Unterhaltung der Fernsprechanlagen. Die Telekom stellt den Telefonanschluss im Jahr 2018 auf den sogenannten "ALL-IP" Anschluss um. Damit muss jede Telefonanlage in Deutschland auf die neue Technik vorbereitet werden. Für die Umstellung auf die kommenden Protokolle und die Absicherung der Telefonanlage gegen Angriffe über das Telefonnetz sind ab 2017 neben investiven Mitteln auch Aufwendungen für die zusätzliche Wartung von jährlich 14.690,66 € einzuplanen. Die Ansätze müssen aus diesem Grunde in 2017 um 10.000,00 € und in 2018 um 15.000,00 € angehoben werden, um die Telefonie weiterhin sicherzustellen.

Die Betriebskosten der EDV ermitteln sich jährlich aus den Software-, und Hardwarepflegekosten (vertragliche Bindung), der Unterstützung durch externe Spezialisten und den durchzuführenden Maßnahmen lt. Kostenzusammenstellung der EDV 2017/2018. Zudem gilt es zu beachten, dass ab 2017 die Mittel für Hard- und Software der Leitstelle in den Etat der EDV aufgenommen wird. Weiterhin kommt in 2018 der Microsoft Enterprise Agreement Vertrag für die Client Computer. Hierfür sind im Ergebnishaushalt 20.000,00 € für die nächsten Jahre vorgesehen.

14

Abschreibungen

Die vermögenswirksamen Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Software) sind zu aktivieren und grundsätzlich linear auf die Nutzungsdauer des angeschafften Anlagegutes zu verteilen. Diese Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

15

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Mit Wirkung vom 01.01.2017 beabsichtigt der Vogelsbergkreis mit drei weiteren Landkreisen eine gemeinsame Fachstelle mit der Bezeichnung „Interkommunales Kreis-Archiv-Nordhessen“ einzuführen. Hierfür sind in 2017/2018 Mittel i.H.v. 80.000 € zu etatisieren.

29

Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der in Pos. 13 etatisierte Betrag enthält anteilig Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 240.110 € in 2017/2018, die dem Bereich der Grundsicherung (Produkt 31200) zuzurechnen sind (Betriebskosten, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung und EDV). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet. Daneben sind die Aufwendungen, die sich aus der Schulträgerschaft ergeben, dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300). Es handelt sich um die Personalkostenerstattung Schulen und Aufwendungen für die Zentralen Dienste (Ämterbudget) in Höhe von 136.950 € in 2017 und 137.950 € in 2018.

Teilhaushalt/Budget 10 **Organisation und Personal**
Produkt 11111 **Personalservice**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	100.050	99.550	29.420	140.651,10
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	241.655,30
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	100.050	99.550	29.420	382.306,40
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-431.700	-413.580	-374.200	-285.886,83
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.241.000	-2.096.380	-1.957.480	-364.048,33
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-31.234,68
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.672.700	-2.509.960	-2.331.680	-681.169,84
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.572.650	-2.410.410	-2.302.260	-298.863,44
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.572.650	-2.410.410	-2.302.260	-298.863,44
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	41.522,61
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-45.555,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-4.032,39
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.572.650	-2.410.410	-2.302.260	-302.895,83
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.572.650	-2.410.410	-2.302.260	-302.895,83

11111 Personalservice

Verantwortlich:	Frau Christa Wiese
Beschreibung:	<p>Personalplanung – Stellenplanung – Stellenbewirtschaftung – Stellenbemessung – Personaleinstellungsverfahren (Betreuung von Einstellung bis Ausscheiden aus Arbeits- oder Dienstverhältnis) für Beamte und Tarifpersonal Personalabrechnung incl. Sozialversicherungs- und Steuerangelegenheiten sowie weitere Ansprüche aus dem Dienst-/Tarifrecht (Bsp. Beihilfen, Reisekosten) Betreuung der Aus- und Fortbildung sowie Einstellungs- und Auswahlverfahren Teile des Arbeitsschutzes (Bsp. Schwerbehindertenrecht) Gleichstellung – Frauenförderplan und dessen Umsetzung</p>
Grundlage:	Öffentliches Dienstrecht und Tarifrecht, Arbeitsschutzvorschriften und Gleichstellungsgesetz, Sozialgesetzbuch, Einkommenssteuer-/Lohnsteuerrecht, Dienstvereinbarungen im Personalentwicklungsbereich
Ziele:	<p>angemessene personelle Versorgung der Fachämter gesetzliche/dienstrechtliche und tarifgerechte Behandlung der Beschäftigten (insbes. hinsichtlich finanzieller Ansprüche) Gleichbehandlung der Beschäftigten qualifikationsbezogener Einsatz der Beschäftigten mit Leistungsoptimierung durch Aus- und Fortbildung sowie weiterer Personalentwicklungsmaßnahmen</p>
Kennzahlen:	<p>Zahl der Personaleinstellungsverfahren Zahl der Betreuungsfälle / Abrechnungsfälle der Beschäftigten Stellenzahl</p>

Personaleinstellungen	2013		2014		2015	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Beschäftigte	12	16	11	20	11	28
Beamte	1	3	5	2	4	1
insgesamt:	13	19	16	22	15	29

jährl. Abrechnungsfälle	2013	2014	2015
	männlich/weiblich	männlich/weiblich	männlich/weiblich
Beschäftigte	7.868	7.748	7.930
Beamte	1.449	1.485	1.541
Azubis/Prakt.	235	259	360
Betreuungsfälle	609	772	2.621*
insgesamt:	10.161	10.264	12.452

* hiervon 1.969 Abrechnungsfälle im Rahmen von IKZ

Anzahl Bedienstete	2013		2014		2015	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Tarifbeschäftigte (Arbeiter, Angestellte)	172	409	171	413	166	407
Beamte (inkl. Anwärter)	54	62	59	65	60	60
Personen in Ausbildung	6	16	6	14	10	17
insgesamt:	232	487	236	492	236	484

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Bei der Kostenerstattung handelt es sich um die Erstattung von Personalkosten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Diese werden erstattet für:

- Hausmeisterbetreuung für Sporthallen bei außerschulischer Nutzung
- Personalkostenerstattung des ZAV für die Leistungen der Personalverwaltung für die Aufgaben der "Familienkasse". Diese wurden bis 2016 unter dem Produkt 1111010 verbucht. Ab 2017 erfolgt die Teilung der Beträge. 3.550 € werden unter Produkt 11111 und 2.750 € unter dem Produkt 11110 etatisiert.
- Eingliederungszuschuss Agentur für Arbeit entfällt
- Kostenerstattungen für die Umlage der aktiven und Ruhestandsbeamten des KKH Alsfeld. Bis 2016 wurden diese unter dem Produkt 11110 veranschlagt.
- Die Kostenerstattungen vom Eichhofkrankenhaus und der Verkehrsgesellschaft für die Umlage von zwei Beamten. Bis 2016 wurden diese ebenfalls unter dem Produkt 11110 veranschlagt.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
Produkt 11112 Personalvertretung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-136.130	-132.490	-133.680	-131.842,07
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-11.640	-11.030	-10.220	-24.525,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-147.770	-143.520	-143.900	-156.367,07
20.	=	Verwaltungsergebnis	-147.770	-143.520	-143.900	-156.367,07
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-147.770	-143.520	-143.900	-156.367,07
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-147.770	-143.520	-143.900	-156.367,07
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-147.770	-143.520	-143.900	-156.367,07

11112 Personalvertretung

Verantwortlich: Herr Peter Sukdolak

Beschreibung: Interessenvertretung und Beratung der Beschäftigten des Vogelsbergkreises

Grundlage: Hess. Personalvertretungsgesetz

Ziele: Vertretung der Rechte der Beschäftigten des Vogelsbergkreises
vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststellenleitung zum Wohle der Beschäftigten

Kennzahlen:

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
Produkt 28100 Kulturpflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	40	40	40	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	40	40	40	0,00
		Ordentliche Aufwendungen				
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-27.350	-27.350	-27.350	-27.351,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-27.350	-27.350	-27.350	-27.351,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-27.310	-27.310	-27.310	-27.351,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-27.310	-27.310	-27.310	-27.351,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-27.310	-27.310	-27.310	-27.351,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-27.310	-27.310	-27.310	-27.351,00

28100 Kulturpflege

Verantwortlich: Frau Heike Bohl

Beschreibung: Umsetzung der gültigen Vereinsförderrichtlinien; Bearbeitung aller Anträge zur Kulturförderung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel
--

Grundlage: Beschlüsse Kreistag und Kreisausschuss

Ziele: Bearbeitung aller Anträge innerhalb von 4 Wochen nach Eingang
--

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen
Der Ansatz berücksichtigt die Förderung der Musikschulen mit 20.450 €, den Kulturförderpreis in Höhe von 3.000 € sowie Zuschüsse für Vereine und überregionale Veranstaltungen und verschiedene Mitgliedsbeiträge in Höhe von 3.900 €.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0 0	0 0	0	1.527,11	7.048	7.048	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	15.000 16.000	0 0	20.000	50,00	127.064	56.064	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	15.000 16.000	0 0	20.000	1.577,11	134.112	63.112	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-982.700 -933.900	0 0	-850.800	-1.031.852,95	-7.818.493	-3.104.093	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-55.690 -61.130	0 0	-40.400	-55.238,04	-508.172	-207.962	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.038.390 -995.030	0 0	-891.200	-1.087.090,99	-8.326.665	-3.312.055	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.023.390 -979.030	0 0	-871.200	-1.085.513,88	-8.192.553	-3.248.943	

Teilhaushalt/Budget 10 **Organisation und Personal**
Produkt 11100 **Selbstverwaltungsorgane**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0 0	0 0	0	-24.102,19	-174.668	-174.668	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.200 -3.250	0 0	-3.110	-3.350,71	-34.134	-17.934	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.200 -3.250	0 0	-3.110	-27.452,90	-208.802	-192.602	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.200 -3.250	0 0	-3.110	-27.452,90	-208.802	-192.602	

Teilhaushalt/Budget 10 **Organisation und Personal**
Produkt 11110 **Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0 0	0 0	0	1.527,11	7.048	7.048	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	15.000 16.000	0 0	20.000	50,00	127.064	56.064	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	15.000 16.000	0 0	20.000	1.577,11	134.112	63.112	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-982.700 -933.900	0 0	-850.800	-1.007.750,76	-7.643.825	-2.929.425	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.850 -5.300	0 0	-3.610	-2.147,71	-36.499	-11.449	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-986.550 -939.200	0 0	-854.410	-1.009.898,47	-7.680.325	-2.940.875	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-971.550 -923.200	0 0	-834.410	-1.008.321,36	-7.546.212	-2.877.762	

11110 Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

2 **Einzahlungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Vermögens**

Etatisiert sind erwartete Einzahlungen aus dem Verkauf alter abgängiger Dienstwagen (15.000 € in 2017 und 16.000 € in 2018).

4 **Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Anlagevermögen**

Für 2017 ist die Ersatzbeschaffung von 6 Kauf-Dienstwagen vorgesehen. Hierbei handelt es sich um zwei Fahrzeuge Typ Variant, einem Bus und drei Fahrzeugen (Allrad), sodass hierfür 207.000 € vorgesehen werden sollten. Des Weiteren steht eine Ersatzbeschaffung von 3 Leasing-Rückläufern an. Um einen Kauf der Wagen vornehmen zu können, sind weitere finanzielle Mittel in Höhe von 80.000 € bereitzuhalten.

Für 2018 steht planmäßig die Ersatzbeschaffung von 4 Dienstfahrzeugen und ein ggf. auch zwei Geräteträger mit Anbauelementen für den Hausmeisterdienst an. Mit den Geräteträgern können Kehr-, Mäh- und Säuberungsarbeiten von Pflastersteinen, Schneeräum- und Salzstreuarbeiten durchgeführt werden. Der Ansatz hierfür wird mit 277.500 € etatisiert.

Im Bereich der Einrichtungskosten ist ein Ansatz von 169.000 € für das Jahr 2017 vorgesehen. Es ist zusätzlich zur ursprünglichen Planung ein Upgrade der TK-Anlagen vorzunehmen und die Frankiermaschine der Poststelle muss erneuert werden. Hinzukommen noch weitere Ersatzbeschaffungen, wie z.B. eine Registrierkasse, mehrere Kopiersysteme, eine Heftmaschine und ein Kaffeevollautomat.

In 2018 ist der Restbetrag für das Upgrade der TK-Anlagen, ein Großmengenaktenvernichter, 24-Stunden-Leitstellenstühle, ein Bodenreinigungsgerät, mehrere Kopiersysteme, sowie weitere allgemeine Ersatzbeschaffungen vorgesehen. Somit werden für 2018 Mittel in Höhe von 115.500 € benötigt.

Für 2017 und 2018 sind jeweils 10.000 € für nicht vorhersehbare Ersatzbeschaffungen vorzusehen.

Für die EDV müssen Ersatzbeschaffungen von Servern u. a. technischen Geräten vorgenommen werden. Weiterhin sind Investitionen für den Ausbau der IT-Sicherheit und des eGovernments zu tätigen. Lizenzaktualisierungen sind vorgesehen, um sicherzustellen, dass die eingesetzte Software weiterhin betrieben werden kann. Hierfür sind finanzielle Mittel in Höhe von 516.700 € für 2017 und 530.900 € für 2018 vorgesehen.

5 **Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen**

Es handelt sich um die Zuführung zur Versorgungsrücklage der Beamten gemäß § 2 Hessisches Versorgungsrücklagengesetz.

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
Produkt 11111 Personalservice

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-48.330	0	-33.330	-49.391,17	-434.901	-177.531	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-48.330	0	-33.330	-49.391,17	-434.901	-177.531	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-48.330	0	-33.330	-49.391,17	-434.901	-177.531	

Teilhaushalt/Budget 10 Organisation und Personal
Produkt 11112 Personalvertretung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-310	0	-350	-348,45	-2.636	-1.046	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-310	0	-350	-348,45	-2.636	-1.046	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-310	0	-350	-348,45	-2.636	-1.046	

Teilhaushalt/Budget 14 Rechnungsprüfungsamt
Budgetverantwortung

Heiko Häse (kommissarischer Leiter)

Produkte

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	- Euro -
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	320.000	320.000	320.000	320.892,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	1.000	540,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	321.000	321.000	321.000	321.432,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-626.090	-602.520	-573.050	-555.052,34
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-30.980	-28.260	-42.670	-72.245,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	-70.000	-74.896,91
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-657.070	-630.780	-685.720	-702.194,25
20.	=	Verwaltungsergebnis	-336.070	-309.780	-364.720	-380.762,25
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-336.070	-309.780	-364.720	-380.762,25
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-336.070	-309.780	-364.720	-380.762,25
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-336.070	-309.780	-364.720	-380.762,25

11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Verantwortlich: Herr Heiko Häse

Beschreibung: Finanzkontrolle über die kreisangehörigen Kommunen, Zweckverbände sowie den Landkreis

Grundlage: HGO, HKO, GemHVO, VOB, VOL, VOF, Antikorruptionserlass

Ziele: Alle Kommunen und Verbände verfügen zumindest über drei geprüfte Jahresabschlüsse. Sicherstellung, dass die Finanzwirtschaft der kreisangehörigen Kommunen, Verbände und des Landkreises im Einklang mit der gültigen Rechtslage erfolgt.

Kennzahlen: Übersicht über den derzeitigen Bearbeitungsstand der vorgelegten Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse. Anzahl Kassenprüfungen/-bestandsaufnahmen, Anzahl der Submissionen, Verwendungsbestätigungen und Prüfung von Auftragserweiterungen.

	Eröffnungsbilanz		JA 2008*		JA 2009		JA 2010		
	Prüfauftrag Datum	Unterlagen vollständig prüffähig	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung
Alsfeld	07.10.2010		beendet						
Antriftal	17.01.2014	17.01.2014	beendet			28.04.2015	Endphase		
Feldatal	21.11.2012	01.07.2013	beendet			30.04.2015	beendet		
Freiensteinau	14.10.2011	17.07.2013	beendet			15.10.2014	beendet	23.08.2016	
Gemünden	16.03.2011		beendet	06.11.2012	beendet	03.04.2014	beendet	01.10.2014	beendet
Grebenu	17.01.2014	17.01.2014	beendet			29.04.2015	beendet	10.08.2016	Mitten in P.
Grebenhain	15.08.2011	02.07.2013	beendet			25.08.2014	beendet	27.06.2016	beendet
Herbstein	10.12.2012	23.01.2014	beendet			24.04.2015	beendet	20.10.2015	beendet
Homberg Ohm	20.09.2012		beendet	30.12.2015	Endphase				
Kirtorf	23.12.2013	20.12.2013	beendet			30.04.2015	beendet		
Lauterbach	27.04.2011		beendet			24.07.2014	beendet	09.05.2016	Mitten in P.
Lautertal	01.07.2010		beendet			30.04.2012	beendet	01.03.2013	beendet
Mücke	30.09.2010		beendet	19.09.2014	beendet	30.04.2015	Endphase	30.04.2015	
Romrod	31.03.2013	01.07.2013	beendet			23.12.2014	beendet	27.01.2016	Endphase
Schlitz	13.12.2011		beendet			22.04.2016	Mitten in P.		
Schotten	26.10.2010		beendet			07.12.2011	beendet	04.06.2012	beendet
Schwalmtal	05.12.2013	05.12.2013	beendet			19.03.2015	beendet	28.01.2016	Mitten in P.
Ulrichstein	24.01.2014	24.04.2015	Mitten in P.						
Wartenberg	29.01.2014	29.01.2014	beendet			31.03.2015	beendet	08.10.2015	beendet
Vogelsbergkreis	27.06.2011		beendet			23.05.2012	beendet	17.04.2013	beendet
MausMedienzentrum				04.02.2009	beendet	02.03.2010	beendet	31.03.2011	beendet
Verein Geopark									
Verein für Berufsausbildung									
ZV Vulkan-Radweg	08.11.2010		beendet			28.04.2014	beendet	27.11.2016	beendet
ZV Naturpark	16.02.2011		beendet			19.10.2012	beendet	10.06.2013	beendet
HLT	02.05.2011		beendet					26.04.2016	beendet
AV Ohm-Seenbach	30.11.2011		beendet	17.12.2012	beendet	01.07.2014	beendet	19.06.2015	beendet
ULV	25.03.2013		beendet			25.04.2016	beendet		

ZV Soziale Dienste Kirtorf	25.03.2013		beendet	25.04.2016	Endphase				
ZV Stadt-Land-Schloss									
AV Antrifftal	06.08.2014		beendet						
AV Kirtorf	01.07.2014	10.03.2016	Endphase						

	JA 2011		JA 2012		JA 2013		JA 2014		JA 2015	
	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung	Prüfauftrag Datum	Anmerkung / aktueller Stand der Prüfung
Alsfeld										
Antrifftal										
Feldatal										
Freiensteinau										
Gemünden	01.12.2015	beendet	01.06.2016							
Grebenau										
Grebenhain										
Herbstein	15.06.2016	Endphase								
Homberg Ohm										
Kirtorf										
Lauterbach										
Lautertal	28.02.2014	beendet	14.02.2015	beendet	23.03.2016	beendet	14.09.2016			
Mücke										
Romrod	27.01.2016									
Schlitz										
Schotten	13.12.2012	beendet	16.05.2014	beendet	21.06.2015	beendet	17.02.2016	beendet		
Schwalmtal	13.04.2016		13.04.2016							
Ulrichstein										
Wartenberg	28.01.2016	beendet	15.07.2016							
Vogelsbergkreis	07.10.2013	beendet	21.03.2014	beendet	04.12.2015	Endphase	05.11.2015		04.05.2016	
MausMedienzentrum	27.03.2012	beendet	17.04.2013	beendet	03.06.2014	beendet	27.04.2015	beendet	11.05.2016	beendet
Verein Geopark					19.11.2014	beendet	30.03.2015	beendet	13.07.2016	beendet
Verein für Berufsausbildung					29.01.2014	beendet	21.01.2015	beendet	20.01.2016	beendet
ZV Vulkan-Radweg	29.08.2016	beendet								
ZV Naturpark	17.12.2013	beendet	23.07.2014	beendet	19.02.2015	beendet	23.12.2015	beendet	12.05.2016	beendet
HLT	26.04.2012	beendet	24.09.2013	beendet	08.07.2014	beendet				
AV Ohm-Seenbach	09.03.2016	beendet								
ULV										
ZV Soziale Dienste Kirtorf										
ZV Stadt-Land-Schloss										
AV Antrifftal										
AV Kirtorf										

Vorprüfung = Anforderung der Unterlagen / Sichtung auf Vollständigkeit / erste Gespräche

Mitten in Prüfung = Unterlagen liegen vor / inhaltliche Prüfung / Gespräche

Endphase = letzte Abstimmungen der offenen Posten / Umbuchungen /Erstellung Bericht

* hier sind nur die doppischen Jahresabschlüsse aufgeführt, alle kamerale Jahresabschlüsse 2008 sind geprüft

Stand 30.09.16

Anzahl	2013	2014	2015
Kassenprüfung/ -bestandsaufnahmen	30	36	35
Submissionen	101	108	112
Submissionen für Externe	5	2	0
Verwendungsbestätigungen Kreis	5	9	9
Verwendungsbestätigungen für Externe	15	7	7
Prüfung von Auftragserweiterungen	3	12	10
Prüfung Schlussrechnungen Kreis	110	88	60
Prüfung vor Ort Baustellen Kreis	22	11	20
Prüfung Vergabe ohne Submission	33	41	44
Prüfung Vergabevorschläge	134	108	112
externe Prüfaufträge	0	0	0
Prüfung von Leistungsverzeichnissen	134	108	112
Wettbewerblicher Dialog			2
EU VOF Verhandlungsverfahren LP 1-3	2	0	1
Interessenbekundungen HAD	12	16	26
EU-VOL Strom		1	1
EU-VOL Reinigung		1	2

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Veranschlagt sind die lt. Satzungsregelung zu erwartenden Erträge für erbrachte Prüfleistungen des Revisionsamts in Höhe von 320.000 €.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Nach dem Erlass zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung von doppischen Jahresabschlüssen für die Haushaltsjahre bis einschl. 2013 des HMdIS vom 30.07.2014, dürfen Rechnungsprüfungsämter Dritte zur Bewältigung des Arbeitsvolumens einbeziehen. Der bisher veranschlagte Aufwand diente der Beschäftigung eines Leiharbeitnehmers, der mit der Rechnungsprüfung beauftragt wurde. Aufgrund des Ausscheidens dieses Leiharbeitnehmers werden die Mittel i.H.v. 70.000 € nicht mehr benötigt.

Teilhaushalt/Budget 14 Rechnungsprüfungsamt
Produkt 11120 Prüfungs- und Beratungsdienste

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt-auszahlungs-bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.230	0	-2.150	-2.164,29	-22.928	-11.418	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-2.230	0	-2.150	-2.164,29	-22.928	-11.418	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.230	0	-2.150	-2.164,29	-22.928	-11.418	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Budgetverantwortung

Renate Stiebing

Produkte

11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

42100 Sportförderung

60000 Förderprogramme

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	118.000	118.000	103.000	138.294,27
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	72.911.900	70.136.900	67.063.990	61.380.111,62
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	31.704.500	31.243.000	32.212.090	31.590.031,01
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	3.348.470	3.341.540	3.270.350	3.430.353,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	2.000.000,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	108.082.870	104.839.440	102.649.430	98.538.789,90
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-990.210	-960.790	-915.590	-878.430,57
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-108.260	-139.630	-139.590	-214.990,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-28.500	-27.500	-32.000	-18.953,94
14.	66	Abschreibungen	-1.881.600	-1.441.360	-966.860	-974.784,24
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-589.000	-589.000	-2.089.000	-2.046.227,76
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-20.430.900	-19.881.100	-19.267.150	-18.899.556,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	-18.829,27
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-24.028.470	-23.039.380	-23.410.190	-23.051.771,78
20.	=	Verwaltungsergebnis	84.054.400	81.800.060	79.239.240	75.487.018,12
21.	56,57	Finanzerträge	1.386.680	1.186.920	1.141.770	1.219.692,60
22.	77	Finanzaufwendungen	-2.830.850	-2.786.450	-3.669.750	-2.838.326,01
23.	=	Finanzergebnis	-1.444.170	-1.599.530	-2.527.980	-1.618.633,41
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	82.610.230	80.200.530	76.711.260	73.868.384,71
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-1.000.000,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-1.000.000,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	82.610.230	80.200.530	76.711.260	72.868.384,71
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.786.970	1.677.480	1.671.170	945.624,12
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-1.481.690	-1.761.190	-2.045.290	-7.441.689,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	305.280	-83.710	-374.120	-6.496.064,88
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	82.915.510	80.116.820	76.337.140	66.372.319,83

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-329.840	-351.820	-353.080	-323.195,95
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-52.210	-47.770	-48.960	-96.030,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.500	-6.500	-12.000	-892,50
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-388.550	-406.090	-414.040	-420.118,45
20.	=	Verwaltungsergebnis	-388.550	-406.090	-414.040	-420.118,45
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-388.550	-406.090	-414.040	-420.118,45
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-388.550	-406.090	-414.040	-420.118,45
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-388.550	-406.090	-414.040	-420.118,45

11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Verantwortlich: Frau Katja Müller

Beschreibung: Aufstellung des Haushaltsplans, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der Vorgaben des Kreistags und Kreisausschusses; Beratung der Ämter in Fragen der Budgetbewirtschaftung; Aufbau und Durchführung der internen Kostenrechnung und des Berichtswesens auf Basis vereinbarter Ziele und Kennzahlen; Aufstellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung).

Grundlage: HKO, HGO, GemHVO, HGB, div. Steuergesetze

Ziele: Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verfahrensablaufs unter Einhaltung der Terminplanung und Fristen zu Haushaltsplan und Jahresabschluss; Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflichten

Kennzahlen: Feststellung Entwurf Haushaltsplan
Aufstellung Jahresabschluss
2 Berichte je Haushaltsjahr (gleichzeitig Berichte nach Schutzschirmvereinbarung)

	2013	2014	2015
Feststellung Entwurf Haushaltsplan	08.11.2012	07.11.2013	10.11.2014
Aufstellung Jahresabschluss	10.11.2014	20.05.2015	28.04.2016
Halbjahresberichte	30.08.2013 / 25.02.2014	01.09.2014 / 26.02.2015	30.07.2015/17.02.2016

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz berücksichtigt die Druckkosten des Haushaltsplans, die Aufwendungen für die weiterhin erforderliche Anpassung der Buchhaltungssoftware an gesetzliche Bestimmungen sowie den Anpassungs-/Beratungsbedarf aufgrund der Aufstellung des Gesamtabschlusses ab dem Jahr 2015.

Der Ansatz reduziert sich im Vergleich zum Hj 2016 um 5.500 €. Durch den vorliegenden Doppelhaushalt entstehen in 2017 keine Druckkosten, in 2018 wird mit geringerem Anpassungsbedarf für die Software gerechnet.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
 Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	118.000	118.000	103.000	138.294,27
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	118.000	118.000	103.000	138.294,27
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-615.500	-566.680	-539.360	-541.262,36
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-56.050	-91.860	-90.630	-118.960,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-22.000	-21.000	-20.000	-17.062,88
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-19,10
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-693.550	-679.540	-649.990	-677.304,34
20.	=	Verwaltungsergebnis	-575.550	-561.540	-546.990	-539.010,07
21.	56,57	Finanzerträge	190.000	190.000	170.000	189.551,48
23.	=	Finanzergebnis	190.000	190.000	170.000	189.551,48
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-385.550	-371.540	-376.990	-349.458,59
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-385.550	-371.540	-376.990	-349.458,59
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-385.550	-371.540	-376.990	-349.458,59

11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Verantwortlich: Herr Reinhold Braun

Beschreibung: Abwicklung des Zahlungsverkehrs; Sicherstellen der Liquidität; ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel; Verwahren von Wertgegenständen; Erstellen der Abschlüsse; Führen und Aufbewahren der Bücher; Belege und Konten; Statistiken; Mahnwesen; Beitreibung öffentlich-rechtlicher und Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Forderungen des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen sowie Dritter.

Grundlage: Hessische Landkreisordnung; Verordnung über die Kassenführung der Gemeinden (GemKVO); Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz (HessVwVG) und Vollstreckungskostenordnung (VKO)

Ziele: Zeitnahes Mahnen der Forderungen und rechtzeitige Leistung der Ausgaben; effiziente Bewirtschaftung der Kassenmittel; ordnungsgemäßes Führen der Bücher; erfolgreiche Vollstreckung

Kennzahlen: erledigte Vollstreckungsaufträge
neu eingegangene Anträge

	2013	2014	2015
erledigte Vollstreckungsanträge	8.532	8.039	8.194

Neuanträge	2013	2014	2015
eigene Ersuchen	1.340	1.092	1.148
fremde Ersuchen	7.001	6.723	6.968

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Nach dem Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz haben die Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. GEZ, IHK, Handwerkskammern) einen Kostenbeitrag für die Vollstreckungstätigkeit des Kreises zu leisten. Ausgehend von den vorliegenden Anträgen werden von kreisangehörigen Gemeinden 58.000 Euro und von den sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts 60.000 Euro Erträge erwartet.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position beinhaltet die Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs. Der Ansatz erhöht sich leicht aufgrund einer Ausweitung des Zahlungsverkehrs (Steigerung der Buchungsposten, erhöhter Einsatz EC-Terminals etc.).

21 Finanzerträge

Bei nicht fristgerechten Zahlungen werden von den Pflichtigen Mahn- und Beitreibungsgebühren beim Einzug der Forderungen erhoben. Es wird hier ein Ansatz von 190.000 Euro etatisiert. Der Ansatz orientiert sich am Rechnungsergebnis.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 42100 Sportförderung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-44.870	-42.290	-23.150	-13.972,26
14.	66	Abschreibungen	-31.030	-26.030	-20.360	-12.194,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-89.000	-89.000	-89.000	-46.227,76
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-164.900	-157.320	-132.510	-72.394,02
20.	=	Verwaltungsergebnis	-164.900	-157.320	-132.510	-72.394,02
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-164.900	-157.320	-132.510	-72.394,02
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-164.900	-157.320	-132.510	-72.394,02
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-164.900	-157.320	-132.510	-72.394,02

42100 Sportförderung

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Beratung und finanzielle Förderung der Sportvereine zur Pflege des Sports im Rahmen des Art. 62 a der Hessischen Verfassung sowie der Sportförderrichtlinien des VBK
Grundlage:	Art. 62 a der Hessischen Verfassung, Sportförderrichtlinien des Vogelsbergkreises, Förderrichtlinien des Landes Hessen
Ziele:	80 % der Anträge im Bereich Sportförderung werden ab dem Vorliegen der vollständigen Unterlagen innerhalb von 28 Tagen beschieden.
Kennzahlen:	Anzahl der eingegangenen Anträge, Bescheiderteilung hierzu innerhalb von 28 Tagen

Anzahl der eingegangenen Anträge	2012	2013*	2014	2015
Anträge insgesamt	130	93	95	100
Bescheide innerhalb 28 Tage	117	41	83	90
Quote:	90,00%	44,09%	87,37%	90,00%

* Der Rückgang der Quote in 2013 resultiert aus der von Januar bis Mai 2013 unbesetzten Stelle.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen
 Nach den geltenden Sportförderrichtlinien können Sportvereine für kleinere Investitionsmaßnahmen (bis 30.000 EUR im Einzelfall) und die Beschaffung langlebiger Sportgeräte einen Zuschuss von 10 % der förderfähigen Kosten erhalten. Daneben fördert der Kreis die Jugendarbeit der Sportvereine mit einem Betrag von 6,00 Euro für jedes jugendliche Vereinsmitglied.

Zur Förderung größerer Investitionen der Sportvereine (> 30.000 Euro) sind zusätzlich im Finanzhaushalt Investitionszuschüsse in Höhe von 50.000 EUR eingeplant.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 60000 Förderprogramme

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.564.580	1.214.050	795.060	795.064,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.564.580	1.214.050	795.060	795.064,00
		Ordentliche Aufwendungen				
14.	66	Abschreibungen	-1.810.570	-1.415.330	-946.500	-946.496,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.810.570	-1.415.330	-946.500	-946.496,00
20.	=	Verwaltungsergebnis	-245.990	-201.280	-151.440	-151.432,00
21.	56,57	Finanzerträge	5.680	5.920	6.170	6.415,50
22.	77	Finanzaufwendungen	-535.200	-558.900	-582.700	-606.439,58
23.	=	Finanzergebnis	-529.520	-552.980	-576.530	-600.024,08
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-775.510	-754.260	-727.970	-751.456,08
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-775.510	-754.260	-727.970	-751.456,08
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	830.520	780.670	727.970	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	830.520	780.670	727.970	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	55.010	26.410	0	-751.456,08

60000 Förderprogramme

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Konjunkturprogramm des Landes Hessen zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung und zur Beseitigung eines erheblichen Investitions- und Instandhaltungsstaus in den hessischen Schulen
Grundlage:	Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen vom 05.02.2009, Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hess. Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes (SIP) Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhasträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm vom 25.11.2015 (KIPG) sowie die zur Ausführung des – Gesetzes ergangenen Förderrichtlinien
Ziele:	Ordnungsgemäße Abwicklung der Förderprogramme unter Einbeziehung der beteiligten Fachämter, korrekte vermögens-, ergebnis- und finanzrechnerische Behandlung aller Vorgänge, regelmäßige Berichterstattung an Behörden, Banken und Kreisgremien

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten**
Die im Rahmen der Förderprogramme SIP und KIP gewährten Zuweisungen des Bundes sowie die Tilgungsbeiträge des Landes sind in der Bilanz des Vogelsbergkreises als Sonderposten nachzuweisen. Diese werden über die gesamte Laufzeit des jeweiligen Programms linear aufgelöst, die daraus resultierenden Erträge sind hier gesammelt nachgewiesen. Die Differenz zwischen diesen Erträgen und den Abschreibungen und der Zinsbelastung stellt nicht gedeckten Aufwand dar. Dieser wird mit dem auf die Schulen entfallenden Aufwand seit dem Haushaltsjahr 2016 bei der Ermittlung der kostendeckenden Schulumlage berücksichtigt.
- 14 Abschreibungen**
Alle im Rahmen der Förderprogramme getätigten Anschaffungen (Einrichtung/EDV/Gebäude) sind als Investitionen zu aktivieren und abzuschreiben. Zur Vermeidung ungleichmäßiger Haushaltsbelastungen werden alle Anlagegüter unabhängig von ihrer tatsächlichen Nutzungsdauer beginnend mit der Inbetriebnahme linear über die gesamte Laufzeit des der Programme abgeschrieben. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass sich die unter der vorstehenden Position 8 erfassten Erträge und die Aufwendungen über die gesamte Laufzeit gleichmäßig entwickeln.
- 22 Finanzaufwendungen**
Veranschlagt ist zunächst nur die sogenannte Zinsdienstumlage für Zinsaufwendungen der Kredite des SIP. Die im Rahmen des KIPG entstehenden Zinsverpflichtungen werden in den ersten 10 Jahren vollständig vom Land getragen und von diesem direkt an die WI-Bank ausgezahlt. Sie sind dennoch im Kreishaushalt in Erträgen und Aufwendungen auszuweisen, führen jedoch zu keiner zusätzlichen Haushaltsbelastung. Von einer Veranschlagung wird daher zunächst abgesehen, da der Zeitpunkt und Höhe der Entstehung der Zinsverpflichtung noch nicht konkret bestimmt ist.

Teilhaushalt/Budget 20 **Finanzen**
Produkt 61100 **Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	72.911.900	70.136.900	67.063.990	61.380.111,62
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	31.147.700	30.664.800	31.612.490	30.987.800,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.783.890	2.127.490	2.475.290	2.635.289,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	105.843.490	102.929.190	101.151.770	95.003.200,62
		Ordentliche Aufwendungen				
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	-998,56
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-16.075,14
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-20.430.900	-19.881.100	-19.267.150	-18.899.556,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-20.430.900	-19.881.100	-19.267.150	-18.916.629,70
20.	=	Verwaltungsergebnis	85.412.590	83.048.090	81.884.620	76.086.570,92
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	85.412.590	83.048.090	81.884.620	76.086.570,92
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	85.412.590	83.048.090	81.884.620	76.086.570,92
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-1.481.690	-1.761.190	-2.045.290	-7.441.689,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-1.481.690	-1.761.190	-2.045.290	-7.441.689,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	83.930.900	81.286.900	79.839.330	68.644.881,92

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Berechnung, Veranlagung und Abwicklung der Jagdsteuer; Berechnung, Abstimmung und Abführung der Umsatzsteuer der Betriebe gewerblicher Art Feststellung, Veranlagung und Abwicklung aller Ansprüche nach Finanzausgleichsgesetz;
Grundlage:	HKO, HGO, FAG, KAG, AO, UStG, Haushaltssatzung, Jagdsteuersatzung
Ziele:	rechtssichere Festsetzung der Jagdsteuer bis zum 30.06.; ordnungsgemäße Bearbeitung aller Finanzausgleichsvorgänge und Umsatzsteuermeldungen
Kennzahlen:	Anzahl der Bescheide, Anzahl der erfolgreichen Widersprüche / Klagen

Bescheide Jagdsteuer	2013	2014	2015
Anzahl Bescheide	304	321	327
Anzahl Widersprüche / Klagen	3 / 0	4 / 0	6 / 3
erfolgreiche Widersprüche/Klagen	0 / 0	0 / 0	0 / 1

Bescheide FAG	2013	2014	2015
Anzahl Bescheide	38	38	57
Anzahl Widersprüche / Klagen	0 / 0	0 / 0	0 / 0

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

5

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen

Der Ansatz umfasst die Erträge der Kreisumlage in Höhe von 44.278.600 € für 2017 und 45.836.500 € für 2018 sowie die Schulumlage mit 25.723.300 € für 2017 und 26.940.400 € für 2018. Die Planungsgrundlagen 2017 wurden vom Hessischen Ministerium der Finanzen (HMdF) mit Schreiben vom 12.09.2016 bekanntgegeben. Auf dieser Basis und unter Berücksichtigung aller veranschlagten Aufwendungen und Auszahlungen, die der Schulträgerschaft zuzuordnen sind, war zunächst der Schulumlagehebesatz zu ermitteln. Aufgrund der erstmals vorgenommenen Veranschlagung eines Teilbetrags als Ersatz für die nicht mehr gewährte Schulbaupauschale erhöht sich der Schulumlagehebesatz für das Hj. 2017 auf 19,63 %, für das Hj. 2018 auf 19,96 % (2016: 17,63 %).

Der danach noch ungedeckte Aufwand war als Kreisumlage zu veranschlagen. Dies ergab einen Hebesatz von 33,79% für 2017 und 33,96% für 2018 (2016: 35,79 %). Die im Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 beschlossene Erhöhung der Hebesätze um in der Summe jährlich jeweils 0,5 % konnte damit für das Jahr 2017 vermieden werden.

Daneben wurden Erträge aus der Erhebung der Jagdsteuer mit 135.000 € veranschlagt. Durch Entscheidung des VGH ist das Land Hessen mit seinen im Landesbetrieb Hessen-Forst geführten, nicht verpachteten Eigenjagden nicht mehr jagdsteuerpflichtig, daraus entstehen dem Kreis Ertragsverluste in Höhe von ca. 24.000 €.

- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen**
Die Schlüsselzuweisungen betragen gem. Schreiben des HMdF vom 12.09.2016 32.764.800 € für 2017 und werden mit 3 % hochgerechnet auf 33.747.700 € für 2018. Sie werden hier reduziert ausgewiesen durch die Überführung eines Teils der Deckungsmittel in den Finanzhaushalt als Ersatz für die seitherige Schulbaupauschale (2017: 2,1 Mio. €, 2018: 2,6 Mio. €).
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus Allgemeiner Investitionspauschale (2017: 366.300 €, 2018: 302.200 €) sowie Schulbaupauschale (2017: 1.761.190 €, 2018: 1.481.690 €), die der Kreis bis zum Jahr 2015 erhalten hat. Der Abschreibungszeitraum dieser pauschalen Zuweisungen beträgt 10 Jahre. Auch die Auflösung des ab 2017 im Finanzhaushalt verbuchten Teilbetrags der Schlüsselzuweisung, der im Ergebnis durch eine höhere Schulumlage gegenfinanziert wird, ist unter dieser Position zu verbuchen. Damit die Verwendung für Aufgaben des Schulträgers eindeutig nachgewiesen werden kann, ist vorgesehen, diese zukünftig einem oder mehreren Anlagegütern direkt zuzuordnen und über den entsprechenden Abschreibungszeitraum aufzulösen. Damit wird sichergestellt, dass die Erträge dauerhaft auf die Schulumlage angerechnet werden.
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Der Ansatz berücksichtigt die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage in Höhe von 1.556.200 € für 2017/2018, dies entspricht einem Umlagehebesatz von 0,95% (Vorjahr 1.612.780 €). Für die Verbandsumlage an den LWV ist aufgrund des Eckwertebeschlusses der Verbandsversammlung für das Jahr 2017 von einem Hebesatz von 11,187% auszugehen, daraus errechnet sich ein Ansatz für die LWV-Umlage in Höhe von 18.324.900 € (Vorjahr 17.654.370 €). Für 2018 wird ein um 3 % erhöhter Umlagebedarf unterstellt, dies führt zu einer Umlageverpflichtung von 18.874.700 €.
- 30 Kosten für interne Leistungsbeziehungen**
Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus der Schulbaupauschale (siehe Erläuterung zu Pos. 8) werden zur Darstellung des ungedeckten Schulträgeraufwands, der über die Schulumlage zu finanzieren ist, dem Budget 40 - Schulverwaltung zugerechnet (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget 20 **Finanzen**
Produkt 61200 **Vermögens- und Schuldenverwaltung**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	556.800	578.200	599.600	602.231,01
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	2.000.000,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	556.800	578.200	599.600	2.602.231,01
		Ordentliche Aufwendungen				
14.	66	Abschreibungen	-40.000	0	0	0,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-500.000	-500.000	-2.000.000	-2.000.000,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	-18.829,27
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-540.000	-500.000	-2.000.000	-2.018.829,27
20.	=	Verwaltungsergebnis	16.800	78.200	-1.400.400	583.401,74
21.	56,57	Finanzerträge	1.191.000	991.000	965.600	1.023.725,62
22.	77	Finanzaufwendungen	-2.295.650	-2.227.550	-3.087.050	-2.231.886,43
23.	=	Finanzergebnis	-1.104.650	-1.236.550	-2.121.450	-1.208.160,81
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.087.850	-1.158.350	-3.521.850	-624.759,07
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-1.000.000,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-1.000.000,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.087.850	-1.158.350	-3.521.850	-1.624.759,07
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	956.450	896.810	943.200	945.624,12
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	956.450	896.810	943.200	945.624,12
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-131.400	-261.540	-2.578.650	-679.134,95

61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Verantwortlich:	Frau Renate Stiebing
Beschreibung:	Führung der Anlagenbuchhaltung zur Dokumentation der Vermögenslage des Kreises; Schuldenmanagement Unterstützung und Beratung der Verwaltungsleitung sowie der Kreisgremien im Rahmen der Beteiligungssteuerung bezogen auf alle Beteiligungen, Erstellung des Beteiligungsberichtes
Grundlage:	HKO, HGO, GemHVO, HGB, Inventar- und Jahresabschlussrichtlinie, Beschlüsse, Mitteilungen und Richtlinien der EU-Kommission zum Beihilferecht
Ziele:	vollständige Erfassung des Bestands und der wertmäßigen Veränderung der Vermögensgegenstände und Sonderposten in der Anlagenbuchhaltung; vollständige Erfassung der Kreditverbindlichkeiten, Aufbau eines bedarfsorientierten Schuldenmanagements Aufbau einer bedarfsorientierten Beteiligungssteuerung
Kennzahlen:	Jahresabschlussergebnisse der Beteiligungsunternehmen

Beteiligungsbericht/Beteiligungswert/Erträge für den Kreishaushalt

Jeweils auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der Beteiligungen zum 31.12.

Beteiligung	2013		2014		2015	
	Beteiligungswert	jährl. Rendite	Beteiligungswert	jährl. Rendite	Beteiligungswert	jährl. Rendite
ZOV	42.985.651,38 €	-598.781,38 €	42.985.651,38 €	412.254,64 €	42.985.651,38 €	904.606,21 €
	Eigenkap.rendite	-1,39%	Eigenkap.rendite	0,96%	Eigenkap.rendite	2,10%
RhönEnergie	460.350,00 €	62.668,40 €	464.665,00 €	100.155,03 €	464.665,00 €	110.697,67 €
	Eigenkap.rendite	13,61%	Eigenkap.rendite	21,55%	Eigenkap.rendite	23,82%
Sparkasse	55.944.832,17 €	0,00	55.944.832,17 €	0,00	55.944.832,17 €	0,00
	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0%	Eigenkap.rendite	0%

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Unter dieser Position sind die Zinsdiensthilfen, die im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung vom Land an den Vogelsbergkreis gezahlt werden, etatisiert.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Diese Position beinhaltet eine am Konzernverlust des Geschäftsjahres 2015 orientierte Zuweisung an die Kreiskrankenhaus Alsfeld GmbH zur Liquiditätssicherung.

21 Finanzerträge

Für Guthaben auf Kontokorrentkonten und kurzfristige Geldanlagen sind aufgrund des niedrigen Zinsniveaus kaum Erträge zu erwirtschaften. Dagegen kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für täglich fällige Kassenkredite ein geringer Zinsertrag erzielt werden, es werden 1.000 € angesetzt. Bedeutsamer sind die erwarteten

Gewinnausschüttungen des ZOV (2017: 900.000 €, 2018: 1.100.000 €) und der RhönEnergie Osthessen (2017/2018: jeweils 90.000 €).

22

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Ansatz berücksichtigt die Zinsen für Investitionskredite (2017: 642.500 €, 2018: 733.950 €) sowie die Zinsen für Kassenkredite und Kontokorrentzinsen (2017/2018: jeweils 500.000 €). Die Kassenkreditzinsen wurden mit dem sich aus dem Bestand zum 31.08.2016, dem prognostizierten Haushaltsvollzug und dem sich aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf ergebenden Finanzmittelbedarf kalkuliert.

Aufgrund der Schutzschirmvereinbarung werden zudem die an die WI-Bank zu zahlenden Zinsen für die erfolgte Entschuldung in Höhe von 592.900 € für 2017 und 571.000 € für 2018 eingeplant (Gegenposition zu Pos. 7).

Weitere 492.100 € / 490.700 € sind 2017 und 2018 als Aufwand und aus der Auflösung von Ansparraten für Investitionsfondskredite etatisiert. Diese sind zur periodengerechten Zuordnung gleichmäßig auf die gesamte Laufzeit der Kredite zu verteilen.

29

Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen

Der auf den Bereich der Schulen entfallende Zinsanteil an den Investitionskrediten und die Auflösung der Ansparraten für den Investitionsfonds B in Höhe von insgesamt 896.810 € für 2017 und 956.450 € für 2018 ist dem Budget 40 – Schulen und Liegenschaften zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 243000).

Teilhaushalt/Budget
20 Finanzen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.623.000 3.123.000	0 0	523.000	3.223.319,45	27.979.777	13.164.777	
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0 0	0 0	0	15.000,00	45.000	45.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	2.623.000 3.123.000	0 0	523.000	3.238.319,45	28.024.777	13.209.777	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-3.050.000 -4.050.000	0 0	-1.050.000	-19.689,00	-12.476.465	-1.226.465	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0 0	0 0	0	-3.960,67	-591.840	-591.840	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0 0	0 0	0	-105,10	-900	-900	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.390 -3.460	0 0	-3.320	-403.292,82	-431.981	-414.751	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.053.390 -4.053.460	0 0	-1.053.320	-427.047,59	-13.501.186	-2.233.956	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-430.390 -930.460	0 0	-530.320	2.811.271,86	14.523.590	10.975.820	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 11140 Haushaltsplanung, Finanzcontrolling, Rechnungswesen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.620	0	-1.590	-1.577,31	-14.757	-6.497	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.620	0	-1.590	-1.577,31	-14.757	-6.497	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.620	0	-1.590	-1.577,31	-14.757	-6.497	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 11150 Zahlungs- und Forderungsmanagement

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.770	0	-1.730	-1.715,51	-17.223	-8.253	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.770	0	-1.730	-1.715,51	-17.223	-8.253	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.770	0	-1.730	-1.715,51	-17.223	-8.253	

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 42100 Sportförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-50.000	0	-50.000	-12.189,00	-453.965	-203.965	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-50.000	0	-50.000	-12.189,00	-453.965	-203.965	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-50.000	0	-50.000	-12.189,00	-453.965	-203.965	

42100 Sportförderung**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen**

Die aktuellen Sportförderrichtlinien sehen vor, dass Baumaßnahmen und Sanierungen vereinseigener Sportstätten, soweit sie der Sportausübung im öffentlichen Interesse dienen, mit 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert werden. Zuschüsse ab einem Betrag von 3.000 € werden als Investitionszuschuss aktiviert und sind daher im Finanzhaushalt zu veranschlagen. Für die Haushaltsjahre 2017/2018 wird wie in den Vorjahren ein Ansatz in Höhe von 50.000 € vorgesehen, der Betrag reicht erfahrungsgemäß aus, um alle abrechnungsfähigen Anträge zu bedienen.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 60000 Förderprogramme

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	523.000 523.000	0 0	523.000	530.319,45	5.251.777	2.636.777	
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0 0	0 0	0	15.000,00	45.000	45.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	523.000 523.000	0 0	523.000	545.319,45	5.296.777	2.681.777	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0 0	0 0	0	-7.500,00	-22.500	-22.500	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0 0	0 0	0	-3.960,67	-591.840	-591.840	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0 0	0 0	0	-105,10	-900	-900	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0 0	0 0	0	-11.565,77	-615.240	-615.240	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	523.000 523.000	0 0	523.000	533.753,68	4.681.537	2.066.537	

60000 Förderprogramme**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**

Es handelt sich hierbei um den buchungstechnisch als Zuschuss auszuweisenden Tilgungsanteil des Landes an den Krediten des Sonderinvestitionsprogramms 2009, der in 2017/2018 mit 523.000 € bilanziert wird.

Die Auszahlung des zugehörigen Tilgungsbetrages in Höhe von 677.000 € wird im Teilfinanzhaushalt nicht abgebildet, weil die Teilfinanzhaushalte lediglich die der Investitionstätigkeit zugeordneten Zahlungsvorgänge abbilden. Die Tilgung ist in dem unter Position 17 des Finanzhaushalts „Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen“ ausgewiesenen Betrag enthalten.

Weil der Tilgungsanteil nicht als „echter“ Investitionszuschuss fließt, muss er bei der Ermittlung des zulässigen Investitionskreditbetrages unberücksichtigt bleiben, die zulässige Kreditaufnahme kann daher um diesen Betrag höher ausfallen als der Teilsaldo „Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit“ des Finanzhaushalts.

In den Folgejahren werden unter diesem Produkt auch alle Ein- und Auszahlungen für die über das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) bewilligten und umgesetzten Projekte dargestellt.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.100.000	0	0	2.693.000,00	22.728.000	10.528.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	2.100.000	0	0	2.693.000,00	22.728.000	10.528.000	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.100.000	0	0	2.693.000,00	22.728.000	10.528.000	
		2.600.000	0					

61100 Steuerangelegenheiten, Finanzausgleich

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und –zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**

Bis zum Haushaltsjahr 2015 waren unter dieser Position die Investitionspauschalen zu verbuchen. Mit der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs wurden 2016 die allgemeine Investitionspauschale und die Schulbaupauschale abgeschafft.

Das neu gefasste Finanzausgleichsgesetz (FAG) lässt es ersatzweise zu, einen Teil der allgemeinen Deckungsmittel des Ergebnishaushalts in den Finanzhaushalt zu überführen. Im Hj. 2016 wurde davon kein Gebrauch gemacht, weil die allgemeinen Finanzausweisungen nicht ausreichten, um die Ausfälle aus den seither erhaltenen besonderen Finanzausweisungen und Investitionspauschalen zu kompensieren. Zudem standen über das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) mehr als 12 Mio. € zusätzliche Mittel für Investitionen bereit, die wegen der zeitlichen Befristung des Programms vorrangig einzusetzen waren.

Um das beschlossene Investitionsprogramm im vorgegebenen Zeitraum und ohne Ausweitung der Investitionsschulden umsetzen zu können ist es notwendig, beginnend mit dem Hj. 2017 die durch den Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit zu nutzen. Der für das Hj. 2017 veranschlagte Betrag führt dabei entgegen der Annahme des Haushaltskonsolidierungskonzepts 2016 nicht zur Erhöhung des Gesamtumlagehebesatzes (die Summe der Hebesätze von Kreis- und Schulumlage). Für das Hj. 2018 entsteht wegen der um 500.000 € höheren Zuführung allerdings ein zusätzlicher Umlagebedarf im Ergebnishaushalt.

Die veranschlagten Einzahlungen werden im Hj. 2017 ausschließlich zur Gegenfinanzierung der Sanierung der Gesamtschule in Schotten und im Hj. 2018 für den Neubau der Gesamtschule in Schlitz eingesetzt.

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen
Produkt 61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-3.000.000 -4.000.000	0 0	-1.000.000	0,00	-12.000.000	-1.000.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0 0	0 0	0	-400.000,00	-400.000	-400.000	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.000.000 -4.000.000	0 0	-1.000.000	-400.000,00	-12.400.000	-1.400.000	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.000.000 -4.000.000	0 0	-1.000.000	-400.000,00	-12.400.000	-1.400.000	

61200 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Für die grundlegende Sanierung des Kreiskrankenhauses Alsfeld sieht das Investitionsprogramm in den Jahren 2016 bis 2019 Auszahlungen von insgesamt 12 Mio. € vor, davon 1 Mio. € in 2016, die restlichen 11 Mio. € in den Jahren 2017 bis 2019 (siehe auch Vorbericht).

Der Gesamtbetrag entspricht der Summe, die auch im Investitionsprogramm 2015 bis 2018 bereits vorgesehen und mit dem Land Hessen als der für die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser verantwortlichen Instanz abgestimmt war. Das Land Hessen beteiligt sich voraussichtlich mit einem Betrag von 13 Mio. € aus dem Programmteil Krankenhäuser des KIP, wobei der Betrag als Darlehen ausgestaltet ist.

Der im Kreishaushalt für das Jahr 2016 angesetzte Betrag war zunächst als Anlaufrate gedacht und ist, da die Sanierung bei der Aufstellung des Haushalts noch nicht begonnen wurde, auch noch nicht ausgezahlt.

Zusätzlich zu der hier veranschlagten Unterstützung der Sanierungsmaßnahme erhält das Kreiskrankenhaus aus dem auf den Vogelsbergkreis entfallenden KIP-Paket entsprechend dem Beschluss des Kreistags vom 15.12.2015 weitere Investitionshilfen für

• Dachsanierung	950 T€
• Fassadensanierung physikalische Therapie	300 T€
• Ausstattungsverbesserung Medizintechnik	<u>1.909 T€</u>
	3.159 T€

Diese Investitionshilfen wurden inzwischen durch das Hessische Finanzministerium bewilligt. Mit der Beschaffung der Ausstattung wurde bereits in 2016 begonnen, die Dach- und Fassadensanierung werden sich in 2017 anschließen. Aus Gründen der Vereinfachung der Berichts- und Nachweispflichten, die sich aus dem KIP ergeben, werden alle daraus finanzierten Maßnahmen im Teilfinanzhaushalt 60000 dargestellt. Die korrekte Erfüllung der statistischen Berichtspflichten wird sichergestellt.

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten
Budgetverantwortung

Dr. Arno Wettlaufer

Produkte

11170 Rechtsangelegenheiten

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	9.983,31
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	3.000	3.000	3.000	13.950,01
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	3.000	3.000	3.000	23.933,32
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-210.020	-198.180	-121.970	-137.098,85
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-21.690	-19.470	-19.230	-19.225,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.000	-42.000	-42.000	-39.652,37
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-273.710	-259.650	-183.200	-195.976,22
20.	=	Verwaltungsergebnis	-270.710	-256.650	-180.200	-172.042,90
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-270.710	-256.650	-180.200	-172.042,90
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-270.710	-256.650	-180.200	-172.042,90
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-270.710	-256.650	-180.200	-172.042,90

11170 **Rechtsangelegenheiten**

Verantwortlich: Herr Dr. Arno Wettlaufer

Beschreibung: Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises in der Sozialgerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Zivilgerichtsbarkeit einschließlich Arbeitsgerichtsbarkeit sowie der Finanzgerichtsbarkeit.
 Rechtliche Beratung des Landrates, der Kreisgremien, der Ämter der Kreisverwaltung (ohne das Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten (AAO) sowie von Gesellschaften und Zweckverbänden, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist, und - in Einzelfällen - von kreisangehörigen Gemeinden.
 Durchführung von Anhörungsverfahren in Widerspruchsangelegenheiten der Kreisverwaltung (ohne AAO) und von OWi-Verfahren (insbesondere in Bauangelegenheiten).
 Ausbildung von Rechtsreferendaren in der Verwaltungsstation und von Jura-Studenten im Rahmen der praktischen Studienzeit.

Grundlage: Prozessführung: SGG, VwGO, ZPO/ArbGG, FGO; Beratung: fachspezifische Rechtsvorschriften; Anhörungsverfahren: §§ 7-12 HAGVwGO; Owi-Verfahren: OwiG; Ausbildung: § 34 und § 9 Abs. 1 Nr. 3 HessJAG

Ziele: Beratung in rechtlichen Angelegenheiten sowie Herstellung von Rechtssicherheit

Kennzahlen: Anzahl neue Rechtsstreite, Behördliche Kostenfestsetzungsverfahren, Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverfahren

	2013	2014	2015
Anzahl der neuen Rechtsstreite	74	91	91
Behördl. Kostenfestsetzungsverfahren	29	39	42
Anzahl der beim Anhörungsausschuss registrierten Widerspruchsverf. des Rechtsamtes	48	90	47

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Es handelt sich um Rückflüsse von Gerichtskosten. Dieser Haushaltsansatz steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den geführten Rechtsstreitigkeiten und wird auf gesetzlicher Grundlage gehandhabt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Es handelt sich um sachliche Aufwendungen für die Führung der Rechtsstreitigkeiten des Vogelsbergkreises sowie für die Kostenfestsetzungsverfahren, die aufgrund von Erstattungsverpflichtungen durchgeführt werden. Sämtliche Aufwendungen haben eine gesetzliche Grundlage und sind durch das Rechtsamt regelmäßig nicht steuerbar.

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten
Produkt 11170 Rechtsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-750	0	-730	-728,92	-7.732	-3.902	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-770	0	-730	-728,92	-7.732	-3.902	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-750	0	-730	-728,92	-7.732	-3.902	

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Budgetverantwortung

Siegfried Simon

Produkte

 11180 Kommunalaufsicht
 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen
 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
 12600 Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes
 12700 Organisation des Rettungsdienstes
 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	25.000	17.816,66
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.435.000	2.469.000	2.303.100	2.076.819,34
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.004.000	1.004.000	998.200	1.004.379,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	83.000	83.000	83.000	91.186,53
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	20.280	20.930	14.260	15.556,73
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	15.500	15.500	15.500	17.220,95
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	3.582.780	3.617.430	3.439.060	3.222.979,21
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.553.740	-3.523.250	-3.012.110	-2.897.752,86
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-260	-73.130	-15.840	-12.653,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-522.780	-651.620	-654.000	-315.867,28
14.	66	Abschreibungen	-148.240	-142.340	-131.900	-97.043,34
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-116.950	-122.200	-84.300	-83.303,21
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-60.000	-60.000	-60.000	-56.308,50
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-4.401.970	-4.572.540	-3.958.150	-3.462.928,19
20.	=	Verwaltungsergebnis	-819.190	-955.110	-519.090	-239.948,98
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-819.190	-955.110	-519.090	-239.948,98
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	132.753,87
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-19.289,82
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	113.464,05
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-819.190	-955.110	-519.090	-126.484,93
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-819.190	-955.110	-519.090	-126.484,93

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 11180 **Kommunale Finanz- und Rechtsaufsicht**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	200	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	200	0,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-260.660	-257.590	-109.910	-107.791,92
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-56.850	-57.340	0	0,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.000	-10.000	-10.000	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-327.510	-324.930	-119.910	-107.791,92
20.	=	Verwaltungsergebnis	-327.510	-324.930	-119.710	-107.791,92
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-327.510	-324.930	-119.710	-107.791,92
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-327.510	-324.930	-119.710	-107.791,92
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-327.510	-324.930	-119.710	-107.791,92

11180

Kommunale Finanz- und Rechtsaufsicht

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
-----------------	----------------------

Beschreibung:	<p>Allgemeine Rechtsaufsicht über die Gemeinden und Verbände; Anwendung förmlicher Aufsichtsmittel; Stellungnahmen und Entscheidungen zu Eingaben, Petitionen und Beschwerden; Aufgabenwahrnehmung des Dienstvorgesetzten in Disziplinarangelegenheiten gegenüber kommunalen Wahlbeamten; Erstattung von Ehrensold; Mitwirkung in Verfahren zur Verleihung von Orden und Pflegemedailles; Verleihung von Landesehrenbriefen; Genehmigungen der Gründungen, Erweiterungen, Auflösungen und Satzungsänderungen von Wasser-, Boden- und Zweckverbänden; Geschäftsstelle des Anhörungsausschusses, Rentenversicherungsangelegenheiten</p> <p>Genehmigung von gemeindlichen Haushaltssatzungen, Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe, Bürgschaften, Gewährverträgen und kreditähnlichen Zahlungsverpflichtungen; Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit, Erstellen von Beurteilungsbogen und Stellenplananalysen; Erteilung von Auflagen zur Haushaltskonsolidierung und Auswertung von Haushaltssicherungskonzepten; Mitwirkung bei der Erstellung der kommunalen Finanzstatistiken; Befreiung der Eigenbetriebe von Vorschriften des EigBG; Auswertung der gemeindlichen Rechnungsergebnisse sowie der Jahresabschlüsse von Eigenbetrieben und Eigengesellschaften; Aufgaben nach den Richtlinien über die Gewährung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock; Prüfung und Stellungnahme zu Anträgen auf Gewährung von Investitionsfondsdarlehen; Mitwirkung im Rahmen der Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs; Prüfen von Anzeigen wirtschaftlicher Betätigung</p>
---------------	--

Grundlage:	Hess. Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Eigenbetriebsgesetz; Hess. Landkreisordnung; Hess. Disziplinargesetz; Aufwandsentschädigungsgesetz; Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen; Pflegemedaille-Stiftungserlass; Ehrenbrief-Stiftungserlass; Wasserverbandsgesetz; Hessisches Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz; Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit; HessAGVwGO; Sozialgesetzbuch
------------	---

Ziele:	Sicherstellung, dass die Gemeinden und Verbände im Einklang mit den Gesetzen verwaltet und dass die im Rahmen der Gesetze erteilten Weisungen von den Gemeinden befolgt werden; kundenorientierte Umsetzung des Sozialversicherungsrechts; Haushaltswirtschaftsplanung der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises so überwachen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.
--------	---

Kennzahlen:	<p>Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Zahl der Einwohner, Gemeinden, Verbände, Ehrensoldempfänger) ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.</p> <p>Alle Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises haben einen zumindest ausgeglichenen Ergebnishaushalt, oder falls der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann, ein entsprechendes Haushaltssicherungskonzept, dass zukünftig die Handlungsfähigkeit der Kommunen über einen Haushaltsausgleich wieder herstellt.</p>
-------------	--

Anzahl	2013	2014	2015
Entscheidungen, Maßnahmen	183	237	176
Stellungnahmen:	55	67	63
Angelegenheiten der Rentenversicherung	638	580	566

Kommune	Jahresbezogener Ausgleich des ordentl. Ergebnis-HH/Plandaten						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Alsfeld	nein	nein	nein	nein	ja	ja	ja
Antrifttal	nein	nein	nein	nein	ja	ja	ja
Feldatal	nein	nein	nein	nein	nein	nein	o.A.
Freiensteinau	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Gemünden	nein	nein	ja	nein	ja	ja	ja
Grebenau	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Grebenhain	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Herbstein	ja	nein	nein	nein	ja	nein	ja
Homberg	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein
Kirrtorf	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Lauterbach	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Lautertal	ja	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Mücke	ja	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Romrod	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja
Schlitz	nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja
Schotten	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Schwalmtal	nein	nein	ja	ja	ja	ja	ja
Ulrichstein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Wartenberg	nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Da ein laufender Rechtsstreit beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) anhängig ist, wird ein Ansatz von 10.000 € etatisiert. Auf Grund der zunehmenden Komplexität der anfallenden Vorgänge (z.B. bei der Anwendung aufsichtsbehördlicher Zwangsmittel) könnte es notwendig werden, Beratungsleistungen bei entsprechend spezialisierten Sachverständigen in Anspruch zu nehmen. Diese würden im Konto 6771 Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten verbucht.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	0	0,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-28.110	-27.790	-23.210	-22.571,94
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-45.000	-60.000	-3.731,60
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-28.110	-72.790	-83.210	-26.303,54
20.	=	Verwaltungsergebnis	-28.110	-72.790	-83.210	-26.303,54
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-28.110	-72.790	-83.210	-26.303,54
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-28.110	-72.790	-83.210	-26.303,54
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-28.110	-72.790	-83.210	-26.303,54

12100 Kommunalwahlen und sonstige Wahlen

Verantwortlich: Herr Siegfried Simon

Beschreibung: Durchführung von Kommunalwahlen und Direktwahlen; Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben im Wahlkreis bei Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Hessischen Landtag sowie im Rahmen von Volksabstimmungen, Volksentscheiden und Volksbegehren; Mitwirkung in kommunalen Wahlprüfungsverfahren

Grundlage: Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlgesetz

Ziele: Ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen und Abstimmungen

Kennzahlen: Einhaltung der wahlrechtlichen Vorgaben und Fristen

Art der Wahl	2013	2014	2015
Landtagswahl (LTW), Europawahl (EW) Kreistagswahl (KW), Direktwahl Landrat (DW) Stichwahl Landrat (SW), Volksabstimmung (VA)	LTW	EW	Keine Wahlen
Wahlberechtigte	86.907	86.636	

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für 2017 wurden Mittel von 45.000 € für die Direktwahl des Landrats und eine ggf. erforderliche Stichwahl angesetzt. Im Jahr 2018 findet keine Wahl statt. Daher werden hier keine Mittel benötigt.

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12200 **Allgemeine Ordnungsangelegenheiten**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.210.000	1.244.000	1.078.100	1.302.145,83
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	982.000	982.000	976.000	982.088,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	7.000	7.000	7.000	7.746,95
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.199.000	2.233.000	2.061.100	2.291.980,78
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.841.920	-1.853.340	-1.719.880	-1.707.300,82
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	66.070	-6.920	-7.250	-4.992,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-219.780	-219.620	-158.500	-125.442,46
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-27.538,62
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-26.750	-32.000	-19.600	-27.010,58
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-60.000	-60.000	-60.000	-56.308,50
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.082.380	-2.171.880	-1.965.230	-1.948.592,98
20.	=	Verwaltungsergebnis	116.620	61.120	95.870	343.387,80
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	116.620	61.120	95.870	343.387,80
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	116.620	61.120	95.870	343.387,80
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	116.620	61.120	95.870	343.387,80

12200

Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Verantwortlich:	Herr Siegfried Simon
Beschreibung:	<p>1. Ausländerbehörde</p> <p>a) Entscheidung über Aufenthalts- sowie Arbeitsgenehmigungen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen, Visa-Angelegenheiten</p> <p>b) Mitwirkung bei Einbürgerungen</p> <p>c) Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren</p> <p>d) Namensänderungen</p> <p>e) Standesamtsaufsicht</p> <p>2. Waffen-, Jagd-, Gewerbe- und Ordnungsbehörde</p> <p>a) Maßnahmen im Waffen- und Sprengstoffwesen</p> <p>b) Maßnahmen im Jagd- und Fischereiwesen</p> <p>c) Überwachung und Erlaubniserteilung im Bereich Gaststätten und Gewerbe</p> <p>d) Fachaufsicht und Maßnahmen im Versammlungswesen und allgemeinen Ordnungsrecht</p> <p>e) Gewährung von Unterhaltssicherungsleistungen an Wehrpflichtige</p> <p>3. Verkehrsbehörde</p> <p>a. Lenkung des Straßenverkehrs (z. B. durch Verkehrszeichen- und Einrichtungen, Genehmigung von Großraum- und Schwerverkehr sowie von Veranstaltungen auf Straßen, Gefahrgutüberwachungsmaßnahmen)</p> <p>b. Entscheidungen über die Zulassung von Fahrzeugen, Überwachung der Halterpflichten, Zwangsmaßnahmen</p> <p>c. Entscheidungen in Fahrerlaubnisangelegenheiten, Maßnahmen nach dem Mehrfachtäterpunktesystem, Nachschulungsanordnungen</p>
Grundlage:	<p>1. AufenthG, AufenthV, FreizügG/EU, BeschV, BeschVerfV, AsylVfG, IntV, VAHAufenthG, StAG, PStG, PStV, NamÄndG</p> <p>2. WaffG, HSOG, USG, GewO, HWO, GastG, SchwarzArbG, BJagdG, HJagdG, HfischG, VersammlungsG</p> <p>3. HStrG, StVG, StVO, StVZO, FZV, GGBefG, FStrG, FeV, EG-Führerscheinrichtlinien, PBefG, IntKfzVO, BKrFQG, EG-FGV, GeBOST</p>
Ziele:	<p><u>Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben:</u></p> <p>1. im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts, Personenstandswesens, Staatsangehörigkeitsrechts</p> <p>2. zur Sicherstellung des Allgemeinen Ordnungsrechts, Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Wirtschaftsverwaltungsrechts</p> <p>3. zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs</p>
Kennzahlen:	Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs (z. B. Anzahl der Einwohner, Gemeinden, Ausländer, Gewässer, Abwasseranlagen, Lagerstätten, Schäden, Waffenrechtsinhaber, Jagdausübungsberechtigten, Jagdbezirke, Inhaber gaststätten- oder gewerberechtl. Erlaubnisse, Wehrpflichtigen, Straßenkilometer, Fahrerlaubnisinhaber, Kraftfahrzeuge) ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Art und Anzahl der Maßnahmen		2013	2014	2015
zu 1 a:	Bescheide, Stellungnahmen	3.186	4.130	5.013
zu 1 b:	Beratung, Vorprüfung	52	87	70
zu 1 c:	Bescheide	18	17 - 10	26
zu 1 d:	Bescheide	7	9	22
zu 1 e:	Prüfungen und Beischreibungen in Standesämtern (Anzahl Standesämter)	18	18	18
zu 2 a:	Erlaubnisentscheidungen , Widerrufsbescheide, Kontrollen*	2.412	2.994	4.617
zu 2 b:	Erlaubnisentscheidungen , Widerrufsbescheide, Prüfungen	1.423	1.745	1.648
zu 2 c:	Kontrollen, Abnahmen, Stellungnahmen, Erteilung und Widerruf von Erlaubnissen	1.592	1.501	1.616
zu 2 d:	(Widerspruchs-) Bescheide, Erlaubnisentscheidungen, Widerrufsbescheide, fachaufsichtliche Beratungen	53	47	65
zu 2 e:	Bescheide über die Leistungsgewährung	45	34	43
				1.616
zu 3 a:	Lenkung des Straßenverkehrs (StVO, Gefahrgutgesetz, PBefG, etc.)	2.073	2.571	2.582
zu 3 b:	Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr	27.177	26.806	27.238
zu 3 c:	Zulassung von Personen zum Straßenverkehr	5.265	5.883	5.327
Summe Verkehrsbehörde		34.515	35.260	35.147

Zu 1a: Die Zunahme beruht im Wesentlichen auf dem Zuzug von Flüchtlingen in den Vogelsbergkreis, denen Bescheinigungen über die Meldung als Asylsuchende (BÜMA), Gestattungen nach Stellung des Asylantrages und abhängig vom Ausgang des Asylverfahrens entweder Duldungen (bei grundsätzlicher Ausreisepflicht) oder Aufenthaltserlaubnisse bei Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder dem Vorliegen von Abschiebungshindernissen ausgestellt wurden. (Für das Jahr 2016 ist mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Fallzahlen zu rechnen.)

Zu 2 a: Die erhebliche Zunahme der Fälle beruht darauf, dass im Jahre 2015 die gesetzlich vorgeschriebene turnusmäßige Regelüberprüfung aller Waffenrechtsinhaber durchgeführt wurde.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz umfasst die Erträge aus den Verwaltungsgebühren und Bußgeldern der Bereiche Führerschein- und Zulassungswesen und sonstige Verkehrsangelegenheiten, Ausländer-, Personenstands- und Staatsangehörigkeitsrecht sowie den Waffen-, Jagd-, Fischerei- und Gewerbeangelegenheiten.

Für 2017/2018 erhöht sich der Ansatz der öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren im Bereich der Verkehrsbehörde um 120.000 €, da die Gebühreneingänge in den vergangenen Jahren deutlich über dem Ansatz 2016 lagen und als relativ konstant angesehen werden können. Zudem erhöht sich die Gebühreneinnahmen der Jagdscheine um 23.000 € in 2017 und 14.000 € in 2018, da die Einführung des drei-Jahres-Jagdscheins alle drei Jahre (2014,

2017, 2020) zu einem erhöhten Gebührenaufkommen führt. Auch das Gebührenaufkommen der Ausländerbehörde wurde, aufgrund der gestiegenen Anzahl an Ausländern, für 2017/2018 um jeweils 20.000 € höher angesetzt. Im Bereich der Waffenbehörde sinkt der Ansatz für der Gebühren der „Regelüberprüfung“ um 20.000 € im Jahr 2017 und 24.000 € im Jahr 2018, da für diese Jahre keine Regelüberprüfung ansteht und somit nur die Einnahmen aus Mahn- und Vollstreckungsverfahren zu veranschlagen sind.

- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004 sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.
- 9 Sonstige Ordentliche Erträge**
Hierbei handelt es sich insbesondere um Gebühren aus Altfällen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Ansatz ist an die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre angepasst worden.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Der Ansatz beinhaltet schwerpunktmäßig den Aufwand zum Erwerb von Kfz-Plaketten und Führerscheinen in Höhe von 80.000 € und die vertragliche Vergütung für die im Auftrag der Zulassungsstelle durchgeführten Entstempelungen von Kraftfahrzeugen in Höhe von 25.000 €. Im Bereich der Ausländerbehörde wurde die Beschaffung von Aufenthaltsbescheinigungen (elektronische Aufenthaltstitel) in Höhe von 45.000 € und die Beschaffung von Reisepapieren für Ausländer und Flüchtlinge in Höhe von 20.000 € etatisiert (Ansatz wurde vorher in TH 10 veranschlagt). Zudem erhöht sich der Ansatz für Gerichts- und Gutachterkosten für 2017/2018 um 21.000 €
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**
Es handelt sich um die Weiterleitung der Jagdabgabe (2017: 30.000 €; 2018: 25.500 €) und die Weiterleitung der Gebühreneingänge für Jägerprüfungen (2017: 2.000 €; 2018: 1.250 €). Wie in Pos. 2 beschrieben erhöht sich folglich auch die Weiterleitung der Jagdabgabe, da durch den drei-Jahres-Jagdschein ein erhöhtes Gebührenaufkommen entsteht.
- 16 Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
Es handelt sich hierbei um Weiterleitung der KBA-Gebühren (60.000 €). Die entsprechenden Erträge hierzu fließen in die Pos. 2 ein. Der Ansatz verändert sich nicht.

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	25.000	17.816,66
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.000	25.000	25.000	19.052,51
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	35.000	35.000	35.000	39.742,94
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	11.330	11.330	11.330	11.328,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	96.330	96.330	96.330	87.940,11
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-242.150	-237.460	-203.230	-172.638,69
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-5.070	-4.700	-4.150	-3.679,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-101.500	-100.500	-132.000	-63.616,31
14.	66	Abschreibungen	-85.560	-82.560	-77.640	-25.606,68
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-55.200	-55.200	-55.200	-56.292,63
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-489.480	-480.420	-472.220	-321.833,31
20.	=	Verwaltungsergebnis	-393.150	-384.090	-375.890	-233.893,20
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-393.150	-384.090	-375.890	-233.893,20
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-393.150	-384.090	-375.890	-233.893,20
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-393.150	-384.090	-375.890	-233.893,20

12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Verantwortlich:	Herr Dr. Sven Holland
Beschreibung:	Überörtlicher Brandschutz, Fachaufsicht über örtl. Feuerwehren, Feuerwehreinübungen, Statistiken Abstimmung Alarmpläne Vorbeugender Brandschutz, brandschutztechn. Stellungnahmen, Durchführung Brand-/Gefahrenverhütungsschauen Durchführung von Feuerwehrlehrgängen, Festlegung jährl. Lehrgangsplan, organisatorische Durchführung und Prüfungsabnahme
Grundlage:	Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz, ergänzende Verordnungen und Feuerwehrdienstvorschriften ergänzende Gesetze.
Ziele:	Sicherstellung des Brandschutzes auf Kreisebene Ausbildung der Feuerwehr durch Feuerwehrlehrgänge
Kennzahlen:	Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen Zahl der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen

Zahl der durchgeführten Feuerwehrlehrgänge und Teilnehmerzahlen:

Art des Lehrgangs	2013		2014		2015	
	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer	Anzahl	Teilnehmer
Grundlehrgang	4	113	4	121	6	148
Sprechfunklehrgang	3	56	5	93	8	142
Atemschutzlehrgang	1	24	3	64	3	57
Maschinenlehrgang	4	65	2	42	3	46
Truppführerlehrgang	2	46	2	44	3	69
CSA	1	9	2	17	1	10

Zahl der tatsächlich durchgeführten, objektbezogenen Gefahrenverhütungsschauen

	2013	2014	2015
Anzahl	3	21	76

Tätigkeiten im Baugenehmigungsverfahren:

	2013	2014	2015
Anzahl	309	268	336

Zahl der brandschutztechnischen Stellungnahmen:

	2013	2014	2015
Anzahl	102	146	167

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Bei diesen Entgelten in Höhe von 25.000 € handelt es sich um die Erstattung der Kommunen für die Atemschutzstrecke. Es werden für die Ausbildung regelmäßig Durchgänge an der Atemschutzstrecke für die Einsatzkräfte der Städte und Gemeinden angeboten.
- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Der Ansatz für die Gefahrenverhütungsschauen wird für die Jahre 2017/2018 nicht verändert und daher mit 25.000 € etatisiert (100 Veranstaltungen a. 250 €).
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen**
Es handelt sich um den Zuschuss für die Feuerwehrausbildung.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 35.000 € Unterhaltungsaufwand Atemschutzstrecke (notwendig für Betrieb der Anlage)
- 6.000 € Ersatzteile Atemschutzgeräte
- 10.000 € Beschaffung von Atemschutzgeräten
- 2.000 € Kosten für Wettkämpfe, Ausbildung
- 35.000 € Feuerwehrausbildung
 Hier werden die Aufwendungen im Rahmen der Feuerwehrausbildung verbucht, die durch den Zuschuss vom Land ausgeglichen werden (Pos. 7)
- 2.500 € (2017) 3.500 € (2018) Ausstattung Brandschutzaufsichtsdienst
- 1.000 € Schutz- und Dienstkleidung
- 1.000 € Aufwendung für die Brandschutzerziehung
- 6.000 € Unterhaltungsaufwendungen für eigene Fahrzeuge und Ausrüstung

Insgesamt reduziert sich der Ansatz um 31.500 € für 2017 und 30.500 € für 2018.
- 14 Abschreibungen**
Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. Etatisiert wurden hierzu unter dem Produkt Brandschutz die Abschreibungen auf vergebene aktivierungsfähige Zuschüsse sowie auf die Atemschutzübungsstrecke.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen u. Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
Die Aufwendungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:
- 47.000 € Aufwendungen überörtlicher Brandschutz
 Der Vogelsbergkreis beteiligt sich an den Kosten der Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe gem. § 4 (1) HBKG.
- 8.200 € Zuweisung Kreisfeuerwehrverband
 Zuschuss an Kreisfeuerwehrverband und Kreisjugendfeuerwehr

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12700 **Organisation des Rettungsdienstes**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.200.000	1.200.000	1.200.000	755.621,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	22.000	22.000	22.000	22.291,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	7.160	7.810	2.930	3.336,73
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	8.500	8.500	8.500	9.474,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.237.660	1.238.310	1.233.430	790.722,73
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.111.090	-1.078.550	-896.360	-825.978,04
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.270	-2.140	-2.580	-2.323,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-107.000	-192.000	-209.000	-59.595,80
14.	66	Abschreibungen	-48.350	-45.450	-41.720	-30.462,04
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.268.710	-1.318.140	-1.149.660	-918.358,88
20.	=	Verwaltungsergebnis	-31.050	-79.830	83.770	-127.636,15
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-31.050	-79.830	83.770	-127.636,15
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	104.895,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	104.895,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-31.050	-79.830	83.770	-22.741,15
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-31.050	-79.830	83.770	-22.741,15

12700 Organisation des Rettungsdienstes

Verantwortlich:	Herr Dr. Sven Holland
Beschreibung:	Rettungsdienst - Bereichsplanung - Geschäftsführung Bereichsausschuss Überprüfung Leistungserbringer Rettungsdienst Sicherstellung rettungsdienstl. Versorgung bei größeren Schadensereignissen Betrieb zentrale Leitstelle Rettungsdienst Gebührenabwicklung Rettungsdienstgebührensatzung
Grundlage:	Hess. Rettungsdienstgesetz – DIN Vorschriften
Ziele:	Versorgung der Kreisbevölkerung mit rettungsdienstlichen Leistungen
Kennzahlen:	Zahl der rettungsdienstlichen Leistungen gem. Leitstellenstatistik

Leistung	2013	2014	2015
Krankentransport	2.691	2.953	3.190
Notfalltransport	9.627	9.699	10.289
Rettungshubschrauber	122	167	223
NEF	3.739	3.522	3.592
Kein Einsatz/Transport	1.486	1.588	1.864

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Die Planung erfolgt anhand der neu errechneten Leitstellengebühr. Im Haushalt 2017/2018 sind Erträge in Höhe von 1.200.000 € zu etatisieren.
- 3 Kostenersatzleistung und -erstattung**
Die Erstattung der Personalaufwendungen durch das Land erfolgt gem. § 8 des hessischen Rettungsgesetzes mit einer Förderung von 0,20 € pro Einwohner.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
Auflösung von Sonderposten zwecks Beschaffung von Digitalfunk-Softwarekomponenten und -lizenzen für das Einsatzleitsystem der Leitstelle.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
- 30.000 € Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätige
Der Vogelsbergkreis hat gemäß gesetzlicher Vorgaben einen Leitenden Notarzt und Organisatorischen Leiter vorzuhalten. Diese sind ehrenamtlich tätig. Die Aufwandsentschädigung richtet sich nach Landesvorgaben.
 - 9.000 € Unterhaltungskosten und besondere Ausrüstungsgegenstände. Unterhaltung der Geräte und Fahrzeuge, die dem Kreis vom Land Hessen überlassen wurden und in dem Bereich des Fernmeldewesens, Umweltschutzes und bei besonderen Lagen eingesetzt werden.
 - 15.000 € (2017) 10.000 € (2018) Gutachter- und Beratungskosten
 - 15.000 € Unfallversicherung Notärzte im Rettungsdienst
 - 3.000 € Schutz und Dienstkleidung Leitstelle, OLRD, LNA
 - 20.000 € Ausschreibung der Brandmeldeanlagenkonzession

- 100.000 € (2017) 40.000 € (2018) Kosten für Fachanwalt/Vergabeverfahren Rettungsdienst

Der Ansatz reduziert sich insgesamt für 2017 um 17.000 € und für 2018 um 102.000 €.

14

Abschreibungen

Dargestellt werden die vermögenswirksamen Anschaffungen auf dem Produkt direkt zugeordnete Einrichtung und Software.

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12800 **Zivil- und Katastrophenschutz**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	48.000	48.000	48.000	51.443,59
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.790	1.790	0	892,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	49.790	49.790	48.000	52.335,59
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-69.810	-68.520	-59.520	-61.471,48
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-2.140	-2.030	-1.860	-1.659,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-84.500	-84.500	-84.500	-63.481,11
14.	66	Abschreibungen	-14.330	-14.330	-12.540	-13.436,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-35.000	-35.000	-9.500	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-205.780	-204.380	-167.920	-140.047,59
20.	=	Verwaltungsergebnis	-155.990	-154.590	-119.920	-87.712,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-155.990	-154.590	-119.920	-87.712,00
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	27.858,87
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-19.289,82
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	8.569,05
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-155.990	-154.590	-119.920	-79.142,95
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-155.990	-154.590	-119.920	-79.142,95

12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Verantwortlich: Herr Dr. Sven Holland

Beschreibung: Zivil- und Katastrophenschutzplanung
 Aufstellen und Ausbilden Regie-Einheit des Landrates
 Zuweisung von Bundes-/Landesmittel für KatS-Einheiten
 Fachaufsicht KatS-Einheiten zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft
 KatS-Übungen
 Ernährungssicherstellung

Grundlage: Hess. Gesetz über Brandschutz und Allgem. Hilfen und den Katastrophenschutz

Ziele: Sicherstellung einer der jeweiligen Lage angepasste Gefahrenabwehr durch KatS-Einheiten/-einrichtungen
 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung wichtiger Lebensgrundlagen im Verteidigungsfall

Kennzahlen: Anzahl und Umfang durchgeführter Übungen

Anzahl und Umfang durchgeführter Übungen

Ausbildung und Übungen	2013		2014		2015	
	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.	Anzahl	Teilnehmerstd.
Stab/Techn. Einsatzleitung	12	900	2	120	5	340
Info/Kommunikation	14	380	10	420	10	420
G-ABC Zug	9	192	12	240	8	160
Sanitäts-/ Betreuungszug	72	3.663	27	2.650	30	2.920

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen

Die Erträge setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 12.500,00 € Zuweisung für laufende Zwecke vom Bund
- 35.500,00 € Zuschuss Land für Fahrzeuge

13/15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse

Die Aufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

- 7.000 € Aufwendungen für Fahrzeuge, Treibstoff, Versicherungsbeiträge
- 4.150 € Aufwendungen für Büromaterial, Berufskleidung/ Arbeitsschuttmittel
- 11.400 € Instandhaltung Einrichtungen und Ausstattungen, Lizenzen u. Konzessionen
- 1.000 € Mieten Stellplatz
- 1.500 € Telefonkosten
- 1.700 € Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung, Reisekosten
- 1.250 € Beiträge für Unfallversicherung, Berufsgenossenschaften
- 3.500 € Zuschuss an Gemeinden und sonstige Bereiche
- 48.000 € Weiterleitung/ Verwendung von Bundes-/Landeszuschüsse
- 9.500 € Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und sonstige Bereiche unter Pos. 15

- 14 Abschreibungen**
Der Abschreibungsansatz in Höhe von 12.540 € ist auf den Investitionszuschuss zum Isolierkrankenhaus in Schotten zurückzuführen.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**
Für 2017/2018 wurde jeweils ein Ansatz von 35.000 € etatisiert, aufgrund ggf. anfallenden Zuschüssen an Städte/Gemeinde für Strom-Netzersetzanlagen (FwGH, DGH) oder Führerscheine neuer ELW 2.

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	17.850,00	17.850	17.850	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	14.648	14.648	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	17.850,00	32.498	32.498	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.000	0	-210.000	-60.025,00	-812.825	-512.825	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	-200.000	0,00	-200.000	-200.000	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-102.000	0	-64.500	-143.026,91	-354.946	-209.946	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.040	0	-1.070	-1.002,45	-19.103	-3.623	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-165.040	0	-475.570	-204.054,36	-1.386.874	-926.394	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-165.040	0	-475.570	-186.204,36	-1.354.376	-893.896	
	Auszahlungen)	-106.110	0					

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 11180 Kommunale Finanz- und Rechtsaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -				
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtwerte								
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.960	0	0	0,00	-9.920	0	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.960	0	0	0,00	-9.920	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-1.960	0	0	0,00	-9.920	0	
	Auszahlungen)	-1.990	0					

Teilhaushalt/Budget 35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Produkt 12200 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtwerte								
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-450	0	-440	-439,28	-4.100	-1.810	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-450	0	-440	-439,28	-4.100	-1.810	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-450	0	-440	-439,28	-4.100	-1.810	
	Auszahlungen)	-460	0					

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -				
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Gesamtwerte

1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.000	0	-210.000	-60.025,00	-734.225	-434.225	
			-60.000	0					
2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	-200.000	0,00	-200.000	-200.000	
			0	0					
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-74.000	0	-21.500	0,00	-101.500	-21.500	
			-6.000	0					
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-270	0	-270	-241,36	-2.178	-788	
			-280	0					
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-134.270	0	-431.770	-60.266,36	-1.037.903	-656.513	
			-66.280	0					
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-134.270	0	-431.770	-60.266,36	-1.037.903	-656.513	
		Auszahlungen)	-66.280	0					

Ohne Projektzuordnung

1.	840	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.000	0	-210.000	-60.025,00	-734.225	-434.225	
			-60.000	0					
4.	843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-74.000	0	-21.500	0,00	-101.500	-21.500	
			-6.000	0					
5.	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-270	0	-270	-241,36	-2.178	-788	
			-280	0					
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-134.270	0	-231.770	-60.266,36	-837.903	-456.513	
			-66.280	0					
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-134.270	0	-231.770	-60.266,36	-837.903	-456.513	
		Auszahlungen)	-66.280	0					

V.22.7 Gebäude Atemschutzstrecke Aisfeld

2.	841	Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	-200.000	0,00	-200.000	-200.000	
			0	0					
		= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	-200.000	0,00	-200.000	-200.000	
			0	0					
		= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0	0	-200.000	0,00	-200.000	-200.000	
		Auszahlungen)	0	0					

12600 **Angelegenheiten des überörtlichen Brandschutzes**

Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

1 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Die Landkreise haben aufgrund § 4 (2) des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfen und den Katastrophenschutz (HBKG) die bei Einrichtungen und Anlagen des überörtlichen Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe gegenüber den örtlichen Bedürfnissen anfallenden Mehrkosten zu tragen. Dieser Verpflichtung kommt der Vogelsbergkreis durch eine pauschale 10%ige Beteiligung der zuwendungsfähigen Kosten entsprechender Ausrüstungen und Anlagen, die überörtlich genutzt werden, nach. Hier sind für 2017/2018 jeweils 60.000€ Investitionszuschüsse an die Gemeinden anzusetzen.

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagenvermögen

Um im Ernstfall bedarfsgerechte Hilfe leisten zu können und entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen, sind für das Haushaltsjahr 2017 folgende neue Investitionen zu tätigen:

- Neubeschaffung 16 Transportwagen für Atemschutzübungsanlage	34.000 €
- Automatisierter externer Defibrillator (AED für Atemschutzstrecke)	8.000 €
- Übungstelefonanlage für Brandschutzerziehung/-aufklärung	2.000 €
- Feuerlöschtrainer, Brandschutzaufklärung	10.000 €
- Gerätschaften/technische Hilfeleistung für Verkehrsunfall-Ausbildung	20.000 €

Im Haushaltsjahr 2018 wurde für die Beschaffung von 10 Digitalfunkpagern (600, €/Stk.) 6.000 € etatisiert.

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12700 **Organisation des Rettungsdienstes**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -				
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtwerte								
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	14.648	14.648	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	14.648	14.648	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-28.000	0	-43.000	-125.176,91	-235.596	-170.596	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-210	0	-210	-187,72	-1.695	-605	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-28.210	0	-43.210	-125.364,63	-237.292	-171.202	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-28.210	0	-43.210	-125.364,63	-222.643	-156.553	

12700 **Organisation des Rettungsdienstes**

Position: **Erläuterungen Teilfinanzhaushalt**

4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen

Damit es im Rahmen des Katastrophenschutzes der Leitstelle möglich gemacht werden kann, freie Krankenhausbetten abzufragen, wurde das Programm IVENA eingeführt. Für die Software-Schnittstelle C4-IVENA werden Mittel von 15.000 € benötigt. Zusätzlich werden 13.000 € für den Erwerb einer Sondersignalanlage OLRD/LNA etatisiert.

Im Haushaltsjahr 2018 wurde für die Beschaffung von 20 Digitalfunkpagern (600, €/Stk.) 12.000 € und für sonstige Investitionen der Leitstelle 25.000 € veranschlagt.

Teilhaushalt/Budget 35 **Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten**
Produkt 12800 **Zivil- und Katastrophenschutz**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtwerte								
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	17.850,00	17.850	17.850	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	17.850,00	17.850	17.850	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	0	0,00	-78.600	-78.600	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-17.850,00	-17.850	-17.850	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150	0	-150	-134,09	-1.208	-418	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-150	0	-150	-17.984,09	-97.658	-96.868	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-150	0	-150	-134,09	-79.808	-79.018	
	Auszahlungen)	-160	0					

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Budgetverantwortung

Peter Schwärzel

Produkte

11160 Gebäudemanagement

20000 Sicherstellen des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

24100 Schülerbeförderung

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	120.000	120.000	70.000	95.387,50
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	500.000	500.000	510.000	525.519,87
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	853.920	777.260	604.500	563.000,64
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	315.620	355.130	399.440	416.909,77
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	443.790	443.380	431.600	443.403,99
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.233.330	2.195.770	2.015.540	2.044.221,77
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-6.490.840	-6.389.310	-6.146.350	-5.954.570,72
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-47.540	-44.000	-52.570	-76.412,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-16.081.020	-15.785.330	-14.817.040	-14.238.761,32
14.	66	Abschreibungen	-3.128.950	-3.358.280	-3.465.620	-3.385.862,60
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-869.000	-869.000	-879.000	-903.576,15
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-400	-400	-380	-369,47
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-26.617.750	-26.446.320	-25.360.960	-24.559.552,26
20.	=	Verwaltungsergebnis	-24.384.420	-24.250.550	-23.345.420	-22.515.330,49
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	0	500,71
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	500,71
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-24.384.420	-24.250.550	-23.345.420	-22.514.829,78
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	80.616,52
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-626.347,15
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-545.730,63
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-24.384.420	-24.250.550	-23.345.420	-23.060.560,41
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	13.341.380	13.464.770	13.526.760	8.559.247,35
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-14.491.030	-14.206.640	-13.364.570	-4.807.234,97
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-1.149.650	-741.870	162.190	3.752.012,38
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-25.534.070	-24.992.420	-23.183.230	-19.308.548,03

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 11160 Gebäudemanagement

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	220.920	253.920	297.210	288.424,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	443.790	443.380	431.600	443.403,99
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	664.710	697.300	728.810	731.827,99
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-967.420	-936.340	-856.620	-842.499,43
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-15.910	-15.070	-15.070	-22.706,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.512.520	-9.308.830	-8.584.040	-8.138.259,33
14.	66	Abschreibungen	-2.553.870	-2.779.110	-2.889.860	-2.786.219,63
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-400	-400	-380	-369,47
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-13.050.120	-13.039.750	-12.345.970	-11.790.053,86
20.	=	Verwaltungsergebnis	-12.385.410	-12.342.450	-11.617.160	-11.058.225,87
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	0	500,71
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	500,71
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-12.385.410	-12.342.450	-11.617.160	-11.057.725,16
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	80.616,52
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-612.107,20
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-531.490,68
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-12.385.410	-12.342.450	-11.617.160	-11.589.215,84
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	11.527.560	11.338.860	11.041.660	2.733.212,68
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-332.130	-364.720	-439.810	-327.345,67
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	11.195.430	10.974.140	10.601.850	2.405.867,01
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.189.980	-1.368.310	-1.015.310	-9.183.348,83

11160 Gebäudemanagement

Verantwortlich:	Frau Silke Kraft
Beschreibung:	Ingenieurleistungen bei Planung und baulicher Unterhaltung kreiseigener Immobilien, kaufmännische Leistungen bei deren Bewirtschaftung
Grundlage:	HBO, VOB, BGB, HGO, GemHVO, Kreistagsbeschlüsse
Ziele:	Ökonomisch und ökologisch optimiertes Bauen und Sanieren kreiseigener Liegenschaften, Reduzierung des Primärenergieaufwands und kostenoptimale Bewirtschaftung
Kennzahlen:	Erreichen der Passivhausbauweise bei allen Neubauten und angenähert bei allen Gesamtsanierungskonzepten, Reduzierung des durchschnittlichen Heizwärmebedarfs aller Liegenschaften von 125 kWh/m ² ,a auf 50 kWh/m ² ,a (Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage")

Beschreibung	2013	2014	2015
Nettogrundfläche (NGF = alle Haupt- und Nebennutzflächen) in m²	220.379	217.893	217.835
Wärmeversorgung			
Heizenergieverbrauch gemessen in kWh	22.427.144	17.074.588	19.775.083
durchschnittlicher Heizenergieverbrauch je m ² Nettogrundfläche und Jahr	102	78	91
Heizgradtage in Kd (nach IWU Darmstadt) langjähriger Mittelwert = 2.319 Kd (100 %)	2.455	1.918	2.153
Abweichungen vom Mittelwert	6%	-21%	-8%
Temperaturbereinigter Heizenergieverbrauch je m² NGF und Jahr auf Basis von 2.319 Kd (Kelvin * Heiztage)	96,1	94,7	96,5
Stromversorgung			
Stromverbrauch gemessen in kWh pro Jahr	4.230.848	4.183.786	4.536.281
durchschnittlicher Stromverbrauch je m² NGF und Jahr	19,2	19,2	20,8
Mittelwert aus Verbrauchssummen 2011 bis 2013 = 4084500 kWh/a			
prozentuale Entwicklung auf Basis des vg. Mittelwertes	4%	2%	10%

Über die Kennzahl Beurteilungsmaßstab "Heizgradtage" ist eine aussagekräftige Darstellung des Jahresheizenergieverbrauchs möglich, da dieser die tatsächlichen Temperaturverhältnisse eines Jahres widerspiegelt.

Der prozentual besondere Anstieg des Stromverbrauchs 2015 resultiert aus dem vorläufigen Wegfall der Klein-BHKW Anlagen nach Auslaufen des Contractingvertrages.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Position umfasst folgende Ansätze:

	2018	2017
• Erträge aus Vermietung, Verpachtung und sonstigen Betriebskostenerstattungen	424.090 €	423.680 €
• Einnahmen aus Schadensfällen mit Erstattungsanspruch	19.700 €	19.700 €

Durch höhere Betriebskostenerstattungen steigen die sonstigen ordentlichen Erträge in 2017 um 11.780 € und in 2018 um 12.190 € gegenüber dem Etatansatz 2016 an.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst folgende Ansätze:

	2018	2017
• Aufwand Ersteinrichtung	-	-
• Gebäudebewirtschaftungskosten (Energie, Wasser, Abwasser, Contracting)	3.100.300 €	3.044.400 €
• Kosten für Reinigungsmaterial	28.000 €	27.000 €
• Schadstoffuntersuchungen	6.000 €	6.000 €
• Bauunterhaltungskosten	2.810.000 €	2.686.000 €
• Sicherheitstechnische Überprüfungen und Wartungen schulspezifischer Einrichtungen	148.000 €	148.000 €
• sonstige bezogene Leistungen (Abfallentsorgung, Wäschereidienste etc.)	133.250 €	131.350 €
• Aufwendungen für Fremdreinigung	1.752.200 €	1.713.600 €
• Aufwendungen für externe Dienstleistungen	40.000 €	20.000 €
• Mietkosten	1.210.850 €	1.254.800 €
• Kooperationsverträge (bis 2016 den Gebäudebewirtschaftungskosten zugeordnet)	137.000 €	137.000 €
• Versicherungsbeiträge	112.920 €	106.680 €
• Kosten Schadensfälle mit Erstattungsanspruch	34.000 €	34.000 €

Aufgrund aktueller Verträge reduzieren sich die prognostizierten Gebäudebewirtschaftungskosten (Energie, Wasser, Abwasser ohne Kosten für Kooperationsverträge) gegenüber 2016 um 59.800 € für 2017 und 3.900 € für das Jahr 2018.

Zur Finanzierung der anstehenden beitragspflichtigen Maßnahmen der Städte und Gemeinden, zur Umsetzung dringender Instandsetzungen und zur Sicherstellung der allgemeinen Bauunterhaltung sieht der Etat für die kreiseigenen Liegenschaften in 2017 insgesamt 2.686.000 € (davon Ansatz Schulen 2.170.000 €) und für das Folgejahr 2.810.000 € (davon Ansatz Schulen 2.500.000 €) vor. Nach KGST-Empfehlung sind rd. 1,2 % des Neubauwertes der Gebäude pro Jahr für die Instandhaltung aufzuwenden. Dies entspricht einen Aufwand für den aktuellen Gebäudebestand von rd. 4.950.000 €/a.

Gegenüber dem Etat 2016 erhöhen sich die Ansätze für die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen erforderlichen sicherheitstechnischen Überprüfungen und Wartungen für schulspezifische Einrichtungen um jeweils 65.170 €.

Durch das Ausscheiden von kreiseigenem Personal werden im Reinigungswesen weitere Vergaben von Dienstleistungen an Externe erforderlich. Die Kosten für diese zusätzlichen Reinigungsdienstleistungen, Tarifierhöhungen sowie allgemeine Kostensteigerungen führen zu einem prognostizierten Mehraufwand für das Jahr 2017 in Höhe von 134.950 € und für das Jahr 2018 in Höhe von 173.550 € gegenüber dem Etatansatz 2016.

In 2017 können Preisanpassungen und zusätzliche Mietverträge durch den kompletten Wegfall der Leasingrate für das Erweiterungsgebäude der Max-Eyth-Schule bis auf einen Betrag von 6.440 € kompensiert werden. Durch Reduzierung notwendiger Anmietungen im Schulbereich kann der Ansatz in 2018 um 37.510 € gegenüber 2016 reduziert werden.

Die allgemeinen Kostensteigerungen der Fremddienstleistungen, Wäschereidienste und Versicherungsdienstleistungen können in 2017 fast komplett durch Vertragsoptimierungen abgefangen werden. Gegenüber 2016 sieht der Etat für 2018 hier eine Erhöhung von insgesamt 8.670 € vor.

18

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Position weist die Summe der fällig werdenden Grundsteuer für die Liegenschaften aus, die nach dem Grundsteuergesetz (GrStG) nicht für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch genutzt werden. Der Ansatz berücksichtigt die aktuellen Erhöhungen der Grundsteuerhebesätze.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	500.000	500.000	510.000	518.109,22
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	0	150,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	7.400	8.050	8.480	8.483,30
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	507.400	508.050	518.480	526.742,52
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-4.459.900	-4.438.150	-4.450.320	-4.245.223,28
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-715.000	-715.000	-713.000	-666.256,37
14.	66	Abschreibungen	-195.660	-192.440	-194.860	-196.672,64
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-790.000	-790.000	-830.000	-861.255,75
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-6.160.560	-6.135.590	-6.188.180	-5.969.408,04
20.	=	Verwaltungsergebnis	-5.653.160	-5.627.540	-5.669.700	-5.442.665,52
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-5.653.160	-5.627.540	-5.669.700	-5.442.665,52
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-5.653.160	-5.627.540	-5.669.700	-5.442.665,52
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.653.160	-5.627.540	-5.669.700	-5.442.665,52

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis

Verantwortlich:	Herr Berthold Habermehl
Beschreibung:	- Bereitstellung der Schulbudgets - Zahlung und Erhebung der Gastschulbeiträge - Ausstattung der Schulen mit der erforderlichen Einrichtung und Geräten
Grundlage:	Hessisches Schulgesetz
Ziele:	Erhaltung und Fortentwicklung eines möglichst wohnortnahen Bildungsangebotes in zeitgemäß ausgestatteten Schulen
Kennzahlen:	Schülerzahlen

Schülerzahl (nach Schulformen gegliedert)	2013	2014	2015
Grundschule	3.379	3.467	3.426
Sekundarstufe I	5.444	5.217	5.183
Sekundarstufe II (ohne FOS und BG)	698	697	604
Sonderschule und Praktisch Bildbare	292	261	253
Berufsschule (incl. FOS und BG)	3.693	3.776	3.724
insgesamt:	13.506	13.418	13.190

Position: Erläuterungen

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Unter diesem Teilansatz sind die Erträge an Gastschulbeiträgen für alle Schulformen abgebildet. Gegenüber den Ansätzen von 2016 werden aufgrund rückläufiger Schülerzahlen geringfügig geringere Erträge erwartet.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Position sind die Aufwendungen für nachfolgende Bereiche für alle Schulen zusammengefasst:

- Schulbetriebskosten incl. Schulbudgets 610.000 EUR
- Bauunterhaltung (Schulbudgets) 93.000 EUR
- Reisekosten 12.000 EUR

Die Gesamtaufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Hj. 2016 um 2.000 €, aufgrund einem höheren Aufwand für Reisekosten.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besonderen Finanzaufwendungen

Unter dieser Position sind die Gastschulbeiträge i.H.v. 790.000 € etatisiert. Die Position mindert sich gegenüber dem Vorjahr um 40.000 €.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24100 Schülerbeförderung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	0	0	0	55,54
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	0	55,54
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-70.000	-68.640	-68.660	-66.807,07
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-5.790	-5.470	-5.540	-9.201,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.875.000	-3.875.000	-3.850.000	-3.879.277,17
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.950.790	-3.949.110	-3.924.200	-3.955.285,24
20.	=	Verwaltungsergebnis	-3.950.790	-3.949.110	-3.924.200	-3.955.229,70
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-3.950.790	-3.949.110	-3.924.200	-3.955.229,70
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-9.955,13
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-9.955,13
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-3.950.790	-3.949.110	-3.924.200	-3.965.184,83
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-3.950.790	-3.949.110	-3.924.200	-3.965.184,83

24100 Schülerbeförderung

Verantwortlich:	Herr Erich Schöniger
Beschreibung:	Sicherstellung der Schülerbeförderung durch: <ul style="list-style-type: none"> - Übernahme der notwendigen Schülerbeförderungskosten im öffentlichen Personennahverkehr bzw. durch andere Beförderungsarten nach Prüfung der Anspruchsberechtigung gem. § 161 Hess. Schulgesetz in Form von Schülerjahreskarten oder Einzelerstattungen und - Organisation eines freigestellten Schulbusverkehrs zu den Förderschulen und Schulen für Praktisch Bildbare
Grundlage:	§ 161 Hessisches Schulgesetz
Ziele:	Sicherstellung der Beförderung zur zuständigen bzw. nächstgelegenen aufnahmefähigen Schule des gewählten Bildungsganges zu möglichst wirtschaftlichen Kosten
Kennzahlen:	Anzahl Schülerjahreskarten, Anzahl Einzelerstattungen, Anzahl der Busse und km-Leistungen im freigestellten Schülerverkehr

Anzahl	2013	2014	2015
Schülerjahreskarten	5.810	5.674	5.530
Einzelerstattungen	468	451	446
Busse freigestellter Schulbusverkehr	28	29	28
km-Leistung freigestellter Schulbusverkehr	784.700	813.390	775.800

Position: Erläuterungen

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Durch die zum Schuljahr 2011/2012 erfolgte Umstellung auf die kreisweite Clever-Card entfallen die Fahrtkosteneigenanteile der Eltern von Schülern, denen seither nur die fiktiven Schülerbeförderungskosten erstattet wurden.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Entgegen der Kostenentwicklung in den Vorjahren können die planmäßigen Tarifsteigerungen des RMV nicht mehr in vollem Umfang durch die zurückgehende Schülerzahlen kompensiert werden. So waren im Hj. 2016 bedingt durch den Zugang von schulpflichtigen Flüchtlingskindern rd. 100 Schülerjahreskarten mehr zu verzeichnen. Eine Erhöhung des Ansatzes um 25.000 € war deshalb unumgänglich.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	120.000	120.000	70.000	95.387,50
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	0	7.355,11
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	853.920	777.260	604.500	562.850,64
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	87.300	93.160	93.750	120.002,47
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.061.220	990.420	768.250	785.595,72
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-945.940	-899.660	-724.690	-754.807,04
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-25.840	-23.460	-31.960	-44.505,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.948.500	-1.856.500	-1.640.000	-1.538.914,71
14.	66	Abschreibungen	-374.540	-381.370	-379.580	-400.065,66
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-55.000	-55.000	-25.000	-20.000,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.349.820	-3.215.990	-2.801.230	-2.758.292,41
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.288.600	-2.225.570	-2.032.980	-1.972.696,69
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.288.600	-2.225.570	-2.032.980	-1.972.696,69
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-4.284,82
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-4.284,82
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.288.600	-2.225.570	-2.032.980	-1.976.981,51
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	1.813.820	2.125.910	2.485.100	5.826.034,67
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-14.158.900	-13.841.920	-12.924.760	-4.479.889,30
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-12.345.080	-11.716.010	-10.439.660	1.346.145,37
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-14.633.680	-13.941.580	-12.472.640	-630.836,14

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: - Projekte, Programme und Maßnahmen zur Verbesserung und Abrundung der schulischen Rahmenbedingungen insbesondere Betreuungsangebote, Mittagessenversorgung und Ganztagsangebote
 - Schwimm- und Verkehrsunterricht
 - Versicherungsschutz für Schülerinnen und Schüler

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Flächendeckende, verlässliche Betreuungs-, Mittagessens- und Ganztagsangebote

Kennzahlen: Teilnehmerzahlen in Betreuungsangeboten und an der Mittagessenversorgung, Schülerzahlen

Anzahl	2012	2013	2014	2015
Grundschulen mit Betreuungsangebot	22	23	23	23
Grundschüler im Betreuungsangebot	501	590	672	790
Pädagogische Mittagsbetreuung	19	21	22	22

Position: Erläuterungen

2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um die Elternbeiträge für die in Regie des Schulträgers geführten Betreuungsangebote an Grundschulen. Die Ansätze erhöhen sich gegenüber dem Hj. 2016 um 50.000 Euro. Diese Erhöhung begründet sich in der Anhebung des Elternbeitrages für die Vormittagsbetreuung auf 240 Euro/Jahr und den neu hinzugekommenen Betreuungsangeboten in Kreisträgerschaft an den Grundschulen Kirtorf/Ruhlkirchen, Gemünden und Lautertal.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

Die Teilansätze setzen sich zusammen aus:

- dem Landeszuschuss (Pauschale) für die Betreuungsangebote an den Grundschulen der an die jeweiligen Träger der Maßnahmen weitergeleitet, bzw. zur Finanzierung der durch den Vogelsbergkreis direkt getragenen Maßnahmen eingesetzt wird,
- der Landeszuweisung (Sachmittel) für die Grundschulen im Pakt für den Nachmittag und
- dem lfd. Landeszuschuss für die ganztägig arbeitenden Schulen zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten.

Die sukzessive Erhöhung des Ansatzes begründet sich in der Annahme, dass entsprechend der Ankündigung des Landes

- ab Schuljahr 2017/18 weitere 3 Grundschulen in den Pakt für den Nachmittag aufgenommen werden und
- im kommenden Schuljahr mit 2 weiteren Stellen in Geldmitteln für den Ausbau von Ganztagsangeboten gerechnet wird.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Teilansätze für die HJ. 2017/2018 setzen sich aus den folgenden Ausgabeansätzen zusammen:

• Bauunterhaltung im Rahmen von Neueinrichtungen von Fachräumen und Küchen	30.000 €
• Betreuungsangebote an Grundschulen	52.000 €
• Ganztagsangebote (Personal- und Sachmittel)	2017: 675.000 € 2018: 767.000 €
• Ganztagsangebote (Ergänzungsausstattung Kreis)	30.000 €
• GEMA-Pauschale	1.500 €
• Schwimmunterricht	264.000 €
• Verkehrsunterricht	4.500 €
• Gestaltungswettbewerb	5.000 €
• Personenbezogene Versicherungen	648.000 €
• Sachkosten Kreiselternbeirat u. Kreisschülerrat	1.500 €
• Programm Schule@Zukunft - lfd. Kosten	75.000 €
• Activboards - lfd. Kosten	70.000 €

Gegenüber dem Hj. 2016 erhöht sich der Aufwand in 2017 um insgesamt 216.500 € und in 2018 um 308.500 €. Die Erhöhungen resultieren aus Mehraufwand für die Ausweitung der Ganztagsangebote (korrespondiert mit Erläuterung Pos. 7), sowie der Beitragssteigerung für die gesetzliche Unfallversicherung

15

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen sowie besondere Finanzaufwendungen

Die Teilansätze setzen sich zusammen aus:

• Besondere schulische Initiativen (Zuschuss AZN Kirtorf)	25.000 €
• Zuschuss an Träger der Jugendhilfe für soz.-päd. Betreuung von „Auszeitklassen“ im Zuge der Umsetzung der Inklusion *)	30.000 €

*) Diese Position wurde neu in den Haushalt aufgenommen, da sich abzeichnet, dass es erforderlich sein wird, im Zuge der Umsetzung der Inklusion an 2 Standorten von Förderschulen sog. „Auszeitklassen“ zu bilden (an einer Schule befindet sich eine solche schon in der Erprobungsphase). Für die besondere soz.-päd. Betreuung stellen freie Träger der Jugendhilfe vor Ort eigenes Personal zur Verfügung. Der VBK als Schulträger soll sich hieran mit einem Zuschuss beteiligen. Entsprechende Vereinbarungen müssen noch ausgehandelt werden.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-47.580	-46.520	-46.060	-45.233,90
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-30.000	-30.000	-30.000	-16.053,74
14.	66	Abschreibungen	-4.880	-5.360	-1.320	-2.904,67
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-24.000	-24.000	-24.000	-22.320,40
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-106.460	-105.880	-101.380	-86.512,71
20.	=	Verwaltungsergebnis	-106.460	-105.880	-101.380	-86.512,71
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-106.460	-105.880	-101.380	-86.512,71
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-106.460	-105.880	-101.380	-86.512,71
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-106.460	-105.880	-101.380	-86.512,71

24310 Betrieb des Medienzentrums

Verantwortlich: Herr Berthold Habermehl

Beschreibung: Unterhaltung und Betrieb eines modernen Medienzentrums gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen. Bereitstellung zeitgemäßer Unterrichtsmedien für die Schulen im Ausleihvertrieb. Erstellung von einheitlichen Hardwarestandards und Netzwerkkonzepten für die Schulen und entsprechende Konfiguration von Hardwareneuausstattungen. Sicherstellung eines leistungsfähigen EDV-Supports für die Schulen.

Grundlage: Hessisches Schulgesetz

Ziele: Sukzessiver Ausbau zu einem digitalen Medienportal und einem online gestützten Supportzentrum für die Schulen.

Kennzahlen: Ausleihvorgänge, Anzahl der eingesetzten Rechner, Supportfälle

Anzahl	2012	2013	2014	2015
Ausleihe Medien	1.973	2.755	2.918	2.889
eingesetzte Rechner	3.156	3.485	3.490	3.506
Anzahl Supportfälle	402	429	771	546
Online-Ausleihungen	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst

Online-Ausleihungen sind vorhanden und nehmen zu, können jedoch nicht durch das System erfasst werden. Aufgrund der Erhöhungen der Online-Ausleihungen nehmen die Ausleihen der Medien vor Ort ab.

Position: Erläuterungen

- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Der v. g. Teilansatz in Höhe von 30.000 EUR beinhaltet den Sachkostenbeitrag für das gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und der Stadt Gießen betriebene Medienzentrum.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse**
Es handelt sich um den nach dem Hess. Schulgesetz zu entrichtenden Beitrag an das Hess. Institut für Landespädagogik für die Bereitstellung der audiovisuellen Medien (früherer Beitrag an Landesbildstelle).

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	760.000 505.000	0 0	45.000	128.598,77	2.445.185	905.185	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0 0	0 0	0	0,00	441.507	441.507	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	760.000 505.000	0 0	45.000	128.598,77	2.886.692	1.346.692	
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0 0	0 0	-16.500	-35.000,00	-278.500	-278.500	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0 0	0 0	-1.300.000	-17.635,58	-1.688.862	-1.688.862	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.495.000 -4.650.000	-4.600.000 -2.500.000	-50.000	-1.598.463,02	-34.465.026	-11.568.953	
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2018:</i>	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-4.600.000
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2019:</i>	-----	-----	-----	-----	-----	-----	0
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-600.000 -500.000	0 0	-570.000	-462.422,59	-5.358.924	-2.718.924	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.630 -1.660	0 0	-1.590	-1.569,75	-16.179	-7.909	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-5.096.630 -5.151.660	-4.600.000 -2.500.000	-1.938.090	-2.115.090,94	-41.807.492	-16.263.149	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-4.336.630 -4.646.660	-4.600.000 -2.500.000	-1.893.090	-1.986.492,17	-38.920.800	-14.916.457	

Teilhaushalt/Budget **40** **Schulen und Liegenschaften**
Produkt **11160** **Gebäudemanagement**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	715.000 460.000	0 0	0	23.800,00	1.723.474	408.474	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0 0	0 0	0	0,00	427.900	427.900	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	715.000 460.000	0 0	0	23.800,00	2.151.374	836.374	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0 0	0 0	-1.300.000	-17.635,58	-1.688.862	-1.688.862	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.445.000 -4.600.000	-4.600.000 -2.500.000	0	-1.598.463,02	-34.165.026	-11.518.953	
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2018:</i>	----	----	----	----	----	----	-4.600.000
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2019:</i>	----	----	----	----	----	----	0
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-105.000 -155.000	0 0	-10.000	-27.130,64	-969.705	-604.705	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-460 -470	0 0	-450	-439,29	-4.265	-1.925	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.550.460 -4.755.470	-4.600.000 -2.500.000	-1.310.450	-1.643.668,53	-36.827.859	-13.814.447	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.835.460 -4.295.470	-4.600.000 -2.500.000	-1.310.450	-1.619.868,53	-34.676.484	-12.978.072	

11160 Gebäudemanagement

Bezeichn. Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten

842 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Der Ansatz der beiden Haushaltsjahre ist vorgesehen für die Baumaßnahmen

- **Vogelsbergschule Schotten: Erweiterungsbau und Komplettsanierung**

Der Einstieg in die Komplettsanierung des Hauptgebäudes beginnt nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus. Sobald die 12 neuen Klassenräume freigegeben sind, wechseln 12 Klassen einschl. Mobiliar aus dem Hauptbau in den Erweiterungsbau. Im Hinblick auf die Finanzierungsabschnitte der Investitionsplanung, aber insbesondere auch witterungsbedingt, werden die Bauleistungen des 2. Bauabschnitts im 2. Quartal 2017 beginnen. Nach Abschluss des 2. Bauabschnitts wechseln die Klassen des noch unsanierten Abschnitts in die Räume des 2. Bauabschnitts und der restliche Bauwerksteil folgt dann. Die Fertigstellung aller baulichen und technischen Maßnahmen ist für das letzte Quartal 2018 terminiert.

- **Gesamtschule Schlitzerland: Ersatzneubau**

Nachdem die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ergeben hatte, dass an diesem Standort ein Neubau der Sanierung vorzuziehen ist, wurden zwischenzeitlich auch schon die Tragfähigkeit des anvisierten neuen Standorts unterhalb der Dreifeldsporthalle und die Erschließungsmöglichkeiten positiv geprüft und das Vergabeverfahren für die Architekten- und Ingenieurleistungen ist angelaufen. Durch das Kommunalinvestitionsförderprogramm des Bundes war es möglich, einen Teil der Baumaßnahme (Heizzentrale und Mittagsbetreuung) bereits vorgezogen intern umzusetzen. Nach Beauftragung der Architekten und Fachingenieure für den Ersatzneubau zu Beginn des Jahres 2017, werden die weiteren Arbeiten bis zum voraussichtlichen Baubeginn im Herbst 2018, von der Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung bis zur Vergabevorbereitung bestimmt. Unter Berücksichtigung der möglichen Finanzierungsabschnitte wird von einer Fertigstellung und Bezug im Frühjahr 2021 ausgegangen.

- **Grundschule Homberg/Ohm: Erweiterungsbau Klassen und Verwaltung**

Erweiterung der bestehenden Grundschulklassenhäuser durch einen Verbindungsbau mit zusätzlichen Klassen und Verwaltungsräumen, als Ersatz für die durch die inklusiven Maßnahmen an der benachbarten Gesamtschule entfallenden Klassenräume.

Die Gesamtbaukosten in Höhe von 1,6 Mio. Euro werden mit 355.000 € aus den Landesmitteln des Kommunalinvestitionspakets und aus dem Eigenanteil des Vogelsbergkreises in Höhe von 1.245.000 € finanziert.

843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen

Geplant ist die sukzessive Ausstattung von stark frequentierten WC-Anlagen mit energie- und kosteneffizienten Hochleistungs-Händetrocknern sowie die Ergänzung der Ausstattung des Erweiterungsbaus der Grundschule Homberg.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 20000 Sicherstellung des Schulbetriebes der Schulen im Vogelsbergkreis

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	685,30	10.371	10.371	
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	10.907	10.907	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	685,30	21.278	21.278	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-200.000	0	-200.000	-185.941,47	-1.903.598	-903.598	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200.000	0	-200.000	-185.941,47	-1.903.598	-903.598	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-200.000	0	-200.000	-185.256,17	-1.882.320	-882.320	

20000 Sicherstellung des Schulbetriebs der Schulen im Vogelsbergkreis**Bezeichn.: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen**

Bei diesem Ansatz handelt es sich um den Teil der Schulbetriebskosten der aus haushaltsrechtlichen Gründen mit dem investiven Anteil (Beschaffung von selbständig nutzbaren Gegenständen, die dem Anlagevermögen zuzuordnen sind) im Finanzhaushalt abgebildet wird. Die Höhe dieses Anteils ergibt sich aus Erfahrungswerten der Vorjahre.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24100 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-140	0	-130	-134,08	-1.249	-549	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-140	0	-130	-134,08	-1.249	-549	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-140	0	-130	-134,08	-1.249	-549	

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	45.000	0	45.000	104.113,47	711.339	486.339	
		45.000	0					
2.	822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0,00	2.700	2.700	
		0	0					
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	45.000	0	45.000	104.113,47	714.039	489.039	
		45.000	0					
1.	840 Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0	0	-16.500	-35.000,00	-278.500	-278.500	
		0	0					
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	0	-50.000	0,00	-300.000	-50.000	
		-50.000	0					
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-295.000	0	-360.000	-236.262,81	-2.470.105	-1.195.105	
		-145.000	0					
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.030	0	-1.010	-996,38	-10.664	-5.434	
		-1.050	0					
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-346.030	0	-427.510	-272.259,19	-3.059.270	-1.529.040	
		-196.050	0					
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-301.030	0	-382.510	-168.145,72	-2.345.230	-1.040.000	
	Auszahlungen)	-151.050	0					

24300 Projekte und Initiativen des Schulträgers, Organisation der Schulverwaltung

Bezeichn.: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

**820 Einzahlung aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen
Sonderprogramm Schule@Zukunft: 45.000 € (2017 + 2018)**
Es handelt sich um einen Landeszuschuss in Höhe von 45.000 € für das Sonderprogramm Schule@Zukunft.

**842 Auszahlungen für Baumaßnahmen
Ganztagsangebote: 50.000 € (2017 + 2018)**
Bei diesem Ansatz handelt es sich um die investiven Anteile des für Ganztagsangebote entstehenden Bedarfs. Vorgesehen ist die Neueinrichtung von Küchen und die notwendige Ausstattungsergänzung schon vorhandener Küchen für die Mittagessenversorgung.

**843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen
Sonderprogramm Schule@Zukunft: 135.000 € (2017 + 2018)**
Die EDV-Ausstattung an den Schulen bedarf einer kontinuierlichen Erneuerung und Verbesserung. Das Programm muss deshalb auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Hierzu wird im Hj. 2017/2018 wieder ein Landeszuschuss von 45.000 Euro erwartet (Pos. 820). Der Ausgabenansatz dient vorrangig der Beschaffungen von EDV-Ausstattungen. Mit dem gegenüber dem HH 2015 erhöhten Ansatz sollen schwerpunktmäßig die Verwaltungsrechner an den Schulen ausgetauscht werden. Weitere Ausgabemittel (nicht investiver Aufwand) sind im Ergebnishaushalt veranschlagt.

Ausstattungsprogramm für Berufsschulen: 150.000 € (2017)

Für die notwendige Erneuerung der Werkstattausstattung in den Berufsschulen besteht ein erheblicher Gesamtinvestitionsbedarf. Die Beschaffungen sollen entsprechend den Prioritätenlisten der beiden Berufsschulen sukzessive in den nächsten Jahren erfolgen.

Sonderprogramm Activboards: 10.000 € (2017 + 2018)

Der Ausstattungsgrad der Schulen hat mit annähernd 700 Activeboards einen Stand erreicht, der annähernd einer Vollausstattung gleichkommt. Der Ansatz dient noch einzelnen Ergänzungsausstattungen, vorwiegend in Fachräumen.

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften
Produkt 24310 Betrieb eines Medienzentrums

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-13.087,67	-15.514	-15.514	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-13.087,67	-15.514	-15.514	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-13.087,67	-15.514	-15.514	

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule

Budgetverantwortung

Monika Schenker

Produkte

27100 Volkshochschularbeit

27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	523.750	523.750	494.750	545.122,99
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	95.000	95.000	88.380	87.431,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	5.000	3.880,38
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	623.750	623.750	588.130	636.434,37
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-860.250	-894.780	-585.870	-547.853,07
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-21.800	-20.460	-22.030	-13.510,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-418.780	-418.780	-391.900	-415.310,08
14.	66	Abschreibungen	-7.560	-11.090	-7.790	-8.022,02
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.308.390	-1.345.110	-1.007.590	-984.695,17
20.	=	Verwaltungsergebnis	-684.640	-721.360	-419.460	-348.260,80
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-684.640	-721.360	-419.460	-348.260,80
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	493,33
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-2.068,71
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-1.575,38
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-684.640	-721.360	-419.460	-349.836,18
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-26.600	-26.600	-32.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-26.600	-26.600	-32.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-711.240	-747.960	-451.460	-349.836,18

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27100 Volkshochschularbeit

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	523.000	523.000	494.000	541.135,99
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	95.000	95.000	88.380	87.431,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	5.000	5.000	5.000	3.880,38
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	623.000	623.000	587.380	632.447,37
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-754.080	-790.080	-487.340	-456.079,37
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-21.800	-20.460	-22.030	-13.510,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-407.780	-407.780	-380.900	-407.367,73
14.	66	Abschreibungen	-5.020	-7.150	-4.850	-5.012,34
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.188.680	-1.225.470	-895.120	-881.969,44
20.	=	Verwaltungsergebnis	-565.680	-602.470	-307.740	-249.522,07
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-565.680	-602.470	-307.740	-249.522,07
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	313,33
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-2.068,71
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-1.755,38
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-565.680	-602.470	-307.740	-251.277,45
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-21.200	-21.200	-26.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-21.200	-21.200	-26.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-586.880	-623.670	-333.740	-251.277,45

27100 Volkshochschularbeit

Verantwortlich:	Frau Monika Schenker
Beschreibung:	Planung, Angebot und Durchführung von allgemein zugänglichen Bildungsveranstaltungen in den Bereichen der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Bildung, der Gesundheitsbildung, Eltern-, Familien- und Frauenbildung
Grundlage:	Hessisches Weiterbildungsgesetz, Satzung der Volkshochschule des Vogelsbergkreises vom 21.05.2003.
Ziele:	1. Grundversorgung an Weiterbildung sicherstellen (§ 2 HWBG) 2. Innovative Kursangebote 3. Kursangebote in allen Städten und Gemeinden des Kreises
Kennzahlen:	zu 1) Weiterbildungsdichte = durchgeführte Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner zu 2) 40 „neue“ Kursangebote je Semester zu 3) 100 Kursangebote in Zweigstellen (außer Alsfeld und Lauterbach) je Semester

	2013	2014	2015
Unterrichtseinheiten je 1000 Einwohner	115	135	141
neue Kursangebote pro Semester	92	96	116
Anzahl Kursangebote in Zweigstellen	251	236	258

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Es handelt sich um Teilnehmerentgelte von Einzelpersonen und Auftraggebern. Der Ansatz erhöht sich um 29.000 €, bedingt durch die Gebührenerhöhung in Verbindung mit der Honorarerhöhung. Die Teilnehmerentgelte wurden durch einen Beschluss des Kreisausschusses vom 17.02.2016 erhöht.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Unter dieser Position ist der Landeszuschuss nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz (HWBG) etatisiert. Dieser ist abhängig von der Einwohnerzahl sowie von der Anzahl der förderfähigen Unterrichtseinheiten, er betrug in 2016 86.260 €. Für die Jahre 2017 – 2019 ergibt sich aus dem sogenannten Weiterbildungspakt mit dem Land Hessen ein höherer Zuschuss.
- 9 Sonstige ordentliche Erträge**
Hierbei handelt es sich u.a. um Erträge aus Vermietungen sowie für Anzeigen im Programmheft.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Position umfasst schwerpunktmäßig die Honorare für Kursleiter und Zweigstellenleiter einschließlich der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige sowie Sachkosten der VHS-Kurse. Der Ansatz der Sachkosten erhöht sich um 6.880 €, da durch die Zunahme des Kursvolumens (insbesondere im Bereich Deutsch als Fremdsprache u.a.) Mehrbedarf zur Anschaffung von Unterrichtsmaterialien und -medien besteht. Zudem wurde der Honoraraufwand für freiberufliche Kursleitungen von 20,50 € auf 23,00 € pro Unterrichtseinheit erhöht. Dies führt zur eine Anpassung des Ansatzes um +19.000 €. Daneben wurde der Ansatz für die Kursleiterfortbildungen, aufgrund steigendem Aufwand zur Qualifizierung neuer Kursleitungen im Bereich Deutsch als Fremdsprache, ebenfalls um 1.000 € erhöht.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	750	750	750	3.987,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	750	750	750	3.987,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-106.170	-104.700	-98.530	-91.773,70
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.000	-11.000	-11.000	-7.942,35
14.	66	Abschreibungen	-2.540	-3.940	-2.940	-3.009,68
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-119.710	-119.640	-112.470	-102.725,73
20.	=	Verwaltungsergebnis	-118.960	-118.890	-111.720	-98.738,73
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-118.960	-118.890	-111.720	-98.738,73
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	180,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	180,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-118.960	-118.890	-111.720	-98.558,73
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-5.400	-5.400	-6.000	0,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-5.400	-5.400	-6.000	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-124.360	-124.290	-117.720	-98.558,73

27110 Hessencampus

Verantwortlich:	Frau Monika Wüllner
Beschreibung:	Entwicklung und Erprobung von neuen, regional orientierten Bildungsdienstleistungen. Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium
Grundlage:	Hessisches Weiterbildungsgesetz Regionale Kooperationsvereinbarung vom 30.08.2013
Ziele:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bildungsverbund der Verbundpartner Volkshochschule des Vogelsbergkreises, Vogelsberg Consult GmbH, Max-Eyth-Schule Alsfeld, Vogelsbergschule Lauterbach, Staatliche Technikakademie Alsfeld festigen und erweitern. 2. Neue pädagogische Dienstleistungen in den Zusammenhang der Regionalentwicklung stellen. 3. Ressourcenschonende Strukturen schaffen.
Kennzahlen:	Anzahl der durchgeführten Bildungsberatungen Anzahl der Anfragenden nach Bildungsberatung Anzahl der Nutzer des Selbstlernzentrums Anzahl der Besuche im Selbstlernzentrum (neu ab 2014)

	2013	2014	2015
Anzahl der durchgeführten Bildungsberatungen	0	103	159
Anzahl der Anfragenden nach Bildungsberatung	0	44	111
Anzahl der Nutzer der Selbstlernzentren	0	0	0
Anzahl der Besuche im Selbstlernzentrum (neu ab 2014)		250	1063

Anmerkung: 2013 waren weder die Stelle Bildungsberatung noch die Stelle Lernberatung besetzt, da die Regionale Kooperationsvereinbarung zu HC zwischen Land und Kreis erst am 31.08.2013 abgeschlossen wurde. Es wurden daher 2013 keine Beratungen etc. durchgeführt bzw. keine Anfragen über HC dokumentiert.

Seit dem Jahr 2014 umfasst die Kennzahl der durchgeführten Bildungsberatungen auch Förderberatungen zum Bildungsprämiegutschein.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
 Unter dieser Position werden Mieterlöse vom Kreidekreis e.V. für die Mitbenutzung des Büros Bildungsberatung i.H.v. 270 € sowie erwartete Einnahmen aus Förderberatungen zum Bildungsprämiegutschein und sonstigen Erträgen veranschlagt. Der Ansatz bleibt unverändert.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 Aufwendungen für Sachkosten (Fahrtkosten für Bildungsberatung, Arbeits- und Lernmittel, Weiterbildung) sind in Höhe von 7.000 € etatisiert. Zudem ist der Honoraraufwand für Kursleiter in Höhe von 4.000 € vor allem für zusätzliche Lernberatung Deutsch im Selbstlernzentrum Lauterbach etatisiert, um ein niedrigschwelliges Angebot mit Lernbegleitung und Ehrenamtlichen vorhalten zu können.

Teilhaushalt/Budget
43 Volkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-52.400	0	-15.000	-13.759,36	-172.013	-50.653	
		-68.960	0					
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-500	0	-490	-487,82	-4.619	-2.119	
		-500	0					
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-52.900	0	-15.490	-14.247,18	-176.633	-52.773	
		-69.460	0					
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-52.900	0	-15.490	-14.247,18	-176.633	-52.773	
		-69.460	0					

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27100 Volkshochschularbeit

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-49.400	0	-12.000	-4.926,57	-135.191	-27.331	
		-58.460	0					
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-500	0	-490	-487,82	-4.619	-2.119	
		-500	0					
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-49.900	0	-12.490	-5.414,39	-139.811	-29.451	
		-58.960	0					
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-49.900	0	-12.490	-5.414,39	-139.811	-29.451	
	Auszahlungen)	-58.960	0					

27100 Volkshochschularbeit**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen**

Der Ansatz 2017 umfasst die Anschaffung für evtl. ausfallende technische Geräte (Activeboard, Beamer, Drucker, PC) in den Unterrichtsräumen mit 4.000 €, die Beschaffung von 3 Nähmaschinen mit 900 € und die Ersatzbeschaffung von Flipcharts, Metaplanwänden und Moderatorenkoffern in Höhe von 2.000 €. Für den Austausch alter Schulmöbel aus der Erich-Kästner-Schule wurden 42.500 € veranschlagt. Im Herbst 2016 war für die vhs-Seminarräume kurzfristig teilweise nur die provisorische Übergangsausstattung mit ausgemustertem Schulmobiliar möglich. Diese Ausstattung entspricht nicht dem sonst üblichen Niveau in der Erwachsenenbildung und deren Kundenerwartungen. Daher muss "nachgerüstet" werden.

Für 2018 wurde die Anschaffung von Hardware für einen EDV-Raum im „Alten Esel“ in Lauterbach i.H.v. 12.000 €, die Anschaffung für evtl. ausfallende technische Geräte i.H.v. 4.000 €, die Ersatzbeschaffungen für Flipcharts, Metaplanwände und Moderatorenkoffer i.H.v. 2.000 € sowie der Austausch alter Schulmöbel aus der Reinickendorfschule in Lauterbach i.H.v. 40.460 € etatisiert. Deshalb werden für 2018 Mittel i.H.v. 58.460 € veranschlagt.

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule
Produkt 27110 Projekt Hessencampus

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahres- abschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-3.000	0	-3.000	-8.832,79	-36.821	-23.321	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.000	0	-3.000	-8.832,79	-36.821	-23.321	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.000	0	-3.000	-8.832,79	-36.821	-23.321	
		-10.500	0					

27110 Hessencampus**Position: Erläuterungen Teilfinanzhaushalt****4 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen**

Veranschlagt sind Investitionskosten für eventuell ausfallende technische Ausstattungsgegenstände des Selbstlernzentrums (PC's, Monitore, Beamer) in Höhe von 3.000 €. Dieser Betrag wurde ebenfalls in den letzten Jahren so veranschlagt. Für das Jahr 2018 sind neben den o.g. 3.000 € zusätzlich 7.500 € für neue PC's inkl. Monitore für das Selbstlernzentrum einkalkuliert.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Budgetverantwortung

Werner Köhler

Produkte

 31100 Grundversorgung und Hilfen n.d.SGB XII
 31200 Grundsicherung nach dem SGB II
 31300 Hilfen für Asylbewerber
 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege
 34300 Betreuungsleistungen
 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.500	3.500	3.500	2.220,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	37.083.010	37.995.930	45.115.650	29.988.335,39
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	6.898.350	7.005.450	5.991.300	8.030.672,80
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	13.240	13.410	9.290	13.480,88
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	3.000	3.000	13.000	128.590,01
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	44.001.100	45.021.290	51.132.740	38.163.299,08
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-8.527.370	-8.151.660	-7.997.620	-6.557.093,98
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-251.100	-424.620	-518.400	-471.149,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-356.820	-353.020	-376.600	-364.032,28
14.	66	Abschreibungen	-5.010	-5.010	-4.380	-1.466.952,30
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-261.000	-261.000	0	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	-54.214.220	-54.013.590	-60.133.110	-46.793.209,93
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-63.615.520	-63.208.900	-69.030.110	-55.652.437,49
20.	=	Verwaltungsergebnis	-19.614.420	-18.187.610	-17.897.370	-17.489.138,41
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	0	4.538,88
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	4.538,88
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-19.614.420	-18.187.610	-17.897.370	-17.484.599,53
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	1.923.000	81.119,00
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-6.492,47
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	1.923.000	74.626,53
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-19.614.420	-18.187.610	-15.974.370	-17.409.973,00
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	1.102.513,54
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-240.110	-240.110	-270.000	-240.114,35
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-240.110	-240.110	-270.000	862.399,19
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-19.854.530	-18.427.720	-16.244.370	-16.547.573,81

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 31100 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	862.000	861.000	862.000	1.028.639,57
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	6.488.000	6.488.000	5.738.000	6.198.557,18
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	3.000	3.000	13.000	44.808,48
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	7.353.000	7.352.000	6.613.000	7.272.005,23
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.162.890	-1.117.930	-1.020.390	-923.963,62
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-97.270	-128.100	-212.190	-140.821,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.500	-9.500	-9.500	-6.613,90
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-55.814,53
17.	72	Transferaufwendungen	-15.560.500	-15.197.000	-14.175.000	-14.283.460,77
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-16.830.160	-16.452.530	-15.417.080	-15.410.673,82
20.	=	Verwaltungsergebnis	-9.477.160	-9.100.530	-8.804.080	-8.138.668,59
21.	56,57	Finanzerträge	0	0	0	4.538,88
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	4.538,88
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-9.477.160	-9.100.530	-8.804.080	-8.134.129,71
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	3.082,06
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	3.082,06
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-9.477.160	-9.100.530	-8.804.080	-8.131.047,65
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	1.101.600,00
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	1.101.600,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-9.477.160	-9.100.530	-8.804.080	-7.029.447,65

31100 Grundversorgung und Hilfen n. d. SGB XII

Verantwortlich: Frau Heidrun Baß

Beschreibung: Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts durch die Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch einmalige und laufende Leistungen.
 Hilfen für Kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen durch die Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege. Die Hilfen werden ambulant oder stationär erbracht.
 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Abdeckung besonderer Bedarfslagen durch die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Übernahme von Bestattungskosten und Hilfe in sonstigen Lebenslagen.

Grundlage: SGB XII (Sozialhilfe)

Ziele: Sicherstellung eines Mindeststandards des menschenwürdigen Daseins (soziokulturelles Existenzminimum). Hilfe für Personen, die aufgrund besonderer Umstände (z. B. Alter, Krankheit, Behinderung) einer besonderen Unterstützung bedürfen.

Kennzahlen: Die Ausgaben der Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII werden entscheidend durch die Veränderungen bei den Fallzahlen beeinflusst. Weitere Einflussfaktoren sind Änderungen bei anderen Sozialleistungen (z.B. Wohngeld). Folgende Kennzahlen bilden die Veränderungen ab:
 1. Fallzahlenentwicklung im Jahresvergleich
 2. Veränderungen des Aufwandes
 3. Dichte der Empfänger pro 1.000 Einwohner im Vogelsbergkreis

Hilfeart	2012		2013		2014		2015	
	Fallzahlen	je 1.000 Einw.						
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	133	1,23	123	1,10	144	1,40	148	1,40
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (a.v.E)	773	7,15	828	7,70	910	8,60	1.065	10,10
Eingliederungshilfe	308	2,85	320	2,99	296	2,78	276	2,61
Einwohner Vogelsbergkreis	108.027		106.861		106.383		105.763	

Hilfeart	2012		2013		2014		2015	
	Aufwand	je Fall	Aufwand	je Fall	Aufwand	je Fall	Aufwand	je Fall
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	713.591 €	5.365 €	625.793 €	5.088 €	644.065 €	4.473 €	706.712 €	4.775 €
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (a.v.E.)	3.605.912 €	4.664 €	4.460.936 €	5.388 €	5.053.720 €	5.554 €	5.852.726 €	5.496 €
Eingliederungshilfe	2.339.817 €	7.596 €	2.516.697 €	7.570 €	2.961.620 €	10.005 €	3.043.360 €	11.027 €

Position: Erläuterungen**6 Erträge aus Transferleistungen**

Veranschlagt sind die Erträge aus der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen, die Erstattungen vorrangig verpflichteter Leistungsträger (z. B. Rententräger), die Rückzahlungen durch die Hilfeempfänger wegen überzahlter oder darlehensweise gewährter Leistungen sowie aus geleisteten Kostenbeiträgen. Zudem wurden die Erstattungen sozialer Hilfen durch das Land etatisiert.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung. Die Erhöhung der Zuweisung resultiert aus steigenden Transferaufwendungen im Bereich der Grundsicherung, da die Nettoausgaben ab 2014 zu 100% erstattet werden.

9 Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die nach befristeter Niederschlagung erzielten Einnahmen für Aufwundersatz, Kostenersatz, übergeleitete Unterhaltsansprüche und Rückzahlung gewährter Hilfen (Rückzahlung von gewährten Darlehen), veranschlagt.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für das das Benchmarking werden 9.000 € etatisiert.

17 Transferaufwendungen3110010 - Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII:

Der Ansatz für Transferaufwendungen wird auf 1.021.000 € gesenkt. Die Hilfe zum Lebensunterhalt für Empfänger innerhalb von Einrichtungen (Taschengeld) wurden um 40.000 € auf 200.000 € verringert. Die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bleiben dagegen unverändert. Die Empfängerzahlen sind hier relativ konstant. Den Zugängen z.B. aus dem SGB II stehen Abgänge in die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entgegen. Die Fluktuation ist hier sehr hoch. Die Regelbedarfe werden ab 1.1.2017 unter Berücksichtigung der neue Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts ermittelt. Nach dem vorliegenden Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes erfolgt eine Erhöhung um ca. 1,24% bei Erwachsenen und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lj. Bei Kindern vom 7. bis zur Vollendung des 14. Lj. erfolgt eine Erhöhung um ca. 7,8%. Die Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft werden ab 1.1.2017 nach einem neuen schlüssigen Konzept festgelegt.

3110020 - Hilfe zur Pflege:

Die Aufwendungen wurden bei der **Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen** um insgesamt 90.000 € auf 434.000 € erhöht. Zum 1.1.2017 soll das Pflegestärkungsgesetz III in Kraft treten. Mit diesem PSG III wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff aus dem SGB XI auch in das SGB XII übernommen. Die seitherigen 3 Pflegestufen werden in 5 Pflegegrade überführt. Dabei wird ohne neue Feststellung eine Erhöhung um 1 Stufe vorgenommen (d.h. Pflegestufe 1 wird Pflegegrad 2, Pflegestufe 2 wird Pflegegrad 3 usw.) Dieser Erhöhung führt zu einer Steigerung der Aufwendungen. Auch die Berücksichtigung von Betreuungs- und Entlastungsaufwendungen im Recht der Sozialhilfe führen zu höheren Leistungsansprüchen. Eine weitere Leistungserweiterung ist die Aufnahme der wohnumfeldverbessernden Maßnahmen in den Leistungskatalog. Die seither unter einem Produkt 3110020.7230040440 (Kostenübernahme für eine besondere Pflegekraft) zusammengefassten Aufwendungen werden jetzt unter die häusliche Pflegehilfe, den Leistungen nach dem Arbeitgebermodell und nach den Pflegegraden unterteilt. Zzgl. der Verhinderungspflege werden hier insgesamt 300.000 € veranschlagt.

Die Aufwendungen der **Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen** erhöhen sich insgesamt auf 3.160.000 € in 2017 (+50.000 €) und auf 3.400.000 € in 2018 (+290.000 €). Die Erhöhungen des Ansatzes begründen sich u.a. durch die vereinbarten landesweiten pauschalen Erhöhungen der Pflegesätze von 2,45%. Hier ist davon auszugehen, dass auch in 2018 eine pauschale Steigerung der Pflegesätze von mind. 2,5% erfolgt. Ein wesentlicher Kostenfaktor ist auch die deutliche Zunahme der im Vogelsbergkreis angebotenen vollstationären Pflegeplätze. Diese Angebotserweiterung ist durch eine Ausgabensteigerung in 2017 von 2,5% und in 2018 von 5,0% eingeplant.

Zudem erhöht sich der Ansatz für „Pflegeinfrastruktur“ um 5.000 € für 2017/2018, da Kreise und kreisfreie Städte Gelder aus Mitteln der Pflegeversicherung abrufen können, mit denen auf der Grundlage des § 45 c SGB XI die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen verbessert werden soll. Die Höhe der Mittel für die Gebietskörperschaften errechnet sich nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“. Vorausgesetzt wird allerdings eine Mitfinanzierung durch die Gebietskörperschaften in gleicher Höhe. Im Rahmen der Pflegestärkungsgesetze sind weitere Maßnahmen „ambulant vor stationär“ geplant

3110030 - Eingliederungshilfe:

Der Ansatz zur „Eingliederungshilfe“ erhöht sich insgesamt auf 3.022.000 € in 2017 (+127.000 €) und auf 3.145.500 € in 2018 (+250.500 €). Der Ansatz stieg im Vergleich zu 2016 aufgrund von kontinuierlichen Zunahmen in den Kindergärten und Neufällen bei den Teilhabeassistenzen Schulen.

3110040 - Hilfe zur Gesundheit:

Der Ansatz wird für die Jahre 2017/2018 mit 775.000 € etatisiert, so dass kein Anstieg zum Vorjahr zu verzeichnen ist. Durch den Anspruch auf die obligatorische Versicherung kann es nur noch in Einzelfällen zu Zugängen in den Bereich der Leistungen der Hilfe zur Gesundheit nach Kapitel 5 SGB XII mit dem Anspruch auf Anmeldung nach § 264 Abs.2 SGB V kommen. Der Fallbestand bleibt hier relativ konstant. Ausgabenerhöhungen können nur durch im Einzelfall teurere Behandlungskosten entstehen. Eine zuverlässige Planung ist hier nicht möglich.

3110050 - Hilfe in anderen Lebenslagen:

Der Ansatz wird für die Jahre 2017/2018 mit 75.000 € etatisiert, so dass kein Anstieg zum Vorjahr zu verzeichnen ist. Die Hilfe in anderen Lebenslagen beinhaltet überwiegend die Übernahme von Bestattungskosten für bedürftige Angehörige.

3110061 - Grundsicherung nach § 41 Abs. 2 SGB XII wegen Erreichen der Altersgrenze:

Der Ansatz bleibt mit 2.656.000 € für 2017/2018 unverändert. Zwar erhöhen sich die Aufwendungen für die Grundsicherung für Personen außerhalb von Einrichtungen, die die Altersgrenze erreicht haben um 100.000 €, jedoch sinken die laufenden Grundsicherungsleistungen für Personen innerhalb von Einrichtungen in gleicher Höhe.

3110062 - Grundsicherung nach § 41 Abs. 3 SGB XII wegen dauerhafter voller Erwerbsminderung:

Der Haushaltsansatz des Vorjahres wird um 790.000 € erhöht. Dies entspricht einer prozentualen Erhöhung von 24 %. Gerade bei der Grundsicherung wegen voller dauerhafter Erwerbsminderung liegen die Fallzahlensteigerungen bei ca. 20 %. Von 2014 nach 2015 stiegen die Fallzahlen um 21 %. Diese Steigerung wird auch für die Zukunft erwartet. Die durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Erwerbsbiographien führen gerade beim Bezug von Erwerbsminderungsrenten zu Hilfebedürftigkeit. Die Änderungen durch das Regelbedarfsermittlungsgesetz werden sich auch hier auf die Leistungshöhe auswirken. Zudem hat der Gesetzgeber umfangreiche Änderungen bezüglich der Anerkennung der Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII vorgesehen.

3110070 - Leistungen für Bildung und Teilhabe

Die Ansätze für Transferaufwendungen bleiben mit 12.000 € unverändert.

Teilhaushalt/Budget 50 **Soziale Sicherung**
Produkt 31200 **Grundsicherung nach dem SGB II**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.500	2.500	2.500	1.810,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	29.411.010	30.324.930	24.946.650	24.218.368,05
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	311.350	418.450	179.800	1.788.606,95
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	13.240	13.410	9.290	13.480,88
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	83.781,53
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	29.738.100	30.759.290	25.138.240	26.106.047,41
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-5.081.460	-4.854.040	-4.409.700	-4.170.382,06
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-77.630	-224.970	-234.980	-259.926,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-341.320	-337.520	-361.600	-355.522,25
14.	66	Abschreibungen	-4.380	-4.380	-4.380	-1.406.915,22
17.	72	Transferaufwendungen	-31.273.320	-31.446.190	-27.045.710	-26.643.181,97
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-36.778.110	-36.867.100	-32.056.370	-32.835.927,50
20.	=	Verwaltungsergebnis	-7.040.010	-6.107.810	-6.918.130	-6.729.880,09
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-7.040.010	-6.107.810	-6.918.130	-6.729.880,09
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-6.492,47
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-6.492,47
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-7.040.010	-6.107.810	-6.918.130	-6.736.372,56
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	913,54
30.	96	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	-240.110	-240.110	-270.000	-240.114,35
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	-240.110	-240.110	-270.000	-239.200,81
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.280.120	-6.347.920	-7.188.130	-6.975.573,37

31200 Grundsicherung nach dem SGB II

Verantwortlich:	Frau Marina Fölsing
Beschreibung:	Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Umfasst sind Dienstleistungen (Information, Beratung und umfassende Unterstützung mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit) sowie Geld- und Sachleistungen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.
Grundlage:	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV)
Ziele:	Zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit der Jobcenter erstellt das BMAS auf Grundlage des neu geschaffenen § 48 a SGB II seit Januar 2011 Kennzahlenvergleiche. Die bundeseinheitlichen Kennzahlen werden als entsprechende Quoten ermittelt und dienen als Messindikator für die mit dem Land Hessen nach § 48 b SGB II vereinbarten Zielen: Ziel 1: Verringerung der Hilfebedürftigkeit Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug
Kennzahlen:	zu Ziel 1: Kennzahl ist die „Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt“: $\frac{\text{Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat}}{\text{Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Bezugsmonat des Vorjahres}}$ zu Ziel 2: Kennzahl für die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit ist die „Integrationsquote“: $\frac{\text{Summe der Integrationen in den vergangenen 12 Monaten}}{\text{Durchschnittlicher Bestand der eLb in den vergangenen 12 Monaten}}$ zu Ziel 3: Kennzahl ist die „Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern“: $\frac{\text{Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat}}{\text{Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Bezugsmonat des Vorjahres}}$

Die Quoten zu den vorgenannten Kennzahlen werden seit Anfang des Jahres 2011 ermittelt. Es existieren keine vergleichbaren Kennzahlen für die Zeit vor dem 01.01.2011. Die Quoten, die einer monatlichen Veränderung unterliegen, werden unterjährig dem Kreisausschuss in den Quartalsarbeitsmarktberichten vorgelegt.

Position: Erläuterungen

- 6 Erträge aus Transferleistungen**
Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Trägerschaft nach dem SGB II stehenden Erstattungen des Bundes an den Vogelsbergkreis als Kommunales Jobcenter für das Arbeitslosengeld II einschließlich der Kosten der Unterkunft, die Eingliederungsleistungen und den Verwaltungskostenanteil.
- 7 Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für laufende Zwecke u. allgemeine Umlagen**
Etatisiert sind Mittel im Rahmen des Landesprogrammes Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget i.H.v. 275.200 € für 2017 und 196.300 € für 2018. Zudem sind Zuweisungen des Landes für das Landesprogramm „Regionalprojekt“ i.H.v. 143.250 € für 2017 und 115.050 € für 2018 etatisiert. In dieser Zuweisung sind auch die Personalkosten enthalten.

- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuschüssen.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Zum 01.01.2017 muss die kommunale Satzung des Vogelsbergkreises zur Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft im SGB II und SGB XII-Bereich fortgeschrieben werden. Grundlage hierfür ist eine neue Datenerhebung (tatsächliche Mietwerte im Vogelsbergkreis) sowie deren entsprechende Auswertung im Rahmen eines sog. „schlüssigen Konzeptes“ im Jahr 2016. Für die Erstellung des schlüssigen Konzeptes wurden 2016 Mittel von 40.000 € etatisiert. In 2017 werden dafür keine finanziellen Mittel benötigt. In 2018 steht die Fortschreibung an und voraussichtlich entstehen Kosten in Höhe von 6.000 €. Insgesamt reduziert sich der Ansatz für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in den Jahren 2017/2018.
- 17 Transferaufwendungen**
Veranschlagt sind die Leistungen an Arbeitsuchende nach dem SGB II für das Arbeitslosengeld II, die Kosten für Unterkunft und Heizung, die Eingliederungsleistungen einschließlich der Landesprogramme (siehe Erl. Pos. 7) sowie die Leistungen zur Bildung und Teilhabe.
- 30 Kosten aus internen Leistungsbeziehungen**
Der für den Bereich der Grundsicherung entstehende Aufwand für Sach- und Dienstleistungen wurde teilweise zentral beim Produkt 11110 - Organisation des inneren Verwaltungsbetriebs etatisiert (Betriebskosten einschließlich EDV, Haltung der Dienstfahrzeuge, Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung). Diese Aufwendungen werden durch die interne Leistungsverrechnung dem Produkt 31200 zugerechnet.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 31300 Hilfen für Asylbewerber

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	6.806.000	6.806.000	19.303.000	4.739.346,04
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	6.806.000	6.806.000	19.303.000	4.739.346,04
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.141.360	-1.071.610	-1.512.470	-532.979,06
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-20.060	-19.100	-20.930	-9.914,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-500	-500	-500	0,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-4.166,55
17.	72	Transferaufwendungen	-6.938.400	-6.938.400	-18.222.900	-5.345.924,95
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-8.100.320	-8.029.610	-19.756.800	-5.892.984,56
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.294.320	-1.223.610	-453.800	-1.153.638,52
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.294.320	-1.223.610	-453.800	-1.153.638,52
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	1.923.000	78.036,94
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	1.923.000	78.036,94
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.294.320	-1.223.610	1.469.200	-1.075.601,58
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.294.320	-1.223.610	1.469.200	-1.075.601,58

31300 Hilfen für Asylbewerber

Verantwortlich:	Herr Hans-Ulrich Merle
Beschreibung:	Gewährung des notwendigen Bedarfes an Ernährung, Unterkunft und Heizung einschließlich Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt an Asylbewerber und zur Ausreise verpflichtete Ausländer, Betreuung der Flüchtlinge. Die Leistungen werden nach § 3 AsylbLG oder § 2 AsylbLG analog den Bestimmungen des SGB XII bzw. den §§ 4 – 6 AsylbLG erbracht.
Grundlage:	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz), Asylbewerberleistungsgesetz, SGB XII in analoger Anwendung.
Ziele:	Sicherstellung des Bedarfes zum Lebensunterhalt während der Durchführung des Asylverfahrens.
Kennzahlen:	Im Bereich Asyl werden keine Kennzahlen ausgewiesen.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen

Der Ansatz der zu genießenden Erträge sank zum Stand der Mittelanmeldungen für die Jahre 2017/2018 um ca. 12,5 Mio. €. Bei der Haushaltsplanung 2016 wurde davon ausgegangen, dass zum Jahresende 3.000 Personen Leistungen nach dem AsylbLG beziehen werden. Dementsprechend wurden die HH-Ansätze kalkuliert. Aktuell stehen ca. 1.200 Personen im Leistungsbezug (Stand: 04.08.2016). Für die Jahre 2017 und 2018 wird nach aktuellem Stand davon ausgegangen, dass noch 500 Personen Leistungen nach dem AsylbLG beziehen werden. Somit wurde diese Personenzahl für die Kalkulation der HH-Ansätze zu Grunde gelegt. Die Abweichungen zwischen den HH-Ansätzen der Jahre 2017/2018 und dem Jahr 2016 resultieren daher aus dem zu erwartenden Rückgang der Leistungsberechtigten.

17 Transferaufwendungen

3130010 - Leistungen in besonderen Fällen:

Aufgrund des zu erwartenden starken Rückgangs der Leistungsberechtigten, reduziert sich der Ansatz ggü. dem Vorjahr um insgesamt 475.400 €. Die Aufwendungen für die Hilfe zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften wurden jedoch um 363.000 € auf 400.000 € erhöht. Die Ansätze für das Jahr 2016 basierten noch auf den Ausgaben des Jahres 2015. Die Gesetzesänderungen zum 1.3.2015 haben sich in der Krankenhilfe im Jahr 2016 ausgewirkt. Nach der Neuregelung zum 1.3.2015 haben Asylbewerber, die sich seit 15 Monaten (vorher 48 Monate im Leistungsbezug) im Bundesgebiet aufhalten einen Anspruch auf analoge Leistungen nach § 2 AsylbLG. Zum 1.3.2015 wurden daher eine große Anzahl von Leistungsberechtigten gem. § 264 SGB V bei der Krankenkasse angemeldet (Ende 2014: 13 Asylbewerber; Ende 2015: 174 Asylbewerber). Dies führt zu erheblichen Ausgabensteigerungen bei der Hilfe zur Gesundheit für Personen mit analogem Leistungsanspruch. Durch die zeitverzögerte Abrechnung durch die Leistungserbringer treten die finanziellen Auswirkungen der gestiegenen Fallzahlen erst im Folgejahr ein. Bei der Ermittlung der HH-Ansätze für die Jahre 2017/2018 wurde insgesamt von einer monatlichen Gesamtzahl von 500 Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG ausgegangen. Auf das Produkt 3130010 (Analogleistungen) entfallen hiervon 100 Personen.

3130020 - Grundleistungen:

Aufgrund des zu erwartenden starken Rückgangs der Leistungsberechtigten, reduziert sich der Ansatz ggü. dem Vorjahr um insgesamt 10.863.000 €. Die Wirkungen der Gesetzesänderung zum 1.3.2015 wurden zum Produkt 3130010 beschrieben. Gerade Leistungsberechtigte außerhalb von GU's erfüllen die Voraussetzungen für den analogen Leistungsanspruch. Bei der Ermittlung der HH-Ansätze für die Jahre 2017/2018 wurde insgesamt von einer monatlichen Gesamtzahl von 500 Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG ausgegangen. Auf das Produkt 3130020 (Grundleistungen) entfallen hiervon 400 Personen.

3130030 - Leistungen für Bildung und Teilhabe:

Der Ansatz für die Transferaufwendungen aus dem Produkt Bildung und Teilhabe erhöht sich für 2017/2018 um 900 € aufgrund gestiegenen Ausgaben im Bereich Schülerbeförderung.

3130040 - Leistungen nach § 1a AsylbLG:

Ab dem Jahr 2017 ist das Produkt 3130040 - Leistungen nach § 1a AsylbLG neu einzurichten. Dies resultiert aus einer Änderung des AsylbLG von Oktober 2015 sowie den Anpassungen durch das Integrationsgesetz von August 2016. Die hiernach Leistungsberechtigten fallen weder unter die Leistungen des Produkts 3130010 noch unter die des Produkts 3130020, so dass die damit verbundenen Erträge und Aufwendungen in einem gesonderten Produkt abzubilden sind.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.720	-1.690	-1.670	-1.615,97
17.	72	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-6.000	-5.976,38
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-7.720	-7.690	-7.670	-7.592,35
20.	=	Verwaltungsergebnis	-7.720	-7.690	-7.670	-7.592,35
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-7.720	-7.690	-7.670	-7.592,35
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-7.720	-7.690	-7.670	-7.592,35
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.720	-7.690	-7.670	-7.592,35

33100 Förderung der Wohlfahrtspflege

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Einrichtungen, Dienste, Vereine der freien Wohlfahrtspflege werden vom Vogelsbergkreis finanziell unterstützt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Grundlage: Art. 20 GG, I. Buch Sozialgesetzbuch, Beschlüsse der Kreisgremien zum Haushaltsplan.

Ziele: Hilfesuchende Menschen finden außerhalb der Kreisverwaltung geeignete Einrichtungen, Dienste und Vereine vor, die selbst Hilfen gewähren oder weitervermitteln.

Kennzahlen: Kennzahlen können nicht definiert werden. Die Zielerreichung wird in einem ständigen sozialplanerischen Prozess überprüft.

Position: Erläuterungen

17 Transferaufwendungen

Es handelt sich um Mitgliedsbeiträge in Höhe von 672 € und um Zuwendungen an Vereine und Wohlfahrtsverbände auf Kreisebene in Höhe von 5.328 €.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 34300 Betreuungsleistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	1.000	410,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.000	1.000	1.000	410,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-366.980	-356.480	-321.930	-255.485,48
17.	72	Transferaufwendungen	-80.000	-70.000	-70.000	-69.438,11
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-446.980	-426.480	-391.930	-324.923,59
20.	=	Verwaltungsergebnis	-445.980	-425.480	-390.930	-324.513,59
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-445.980	-425.480	-390.930	-324.513,59
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-445.980	-425.480	-390.930	-324.513,59
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-445.980	-425.480	-390.930	-324.513,59

34300 **Betreuungsleistungen**

Verantwortlich: Herr Hans-Dieter Herget

Beschreibung: Mit dem am 01.07.2014 in Kraft getretenen „Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde“ sind die Aufgaben für die Betreuungsbehörde deutlich erweitert worden. Über die seitherige Unterstützung der Betreuungsgerichte hinaus ist jetzt ihre Anhörung durch das Betreuungsgericht vor einer Betreuerbestellung obligatorisch. In jedem Einzelfall muss ein qualifizierter Sozialbericht erstellt werden. Die Betreuungsbehörde hat außerdem die Pflicht, Hilfen zu vermitteln, die eine Betreuerbestellung entbehrlich machen. Diesem Ziel dient auch die Beratung von Einzelpersonen im Hinblick auf vorsorgende Verfügungen. Im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit soll die Betreuungsbehörde ehrenamtliche Betreuer/innen gewinnen, sie in ihr Aufgabengebiet einführen, fortbilden und sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen. Bei zivilrechtlichen Unterbringungen leistet die Betreuungsbehörde Hilfestellung. Sie kooperiert mit Betreuungsvereinen und anderen freigemeinnützigen und privaten Organisationen. Die Betreuungsbehörde führt selbst Betreuungen, wenn es die Besonderheiten des Einzelfalls erfordern. Der Vogelsbergkreis bezuschusst Betreuungsvereine zur Sicherstellung ihres Auftrages.

Grundlage: Betreuungsgesetz, Betreuungsbehördengesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Beurkundungsgesetz

Ziele: Die Betreuungsbehörde leistet ihren Beitrag dazu, dass Menschen, die wegen Erkrankung oder Behinderung im psychischen, geistigen oder körperlichen Bereich ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen können, durch Dritte die nötige Unterstützung erhalten oder geeignete gesetzliche Betreuer/innen eingesetzt werden. Alle Menschen aus dem Vogelsbergkreis, bei denen ein Betreuungsgericht das Erfordernis einer Betreuerbestellung festgestellt hat, erhalten geeignete gesetzliche Betreuer/innen.

Kennzahlen: Anzahl der durch Gerichtsbeschluss bestehenden Betreuungen, Anzahl Neuverfahren.

Anzahl	2013	2014	2015
Betreuungen	2.820	2.785	2.608
davon Neuverfahren:	655	631	626

Position: **Erläuterungen**

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
Die Betreuungsstelle erhebt geringe Gebühren für die Beglaubigung von Betreuungsverfügungen.

17 Transferaufwendungen
Die Förderung der im Vogelsbergkreis tätigen Betreuungsvereine ist trotz steigender Ausgaben, insbesondere bei den Personalkosten über viele Jahre unverändert geblieben. Für die Jahre 2015 bis 2017 konnten zusätzliche Gelder aus Einsparungen im Bereich der Kommunalisierten Landesmittel (Sozialbudget des Landes) zur Verfügung gestellt werden. Da diese Restmittel in 2017 aufgebraucht sein werden, ist eine Erhöhung des Ansatzes ab 2018 um 10.000 € nötig, um die Arbeitsfähigkeit der Betreuungsvereine zu gewährleisten.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	4.000	4.000	4.000	1.981,73
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	99.000	99.000	73.500	43.508,67
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	103.000	103.000	77.500	45.490,40
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-772.960	-749.910	-731.460	-672.667,79
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-56.140	-52.450	-50.300	-60.488,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.500	-5.500	-5.000	-1.896,13
14.	66	Abschreibungen	-630	-630	0	-56,00
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-261.000	-261.000	0	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	-356.000	-356.000	-613.500	-445.227,75
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.452.230	-1.425.490	-1.400.260	-1.180.335,67
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.349.230	-1.322.490	-1.322.760	-1.134.845,27
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.349.230	-1.322.490	-1.322.760	-1.134.845,27
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.349.230	-1.322.490	-1.322.760	-1.134.845,27
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.349.230	-1.322.490	-1.322.760	-1.134.845,27

35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Verantwortlich: Herr Werner Köhler

Beschreibung: Hilfen für Frauen durch die Fachberatungsstelle „Frauen (und Kinder) in Not“ durch Beratungsschutz und Hilfeangebote in Fällen von häuslicher Gewalt. Sonstige Hilfen im Rahmen der Familien und Frauenförderung (z.B. Verhütungsmittelfonds), Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Zuschüsse an soziale Einrichtungen im Vogelsberg, Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Betrieb eines Pflegestützpunktes in gemeinsamer Trägerschaft mit Pflege- und Krankenkassen. Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für Bezieher von Kinderzuschlag oder Wohngeld.

Grundlage: Lastenausgleichsgesetz, Gewaltschutzgesetz, freiwillige Leistungen, § 92c SGB XI und Allgemeinverfügung des Hessischen Sozialministeriums vom 08. Dezember 2008, § 6 b BKGG und der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Gewährung der Leistungen nach § 6 b BKGG.

Ziele: Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz, Schutz und Unterstützung von durch Gewalt bedrohten Frauen (Kindern), Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur, Förderung des Übergangs Schule in den Beruf, Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen in allen Fragen rund um das Thema Pflege, Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung, Kultur, Sport.

Position: Erläuterungen

6 Erträge aus Transferleistungen
Die Position beinhaltet Erträge nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz in Höhe von 4.000 €.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen
Der Ansatz erhöht sich um 25.500 €, da Landesmittel aus dem Kommunalisierungs-Budget für den Bereich Gewaltschutz in Höhe von 90.000 € (Vorjahr 64.500 €) veranschlagt wurden. Die Erhöhung ergibt sich durch eine Ausweitung der Zielbereiche. Zudem ist die Zuweisung des Landes für Spätaussiedler in Höhe von 1.000 € sowie die Zuweisung für Qualifizierungsmaßnahmen von Ehrenamtlichen in Höhe von 8.000 € etatisiert.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Der Materialaufwand der Schuldnerberatungsstelle erhöht sich um je 500 € pro Jahr.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Der Ansatz umfasst die Zuweisung für den laufenden Zweck an die Jugend- und Drogenberatungsstelle Vogelsberg i.H.v. 165.000 € sowie Zuweisungen an übrige Bereiche (u.a. Vogelsberger Lebensräume, Familien- und Frauenförderung) i.H.v. 96.000 €. Die Mittel wurden im Vorjahr unter Pos. 17 veranschlagt.

17 Transferaufwendungen
Der Ansatz berücksichtigt Mittel für:

Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Gesellschaft	170.000 €
Bildungs- und Teilhabeleistungen f. Bezieher v. Kinderzuschlag u. Wohngeld	148.500 €
Leistungen nach § 276 des Lastenausgleichsgesetzes	15.000 €
Lokales Bündnis für Familie	14.000 €
Leistungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz	4.000 €
Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche	4.000 €
Aufwendungen für Ehrenamtcard	500 €

Der Ansatz für das Lokale Bündnis für Familie erhöht sich um 4.000 € für 2017/2018, da unter dem Dach des Familienbündnisses zurzeit insgesamt acht Handlungsfelder versammelt sind, in denen von ehren- und hauptamtlichen Teilnehmer/innen immer wieder Projekte initiiert werden, die auch finanziellen Aufwand bedingen. So sind die aufwändigen Broschüren „Gutes Leben mit Demenz“ und „Wege in die Pflegeausbildung“ erarbeitet und finanziert worden. Um auch weiterhin in den Handlungsfeldern Projektideen realisieren zu können, ist eine Erhöhung des Ansatzes erforderlich. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die jährlich geplante Ausrichtung eines „Wohlfühltages für pflegende Angehörige“. Drei solcher sehr erfolgreich verlaufener Aktionen konnten zuletzt über ein zeitlich befristetes Landesprojekt finanziert werden, das in 2016 ausgelaufen ist.

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	12.745,39	43.825	43.825	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	12.745,39	43.825	43.825	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-20.567	-20.567	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-13.950	0	-13.610	-13.598,26	-131.094	-60.144	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-13.950	0	-13.610	-13.598,26	-151.661	-80.711	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-13.950	0	-13.610	-852,87	-107.836	-36.886	

Teilhaushalt/Budget 50 **Soziale Sicherung**
Produkt 31100 **Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.830	0	-4.740	-4.687,49	-45.608	-21.018	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.830	0	-4.740	-4.687,49	-45.608	-21.018	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.830	0	-4.740	-4.687,49	-45.608	-21.018	

Teilhaushalt/Budget 50 **Soziale Sicherung**
Produkt 31200 **Grundsicherung nach dem SGB II**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	12.745,39	43.825	43.825	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	12.745,39	43.825	43.825	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-20.567	-20.567	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.290	0	-7.070	-7.394,00	-68.978	-31.968	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-7.290	0	-7.070	-7.394,00	-89.545	-52.535	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.290	0	-7.070	5.351,39	-45.720	-8.710	

Teilhaushalt/Budget 50 **Soziale Sicherung**
Produkt 31300 **Hilfen für Asylbewerber**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-590	0	-580	-309,87	-3.879	-889	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-590	0	-580	-309,87	-3.879	-889	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-590	0	-580	-309,87	-3.879	-889	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0,00	-62	-62	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	0,00	-62	-62	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	0,00	-62	-62	

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung
Produkt 35100 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.240	0	-1.220	-1.206,90	-12.565	-6.205	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.240	0	-1.220	-1.206,90	-12.565	-6.205	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.240	0	-1.220	-1.206,90	-12.565	-6.205	

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Budgetverantwortung

Dagmar Scherer

Produkte

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

36100 Tagesbetreuung von Kindern

36200 Kinder- und Jugendarbeit

36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	163.250	163.250	160.750	288.015,89
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	462.000	482.000	262.000	217.918,48
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	9.964.000	9.899.000	3.973.800	4.219.138,84
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	346.310	343.400	149.000	316.986,95
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	2.020	2.490	2.450	2.493,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	10.937.580	10.890.140	4.548.000	5.044.553,16
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-4.381.090	-4.162.460	-3.725.950	-3.446.949,13
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-119.760	-112.100	-130.640	-121.920,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-183.410	-178.410	-176.410	-195.336,65
14.	66	Abschreibungen	-6.480	-6.950	-2.460	-429.674,58
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-476.870	-465.600	-339.000	-425.924,14
17.	72	Transferaufwendungen	-26.707.740	-26.607.740	-21.138.840	-22.099.749,27
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-31.875.350	-31.533.260	-25.513.300	-26.719.553,77
20.	=	Verwaltungsergebnis	-20.937.770	-20.643.120	-20.965.300	-21.675.000,61
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-20.937.770	-20.643.120	-20.965.300	-21.675.000,61
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	775.506,15
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-324.139,13
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	451.367,02
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-20.937.770	-20.643.120	-20.965.300	-21.223.633,59
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	536.860	519.070	0	1.322.426,77
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	536.860	519.070	0	1.322.426,77
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-20.400.910	-20.124.050	-20.965.300	-19.901.206,82

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	1.000.000	935.000	1.010.000	731.390,19
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.000.000	935.000	1.010.000	731.390,19
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-179.220	-175.430	-181.370	-175.512,92
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-14.770	-14.000	-14.020	-20.865,00
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-127.153,77
17.	72	Transferaufwendungen	-1.333.000	-1.233.000	-1.350.000	-1.085.220,80
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.526.990	-1.422.430	-1.545.390	-1.408.752,49
20.	=	Verwaltungsergebnis	-526.990	-487.430	-535.390	-677.362,30
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-526.990	-487.430	-535.390	-677.362,30
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	60.593,51
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-410,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	60.183,51
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-526.990	-487.430	-535.390	-617.178,79
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-526.990	-487.430	-535.390	-617.178,79

34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Verantwortlich: Frau Petra Jung

Beschreibung: - Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz an anspruchsberechtigte allein erziehende Mütter und Väter,
- Durchsetzung von übergegangenen Unterhaltsansprüchen gegenüber dem familienfernen Elternteil

Grundlage: Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Bundesrichtlinien zum UVG, SGB I und X, BGB, ZPO, Unterhaltsgrundsätze des OLG Frankfurt am Main

Ziele: Bescheiderteilung innerhalb von max. 3 Monaten ab Antragsstellung in 75 % der Fälle.

Kennzahlen: Anzahl der innerhalb von 3 Monaten erteilten Bescheide / Anzahl der Anträge im Vergleichszeitraum

Anzahl	2013	2014	2015
Neuanträge	244	292	240
Bescheiderteilung innerhalb von 3 Monaten	197	273	225
Bescheiderteilung später als 3 Monate	47	19	15
Quote	80,74%	93,49%	93,75%

2013: von 48 Bescheiderteilungen wurden 22 Anträge wegen ausreichender UH-zahlung abgelehnt

2014: von 57 (negativen) Bescheiderteilungen wurden 28 Anträge wegen ausreichender UH-zahlung abgelehnt

2015: von 33 Bescheiderteilungen wurden 11 Anträge wegen ausreichender UH-zahlungen abgelehnt

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

6 Erträge aus Transferleistungen

Leistungen Dritter sowie Erstattungsbeträge des Landes: Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den Gesamtaufwendungen. Aufgrund zurückgegangener Fallzahlen verringert sich das Erstattungsvolumen durch das Land.

17 Transferaufwendungen

Unterhaltsvorschussleistungen an Berechtigte; Anteil des Bundes und des Landes Hessen zu je 1/3 an den vereinnahmten Unterhaltszahlungen (Leistungen Dritter). Aufgrund zurückgegangener Fallzahlen und einer moderaten Steigerung der Leistungen verringern sich die Transferaufwendungen um 117.000 € für 2017 und 17.000 € für 2018.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	70.000	70.000	0	0,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	90.000	90.000	94.000	55.543,67
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	140.000	140.000	92.000	135.126,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	370	840	840	844,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	300.370	300.840	186.840	191.513,67
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-380.910	-349.430	-223.770	-212.582,03
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-8.690	-8.160	-8.810	-5.705,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.000	-24.000	-24.000	-22.314,72
14.	66	Abschreibungen	-370	-840	-850	4.282,68
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	-5.000	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	-1.149.000	-1.149.000	-875.000	-1.025.665,17
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.562.970	-1.531.430	-1.137.430	-1.261.984,24
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.262.600	-1.230.590	-950.590	-1.070.470,57
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.262.600	-1.230.590	-950.590	-1.070.470,57
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	1.988,74
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-2.546,52
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-557,78
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.262.600	-1.230.590	-950.590	-1.071.028,35
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.262.600	-1.230.590	-950.590	-1.071.028,35

36100 Tagesbetreuung von Kindern

Verantwortlich: Herr Helmut Benner

Beschreibung: Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung; Anwerbung, Beratung Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen; Bezuschussung von Kindergarten- und Kindertagesstättenbeiträge sowie Tagespflegekosten

Grundlage: Sozialgesetzbuch VIII; §§ 22-25, §§ 43, § 74, § 90

Ziele: 1. Weiterer Ausbau des Angebotes an Tagespflegeplätzen für unter 3- jährige
2. Unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß hohen Fluktuation die Grundqualifizierung von mindestens 10 weiteren Personen jährlich

Kennzahlen: 1. Anzahl der neugeschaffenen Tagespflegeplätze
2. Anzahl der Teilnehmer/innen am Grundqualifizierungskurs

Anzahl	2013	2014	2015
Tagespflegeplätze für unter 3-Jährige insgesamt	196	171	201
davon: neue Tagespflegeplätze	12	39	20
Teilnehmer Grundqualifizierungskurse	20	15	6

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Hierbei handelt es sich um Personalkostenerstattungen des Landes für Tagespflege. Der Ansatz wurde früher unter Pos. 6 (Erträge aus Transferleistungen) veranschlagt. Aufgrund von gestiegenen Personalkostenaufwendungen für Tagespflege erhöht sich der Ansatz entsprechend.

6 Erträge aus Transferleistungen

Der Ansatz beinhaltet Einnahmen aus Elternbeiträgen aufgrund der Tagespflegesatzung. Aufgrund von gestiegenen Fallzahlen in der Tagespflege erhöhen sich die Einnahmen.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Es handelt sich um die Landesförderung für die Fachdienste Kindertagespflege sowie die hälftige Erstattung der Kosten nach Ziffer 13. Aufgrund steigender Fallzahlen erhöht sich die Landesförderung entsprechend.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zur Sicherstellung der Qualifizierung, Fortbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit in der Tagespflege werden 24.000 € in 2017 und 2018 etatisiert.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Es handelt sich hierbei um Investitionszuschüsse an freie Träger. Zurzeit liegen keine Anträge auf (Um-)bau von Jugendräumen oder Jugendeinrichtungen vor. Die Etatisierung von Mitteln ist daher hinfällig.

17 Transferaufwendungen

Gestiegene Aufwendungen in Höhe von 274.000 € für Tagespflege (lt. Satzung) aufgrund von erheblich gestiegenen Fallzahlen und erhöhte Gebühren für Kindergärten, Krippen und Hortbetreuungen.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36200 Kinder- und Jugendarbeit

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	160.250	160.250	157.750	278.987,30
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	82.000	82.000	82.000	85.818,48
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	206.310	203.400	57.000	181.360,95
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.650	1.650	1.610	1.649,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	450.210	447.300	298.360	547.815,73
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-473.870	-461.200	-434.000	-443.275,22
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-124.410	-119.410	-119.410	-141.254,09
14.	66	Abschreibungen	-4.470	-4.470	-1.610	-3.121,67
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-134.310	-131.400	-15.000	-117.656,79
17.	72	Transferaufwendungen	-166.740	-166.740	-136.740	-131.001,11
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-903.800	-883.220	-706.760	-836.308,88
20.	=	Verwaltungsergebnis	-453.590	-435.920	-408.400	-288.493,15
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-453.590	-435.920	-408.400	-288.493,15
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-453.590	-435.920	-408.400	-288.493,15
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0,00
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-453.590	-435.920	-408.400	-288.493,15

36200 Kinder- und Jugendarbeit

Verantwortlich: Frau Silvia Lucas

Beschreibung:

- außerschulische Jugendbildung
- Förderung von Partizipationsmodellen für Kinder und Jugendliche
- Koordinierung des Bundesprojektes „Vielfalt tut gut“
- Ferienfreizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Familien, Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien
- Betreuung von Kindern in drei Spiel- und Lernstuben
- Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit
- Beratung und finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit aus Mitteln der Jugendförderungsrichtlinie
- eigenständige Durchführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit mit eigenem Personal an drei Standorten und mit externem Personal an weiteren vier Standorten
- Begleitung und finanzielle Unterstützung der Projekte der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe
- Mädchenarbeit
- Betreuung des Kinder- und Jugendparlaments
- mobile Jugendarbeit „KAFF-Mobil“

Grundlage:

SGB VIII, insbesondere §§ 11-14, 29
 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch, bes. 3. Teil
 KA-Beschlüsse Jugendförderungsrichtlinie, RiLi zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien, KA- und KT-Beschlüsse zur Durchführung schulbezogener Jugendarbeit
 Hessisches Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit
 Förderprogramme des Bundes, z. B. „Demokratie leben“ (ehemals „Vielfalt tut gut“), MORO, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Ziele:

Flächendeckende präventive Angebote der Jugendsozialarbeit zur frühzeitigen Bearbeitung möglicher Problemlagen von Kindern und Jugendlichen.
 Mobile bedarfsgerechte und erreichbare Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendbildungsarbeit.
 Unterstützung und Förderung der verbandsgebundenen Jugendarbeit und der ehrenamtlichen Jugendarbeit der Vereine.
 Bereithaltung attraktiver Freizeit-, Bildungs- und Erholungsangebote für Kinder und Jugendliche.
 Entlastung von Familien in den Ferien.
 Gewährleistung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
 Sicherstellung gelingender Übergänge Jugendlicher von der Schule in den Beruf durch gezielte Bildungsmaßnahmen und Angebote der schulbezogenen Jugendarbeit und der Jugendberufshilfe.

Kennzahlen: Anzahl der Teilnehmer/innen an Kinder- und Jugendfreizeiten, Seminaren und Projekten der außerschulischen Bildungsarbeit, Anzahl der Qualifizierungsangebote für Jugendleiter/innen und ausgestellte Jugendleiter/innencards im Landkreis, Fördersummen gem. der Jugendförderrichtlinien und Anzahl der geförderten Gruppen, Umfang der über Bundesprogramme akquirierten Fördersummen

Anzahl Teilnehmer	2013	2014	2015
Freizeiten	189	198	193
Seminare	726	542	571
Insgesamt	915	740	764

Anzahl	2013	2014	2015
Teilnehmer Qualifizierungsangebote	32	20	13
ausgestellte Jugendleiter/innencards	45	55	33

	2013		2014		2015	
	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen	Betrag insgesamt	Anzahl Gruppen
Förderung						
nach Jugendförderrichtlinien	6.284	19	9.316	27	6.584	21
durch Bundesprogramme	30.000	12	30.000	9	71.197	21
Summe	36.284	31	39.316	36	77.781	42

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 1 Privatrechtliche Leistungsentgelte**
Diese Position beinhaltet alle Teilnehmerbeiträge für Kinder- und Jugendfreizeiten, Seminare und Veranstaltungen des Jugendbildungswerkes sowie Benutzerentgelte für das Kreisjugendheim und Zeltlager Landenhausen. Der Ansatz erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 2.500 €, da die Einnahmen aus der Vermietung des KAFF-Mobils hinzukommen. Das Kaff-Mobil ist seit 2015 ein Angebot der mobilen Jugendarbeit des Vogelsbergkreises.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Verwaltungskostenzuschuss des Landes für die außerschulische Bildungsarbeit.
- 7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen**
Für das Projekt „Demokratie leben“ werden höher Zuweisungen erwartet, es werden daher 85.000 € etatisiert. Der Ertrag aus Landeszuschüssen wird weiterhin in Höhe von 2.000 € erwartet.
- 8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen**
Für die Anschaffung des KAFF-Mobils wurden Zuweisungen vom Land/ Bund gezahlt, die mit der Bildung eines Sonderpostens jährlich aufgelöst werden müssen. Der Sonderposten dient als Ausgleich für die jährliche Abschreibung des Fahrzeugs.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Hierrunter fallen alle Aufwendungen, die mit der Durchführung der Freizeitmaßnahmen und dem Betrieb der kreiseigenen Jugendeinrichtung Landenhausen zusammenhängen. Durch die Beauftragung eines Caterers für die Mittagsessenausgabe in Landenhausen, erhöhen sich die Verpflegungskosten in 2018 um 5.000 €.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
Förderung der Jugendgruppen in Höhe von 15.000 €. Durch Ausgaben an freie Träger für die kommunale Jugendarbeit der Kommunen Alsfeld, Schotten, Mücke erhöht sich der Ansatz für 2017 um 116.400 € und für 2018 um 119.310 €.
- 17 Transferaufwendungen**
Der Ansatz berücksichtigt unter anderem 85.000 Euro aus dem Projekt „Demokratie leben“. Die erhöhte Förderung (Zuwachs um 30.000 €) bedingt eine angepasste Weitergabe der Fördermittel (analog Pos. 7). Weitere 61.000 Euro wurden für die außerschulische Bildungsarbeit, 7.000 Euro für Beihilfen zur Kinder- und Jugenderholung, 3.500 € für die Mädchenarbeit und 10.240 € für Beratungsangebote für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene eingestellt. Hier sind im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen eingetreten.

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.000	3.000	3.000	9.028,59
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	310.000	330.000	180.000	132.100,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	8.874.000	8.874.000	2.869.800	3.432.204,98
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	0	500,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	9.187.000	9.207.000	3.052.800	3.573.833,57
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-3.347.090	-3.176.400	-2.886.810	-2.615.578,96
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-96.300	-89.940	-107.810	-95.350,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-35.000	-35.000	-33.000	-31.767,84
14.	66	Abschreibungen	-1.640	-1.640	0	-303.681,82
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-342.560	-334.200	-319.000	-308.267,35
17.	72	Transferaufwendungen	-24.059.000	-24.059.000	-18.777.100	-19.857.862,19
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-27.881.590	-27.696.180	-22.123.720	-23.212.508,16
20.	=	Verwaltungsergebnis	-18.694.590	-18.489.180	-19.070.920	-19.638.674,59
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-18.694.590	-18.489.180	-19.070.920	-19.638.674,59
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	712.923,90
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-321.182,61
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	391.741,29
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-18.694.590	-18.489.180	-19.070.920	-19.246.933,30
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	536.860	519.070	0	1.322.426,77
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	536.860	519.070	0	1.322.426,77
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-18.157.730	-17.970.110	-19.070.920	-17.924.506,53

36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Verantwortlich: Frau Martina Beyer

Beschreibung: Förderung der Erziehung in der Familie
 Ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen der Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige
 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen (Heimaufsicht, Pflegekinderdienst), Entgeltvereinbarungen
 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
 Beistandschaften, Pflegschaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche sowie
 Auskunft über die Nichtabgabe von Sorgeerklärungen
 Beurkundung und Beglaubigung
 Jugendhilfeplanung

Grundlage: Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, Hess. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (HKJGB), SGBI, IX, X, XII, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermG), Jugendgerichtshilfegesetz (JGG), Freiwilliges Gerichtsgesetz (FGG)

Ziele:

1. Beratungsangebote nach der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind, werden innerhalb von 2 Wochen nach Eingang der Geburtsmitteilung erteilt.
2. Mitteilung an die Eltern über die Verpflichtung zur Zahlung von Kostenbeiträgen innerhalb von einer Woche nach Hilfebeginn.

Kennzahlen:

1. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb 2-Wochenfrist
2. Bearbeitungsdauer in Tagen/Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn

Zielerreichungsgrade der Hilfen nach § 32 SGB VIII (Tagesgruppen) werden nicht mehr dargestellt, weil der Träger künftig nur noch eine Tagesgruppe betreibt

1. Bearbeitungsdauer in Tagen/ Bearbeitung innerhalb 2-Wochen-Frist	2013	Prozent	2014	Prozent	2015	Prozent
Anschreiben innerhalb von 2 Wochen	41	37,27%	47	32,64%	73	40,56%
Beratung im Vorfeld erfolgt	66	60,00%	96	66,67%	105	58,33%
Anschreiben später als 2 Wochen	3	2,73%	1	0,69%	2	1,11%
gesamt	110	100,00%	144	100,00%	180	100,00%

2. Bearbeitungsdauer in Tagen/ Bearbeitung innerhalb einer Woche nach Hilfebeginn	2013	Prozent	2014	Prozent	2015	Prozent
Anschreiben innerhalb einer Woche	162	75,70%	108	63,53%	145	57,09%
Anschreiben im laufenden Monat	27	12,62%	22	12,94%	30	11,81%
Anschreiben im Folgemonat	17	7,94%	19	11,18%	46	18,11%
Anschreiben später	8	3,74%	21	12,35%	33	12,99%
Gesamt	214	100,00%	170	100,00%	254	100,00%

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

Die Personalkostenerstattungen des Landes für die Übernahme von Landesaufgaben erhöht sich in der Summe auf 270.000 € für 2017 und 250.000 € für 2018. Zudem sind unter dieser Position Personal- und Sachkostenerstattungen für die Frühen Hilfen in Höhe von 60.000 € etatisiert.

6 Erträge aus Transferleistungen

Veranschlagt ist der Kostenersatz von Kostenbeitragspflichtigen für die Hilfe zur Erziehung und der Eingliederungshilfe sowie die Erstattungen von Jugendhilfeträgern und Sozialleistungsträgern. Da diese Erstattungen bei Fallabgaben anfallen, diese aber nicht vorhersehbar sind (z.B. Wegzug des die Kostenzuständigkeit auslösenden Elternteils aus dem Vogelsbergkreis) können die Ergebnisse große Schwankungen aufweisen. Der Ansatz erhöht sich um 6.000.000 € durch die Kostenerstattung für stationäre Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (siehe Pos. 17).

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Kosten für Heimaufsicht (Fachstelle Jugendhilfeeinrichtungen) und KiTa-Aufsicht (Fachstelle Kindertageseinrichtungen) und für die Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt. Die Ansatzsteigerung i.H.v. +2.000 € ergibt sich aus dem Ausbau der Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt und dem damit verbundenen höheren Schulungsaufwand.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Hierbei handelt es sich um die ganzjährig angebotene schulbezogene Jugendsozialarbeit sowie einer sozialräumlichen Ausweitung auf alle Kommunen im Vogelsbergkreis. Die Personalkosten, die für diesen Bereich entstehen werden an anderer Stelle berücksichtigt. Die Erhöhung des Ansatz ergibt sich aus tariflichen Steigerungen.

17 Transferaufwendungen

Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen: (Ansatz: 5.500.000 €, Vorjahr 6.000.000 €) beinhaltet sonstige Hilfen nach § 27 SGB VIII, soziale Gruppenarbeit § 29, Betreuungshelfer/Erziehungsbeistand § 30, SPFH § 31, Tagesgruppe § 32, Vollzeitpflege nach § 33, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35, ambulante Leistungen für Volljährige § 41, ambulante Maßnahmen bei Notsituationen sowie die externe Bearbeitung der Erziehungsberatung und des Pflegekinderdienstes. Der Ansatz mindert sich um 500.000 € durch den Ausbau des Pflegekinderwesens infolge einer Kooperation mit dem Haus am Kirschberg sowie verstärkter Inanspruchnahme ambulanter Leistungen, die deutlich unter den Kosten der Heimunterbringung liegen.

Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen: (Ansatz: 18.100.000 €, Vorjahr: 12.345.000 €) Etatisiert sind die Heimerziehung § 34, Eingliederungshilfe § 35a, Leistungen an Volljährige § 41, sonstige Maßnahmen bei Notsituationen und Inobhutnahmen, Erstattungen an andere Jugendhilfeträger sowie Kosten für Jugendheim Feldatal, gefährdete Jugendliche und soziale Trainingskurse. Der Ansatz errechnet sich aus der jeweiligen Fallzahl zum 01.07. eines Jahres multipliziert mit den durchschnittlichen Fallkosten des Vorjahres; der tatsächliche Verlauf und die Anzahl der Hilfen ergeben sich aus der jeweiligen aktuellen Situation. Der Ansatz erhöht sich für 2017/2018, da jeweils 6.000.000 € für stationäre Leistungen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern etatisiert wurden. Die Kostenerstattung in gleicher Höhe wurde unter Pos. 6 veranschlagt.

Daneben umfasst der Ansatz die Erstattungen an andere Jugendhilfeträger mit 315.000 € (Vorjahr 315.000 €), die „Jugendhilfe Land“ für gefährdete Jugendliche und soziale Trainingskurse mit 4.000 € (Vorjahr 6.100 €), die Aufwendungen für Vormundschaften mit 15.000 € (Vorjahr 11.000 €) und die Inanspruchnahme an „Frühen Hilfen“ mit 125.000 € (Vorjahr 100.000 €). Der Ansatz für „Frühe Hilfen“ erhöht sich um 25.000 € aufgrund einer höheren Inanspruchnahme, u.a. auch durch Flüchtlingsfamilien.

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	200,00	24.196	24.196	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	200,00	24.196	24.196	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-20.999,89	-42.617	-42.617	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.270	0	-4.080	-3.946,40	-41.442	-19.772	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-4.270	0	-4.080	-24.946,29	-84.059	-62.389	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-4.270	0	-4.080	-24.746,29	-59.863	-38.193	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
 Produkt 34100 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-280	0	-270	-225,00	-3.302	-1.902	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-280	0	-270	-225,00	-3.302	-1.902	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-280	0	-270	-225,00	-3.302	-1.902	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36100 Tagesbetreuung von Kindern

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0,00	7.906	7.906	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	7.906	7.906	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0,00	-5.527	-5.527	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-200	0	-200	-193,68	-2.134	-1.134	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-200	0	-200	-193,68	-7.662	-6.662	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-200	0	-200	-193,68	243	1.243	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36200 Kinder- und Jugendarbeit

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	200,00	16.290	16.290	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	200,00	16.290	16.290	
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-12.825,47	-28.915	-28.915	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-12.825,47	-28.915	-28.915	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-12.625,47	-12.625	-12.625	

Teilhaushalt/Budget 51 Jugend
Produkt 36300 Gesetzliche Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0 0	0 0	0	-8.174,42	-8.174	-8.174	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.790 -3.870	0 0	-3.610	-3.527,72	-36.004	-16.734	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.790 -3.870	0 0	-3.610	-11.702,14	-44.179	-24.909	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.790 -3.870	0 0	-3.610	-11.702,14	-44.179	-24.909	

Teilhaushalt/Budget

53 Gesundheitsdienste

Budgetverantwortung

Dr. Henrik Reygers (kommissarischer Leiter)

Produkte

41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	175.000	175.000	155.000	189.486,18
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	0	2.910,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	7.500	7.500	7.500	7.500,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	182.500	182.500	162.500	199.896,18
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.449.750	-1.414.170	-1.338.810	-1.258.700,70
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	27.690	27.740	20.360	0,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-168.000	-168.000	-65.500	-51.676,11
14.	66	Abschreibungen	-1.610	-1.610	-1.610	-3.943,25
17.	72	Transferaufwendungen	-50.000	-50.000	-50.000	-25.000,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.641.670	-1.606.040	-1.435.560	-1.339.320,06
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.459.170	-1.423.540	-1.273.060	-1.139.423,88
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.459.170	-1.423.540	-1.273.060	-1.139.423,88
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.459.170	-1.423.540	-1.273.060	-1.139.423,88
29.	95	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	196.160	196.160	178.500	196.160,75
31.	=	Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	196.160	196.160	178.500	196.160,75
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.263.010	-1.227.380	-1.094.560	-943.263,13

41400 Gesundheitsdienste

Verantwortlich: Dr. Henrik Reygers – kommissarischer Leiter

Beschreibung:

- Hygiene und Umweltmedizin
 - Die Bevölkerung vor Schäden zu schützen, die sich aus Verunreinigungen der Umwelt (z.B. Trink- und Badewasser) oder Infektionen (auch Seuchen/Pandemien/in Gesundheitseinrichtungen erworben) ergeben;
 - Gelbfieberimpfung, Reisemedizinische Beratung
- Schulgesundheitspflege: Feststellung der Schulfähigkeit, Früherkennung von Erkrankungen und besonderem Förderbedarf sowie Durchführung von sportärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei D/E-Kader-Athleten;
- Gremienarbeit: Teilnahme an Hilfeplankonferenzen zur Wiedereingliederung der Klienten, Präventionsarbeit (Arbeitskreis Prävention, Projekt HaLT, Runder Tisch gegen Gewalt, MRE-Netzwerk), Jugendhilfeausschuss;
- Fachstelle Gesundheitliche Versorgung: Förderung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum
- Begutachtung: Zu diesem Bereich gehören die amtsärztlichen, vertrauensärztlichen, verkehrsmedizinischen Begutachtungen. Mittels der Ergebnisse der Begutachtung sollen u.a. leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber ermöglicht werden;
- Sozialmedizin: Begutachtung für leistungsrechtliche Entscheidungen der Auftraggeber. Auftraggeber sind überwiegend Behörden;
- Sozialpsychiatrischer Beratungsdienst (SpDi): personenzentrierte Beratung und Hilfen für Menschen mit psychischer Erkrankung und Behinderung sowie für Personen mit Suchtproblemen und Suchterkrankungen. Eine weitere Aufgabe ist die Beratung von Angehörigen und des sozialen Umfelds;
- Medizinalaufsicht: Erfassung aller im Vogelsbergkreis tätigen Personen, die im Gesundheitsbereich tätig sind (Ärzte, Zahnärzte, Heilhilfskräfte, Heilpraktiker, etc.);
- Arbeitsmedizinische Betreuung: die Verbesserung des Arbeitsschutzes der Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises.

Grundlage: Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) - GVBl. I S. 659 - vom 28. September 2007, zuletzt geändert am 07. September 2012; Arbeitssicherheitsgesetz, Fahrerlaubnisverordnung (FeV), BAT/TVöD, Hessisches Beamten-Gesetz, Beamtenstatusgesetz, Heilpraktikergesetz, WaffenG, SGB II, SGB V, SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), SGB XI, SGB XII, Hessisches Schulgesetz, Infektionsschutzgesetz (IfSG), Hessische Hygiene-Verordnung, TrinkWVO-2001, zuletzt geändert 2016, EG-Badegewässer-RL, Verordnung über die Qualität und Bewirtschaftung der Badegewässer (VO-BGW), Medizinproduktegesetz (MPG), Hessisches Verwaltungskostengesetz, Hessische Verwaltungskostenordnung, Asylbewerber-Leistungsgesetz

Ziele:

- Effiziente und bürgernahe Aufgabenerledigung;
- Kontinuierliche Überwachung von Infektionserkrankungen der Bevölkerung, um drohende Gefahren festzustellen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. (SARS, MERS, Pocken, Vogelgrippe-Pandemie, Schweinegrippe, EHEC/HUS etc.).
- Hilfestellungen bei (psychischen) Krisensituationen.
- Durchführung der Aufgaben unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und der von den Fachgesellschaften vorgegeben Leitlinien/Produktkataloge.
- Ökonomische und ökologische Nutzung der Ressourcen.
- Berücksichtigung des Leitbildes des Vogelsbergkreises.

Kennzahlen:

- 1.) Anzahl der Untersuchungen
- 2.) Anzahl der Begehungen
- 3.) Anzahl der Belehrungen

Anzahl	2013	2014	2015
Untersuchungen	1.935	1.649	1.807
Belehrungen	968	978	1.013
	2.903	2.627	2.820

Anzahl	2013	2014	2015
Einschulungsuntersuchungen	862	844	837 + 54 Seiteneinsteiger
Jugendzahnärztliche Untersuchungen	2.454	2.547	2.019
Sozialpsychiatrische Untersuchungen	87	73	75
Sozialpsychiatrischer Beratungsdi. Kontakte	495	462	452
Hilfepflichtkonferenz	262	258	249
Gelbfieber-Impfungen (WHO-zertifiziert)	56	81	51
Arbeitsmedizinische Untersuchungen	763	1028	1226
Sportmed. Untersuchungen	61	20	8
Sozialmedizinische Untersuchungen	187	424	857
Hygienische Überwachung	43	80	63

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Hierbei handelt es sich um die Gebühren, die für die Leistungen des Kreisgesundheitsamtes eingenommen werden. Der Ansatz 2017/2018 wurde ans Rechnungsergebnis angepasst.

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgem. Umlagen

Der Haushaltsansatz für 2017/2018 verändert sich nicht.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ansatz umfasst Mittel zur Abdeckung des Arznei- und Laborbedarfs sowie Aufwendungen für externe Untersuchungen und Impfstoffe in Höhe von 60.000 €. Dieser Ansatz erhöht sich um 20.000 € aufgrund deutlicher Zunahme der TBC und der damit verbundenen Umgebungsuntersuchungskosten. Für das „Blockpraktikum“ in Kooperation mit der Universität Marburg, Abteilung für Allgemeinmedizin und dem Kompetenzzentrum Allgemeinmedizin, werden jährlich 20 Medizinstudenten gefördert, die im VBK ein 14-tägiges Praktikum bei niedergelassenen Allgemeinmedizinern absolvieren. Hierfür werden Mittel i.H.v. 25.000 € veranschlagt. 60.000 € werden für den Aufbau eines regionalen Gesundheitsversorgungskonzeptes etatisiert. Hierbei sollen, aufbauend auf den Ergebnissen einer Studie zur hausärztlichen Versorgungssituation (2016), in den identifizierten und strategischen Räumen Zukunftswerkstätten initiiert und Konzepte zur Umsetzung von Gesundheitszentren entwickelt und ggf. erste Umsetzungsschritte vorbereitet werden. Für das Projekt „Gutes Leben mit Demenz im VBK“, in Kooperation mit der Hochschule Fulda, werden 2.000 € und für den Arbeitskreis Palliativ- und Hospizversorgung 5.000 € veranschlagt. Zudem sind Gelder für Öffentlichkeitsarbeit (9.000 €), für Arbeitskreise/Netzwerke (2.000 €) und Kosten für Gebärdendolmetscher/Sprachvermittler für Asylbewerber (5.000 €) etatisiert.

In der Summe erhöht sich der Ansatz für 2017 und 2018 um je 102.500 €. Neu zugewiesenen Aufgaben im Bereich „Demografie und Ärztemangel“ können als Ursache für die Etaterhöhung zugeschrieben werden.

- 14 Abschreibungen**
Der Ansatz umfasst die Abschreibung auf vorhandene Anlagegüter.
- 17 Transferaufwendungen**
Veranschlagt sind Unterbringungskosten gem. § 30 Infektionsschutzgesetz für die zwangsweise Einweisung von Patienten mit TBC-Erkrankung (5.000 €). Hierbei handelt es sich um reine Zwangsunterbringungskosten und nicht um die von der GKV zu tragenden Krankenhausbehandlungskosten. Zudem sind Aufwendungen für das Projekt HaLT - "Hart am Limit" in Höhe von 25.000 € sowie Aufwendungen für Stipendien i. H. v. 20.000 € veranschlagt.
- 29 Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen**
Die im Zusammenhang mit den Einschulungsuntersuchungen sowie schulzahnärztlichen Untersuchungen stehenden Aufwendungen sind dem Budget 40 – Schulverwaltung zuzurechnen (Gegenbuchung bei Produkt 24300).

Teilhaushalt/Budget 53 **Gesundheitsdienste**
Produkt 41400 **Maßnahmen der Gesundheitspflege**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4.	843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-2.813,96	-2.813	-2.813	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0,00	-2.562	-2.562	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	0	0	0	-2.813,96	-5.376	-5.376	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0	0	0	-2.813,96	-5.376	-5.376	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Budgetverantwortung

Bernhard Hofmann

Produkte

 51100 Immissionsschutz
 52100 Bauordnung und Bauaufsicht
 52300 Denkmalschutz und -pflege
 54200 Verwaltung der Kreisstraßen
 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	762.500	762.500	656.500	826.678,59
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	43.000	43.000	30.000	7.321,12
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	957.200	957.200	957.200	957.200,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	780.510	803.150	813.960	1.572.894,71
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	4.000	4.000	7.148,21
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	2.547.210	2.569.850	2.461.660	3.371.242,63
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.900.590	-1.765.610	-1.554.860	-1.467.646,20
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-12.910	-21.500	-49.530	-121.516,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.188.520	-2.148.520	-2.088.520	-1.777.264,31
14.	66	Abschreibungen	-1.117.610	-1.126.120	-1.132.190	-1.956.551,18
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-41.000	-41.000	-41.000	-30.142,69
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.500	-57.500	-57.000	-55.111,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-5.318.130	-5.160.250	-4.923.100	-5.408.231,38
20.	=	Verwaltungsergebnis	-2.770.920	-2.590.400	-2.461.440	-2.036.988,75
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.770.920	-2.590.400	-2.461.440	-2.036.988,75
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	7.033,21
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-40.366,81
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-33.333,60
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.770.920	-2.590.400	-2.461.440	-2.070.322,35
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.770.920	-2.590.400	-2.461.440	-2.070.322,35

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 51100 Immissionsschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000	1.000	0	0,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	13.000	13.000	10.000	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	14.000	14.000	10.000	0,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-86.130	-84.470	-15.950	-15.003,59
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-4.180	-3.920	-5.430	-5.091,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-15.000	-15.000	-10.000	0,00
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-500	-500	0	0,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-105.810	-103.890	-31.380	-20.094,59
20.	=	Verwaltungsergebnis	-91.810	-89.890	-21.380	-20.094,59
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-91.810	-89.890	-21.380	-20.094,59
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-91.810	-89.890	-21.380	-20.094,59
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-91.810	-89.890	-21.380	-20.094,59

51100 Immissionsschutz

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Menschen, Tiere und Pflanzen, der Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen u. a.) und, soweit es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, auch vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen zu schützen. Dabei werden im Rahmen der Zuständigkeit des Landkreises die Einhaltung der Rechtsquellen bei Anzeigen nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen geprüft, Anlagen wiederkehrend überwacht., sachverständige Stellen eingeschaltet, nachträgliche Maßnahmen an bestehende Anlagen angeordnet bzw. Emissionserklärungen des Betreibers zu Anlagen der Massentierhaltung geprüft. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bestätigungen und Widerspruchsverfahren.

- Beratung und Antragsstellung Wohnraumförderung für Kreisbürger
- Aufsichtsbehördliches Schornsteinfegerwesen

Grundlage: BImSchG sowie im Besonderen 1., 4., 8., 11., 18. BImSchV, UVPG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.
Wohnraumförderungsgesetz 2001 / Hess. Ausführungsgesetz 2004 / Gesetz über Zuständigkeiten Schornsteinfegerwesen in Hessen 2012 / Schornsteinfegerhandwerksgesetz Nov. 2008

Ziele: Schutz der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen und Sichern der hohen naturräumlichen Qualität des Vogelsbergkreises. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation. Verbesserung der Wohnraumversorgung der Kreisbevölkerung.

Kennzahlen:

- Verfahren nach BImSchG in Zuständigkeit des Vogelsbergkreises
- Wohnungsbauförderung: Antragszahlen/Bewilligungen/Fördervolumen
- Schornsteinfegerwesen: Zahl der Verfahren ab 2014

Verfahren nach BImSchG:

Anzahl	2013	2014	2015
Verfahren nach BImSchG	14	22	19

Wohnungsbauförderung: Antragszahlen /Bewilligungen/Fördervolumen

Anträge auf	2013		2014		2015	
	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligungen	Anträge	Bewilligung
Hessenbaudarlehen	3	1/80.000	1	1/80.000	1	1/80.000
Hessendarlehen	10	5/420.000	2	0/0	6	5/475.000
Zuschüsse behinderten gerechter Umbau	17	17/111.740	22	3/16.300	15	12/56.800
Mietwohnungsbau	0	0	0	0	0	0
Mietwohnungsmod.	0	0	0	0	0	0
Kfw/Bafa	(nur Beratung)		(nur Beratung)		(nur Beratung)	
Summe	30	23	25	4	22	18
Fördervolumen	1.224.740	611.740	398.300	96.300	716.100	611.800

Schornsteinfegerwesen:

	2014	2015
Verfahren	77	52

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Hierbei handelt es sich um vereinnahmte Verwaltungs- und Schornsteinfegergebühren. Die Mittel wurden im HHJ 2016 unter dem Produkt 57100 etatisiert. Der Ansatz von 1.000 € bleibt unverändert.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Dieser Haushaltsansatz beinhalten die Kostenerstattung durch Überprüfungen der Einhaltung immissionsschutzrechtlichen Anforderungen (z.B. Lärmimmissionen) im Bereich der Gaststättengewerbe i.H.v. 10.000 € (siehe Pos. 13).

Zusätzlich sind Mittel i.H.v. 3.000 € für die Beitreibung der Kosten für Ersatzvornahme und Zwangsgeld im Bereich Schornsteinfegerwesen etatisiert. Der Ansatz wurden im HHJ 2016 unter dem Produkt 57100 etatisiert und bleibt unverändert.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für die Überprüfungen der Einhaltung immissionsschutzrechtlichen Anforderungen (z.B. Lärmimmissionen) im Bereich der Gaststättengewerbe werden 10.000 € veranschlagt. Die erforderlichen Durchführungen von Lärmmessungen vor Ort und -auswertungen werden an Sachverständige und sachverständige Stellen übertragen. Die Kostenerstattung der Verursacher wird unter Pos. 3 abgebildet. Der Ansatz erhöht sich um 5.000 €, da die Kosten für Ersatzvornahme und Zwangsgeld im Bereich Schornsteinfegerwesen (vorher Produkt 57100) inkludiert sind.

16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Ein Teil der Gebühreneingänge, die vom Kreis erhoben werden, sind an die Schornsteinfeger weiterzuleiten.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	711.500	711.500	611.500	765.572,04
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	20.000	20.000	20.000	7.321,12
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	616,73
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	731.500	731.500	631.500	773.509,89
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-759.240	-733.600	-623.970	-606.220,30
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	66.180	52.860	37.970	-32.233,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.000	-20.000	-20.000	-7.321,17
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-47.182,84
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-713.060	-700.740	-606.000	-692.957,31
20.	=	Verwaltungsergebnis	18.440	30.760	25.500	80.552,58
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	18.440	30.760	25.500	80.552,58
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	18.440	30.760	25.500	80.552,58
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	18.440	30.760	25.500	80.552,58

52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen sind bei Anordnung, Errichtung, Änderung, Instandhaltung und Abbruch von baulichen Anlagen und Gebäuden nicht zu gefährden. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zu Vermeidung bzw. Abwehr von Gefahren im geforderten Umfang geprüft. Das Produkt umfasst Entscheidungen mit Außenwirkung wie Genehmigung, Überprüfung, Anordnung, Entscheidung über Widersprüche zu oben genannten baulichen Vorhaben sowie interne Stellungnahmen zu Verwaltungsverfahren anderer Ämter und Behörden und zudem baurechtlichen Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen innerhalb bzw. außerhalb von Verwaltungsverfahren und Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HBO, HSOG, BauGB, BauNVO, UVPg, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien.

Ziele: Vorbereiten und Unterstützen rechtlicher Rahmenbedingungen im Interesse einer flächen- und ressourcensparenden baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Raumordnung und Landschaftspflege sowie Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von baulichen Anlagen im Vogelsbergkreis; Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide
Entgangene Gebühreneinnahmen aufgrund von Befreiungstatbeständen (z. B. § 8 VwKostG, § 29 Reichssiedlungsgesetz) sowie im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Hessen fehlendem Gebührentatbestand in VwKostO-MUELV für bauaufsichtliche Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach BImSchG (Biogasanlagen, Windenergieanlagen...).

Anzahl	2013	2014	2015
Bescheide (insgesamt)	457	446	473
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	388	378	429
Quote:	84,90%	84,75%	90,70%
davon: Bescheide zu gewerblichen Baumaßnahmen	93	77	102
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	78	64	90
Quote:	83,87%	83,12%	88,24%
isolierte Abweichungsbefreiung nach § 63 HBO	59	34	25
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	50	30	24
Quote:	84,75%	88,24%	96,00%
Stellungnahmen zu Genehmigungsverfahren nach BImSchG	14	22	19
ordnungsbehördliche Verfahren	74	84	82
Widersprüche	40	33	15
Anteil erfolgreicher Widersprüche	0	0	0

Quote Anteil erfolgreicher Widersprüche bezogen auf die Bescheide	0,00%	0,00%	0,00%
wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten	16	18	19
Baulasteintragungen/ -lösungen/ -veränderungen	152	111	101
Baulastauskünfte	194	249	174
Beratungen außerhalb von Verfahren	789	798	800
entgangene Gebühren aufgrund von Befreiungstatbeständen, z. B. Reichssiedlungsgesetz	148.341 €	81.332 €	46.762 €
entgangene Gebühren aufgrund fehlender Rechtsgrundlage, z. B. Stellungnahmen zu BImSchG-Genehmigungsverfahren	31.810 €	221.730 €	136.800 €

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte

Es handelt sich um Erträge aus Gebühren auf der Grundlage der Gebührensatzung des Kreises über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren oder Leistungen im Rahmen der Eingriffsverwaltung auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverzeichnisses des Landes (Stundensätze). Aufgrund einer guten Baukonjunktur und insbesondere einer Zunahme an gewerblichen Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen erhöht sich der Ansatz für 2017/2018 um 100.000 €.

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Die Kosten der Ersatzvornahmen (Pos. 13 Aufwendungen) sind durch den Eigentümer oder Zustandstörer zu ersetzen.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Aufwendungen entstehen bei Zwangsmaßnahmen gem. Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Rahmen von Ersatzvornahmen. Aufgrund von demografischem und wirtschaftlichem Wandel ist eine Zunahme an langfristig leerstehenden und baufälligen Gebäuden im Vogelsbergkreis wahrzunehmen.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52300 Denkmalschutz und -pflege

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-137.570	-133.660	-127.930	-125.720,22
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-9.690	-9.110	-13.490	-13.579,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-147.260	-142.770	-141.420	-139.299,22
20.	=	Verwaltungsergebnis	-147.260	-142.770	-141.420	-139.299,22
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-147.260	-142.770	-141.420	-139.299,22
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-147.260	-142.770	-141.420	-139.299,22
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-147.260	-142.770	-141.420	-139.299,22

52300 Denkmalschutz und -pflege

Verantwortlich: Herr Bernhard Hofmann

Beschreibung: Die Kulturdenkmale sind als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung zu schützen und zu erhalten. Dabei wird die Einhaltung der Rechtsquellen zum Schutz der Kulturdenkmale in einem denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren oder durch Zustimmung im bauaufsichtlichen Verfahren geprüft bzw. ordnungsbehördlich angeordnet. Das Produkt umfasst zudem Beratungen, Auskünfte, Bescheinigungen, Widerspruchsverfahren und Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Grundlage: HDSchG, HSOG, div. Gesetze sowie Verordnungen, Erlasse, Satzungen und Richtlinien

Ziele: Pflege und Förderung des Denkmalsbestandes zur Erhaltung der Identität und im Sinne einer schonenden Entwicklung der Dörfer für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr im Vogelsbergkreis. Hierbei sind die Erweiterung und Nutzungsänderung der Baudenkmale im Sinne einer städtebaulichen Innenentwicklung zu unterstützen. Stärken der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit durch kompetente Beratung, transparente Entscheidung und offene Kommunikation.

Kennzahlen: Rechtssichere Entscheidung in weniger als 45 Tagen nach Vollständigkeit, Anteil erfolgreicher Widersprüche weniger als 5 % bezogen auf die Bescheide, Abbrüche von Kulturdenkmälern bzw. Gebäude innerhalb von denkmalrechtlichen Gesamtanlagen

Anzahl	2013	2014	2015
Bescheide	221	164	233
davon: Dauer der Antragsbearbeitung < 45 Tage	178	145	220
Quote:	80,54%	88,41%	94,42%
Widersprüche	6		2
Anteil erfolgreicher Widersprüche gegen beschiedene Anträge auf denkmalrechtliche Genehmigung	0		0
erteilte Abbruchgenehmigungen für Baudenkmäler	14	7	9
abgebrochene oder sonst endgültig zerstörte Baudenkmäler	9	3	3
erteilte Abbruchgenehmigungen in Gesamtanlagen für Gebäude, die selbstk eine Baudenkmäler sind	17	21	27
abgebrochene oder sonst endgültig zerstörte Bestandteile von Gesamtanlagen, die keine Einzeldenkmäler sind	15	6	7

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 54200 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	957.200	957.200	957.200	957.200,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	780.510	803.150	813.960	1.572.894,71
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	4.000	4.000	6.531,48
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.741.710	1.764.350	1.775.160	2.536.626,19
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-114.260	-54.620	-47.710	-46.864,84
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-23.400	-22.060	-22.140	-33.319,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.121.000	-2.081.000	-2.031.000	-1.740.733,99
14.	66	Abschreibungen	-1.117.610	-1.126.120	-1.132.190	-1.906.158,78
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.376.270	-3.283.800	-3.233.040	-3.727.076,57
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.634.560	-1.519.450	-1.457.880	-1.190.450,38
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.634.560	-1.519.450	-1.457.880	-1.190.450,38
25.	59	Außerordentliche Erträge	0	0	0	7.033,21
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	-40.366,81
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-33.333,60
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.634.560	-1.519.450	-1.457.880	-1.223.783,98
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.634.560	-1.519.450	-1.457.880	-1.223.783,98

54200 Verwaltung der Kreisstraßen

Verantwortlich:	Herr Horst Schmidt
Beschreibung:	Gewährleistung eines funktionsfähigen Kreisstraßennetzes in einem verkehrssicheren Zustand
Grundlage:	Hessisches Straßengesetz, Haushaltsplan Vogelsbergkreis
Ziele:	Erhalt und Verbesserung der verkehrsnotwendigen Kreisstraßen durch zielgerichtete Steuerung des verfügbaren Ressourceneinsatzes unter Berücksichtigung der Verkehrsbedeutung und des öffentlichen Interesses
Kennzahlen:	Zustandsnote < 3,0 bei allen Brückenbauwerken (Bauwerksprüfungen des ASV Schotten) Zustandsklasse <= 3,0 bei 80 % der Kreisstraßen

Brückenbauwerke (Stichtag 01.01.)	2013	2014	2015
Anzahl insgesamt	61	61	61
davon: Zustandsnote < 3,0	59	59	60
Zielerreichung:	96,72%	96,72%	98,36%
Straßennetz (Stichtag 01.01.)	2013	2014	2015
Kreisstraßen insgesamt, in km	305,033	305,033	305,033
davon: Zustandsnote <= 3,0	224,540	224,957	228,226
Zielerreichung:	73,61%	73,75%	74,82%

Gemäß der Richtlinie der Bauwerksprüfung beschreiben Zustandsnoten bei Brücken ab 3,0 bis 3,4 einen nicht ausreichenden Zustand.

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgem. Umlagen

Veranschlagt ist die besondere Finanzzuweisung des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz zur Unterhaltung der Kreisstraßen. Die tatsächliche Zuweisung 2016 beträgt 962.205 €. Für die Hj. 2017/2018 und die Folgejahre sind 957.200 € angesetzt (Ergebnis 2015).

8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen

Veranschlagt ist der Ertrag aus der Auflösung von passivierten Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuschüssen. Diese werden über die Nutzungsdauer des Bauwerks verteilt linear aufgelöst.

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Aufwand für Verwaltung, Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen ergibt sich aus einer mit Hessen Mobil vertraglich fest vereinbarten Unterhaltungspauschale und dem variablen Direktaufwand, mit dem zusätzliche, nicht in der Unterhaltungspauschale erfasste Leistungen abgedeckt werden. Die Unterhaltungspauschale beträgt derzeit 3.839,14 €/km. Bei einem Kreisstraßennetz von 305,001 km zum 01.01.2015 werden im nächsten Jahr rd. 1.171.000 € benötigt. Für das Jahr 2016 war eine erneute Zustandserfassung geplant. Eine gemeinsame Erfassung mit Landesstraßen ist aber nicht mehr möglich. Deshalb wurde vorerst auf eine Vergabe der Arbeiten verzichtet. Geprüft wird jetzt durch eine gemeinsame Ausschreibung mit anderen Landkreisen eine wirtschaftliche Lösung zu finden.

Deckenerneuerungen

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 werden in kleinem Umfang Deckenerneuerungen in den Haushalt aufgenommen. Für das Hj. 2017 ist eine Deckenerneuerung für die Strecke K 50 Homberg/Büßfeld - Homberg/Bleidenrod geplant. Die Arbeiten sollen im Rahmen der Erneuerung der Krebsbachbrücke in Büßfeld durchgeführt werden. Festlegungen für die weiteren Haushaltsjahre werden im Rahmen der Ausführung des KIP Programms getroffen.

14 Abschreibungen

Die Herstellungskosten von Straßen- und Brücken sind zu aktivieren und grundsätzlich linear über die Nutzungsdauer des hergestellten Anlagegutes abzuschreiben. Die Abschreibungen stellen den Werteverzehr bzw. Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.000	50.000	45.000	61.106,55
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	10.000	10.000	0	0,00
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	60.000	60.000	45.000	61.106,55
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-803.390	-759.260	-739.300	-673.837,25
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-41.820	-39.270	-46.440	-37.294,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.520	-32.520	-27.520	-29.209,19
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-3.209,56
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-41.000	-41.000	-41.000	-30.142,69
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-57.000	-57.000	-57.000	-55.111,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-975.730	-929.050	-911.260	-828.803,69
20.	=	Verwaltungsergebnis	-915.730	-869.050	-866.260	-767.697,14
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-915.730	-869.050	-866.260	-767.697,14
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-915.730	-869.050	-866.260	-767.697,14
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-915.730	-869.050	-866.260	-767.697,14

55400 Gewässer- und Naturschutz

Verantwortlich:	Herr Bernhard Hofmann
Beschreibung:	Naturschutz und Landschaftspflege Räumliche Planung und Entwicklung Eingriffsgenehmigungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Prüfverfahren und Beurteilungen Gestaltung der Umwelt Wasserbehörde a) Aufsicht über Gewässer b) Aufsicht über Abwasseranlagen c) Überwachung von VAWS-Lagerstätten d) Sanierung von Grundwasser- und Bodenschäden e) Erheben Abwasserabgabe
Grundlage:	Bundesnaturschutzgesetz, Hess. Naturschutzgesetz, Verordnungen, EU-Verordnungen und Richtlinien, Raumordnungsgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz Beschlüsse der Kreisgremien Für Wasserschutz: WHG, HWG, BbodSchG
Ziele:	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft Artenschutz Ressourcenschutz Ausweisung und Unterhaltung der Naturdenkmale Beratung von Gemeinden und Bürgern Förderung des Naturschutzes Wasserbehörde: Umsetzung der Pflichtaufgaben zum Schutz der Gewässer und des Bodens
Kennzahlen:	Fallzahlen zu - Stellungnahmen und Genehmigungen - Projekte - Naturdenkmäler - Wasserbehörde: Anzahl und Art der behördlichen Maßnahmen zur rechtskonformen Umsetzung der sich aus den vorgegebenen Determinanten des Zuständigkeitsbereichs ergebenden gesetzlichen Pflichtaufgaben

	2013	2014	2015
Stellungnahmen und Genehmigungen	515	507	453
Projekte	23	18	17
Naturdenkmäler	117	117	117

Art und Anzahl der Maßnahmen	2013	2014	2015
zu a: Bescheide, Stellungnahmen, Beratungen	345	412	454
zu b: Prüfungen, Beratungen, Bescheide	263	228	313
zu c: Mängelbeseitigungsmaßnahmen ohne Verwaltungsakt, Bescheide	500	477	676
zu d: Beratungen, Kontrollen, Bescheide	33	52	29
zu e: Bescheide, Beratungen	180	199	322

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
 Es wurden Gebühren für naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Genehmigungen (5.000 €) sowie die Erhebung der Ausgleichsabgabe veranschlagt. In gleicher Höhe wurde die Weiterleitung der Ausgleichsabgabe unter Pos. 16 etatisiert (2.000 €).
 Der Ansatz umfasst zudem die Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen i.H.v. 3.000 € und Gebühren im Bereich Wasserrecht i.H.v. 40.000 € (Vj. 35.000 €). Der Ansatz für Gebühren im Bereich Wasserrecht orientiert sich am Rechnungsergebnis und hat sich entsprechend um 5.000 € erhöht.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
 Aufgrund vermehrter Ersatzvornahmen um dringliche Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich „wassergefährdende Stoffe“ umzusetzen, sind hier Mittel i.H.v. 10.000 € zu veranschlagen.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
 Zur Sicherung und Pflege von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen werden im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht für Baumgutachten sowie Baumpflegekosten 20.000 € in Ansatz gebracht. Dieser Ansatz wird für die Jahre 2017/2018 beibehalten, da weiterhin dieser Bedarf besteht. Daneben enthält die Position noch Geschäftsaufwendungen für den Naturschutzbeirat (1.500 €), Aufwand für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vogelschutzbeauftragten (600 €), Kosten für Zwangsmaßnahmen im Bereich „wassergefährdende Stoffe“ (10.000 €) sowie Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen (420 €).
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen**
 Etatisiert sind Aufwendungen für gesetzlich vorgegebene Nachsorgemaßnahmen der stillgelegten Deponie Bilskuppe in Lauterbach-Maar und die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen sowie Mitgliedsbeiträge z.B. an die Schutzgemeinschaft Vogelsberg. Zusätzlich werden die Verbandsumlage von 15.000 € für den Wasserverband Schwalm und die Umlage der Regionalversammlung von 7.000 € unter Produkt 55400 etatisiert.
- 16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**
 Es handelt sich um die Zuweisung an den Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg in Höhe von 55.000 €. Daneben ist die Weiterleitung der mit 2.000 € etatisierten Ausgleichsabgabe veranschlagt (s. Erl. Pos. 2).

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	880.180 540.620	0 0	1.015.000	793.976,93	7.954.160	4.042.160	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	880.180 540.620	0 0	1.015.000	793.976,93	7.954.160	4.042.160	
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0 0	0 0	0	0,00	-52.932	-52.932	
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.246.000 -1.256.000	-1.220.000 -884.000	-1.567.500	-1.277.812,56	-12.163.347	-6.149.347	
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2018:</i>	----	----	----	----	----	----	-1.220.000
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2019:</i>	----	----	----	----	----	----	0
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.050 -3.110	0 0	-3.130	-2.561,18	-32.368	-16.878	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.249.050 -1.259.110	-1.220.000 -884.000	-1.570.630	-1.280.373,74	-12.248.648	-6.219.158	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-368.870 -718.490	-1.220.000 -884.000	-555.630	-486.396,81	-4.294.488	-2.176.998	

Teilhaushalt/Budget **63** **Bauen und Umwelt**
Produkt **51100** **Immissionsschutz**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-120	0	-120	-118,20	-963	-363	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-120	0	-120	-118,20	-963	-363	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-120	0	-120	-118,20	-963	-363	

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 52100 Bauordnung und Bauaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-790	0	-770	-762,81	-11.504	-7.514	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-800	0	-770	-762,81	-11.504	-7.514	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-790	0	-770	-762,81	-11.504	-7.514	

Teilhaushalt/Budget **63** **Bauen und Umwelt**
Produkt **52300** **Denkmalschutz und -pflege**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-310	0	-300	-300,95	-2.442	-852	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-310	0	-300	-300,95	-2.442	-852	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-310	0	-300	-300,95	-2.442	-852	

Teilhaushalt/Budget **63** **Bauen und Umwelt**
Produkt **54200** **Verwaltung der Kreisstraßen**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	820 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	880.180	0	1.015.000	793.976,93	7.954.160	4.042.160	
		540.620	0					
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	880.180	0	1.015.000	793.976,93	7.954.160	4.042.160	
		540.620	0					
2.	841 Auszahlungen für Grundstücke, Gebäude und Bauten pp.	0	0	0	0,00	-52.932	-52.932	
		0	0					
3.	842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.246.000	-1.220.000	-1.567.500	-1.277.812,56	-12.163.347	-6.149.347	
		-1.256.000	-884.000					
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2018:</i>	----	----	----	----	----	----	-1.220.000
		----	----					
	<i>Verpflichtungsermächtigung 2019:</i>	----	----	----	----	----	----	0
		----	----					
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-470	0	-460	-452,11	-4.333	-1.943	
		-480	0					
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.246.470	-1.220.000	-1.567.960	-1.278.264,67	-12.220.613	-6.204.223	
		-1.256.480	-884.000					
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-366.290	-1.220.000	-552.960	-484.287,74	-4.266.453	-2.162.063	
		-715.860	-884.000					

5420 Kreisstraßen

Allgemeine Erläuterungen

Zur Vorbereitung des Doppelhaushaltes Haushaltsplans 2017/2018 wurden alle Kreisstraßenmaßnahmen durch Hessen Mobil Schotten in Abstimmung mit der Kreisverwaltung einer Neubetrachtung unterzogen. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen des Investitionsprogramms wurde überprüft. Berücksichtigt bei der Veranschlagung und der Fortschreibung des Investitionsprogramms wurden auch die Wünsche der Städte und Gemeinden zum Ausbau von Ortsdurchfahrten (in Kombination mit gemeindlichen Infrastrukturmaßnahmen, Dorferneuerungsprojekten als auch im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Ausbau von Landesstraßen) sowie die Ergebnisse der im Jahr 2006 durchgeführten Zustandserfassung. Vorhandene Kostenberechnungen wurden aktualisiert.

Die Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2017 bis 2018 sind im GVFG Kompensationsmittel-Programm des Landes enthalten bzw. wurden angemeldet. Die Realisierung der jeweiligen Maßnahme ist abhängig von der Gewährung von Landeszuwendungen sowie, soweit bei dem Bau von Ortsdurchfahrten auch Gehweganlagen betroffen sind, von der Schaffung der haushaltmäßigen Voraussetzungen durch die Städte und Gemeinden. Weitere Voraussetzung ist beim Ausbau von Ortsdurchfahrten die Übernahme der nicht zuwendungsfähigen Planungs- und Bauausführungskosten durch die Städte und Gemeinden.

GVFG Kompensationsmittel-Programm

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände. Seit **2014** entfällt die Zweckbindung für diese Mittel, sie können dann von den Ländern für investive Zwecke jeder Art eingesetzt werden. Bisher hat der Vogelsbergkreis Zuwendungen in Höhe von 70% der zuwendungsfähigen Kosten für seine Projekte im Kreisstraßenbau erhalten. Mit diesem Fördersatz sind auch die Zuwendungen für die Jahre 2017 bis 2018 und Folgejahre veranschlagt.

Planungs- und Bauaufgaben

Die bisherige Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen der Landkreise auf das Land Hessen ist am 31.12.2015 ausgelaufen.

Basis der neuen Vereinbarung ist jetzt die Erstattung der bei Hessen Mobil tatsächlich angefallenen Kosten (Selbstkosten). Berechnungsgrundlage für die gegenüber dem Landkreis im Rahmen der Einzelaufträge abzurechnenden Verwaltungskosten ist der "Stundensatz für Kreisprojekte" multipliziert mit den im Rahmen der Projektbearbeitung angefallenen Stunden. Der Stundensatz beträgt derzeit 59,00 €.

Der Kreisausschuss des Vogelsbergkreises hat in seiner Sitzung am 21.01.2016 zunächst dem neuen Rahmenvertrag zur Planung und zum Bau von Kreisstraßen zugestimmt.

Unterdessen hat Hessen Mobil Schotten erste Angebote für die weitere Zusammenarbeit vorgelegt. Die Honorare erhöhen sich gegenüber der alten Vertragsregelung um 30% bzw. bei Kleinmaßnahmen sogar um bis zu 50%. Die neuen Honorare liegen damit über den HOAI Sätzen.

Um den Ablauf der auf Grundlage des Altvertrages begonnenen Projekte im Hj. 2016 nicht zu gefährden, wurde nach rechtlicher Prüfung entschieden, dass die Durchführung dieser Projekte bei Hessen Mobil verbleibt. Gleichzeitig gibt es dem Kreis die Möglichkeit nach Abschluss der Maßnahmen einen Soll / Ist Vergleich herzustellen. Hessen Mobil hat in den Gesprächen deutlich gemacht, dass Sie Ihre Berechnungen so gestaltet haben, dass keine Mehrkosten eintreten. Insofern dürfte auch noch etwas Luft in den Angeboten stecken.

Position Erläuterungen Teilfinanzhaushalt

820 Einzahlungen aus Investitionszuschüssen

842 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Für die im Haushaltsplan 2017/2018 veranschlagten Maßnahmen gilt nachstehende Priorität:

1. K.073.1 Ausbau der Ortsdurchfahrt Grebenau-Udenhausen
2. K.050.1 Erneuerung Krebsbachbrücke in Homberg-Büßfeld
3. K.120.2 Ausbau OD Schwalmtal-Hopfgarten
4. K.080.2 Fuldabrücke, Schlitz-Pfordt (Denkmal)

K.050.1 Krebsbachbrücke in Homberg, Stadtteil Büßfeld

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 670.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 467.230 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der Krebsbachbrücke im Homberger Stadtteil im Hj. 2017 möglich. Bedingt durch den richtlinienkonformen Ausbau des Brückenbauwerks ist daneben auch ein Teilausbau der Fahrbahn- und Gehweganlage notwendig. Da die Förderung der Gehweganlage der Stadt Homberg durch Landesmittel an der Bagatellgrenze scheitert, ist ausnahmsweise eine Förderung der Gehweganlage beim Kreis möglich. Die Stadt Homberg erstattet dem Kreis die anteiligen Kosten für die Planung und die Betreuung der Ausführung der Fahrbahn- und Gehweganlage. Die erforderlichen Vereinbarungen werden zurzeit vorbereitet.

K.070.1 OD Alsfeld-Hattendorf

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 480.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 301.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung von Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Hattendorf ab dem Hj. 2020 möglich. Weitere Voraussetzung ist die Übernahme der Planungskosten durch die Stadt Alsfeld.

K.073.1 Ausbau OD Grebenau-Udenhausen

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 380.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 266.000 €

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Grebenau, Stadtteil Udenhausen soll im Hj. 2017 erfolgen. Abhängig ist der Baubeginn von dem geplanten Ausbau der Landesstraße 3161. Die Planung des Ausbaus und die Betreuung der Bauausführung erfolgt kostenneutral für den Kreis durch die Stadt Grebenau. Eine gemeinsame Ausschreibung mit dem 2. Bauabschnitt des Ausbaus der Landesstraße in der OD wurde von Hessen Mobil Wiesbaden abgelehnt. Die angestrebte Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten noch im Hj. 2016 ist durch eine endgültige Förderabsage für das Hj. 2016 nicht mehr realisierbar. Möglich ist damit nach Vorliegen einer Landesbewilligung in 2017 eine Ausschreibung und Vergabe April/Mai 2017.

K.080.2 Fuldabrücke, Schlitz-Pfordt (Denkmal)

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 550.000 €

Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 40.000 € (Mittel Denkmalpflege)

Zunächst war eine Verbreiterung der Brücke für den Radwegverkehr geplant. Aufgrund damit verbundener massiver Eingriffe in den historischen Bestand der Brücke konnte das Landesamt für Denkmalpflege jedoch für diese Planung keine Zustimmung geben. Ein zwischenzeitlich abgestimmtes Konzept zwischen Hessen Mobil Schotten, dem Landesamt für Denkmalpflege und der Zuwendungsstelle von Hessen Mobil in Fulda wurde aber letztlich von Hessen Mobil Wiesbaden verworfen. Die Wiesbadener Behörde erkannte keine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an und stufte das vorgelegte Konzept als nicht förderfähige Sanierungsarbeiten ein.

Auch ein direkter Kontakt mit dem zuständigen Verkehrsminister endete erfolglos. Eine Förderung aus GvfG. Komp. Mittel ist damit ausgeschlossen. Das Landesamt für Denkmalpflege hat Mittel für den Teilbereich der denkmalpflegerischen Ausgaben eine Zuwendung in Aussicht gestellt. Da es sich insgesamt trotz fehlender Landeszuweisung um eine grundlegende Erneuerung der Brücke handelt, erfolgt die Veranschlagung im Investitionshaushalt.

K.091.1 Ausbau freie Strecke Grebenhain-Bannerod / Grebenhain-Crainfeld (L 3178)

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 1.270.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 801.500 €

Für die Kreisstraßen 90 und 91 ist eine Machbarkeitsstudie für die Kreisstraßenverbindungen zwischen den Orten Crainfeld, Bannerod und Nösberts – Weidmoos erstellt worden. Favorisiert wurde eine direkte Verbindung zur Bundesstraße 275. Dagegen hatte sich ein Bürgerprotest erhoben. Hessen Mobil hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass die Anbindung an die B 275 die einzige förderfähige Variante sei, weil die B 275 nahezu parallel zur jetzigen K 91 verläuft. Nach einer weiteren Besprechung bei Hessen Mobil Wiesbaden ist nunmehr auch der Ausbau im Bestand förderfähig. Die Antragstellung an das Land Hessen erfolgte am 14.08.2015. Mit Schreiben vom 07.06.2016 wurde der Zuwendungsbescheid ausgestellt. Mit der Maßnahme wurde am 12.09.2016 begonnen. Für das Hj. 2016 ist der Abschnitt von Bannerod bis zum Abzweig nach Weidmoos vorgesehen. Im Hj. 2017 wird der restliche Abschnitt vom Abzweig Weidmoos in Richtung Crainfeld bis zur Landesstraße 3181 erfolgen.

K.111.3 Ortsdurchfahrt Lautertal-Hopfmannsfeld

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 540.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 378.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Hopfmannsfeld ab dem Hj. 2021 möglich. Die entstehenden Planungskosten sollen dem Kreis durch die Gemeinde Lautertal erstattet werden. Entsprechende Gespräche mit der Gemeinde Lautertal sind noch zu führen

K.114.2 Ausbaurkosten OD Lauterbach-Frischborn

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 420.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 600.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Frischborn ab dem Hj. 2021 möglich. Die entstehenden Planungskosten sollen dem Kreis durch die Stadt Lauterbach erstattet werden. Entsprechende Gespräche mit der Stadt Lauterbach sind noch zu führen.

K.117.1 UF Deutsche Bahn Lauterbach-Heblos

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 580.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 350.000 €

Die Bahnbrücke bei Lauterbach-Heblos muss erneuert werden.

K.120.2 Ausbaurkosten OD Schwalmtal-Hopfgarten

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 670.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 485.620 €

Im Bereich der früheren Tierkörperbeseitigungsanstalt (TKBA) ist die Ansiedlung eines neuen Betriebes geplant. Auch die bereits am Standort tätige Firma plant den Ausbau der Geschäftstätigkeit. Die Gemeinde hat aufgrund des dann höheren Fahrzeugverkehrs um den Ausbau der Ortsdurchfahrt gebeten. Die Gemeinde will selbst die Zufahrt zur früheren TKBA sanieren. Zunächst soll in einem 1. Abschnitt von der Zufahrt zur früheren TKBA bis zur Brücke die OD ausgebaut werden.

Die entstehenden Planungskosten werden dem Kreis durch die Gemeinde Schwalmtal erstattet. Die rechtsverbindliche Erklärung der Gemeinde zur Übernahme dieser Kosten liegt vor. Eine Realisierung des Projektes wird für das Hj. 2018 angestrebt. Günstigenfalls können nach Vorlage eines Bewilligungsbescheides die Ausschreibung und die Vergabe der Arbeiten noch im 4. Quartal 2017 erfolgen. Dazu ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung erfolgt.

K.125.2 Ausbaukosten OD Feldatal, Ortsteil Groß-Felda Richtung B 049

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 400.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 299.800 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung von Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Groß-Felda ab dem Hj. 2020 möglich. Die entstehenden Planungskosten werden dem Kreis durch die Gemeinde Feldatal erstattet. Probleme gibt es hier in Bezug auf die richtlinien-konforme Aufteilung der Fahrbahn- und Gehwegbreite.

K.126.1 Ausbaukosten OD Feldatal, Erneuerung Stützmauer

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 285,500 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 201.500 €

K.126.2 Ausbaukosten OD Feldatal, Ortsteil Groß-Felda

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 196.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 146.950 €

Im Feldataler Ortsteil Groß-Felda ist der Neubau einer Stützmauer notwendig. Mit dem Neubau konnte am 30. Juni 2016 begonnen werden. In einem zweiten Bauabschnitt soll in 2017 daneben die Ortsdurchfahrt in Richtung Zeilbach ausgebaut werden. Der Zuwendungsantrag wurde im August 2015 gestellt. Der Bewilligungsbescheid erfolgte mit Schreiben vom 13.06.2016 durch Hessen Mobil Wiesbaden für beide Maßnahmen.

K.139.1 Ortsdurchfahrt Mücke, Ortsteil Groß-Eichen

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 328.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 229.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Groß-Eichen ab dem Hj. 2019 möglich. Die entstehenden Planungskosten sollen dem Kreis durch die Gemeinde Mücke erstattet werden. Entsprechende Gespräche mit der Gemeinde Mücke werden zurzeit geführt.

K.141.3 Ausbaukosten OD Schotten-Kaulstoß

Auszahlungen für Baumaßnahmen: 584.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen: 413.000 €

Vorbehaltlich einer Genehmigung der Fördermittel ist die Realisierung des Neubaus der OD Kaulstoß ab dem Hj. 2019 möglich. Veranschlagt sind entstehende Planungskosten, sie sollen dem Kreis durch die Stadt Schotten erstattet werden. Entsprechende Gespräche mit der Stadt Schotten werden zurzeit geführt.

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt
Produkt 55400 Gewässer- und Naturschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahres- abschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.360	0	-1.480	-927,11	-13.124	-6.204	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-1.360	0	-1.480	-927,11	-13.124	-6.204	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.360	0	-1.480	-927,11	-13.124	-6.204	

Teilhaushalt/Budget **80** **Veterinärwesen, Verbraucherschutz**
Budgetverantwortung

Dr. Maria Litmeyer

Produkte

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

41480 Fleischbeschau

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	296.000	296.000	281.000	321.710,04
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.190.800	1.190.800	1.175.800	1.216.500,00
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.292.370	-1.268.970	-1.228.900	-1.145.401,90
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-11.770	-11.160	-11.550	-8.438,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-83.000	-83.000	-79.000	-42.193,29
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-3.252,86
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.387.140	-1.363.130	-1.319.450	-1.199.286,05
20.	=	Verwaltungsergebnis	-196.340	-172.330	-143.650	17.213,95
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-196.340	-172.330	-143.650	17.213,95
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-196.340	-172.330	-143.650	17.213,95
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-196.340	-172.330	-143.650	17.213,95

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
Produkt 12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	73.000	73.000	78.000	89.841,20
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	894.800	894.800	894.800	894.789,96
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	967.800	967.800	972.800	984.631,16
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-1.069.890	-1.046.490	-1.006.410	-936.775,36
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-11.770	-11.160	-11.550	-8.438,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.000	-42.000	-38.000	-10.190,09
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	-5.092,72
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.123.660	-1.099.650	-1.055.960	-960.496,17
20.	=	Verwaltungsergebnis	-155.860	-131.850	-83.160	24.134,99
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-155.860	-131.850	-83.160	24.134,99
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-155.860	-131.850	-83.160	24.134,99
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-155.860	-131.850	-83.160	24.134,99

12280 Ordnungsaufgaben der Veterinäraufsicht

Verantwortlich:	Frau Dr. Maria Litmeyer
Beschreibung:	<p><u>Lebensmittel:</u> Überwachung des Herstellens, des Behandeln und des Inverkehrbringens von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln, Nahrungsergänzungsmitteln, Tabakwaren, Wein, Fleisch, Geflügel, Fisch, Wild, Milch sowie Milcherzeugnissen.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Bevölkerung und der Tiere werden durch sofortige und angemessene Maßnahmen zur Abwehr von Seuchen gewährleistet.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Überwachung der Tierhaltungen, Tiertransporte und des Umgangs mit den Tieren während der Schlachtung.</p>
Grundlage:	<p><u>Lebensmittel:</u> Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Lebensmittelhygiene-Verordnung, EU-VO 178/2002; 852/2004; 853/2004; 854/2004, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung, Tiergesundheitsgesetz und die entsprechenden Verordnungen, VO (EG) 1069/2009 und 142/2011, Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und Verordnungen, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Tierschutzgesetz, Tierschutz-Hundeverordnung, Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Tierschutztransportverordnung VO (EG) 1/2005, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften.</p>
Ziele:	<p><u>Lebensmittel:</u> Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Lebensmitteln, Wein, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln und vor Täuschung geschützt.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Die Gesundheit der Nutz-, Haus- und Wildtiere wird sichergestellt und es wird für einen umfassenden Schutz vor gesundheitlichen Gefahren für die Menschen gesorgt.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Die Tierhaltungen, der Transport, die Tötung von Tieren und der Umgang mit Tieren erfolgt tierschutzgerecht.</p>
Kennzahlen ab 2013:	<p><u>Lebensmittel:</u> Kontrolle der EU-zugelassenen Betriebe im Bereich Lebensmittel incl. Fleischhygiene 100 %.</p> <p><u>Tierseuchen:</u> Betriebsbesuch und Beratung bei Neuauftreten von BVDV-Virämiker im Rinderbestand = 90 %. Ziel ist es, durch Hygienemaßnahmen weitere Virämiker zu vermeiden und die Unverdächtigkeit des Bestandes zu erreichen.</p> <p><u>Tierschutz:</u> Ziel ist grundsätzlich 100 % der eingehenden Anzeigen zeitnah zu bearbeiten. Es erfolgt eine Klassifizierung der Anzeigen nach Dringlichkeit.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Anzeigen, bei denen erhebliche Mängel aufgezeigt werden, die eine akute Gefahr für die betroffenen Tiere darstellen, werden in einer Frist von maximal 36 Stunden bearbeitet. 2. Anzeigen, bei denen auf Mängel im Tierschutz hingewiesen wird, die keine akuten und erheblichen Auswirkungen auf das Tierwohl haben, werden innerhalb von 5 Arbeitstagen bearbeitet.

Lebensmittel

Anzahl	2014	2015
EU-zugelassene Lebensmittelbetriebe incl. Fleischhygiene	44	43
davon: überprüfte EU-zugel. Lebensmittelbetriebe incl. Fleischhygiene	44	43

Tierseuchen:

Anzahl	2014	2015
rinderhaltende Betriebe	829	804
Bestände mit BVDV-Virämikern	6	0*
davon: Betriebsbesuch und Beratung	6	0
Quote:	100,00%	100,00%

*In 2015 wurden in 3 "Altbeständen" 16 BVDV-Virämiker festgestellt.

Tierschutz:

Anzahl	2014	2015
eingegangene Anzeigen	264	259
Bearbeitung innerhalb von maximal 36 Stunden	76	53
Bearbeitung innerhalb von über 36 Stunden bis 5 Arbeitstagen	188	206

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**
Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten die Gebühren für amtstierärztliche Bescheinigungen, Auktionsüberwachungen, Exportabfertigungen, Erlaubnisse, Nachkontrollen, Schulungen und die Bußgelder und Zwangsgelder in den Gebieten Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung. Der Ansatz wurde im Vergleich zum Vorjahr um 5.000 € niedriger angesetzt, da die BHV1-Bescheinigungspflicht weggefallen ist.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Es handelt sich um die Erstattung des Landes gemäß § 5 Kommunalisierungsgesetz und beinhaltet Personalkosten zum Stichtag 31.12.2004, sowie anteilige Sachkosten und einen Pauschbetrag von jährlich 1.700 € pro beihilfeberechtigtem Bediensteten zum Stichtag 31.12.2004.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten Vorsorgeaufwendungen für Tierseuchen, besondere Sach- und Betriebskosten für Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelüberwachung, Unterbringung von Tieren. Für unvorhersehbare Seuchen- bzw. Krisensituationen sind für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung 16.800 € und für die Lebensmittelüberwachung 1.000 € eingeplant. Für die Unterbringung von Tieren wurden im HHJ 2017/2018 10.000 € etatisiert, da für die Unterbringen von Tieren bei Wegnahme aus Tierschutzgründen hohe Kosten entstehen können.

Aufgliederung:

Tierseuchen/Tierschutz:

Bes. Untersuchungskosten	1.000,00 €
Unterbringung von Tieren	10.000,00 €
Verbrauchsmaterial	2.000,00 €
Grippeimpfung	1.200,00 €
Probentransport	3.000,00 €
Geräteausstattung	2.000,00 €
Unvorhergesehenes (z.B.ASP)	16.800,00 €
Summe	36.000,00 €

Lebensmittel:

Verbrauchsmaterial	1.000,00 €
Probentransport	3.000,00 €
Geräteausstattung	1.000,00 €
Unvorhergesehenes	1.000,00 €
Summe	6.000,00 €

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz
Produkt 41480 Fleischbeschau

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	223.000	223.000	203.000	231.868,84
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	223.000	223.000	203.000	231.868,84
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-222.480	-222.480	-222.490	-208.626,54
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-41.000	-41.000	-41.000	-32.003,20
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	1.839,86
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-263.480	-263.480	-263.490	-238.789,88
20.	=	Verwaltungsergebnis	-40.480	-40.480	-60.490	-6.921,04
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-40.480	-40.480	-60.490	-6.921,04
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-40.480	-40.480	-60.490	-6.921,04
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-40.480	-40.480	-60.490	-6.921,04

41480 Fleischbeschau

Verantwortlich:	Frau Dr. Maria Litmeyer
Beschreibung:	Untersuchung und Überwachung der Schlachtier- und Fleischhygiene auf die Genusstauglichkeit von Fleisch
Grundlage:	EU-Vorschriften und nationale Rechtsvorschriften. EU-VO 853/2004, 854/2004, 2015/1375 (Trichinen), 999/2001 (TSE), Tierische Lebensmittelhygiene-Verordnung, sowie weitere EU- und nationale Vorschriften
Ziele:	Der Verbraucher wird vor Gefahren beim Verzehr und Umgang mit Fleisch und Fleischerzeugnissen geschützt.
Kennzahlen:	Anzahl der Schlachtier- und Fleischuntersuchungen / Anzahl der untauglichen Tiere = unter 1 %

Anzahl	2013	2014	2015
Schlachttiere	18.321	17.559	16.827
Fleischuntersuchungen	18.321	17.559	16.827
davon: untaugliche Tiere	38	12	9
Quote:	0,2074%	0,0683%	0,0535%

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt**2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Es handelt sich um die Gebühren für Untersuchungen bei der Fleischgewinnung. Die Festsetzung der Gebühren erfolgt seit 25.10.2014 durch die Satzung des Vogelsbergkreises über die Erhebung von Gebühren für Untersuchungen bei der Fleischgewinnung (Fleischuntersuchung-Gebührensatzung).

Im Übrigen findet Anwendung die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 i.V.m. Nr. 26 der Anlage zu § 1 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO-MUKLV).

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Position umfasst die Reisekosten, Akkreditierungskosten des Landesbetriebs Hessisches Landeslabor (LHL), Verbrauchsmittel und besondere Sach- und Betriebskosten.

Akkreditierungskosten LHL für Trichinenlabor für Lauterbach	1.200,00 €
Sach- u. Betriebskosten, Verbrauchsmittel (Pepsin, Salzsäure Wildmarken u. ä.)	3.300,00 €
Schutzbekleidungs- und Gerätepauschale	3.000,00 €
Geräteausstattung (Messgeräte u. ä.)	2.500,00 €
Reisekosten und Unvorhergesehenes	31.000,00 €
Summe	41.000,00 €

Teilhaushalt/Budget **80** **Veterinärwesen, Verbraucherschutz**

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-670	0	-620	-645,60	-6.166	-2.776	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-680	0	-620	-645,60	-6.166	-2.776	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-670	0	-620	-645,60	-6.166	-2.776	

Teilhaushalt/Budget 90 Wirtschaft und ländlicher Raum
Budgetverantwortung

Anja Püchner

Produkte

55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes

57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.000	2.000	2.000	8.740,19
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	1.889.200	1.889.200	1.915.238,40
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	0	131.597,62
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	96,80
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.891.200	1.891.200	1.891.200	2.055.673,01
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-2.472.700	-2.375.400	-2.317.560	-2.168.647,20
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-34.970	-26.710	-55.800	-76.550,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-91.200	-101.200	-116.600	-99.609,10
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	18,27
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-852.220	-852.220	-752.220	-872.852,67
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-3.451.090	-3.355.530	-3.242.180	-3.217.640,70
20.	=	Verwaltungsergebnis	-1.559.890	-1.464.330	-1.350.980	-1.161.967,69
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-1.559.890	-1.464.330	-1.350.980	-1.161.967,69
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.559.890	-1.464.330	-1.350.980	-1.161.967,69
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.559.890	-1.464.330	-1.350.980	-1.161.967,69

Teilhaushalt/Budget 90 **Wirtschaft und ländlicher Raum**
Produkt 55500 **Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.000	2.000	2.000	8.740,19
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.889.200	1.889.200	1.889.200	1.889.171,40
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	0	101.597,62
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	1.891.200	1.891.200	1.891.200	1.999.509,21
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-2.219.390	-2.127.070	-2.133.710	-1.985.817,73
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0	0	-10.790	0,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-56.200	-56.200	-50.700	-40.252,01
14.	66	Abschreibungen	0	0	0	18,27
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-235.220	-235.220	-229.220	-338.566,76
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.510.810	-2.418.490	-2.424.420	-2.364.618,23
20.	=	Verwaltungsergebnis	-619.610	-527.290	-533.220	-365.109,02
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-619.610	-527.290	-533.220	-365.109,02
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-619.610	-527.290	-533.220	-365.109,02
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-619.610	-527.290	-533.220	-365.109,02

55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums

Verantwortlich:	Frau Anja Püchner
Beschreibung:	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung zur Einkommenssicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe - Umsetzung der Europäischen Agrarreform im Vogelsbergkreis - Einzelbetriebliches landwirtschaftliches Förderwesen - Überwachung bzw. Verwaltung der einzelbetrieblichen Milchquoten - Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsressourcen sowie der Kreislaufwirtschaft - Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete und von umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden landwirtschaftlichen Produktionsverfahren - Koordination und Prüfung von Umweltauflagen (auch im Rahmen der gemeinsamen Marktordnung der EU) - Minderung von Wettbewerbsverzerrungen - Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Planungen und Genehmigungsverfahren - landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, Landpachtrecht - Vertragsnaturschutz im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen - Gebietsmanagement für Schutzgebiete - Landschaftspflege- und Agrarumweltkonzepte - forsthoheitliche Aufgaben - Dorfentwicklung incl. Verfahrenssteuerung, Beratung und Förderung kommunaler und privater Maßnahmen - Beratung, Organisation und Durchführung im Rahmen des Wettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“ - Beratung und Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen (Regionalentwicklung, Landtourismus) - Beratung und Umsetzung von gebietsbezogenen regionalen Entwicklungsstrategien nach LEADER - Finanzmittelmanagement Dorf- und Regionalentwicklung - Projektmanagement::Demografie, Naturschutz-Großprojekt, Klimaschutzprojekt
Grundlage:	<ul style="list-style-type: none"> - EU-Gesetze und -Verordnungen (Rat und Kommission) - ELER- Entwicklungsplan 2014 bis 2020 - Betriebsprämien- und Direktzahlungengesetz - Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Daten-Gesetz - Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation und der Direktzahlungen (inkl. Cross Compliance) - Berufsstandmitwirkungsgesetz, Reichssiedlungsgesetz - Förderrichtlinien Bund/Land (Direktzahlungen, EFP, AGZ, HALM, RL des Landes Hessen zur regionalen Entwicklung) - Dienstanweisung Europäischer Ausgleichs- und Garantiefond Landwirtschaft - Dienstanweisung des Landes Hessen Dorf- und Regionalentwicklung - Milchquotenverordnung - Düngemittelgesetz, Düngeverordnung, Pflanzenschutzgesetz - Klärschlammverordnung, Bioabfallverordnung - Grundstücksverkehrsgesetz, Gesetz über Gerichtsverfahren in Landwirtschaftssachen - Gesetz über Agrarstatistiken, Strahlenschutzvorsorgegesetz - Baugesetzbuch, Hessische Bauordnung, Denkmalschutzgesetz - WHG, HWG, BGB, LHO, HVwVfG, Hess. Landesplanungsg, Raumordnungsgesetz, WRRL - Bundes- und Hessisches Naturschutz- und Forstgesetz

Ziele:	<p><u>Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhalt einer geeigneten Betriebsstruktur und der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (AFP) 2. Umsetzung der landwirtschaftlichen Förderprogramme als Vergütung gesellschaftlich erwünschter, landwirtschaftlicher Leistungen 3. Erarbeitung von Managementplänen für die Natura 2000-Gebiete inkl. Lebensraumsicherung, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen durch Vertragsnaturschutz 4. Walderhaltung durch Waldneuanlage und Waldrodung mit Ersatzaufforstung 5. Stärkung der dörflichen Strukturen und Funktionen in den Ortskernen 6. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Verbesserung der Zukunftsperspektiven, Erhaltung der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Erhaltung des Natur- und Kulturerbes im ländlichen Raum, Verbesserung des Erholungswertes 6. Koordinierung, Förderung und Umsetzung regionaler Entwicklungsvorhaben als Katalysatoren für weitere Projekte und Investitionsvorhaben mit entsprechender Finanz- und Verfahrenssteuerung
--------	--

Die nachfolgenden Kennzahlen spiegeln folgende Kategorien wider:
<ul style="list-style-type: none"> • Antragsflächen • Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe/ Milcherzeugung • Anzahl von Fördermaßnahmen mit Bewilligungs- und Investitionssummen sowie Auszahlungen aus bereits zugesagten Fördermitteln (Nicht erfasst sind alle Änderungsbescheide aufgrund von Finanzmittelumstellungen u. inhaltlichen Änderungen von Fördermaßnahmen) • Anzahl der Vorgänge hoheitlicher Maßnahmen • Die Steuerung/ das Management regionaler Projekte und von Verfahren.

Antragsflächen (in ha)	2013	2014	2015
Kreisfläche insgesamt	146.000	146.000	146.000
davon:			
Landwirtschaft	66.121	66.121	66.121
davon ökologischer Landbau	10.733	10.699	11.896
Natura 2000	55.000	55.000	55.000
davon Vogelschutzgebiete	50.000	50.000	50.000
davon FFH-Offenland	6.000	6.000	6.000
Vertragsnaturschutz HIAP (2014 auslaufend)	4.229	4.235	./.
Vertragsnaturschutz HALM D1 -Grünlandextensivierung- (für 2015)	./.	('5.200)	5266
Vertragsnaturschutz HALM H1 -Naturschutzfachl. Sonderleistungen- (für2015)	./.	('4.930)	5112

Anzahl	2013	2014	2015
Landwirtschaftliche Betriebe	1.571	1.557	1.502
Milcherzeugung	125.000.000 kg	124.500.000 kg	124.000.000 kg
Berufsstandmitwirkungsgesetz -GAA-Sitzungen	4	4	3
Berufsstandmitwirkungsgesetz -Ortslandw. Sitzungen	1	1	1

Fördermaßnahmen	2013			2014			2015		
	Bew.	Fördersumme	Inv.summe	Bew.	Fördersumme	Inv. Summe	Bew.	Fördersumme	Inv. Summe
Einzelbetriebliche Investitionsförderung									
EFP -Bewilligungen-	10	1.615.392	8.983.881	8	1.423.000	8.227.000	7	673.564	3.971.472
EFP -Auszahlungen-		1.122.190			1.102.702			1.122.050	
Dorfentwicklungsprogramm									
Dorfentwicklung privat	98	1.298.408	4.932.718	63	1.080.555	4.507.727	87	981.808	4.503.508
Dorfentwicklung kommunal	26	717.592	1.422.282	17	404.751	632.000	40	1.579.263	2.868.454
Dorfentwicklung Auszahlungen					2.212.825			2.139.153	
LEADER – Regionalentwicklung – Bewilligungen	3	38.638	95.500	1	11.700	15.600	11	808.840	2.674.151
LEADER – Regionalentwicklung – Auszahlungen					100.544		2	60.490	
Betriebsprämien	1.546	17.468.592		1.525	17.792.314		1.495	18.053.155	
AGZ	1.139	2.274.436		1.128	2.048.443		1.152	2.331.223	
Agrarumweltmaßnahmen									
HIAP-Grünland	442	901.080		490	881.000		./.	./.	
HIAP-Öko	188	1.787.479		189	1.808.752		./.	./.	
HIAP-Sonstige /RP-Verträge	199	323.551		201	322.734		42	117.000	
HALM-Ökologischer Landbau (für 2015)	./.	./.		190	('2.412.439)		187	2294625	
HALM-Nachhaltige Verfahren im Ackerbau (für 2015)	./.	./.		58	('219.015)		99	155042	
HALM-Grünlandextensivierung/ Bodenbrüter/ Kennarten (für 2015)	./.	./.		426	('989.000)		422	1033487	
HALM-Naturschutzfachl. Sonderleistungen auf Grünland (für 2015)	./.	./.		463	('486.000)		458	512603	
HALIM-Sonstige -Erhalt Streuobstbestände, Arten- u. Biotopschutz (für 2015)	./.	./.			('38.400)		37	37508	

Summe: 3.651 27.547.358 15.434.381 4.759 29.189.320 13.382.327 4.039 31.899.811 14.017.585

Hoheitliche Aufgaben (Vorgänge)	2013	2014	2015
TÖB-Stellungnahmen und DE/RE-Stellungnahmen	241	276	190 und 121
Grundstücksverkehrsgesetz	813	836	878
Klärschlamm- und Biorohstoff-VO	1.311	832	510 und 50
Anträge nach Milchquotenverordnung	222	127	15
Cross-Compliance Vor-Ort-Kontrollen	31	20	12
Aufforstungs- und Waldrodungsgenehmigungen	23	39	30

Summe: 2.641 2.130 935

Projekte und Verfahren	2013	2014	2015
Förderschwerpunkte in der Dorfentwicklung	16 (58 OT)	14 (65 OT)	14 (65 OT)
Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" Organisation und Durchführung	Auslobung	Wettbewerb 15 Orte	Landesentscheid
Erstellung u. Umsetzung von FFH-Managementplänen, Umsetzung Maßnahmen Vogelschutzgebiet (55.000 ha)		11 (ca. 6.000 ha)	11 (ca.6.000 ha)
Projektmanagement in den Jahren (x)	2013	2014	2015
Bioenergieregion	x	x	x
Naturschutzgroßprojekt	x	x	x
Transnationales Kooperationsprojekt "Prograss"			x
MORO / E-Mobilität / Demografie-Projektgruppe	x	x	x
LEADER-Region (Beratung des Regionalforums)	x	x	x
Klimaschutzprojekt		x	
Geopark	x		x

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

- 2 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte**
Etatisiert sind Verwaltungsgebühren, insbesondere für Sachkunde- und Pflanzenschutzlehrgänge.
- 3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen**
Die ausgewiesene Erstattung i.H.v. 1.889.200 € ist die vereinbarte Kostenerstattung des Landes im Rahmen der Kommunalisierung.
- 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Der Ansatz beinhaltet eine Position von 33.200 € für die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von 167 Ortslandwirten und den Mitgliedern des Gebietsagrar Ausschusses. Die Aufwendungen hierfür werden durch das Land Hessen erstattet (Pos. 3). Für das Projekt MORO (E-Mobilität und Sicherung der Versorgung) wurden 20.000 € berücksichtigt. Weiterhin sind noch 1.000 € für Gerichts- und Gutachterkosten sowie 2.000 € für besondere Sach- und Betriebskosten veranschlagt.
- 15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen**
Der Ansatz für die Zuweisung zur Tierseuchenkasse ist um 20.000 € zu erhöhen. Insgesamt sind somit 140.000 € zu etatisieren. Weiterhin werden Mittel für das Naturschutzgroßprojekt i.H.v. 95.000 € sowie 220 € für die Mitgliedsbeiträge für Vereine veranschlagt.

Teilhaushalt/Budget 90 **Wirtschaft und ländlicher Raum**
Produkt 57100 **Wirtschaftsförderung, Tourismus**

Nr.	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015
			2018	2017	2016	
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
		Ordentliche Erträge				
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	0	0	0	26.067,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0	0	0	30.000,00
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	96,80
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge	0	0	0	56.163,80
		Ordentliche Aufwendungen				
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-253.310	-248.330	-183.850	-182.829,47
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-34.970	-26.710	-45.010	-76.550,00
13.	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-35.000	-45.000	-65.900	-59.357,09
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-617.000	-617.000	-523.000	-534.285,91
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-940.280	-937.040	-817.760	-853.022,47
20.	=	Verwaltungsergebnis	-940.280	-937.040	-817.760	-796.858,67
23.	=	Finanzergebnis	0	0	0	0,00
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-940.280	-937.040	-817.760	-796.858,67
27.	=	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,00
28.	=	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-940.280	-937.040	-817.760	-796.858,67
32.	=	Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-940.280	-937.040	-817.760	-796.858,67

57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Verantwortlich:	Frau Anja Püchner
Beschreibung:	Unterstützung und Beratung der Verwaltungsleitung und der Kreisgremien in den Bereichen - Regional-/Wirtschaftsförderung (Vogelsberg Consult)/Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V. - Tourismus (Region Vogelsberg Touristik)
Grundlage:	WiFö: Vertrag VB-Consult-VBK/ Betrauungsakt Dezember 2014 Tourismus: Vertrag VB-Touristik-VBK/Gesellschaftsvertrag September 2014
Ziele:	- Förderung von Existenzgründungen/Steigerung komm. Wirtschaftskraft/ Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze - Vermarktung der Region und ihrer Angebote/Schutz und Erhalt geologisches Erbe - Entwicklung und Verbesserung von Tourismusangeboten - Aufsichtsfunktionen
Kennzahlen:	- Wirtschaftsförderung: Summe akquirierte Projektmittel/Anzahl Beratungen. - Tourismus: Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK / Übernachtungszahlen

Wirtschaftsförderung/ Regionalentwicklung:

	2013	2014	2015
Akquirierte Projektmittel	428.460 €	306.852 €	294.947 €
Unternehmensberatungen	453	234	190

Entwicklung regionale Wertschöpfung im VBK /Übernachtungszahlen

	2013	2014	2015
Übernachtungen	473.220	484.530	511.029
durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Übernachtungen)	2,5 Tage	2,5 Tage	2,5 Tage

Position: Erläuterungen Teilergebnishaushalt

Ab dem 01.09.2016 wird das Sachgebiet Wirtschaftsförderung und Tourismus in das Amt 90 übergeleitet.

13

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Dieser Haushaltsansatz umfasst, die Kosten für den Unternehmerdialog (20.000 €). Dieser soll eine fortlaufende Gesprächsrunde von Politik und Wirtschaft sein. Gemeinsam mit Unternehmen verschiedener Branchen soll eine Beratung stattfinden und Lösungen erarbeitet werden, wie der Vogelsbergkreis als Wirtschaftsstandort gestärkt und besser vermarktet werden kann. Zudem werden hier die Kosten für die Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (5.900 €), das Klimaschutzprojekt (3.000 €) sowie die Förderung des Regionalimages einschließlich Herbstmesse (16.100 €) verbucht.

15

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen oder Sonstige sind im Jahr 2017/2018 etatisiert für

Beitrag an Vogelsberg Touristik GmbH	100.000 €
Zuweisung an Vogelsberg Consult	377.000 €
davon für Projekt Fachkräftesicherung	100.000 €
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	20.000 €
Förderverein Bildung, Wissenschaft und Forschung im Vogelsbergkreis e. V.	60.000 €

Weiterhin sind 10.000 € für die Begleitung des Planungs- und Genehmigungsverfahrens der Sued-Link-Trasse und 50.000 € für den Beitrag des Vogelsbergkreises für den Verein Geopark Vogelsberg vorgesehen.

Der Förderverein Bildung, Wissenschaft und Forschung im Vogelsbergkreis erhält einen Beitrag von 60.000 € für die Entwicklung einer Dualen Hochschule in Lauterbach. Es handelt sich um eine Anschubfinanzierung um in Kooperation mit der Steinbeis-Hochschule den Hochschulstandort Lauterbach zu etablieren.

Teilhaushalt/Budget 90 Wirtschaft und ländlicher Raum

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0,00	98.000	98.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	98.000	98.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.120	0	-2.780	-2.316,09	-770.011	-754.131	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-3.120	0	-2.780	-2.316,09	-770.011	-754.131	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-3.120	0	-2.780	-2.316,09	-672.011	-656.131	

Teilhaushalt/Budget 90 Wirtschaft und ländlicher Raum
Produkt 55500 Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-450	0	-440	0,00	-2.730	-440	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-450	0	-440	0,00	-2.730	-440	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-450	0	-440	0,00	-2.730	-440	

Teilhaushalt/Budget 90 Wirtschaft und ländlicher Raum
Produkt 57100 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			Ergebnis des Jahresabschlusses 2015	Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterungen
		2017 2018	Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 2018	2016		Gesamt- auszahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt	
		- Euro -	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
3.	823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0,00	98.000	98.000	
	= Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 3)	0	0	0	0,00	98.000	98.000	
5.	844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.670	0	-2.340	-2.316,09	-767.281	-753.691	
	= Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 1 bis 5)	-2.670	0	-2.340	-2.316,09	-767.281	-753.691	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.670	0	-2.340	-2.316,09	-669.281	-655.691	

Nr.	KVKR	Arten der Erträge und Aufwendungen	Planungszeitraum					
			2016	2017	2018	2019	2020	2021
			- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -	- 1.000 Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		Erträge						
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	681	712	712	712	712	712
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.792	4.148	4.114	4.114	4.114	4.114
3.	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	4.864	5.137	5.093	5.195	5.299	5.405
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
11.	5559	Andere Steuern	138	135	135	135	135	135
12.	558	Erträge aus Umlagen	66.926	70.002	72.777	74.961	77.209	79.525
13.	55...	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0	0
14.	547	Erträge aus Transferleistungen	49.089	47.895	47.047	48.458	49.912	51.410
15.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	40.150	40.537	40.977	42.262	43.484	44.743
16.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.512	4.539	4.481	4.481	4.481	4.481
17.	53	Sonstige ordentliche Erträge	550	550	553	553	553	553
18.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Position 1 bis 17)	170.703	173.655	175.888	180.871	185.899	191.078
		Aufwendungen						
19.	62,63,640 -643,647- 65	Personalaufwendungen	-32.977	-35.058	-36.182	-37.087	-38.014	-38.964
20.	644-646	Versorgungsaufwendungen	-3.152	-3.057	-2.967	-3.055	-3.167	-3.247
21.	60,61,67- 69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.924	-23.139	-23.399	-23.623	-23.849	-24.078
22.	66	Abschreibungen	-6.227	-6.764	-7.051	-7.122	-7.193	-7.265
23.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-4.212	-3.307	-3.313	-3.313	-3.313	-3.313
24.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-19.385	-19.999	-20.548	-21.115	-21.698	-22.299
25.	72	Transferaufwendungen	-81.322	-80.671	-80.972	-83.281	-85.656	-88.099
26.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
27.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Position 19 bis 26)	-169.198	-171.996	-174.433	-178.598	-182.891	-187.266
28.	=	Verwaltungsergebnis (Position 18 ./. Position 27)	1.505	1.659	1.455	2.274	3.008	3.812
29.	56,57	Finanzerträge	1.142	1.187	1.387	1.187	1.187	1.187
30.	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.670	-2.786	-2.831	-2.779	-2.620	-2.567
31.	=	Finanzergebnis (Position 29 ./. Position 30)	-2.528	-1.600	-1.444	-1.592	-1.433	-1.380
32.	=	Ordentliches Ergebnis (Position 28 und Position 31)	-1.023	59	11	681	1.575	2.432
33.	59	Außerordentliche Erträge	1.923	0	0	0	0	0
34.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
35.	=	Außerordentliches Ergebnis (Position 33 ./. Position 34)	1.923	0	0	0	0	0
36.	=	Jahresergebnis (Position 32 und Position 35)	900	59	11	681	1.575	2.432

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlusses	Haushaltsansatz	Haushaltsansatz	Haushaltsansatz	Plan	Plan	Plan
		2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
		- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	+ Geplantes Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushalts	-338.111,53	899.680	59.380	10.960	681.170	1.575.180	2.432.010
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.759.954,73	6.226.500	6.764.450	7.051.420	7.122.170	7.193.170	7.265.170
3.	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-5.454.293,35	-4.511.630	-4.538.610	-4.481.280	-4.481.280	-4.481.280	-4.481.280
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	-1.801.622,11	1.280.860	1.007.780	704.690	736.280	790.960	810.720
5.	-/+ Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	554.261,34	0	0	0	0	0	0
6.	+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	0,00	0	0	0	0	0	0
7.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.307.791,83	574.700	576.300	574.900	841.600	860.500	845.600
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.408.929,02	-598.000	-597.300	-735.300	-632.700	-652.200	-661.400
9.	= Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	-1.380.948,11	3.872.110	3.272.000	3.125.390	4.267.240	5.286.330	6.210.820
10.	+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	4.178.217,65	1.583.000	4.263.180	4.168.620	3.880.000	4.068.800	3.866.000
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	50,00	20.000	15.000	16.000	0	0	40.000
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögens	-4.687.566,59	-5.894.300	-10.588.100	-11.561.860	-11.239.200	-7.453.100	-7.237.500
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	15.000,00	0	0	0	0	0	0
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (davon: Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten)	-489.604,94	-75.920	-92.290	-98.530	-98.530	-98.530	-98.530
15.	= Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 14)	-983.903,88	-4.367.220	-6.402.210	-7.475.770	-7.457.730	-3.482.830	-3.430.030
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	834.000,00	4.890.220	6.925.210	7.998.770	7.980.730	4.005.830	3.953.030
17.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-4.574.582,51	-4.560.200	-4.583.400	-4.653.300	-4.650.500	-4.690.700	-4.626.500
18.	= Zahlungsmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Nr. 16 und Nr. 17)	-3.740.582,51	330.020	2.341.810	3.345.470	3.330.230	-684.870	-673.470
19.	+ Einzahlungen aus fremden Mitteln	204.419.165,95	0	0	0	0	0	0
20.	+ Auszahlungen aus fremden Mitteln	-198.314.694,99	0	0	0	0	0	0
21.	= Zahlungsmittelfluss des Haushaltsjahres aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Pos. 19 J. 20)	6.104.470,96	0	0	0	0	0	0
22.	= Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 9, 15, 18 und 21)	-963,54	-165.090	-788.400	-1.004.910	139.740	1.118.630	2.107.320
23.	+ Geplanter Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	381.795,76	-8.848.712	215.742	-572.658	-1.577.568	-1.437.828	-319.198
24.	= Geplanter Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 22 und Nr. 23)	380.832,22	-9.013.802	-572.658	-1.577.568	-1.437.828	-319.198	1.788.122

Teilhaushalt/Budget

10 Organisation und Personal

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Gesamtwerte														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.527,11	0	0	0	0	0	0	0	0	7.048	7.048	0	
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	50,00	20.000	15.000	0	16.000	0	0	40.000	0	56.064	127.064	0	
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	1.577,11	20.000	15.000	0	16.000	0	0	40.000	0	63.112	134.112	0	
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-1.031.852,95	-850.800	-982.700	0	-933.900	-957.200	-848.100	-992.500	0	-3.104.093	-7.818.493	0	
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-55.238,04	-40.400	-55.690	0	-61.130	-61.130	-61.130	-61.130	0	-207.962	-508.172	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.087.090,99	891.200	1.038.390	0	995.030	1.018.330	909.230	1.053.630	0	3.312.055	8.326.665	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.085.513,88	-871.200	-1.023.390	0	-979.030	-1.018.330	-909.230	-1.013.630	0	-3.248.943	-8.192.553	0	
Ohne Projektzuordnung														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-24.102,19	0	0	0	0	0	0	0	0	-174.668	-174.668	0	
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.350,71	-3.110	-3.200	0	-3.250	-3.250	-3.250	-3.250	0	-17.934	-34.134	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	27.452,90	3.110	3.200	0	3.250	3.250	3.250	3.250	0	192.602	208.802	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-27.452,90	-3.110	-3.200	0	-3.250	-3.250	-3.250	-3.250	0	-192.602	-208.802	0	

Teilhaushalt/Budget 14 Rechnungsprüfungsamt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.164,29	-2.150	-2.230	0	-2.320	-2.320	-2.320	-2.320	0	-11.418	-22.928	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	2.164,29	2.150	2.230	0	2.320	2.320	2.320	2.320	0	11.418	22.928	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.164,29	-2.150	-2.230	0	-2.320	-2.320	-2.320	-2.320	0	-11.418	-22.928	0

Teilhaushalt/Budget

20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	3.223.319,45	523.000	2.623.000	0	3.123.000	3.023.000	3.023.000	3.023.000	0	13.164.777	27.979.777	0
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	15.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	45.000	45.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	3.238.319,45	523.000	2.623.000	0	3.123.000	3.023.000	3.023.000	3.023.000	0	13.209.777	28.024.777	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-19.689,00	-1.050.000	-3.050.000	0	-4.050.000	-4.050.000	-50.000	-50.000	0	-1.226.465	-12.476.465	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.960,67	0	0	0	0	0	0	0	0	-591.840	-591.840	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-105,10	0	0	0	0	0	0	0	0	-900	-900	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-403.292,82	-3.320	-3.390	0	-3.460	-3.460	-3.460	-3.460	0	-414.751	-431.981	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	427.047,59	1.053.320	3.053.390	0	4.053.460	4.053.460	53.460	53.460	0	2.233.956	13.501.186	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	2.811.271,86	-530.320	-430.390	0	-930.460	-1.030.460	2.969.540	2.969.540	0	10.975.820	14.523.590	0
	Auszahlungen)												
Ohne Projektzuordnung													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	530.319,45	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	523.000	0	2.636.777	5.251.777	0
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	15.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	45.000	45.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	545.319,45	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	523.000	0	2.681.777	5.296.777	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-7.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-22.500	-22.500	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-105,10	0	0	0	0	0	0	0	0	-900	-900	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	7.605,10	0	0	0	0	0	0	0	0	23.400	23.400	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	537.714,35	523.000	523.000	0	523.000	523.000	523.000	523.000	0	2.658.377	5.273.377	0
	Auszahlungen)												
1.15	Landesmittel SVA - Päd. Mittagsbetreuung Gudrun-Pausewang-Schule												

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-230	-230	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	230	230	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-230	-230	0							
2.01 Landesmittel AfG - Gerhart-Hauptmann-Schule														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-3.092	-3.092	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	3.092	3.092	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-3.092	-3.092	0							
2.02 Landesmittel AfG - Geschwister-Scholl-Schule														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-6.047	-6.047	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	6.047	6.047	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-6.047	-6.047	0							
2.07 Landesmittel AfG - Pestalozzischule Gemünden														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-20.938	-20.938	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	20.938	20.938	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-20.938	-20.938	0							
2.10 Landesmittel AfG - Freiherr-vom-Stein-Schule														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-12.769	-12.769	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	12.769	12.769	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-12.769	-12.769	0							
2.33 Landesmittel AfG - Ohmertschule Homberg														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-462.026	-462.026	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	462.026	462.026	0							

Teilhaushalt/Budget 20 Finanzen

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-462.026	-462.026	0
2.37	Landesmittel AfG - Albert-Schweitzer-Schule												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.676	-1.676	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	1.676	1.676	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.676	-1.676	0
3	Bundesmittel - Stadtschule Alsfeld												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-57.800	-57.800	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	57.800	57.800	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-57.800	-57.800	0
4	Bundesmittel - Grundschule u. Digmudisschule Schotten												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.960,67	0	0	0	0	0	0	0	0	-3.960	-3.960	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	3.960,67	0	0	0	0	0	0	0	0	3.960	3.960	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.960,67	0	0	0	0	0	0	0	0	-3.960	-3.960	0
5	Bundesmittel - Gymnasium Lauterbach												
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-23.298	-23.298	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	23.298	23.298	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-23.298	-23.298	0

Teilhaushalt/Budget 30 Rechtsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits gezahlt
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-728,92	-730	-750	0	-770	-770	-770	-770	0	-3.902	-7.732	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	728,92	730	750	0	770	770	770	770	0	3.902	7.732	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-728,92	-730	-750	0	-770	-770	-770	-770	0	-3.902	-7.732	0

Teilhaushalt/Budget

35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	17.850,00	0	0	0	0	0	0	0	0	17.850	17.850	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	14.648	14.648	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	17.850,00	0	0	0	0	0	0	0	0	32.498	32.498	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.025,00	-210.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	0	-512.825	-812.825	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	-200.000	-200.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-143.026,91	-64.500	-102.000	0	-43.000	0	0	0	0	-209.946	-354.946	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.002,45	-1.070	-3.040	0	-3.110	-3.110	-3.110	-3.110	0	-3.623	-19.103	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	204.054,36	475.570	165.040	0	106.110	63.110	63.110	63.110	0	926.394	1.386.874	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-186.204,36	-475.570	-165.040	0	-106.110	-63.110	-63.110	-63.110	0	-893.896	-1.354.376	0
Ohne Projektzuordnung													
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-60.025,00	-210.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	0	-434.225	-734.225	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-21.500	-74.000	0	-6.000	0	0	0	0	-21.500	-101.500	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-241,36	-270	-270	0	-280	-280	-280	-280	0	-788	-2.178	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	60.266,36	231.770	134.270	0	66.280	60.280	60.280	60.280	0	456.513	837.903	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-60.266,36	-231.770	-134.270	0	-66.280	-60.280	-60.280	-60.280	0	-456.513	-837.903	0
V.22.7 Gebäude Atemschutzstrecke Alsfeld													
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	-200.000	-200.000	0

Teilhaushalt/Budget

35 Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	200.000	0	0	0	0	0	0	0	200.000	200.000	0	
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	-200.000	-200.000	0	

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	128.598,77	45.000	760.000	0	505.000	185.000	45.000	45.000	0	905.185	2.445.185	0
2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	441.507	441.507	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	128.598,77	45.000	760.000	0	505.000	185.000	45.000	45.000	0	1.346.692	2.886.692	0
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-35.000,00	-16.500	0	0	0	0	0	0	0	-278.500	-278.500	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-17.635,58	-1.300.000	0	0	0	0	0	0	0	-1.688.862	-1.688.862	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.598.463,02	-50.000	-4.495.000	-4.600.000	-4.650.000	-4.650.000	-4.550.000	-4.550.000	-1.072	-11.568.953	-34.465.026	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-462.422,59	-570.000	-600.000	0	-500.000	-550.000	-545.000	-445.000	0	-2.718.924	-5.358.924	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.569,75	-1.590	-1.630	0	-1.660	-1.660	-1.660	-1.660	0	-7.909	-16.179	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.115.090,94	1.938.090	5.096.630	4.600.000	5.151.660	5.201.660	5.096.660	4.996.660	1.072	16.263.149	41.807.492	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.986.492,17	-1.893.090	-4.336.630	-4.600.000	-4.646.660	-5.016.660	-5.051.660	-4.951.660	-1.072	-14.916.457	-38.920.800	0

Ohne Projektzuordnung

2.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	433.650	433.650	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	433.650	433.650	0							
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	-17.635,58	0	0	0	0	0	0	0	0	-50.084	-50.084	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-23.221,97	-10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	0	0	0	-245.817	-260.817	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-996,38	-1.010	-1.030	0	-1.050	-1.050	-1.050	-1.050	0	-6.470	-11.700	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	41.853,93	11.010	6.030	0	6.050	6.050	1.050	1.050	0	302.372	322.602	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-41.853,93	-11.010	-6.030	0	-6.050	-6.050	-1.050	-1.050	0	131.277	111.047	0
F.01.1 Jugendheim Landenhausen													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-400.421,21	0	0	0	0	0	0	0	0	-400.447	-400.447	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-3.908,67	0	0	0	-50.000	0	0	0	0	-3.908	-53.908	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	404.329,88	0	0	0	50.000	0	0	0	0	404.355	454.355	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-404.329,88	0	0	0	-50.000	0	0	0	0	-404.355	-454.355	0
S.01.1 Baukosten Gerhart-Hauptmann-Schule Fortsetzung SIP													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-206.425	-206.425	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	206.425	206.425	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-206.425	-206.425	0
S.02.1 Baukosten Geschwister-Scholl-Schule, Aisfeld													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-23.457,09	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.501.524	-1.501.524	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-88.422	-88.422	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	23.457,09	0	0	0	0	0	0	0	0	1.589.946	1.589.946	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-23.457,09	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.589.946	-1.589.946	0
S.03.1 Sanierungs- und Einrichtungskosten Junkergarten													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-3.724	-3.724	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	3.724	3.724	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-3.724	-3.724	0

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
S.03.2 Heizungsanlage Stadtschule Alsfeld														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	37.974	37.974	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	37.974	37.974	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-756,75	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-46.671	-46.671	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	756,75	0	0	0	0	0	0	0	0	0	46.671	46.671	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-756,75	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-8.696	-8.696	0
S.08.1 Baukosten Astrid-Lindgren-Schule Grebenau														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-188.532	-188.532	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	188.532	188.532	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-188.532	-188.532	0
S.09.1 Baukosten Grundschule Groß-Felda Fortsetzung SIP														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-104.879	-104.879	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	104.879	104.879	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-104.879	-104.879	0
S.11.1 Erweiterungsbau Grundschule Homberg/Ohm														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-1.245.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.245.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	-100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-100.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	1.345.000	0	0	0	0	0	0	0	0	1.345.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-1.345.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.345.000	0
S.13.1 Baukosten Eichbergschule - Turnhalle														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-33.119,03	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-478.621	-478.621	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	33.119,03	0	0	0	0	0	0	0	0	478.621	478.621	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-33.119,03	0	0	0	0	0	0	0	0	-478.621	-478.621	0	
S.14.1 Einrichtungskosten Schule an der Wascherde, Lauterbach														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-87.302	-87.302	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	87.302	87.302	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-87.302	-87.302	0	
S.200.99 Schulbudget investiv														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-200.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	0	-202.989	-1.202.989	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000	200.000	0	202.989	1.202.989	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-200.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	0	-202.989	-1.202.989	0	
S.23.1 Ersatzneubau Wirtschaftsgebäude Schlossbergschule Ulrichstein														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.634,99	0	0	0	0	0	0	0	-1.072	-8.927	-10.000	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	5.634,99	0	0	0	0	0	0	0	1.072	8.927	10.000	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-5.634,99	0	0	0	0	0	0	0	-1.072	-8.927	-10.000	0	
S.24.1 Bauliche Erweiterung Brüder-Grimm-Schule Alsfeld														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-555.983,87	0	0	0	0	0	0	0	0	-662.953	-662.953	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	555.983,87	0	0	0	0	0	0	0	0	662.953	662.953	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-555.983,87	0	0	0	0	0	0	0	0	-662.953	-662.953	0	
S.243.11 Vernetzte Bücherei Homberg														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.135	-2.135	0	

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	2.135	2.135	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.135	-2.135	0	
S.243.12 Investitionsprogramm Fachräume														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-45.879	-45.879	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	45.879	45.879	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-45.879	-45.879	0	
S.243.14 Jugendverkehrsschule														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-860	-860	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	860	860	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-860	-860	0	
S.243.15 Zufahrt Grundschule Oberes Ohmtal - Mücke														
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-107.000	-107.000	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	107.000	107.000	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-107.000	-107.000	0	
S.243.16 Sachausstattung Landesaufgaben														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	37.023,05	0	0	0	0	0	0	0	0	84.712	84.712	0	
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	37.023,05	0	0	0	0	0	0	0	0	84.712	84.712	0	
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-37.023,05	0	0	0	0	0	0	0	0	-84.522	-84.522	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	37.023,05	0	0	0	0	0	0	0	0	84.522	84.522	0	

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	189	189	0
	Auszahlungen)													
S.243.18 Investitionszuschuss für Sportplatz in Schwalmtal														
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	-35.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-35.000	-35.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	35.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35.000	35.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-35.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-35.000	-35.000	0
	Auszahlungen)													
S.243.19 Investitionszuschuss für Sportplatz in Grebenhain														
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	-16.500	0	0	0	0	0	0	0	0	-16.500	-16.500	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	16.500	0	0	0	0	0	0	0	0	16.500	16.500	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	-16.500	0	0	0	0	0	0	0	0	-16.500	-16.500	0
	Auszahlungen)													
S.243.2 Ganztagsprogramm (Ausbau)														
1.	- Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-120.000	-120.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0	0	-50.000	-300.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-8.288	-8.288	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	50.000	50.000	0	50.000	50.000	50.000	50.000	0	0	178.288	428.288	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	0	0	-178.288	-428.288	0
	Auszahlungen)													
S.243.3 Sonderprogramm Schule@Zukunft														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	48.504,75	45.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	45.000	0	0	241.497	466.497	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	48.504,75	45.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000	45.000	0	0	241.497	466.497	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-97.189,22	-135.000	-135.000	0	-135.000	-135.000	-135.000	-135.000	0	0	-503.447	-1.178.447	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	97.189,22	135.000	135.000	0	135.000	135.000	135.000	135.000	0	0	503.447	1.178.447	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-48.684,47	-90.000	-90.000	0	-90.000	-90.000	-90.000	-90.000	0	-261.950	-711.950	0
S.243.4 Förderprogramme Berufsschulen													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	-200.000	-150.000	0	0	-200.000	-100.000	-100.000	0	-225.539	-775.539	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	200.000	150.000	0	0	200.000	100.000	100.000	0	225.539	775.539	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	-200.000	-150.000	0	0	-200.000	-100.000	-100.000	0	-215.539	-765.539	0
S.243.5 Ganztagsbetreuung													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	18.585,67	0	0	0	0	0	0	0	0	100.129	100.129	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	18.585,67	0	0	0	0	0	0	0	0	100.129	100.129	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-18.585,67	0	0	0	0	0	0	0	0	-113.054	-113.054	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	18.585,67	0	0	0	0	0	0	0	0	113.054	113.054	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-12.924	-12.924	0
S.243.6 Sonderprogramm Activeboards													
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-50.044,87	-25.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	-126.252	-176.252	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	50.044,87	25.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000	10.000	0	126.252	176.252	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-50.044,87	-25.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	0	-126.252	-176.252	0
S.243.8 Ganztagsausbau													
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige	-33.420,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-85.126	-85.126	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen												
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	33.420,00	0	85.126	85.126	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-33.420,00	0	-85.126	-85.126	0							
	Auszahlungen)												
S.243.9 Adolf-Spiess-Sportanlage													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	50.000	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	50.000	50.000	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	50.000	50.000	0							
	Auszahlungen)												
S.25.1 Erweiterung Umkleide Turnhalle Erich-Kästner-Schule, Ailsfeld													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	83.000	83.000	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	83.000	83.000	0							
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-5.205,33	0	0	0	0	0	0	0	0	-535.816	-535.816	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	5.205,33	0	535.816	535.816	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-5.205,33	0	-452.816	-452.816	0							
	Auszahlungen)												
S.30.1 Baukosten Max-Eyth-Schule													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-125.836	-125.836	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	125.836	125.836	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-125.836	-125.836	0							
	Auszahlungen)												
S.30.3 Max-Eyth-Schule Landesfachklasse													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-47.413,77	0	0	0	0	0	0	0	0	-670.720	-670.720	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	47.413,77	0	670.720	670.720	0							
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-47.413,77	0	-670.720	-670.720	0							
	Auszahlungen)												

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
S.30.4 Kaufabwicklung Erweiterungsbau Max-Eyth-Schule in Alsfeld														
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	-1.300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.300.000	-1.300.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	1.300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	1.300.000	1.300.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	-1.300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.300.000	-1.300.000	0
S.32.1 Baukosten Oberwaldschule Grebenhain														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	155.000	155.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-155.000	-155.000	0
S.32.2 Gesamtanierung Oberwaldschule in Grebenhain														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	-2.500.000	0	0	0	-2.500.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	2.500.000	0	0	0	2.500.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	-2.500.000	0	0	0	-2.500.000	0
S.35.1 Ersatzneubau Gesamtschule Schlitz														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-650.000	-2.400.000	-2.400.000	-4.600.000	-4.500.000	-2.000.000	0	-131.113	-14.281.113	-14.281.113	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	-100.000	0	0	0	-100.000	-100.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	650.000	2.400.000	2.400.000	4.600.000	4.600.000	2.000.000	0	131.113	14.381.113	14.381.113	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	0	-650.000	-2.400.000	-2.400.000	-4.600.000	-4.600.000	-2.000.000	0	-131.113	-14.381.113	-14.381.113	0
S.35.3 Gesamtschule Schlitz Neubau														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-8.297,55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-538.283	-538.283	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	8.297,55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	538.283	538.283	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-8.297,55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-538.283	-538.283	0

Teilhaushalt/Budget

40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
S.36.1 Sanierung Vogelsbergschule Schotten													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	715.000	0	460.000	140.000	0	0	0	0	1.315.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	715.000	0	460.000	140.000	0	0	0	0	1.315.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-214.866,35	0	-2.550.000	-2.200.000	-2.200.000	0	0	0	0	-542.286	-5.292.286	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	-100.000	0	0	0	0	0	-100.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	214.866,35	0	2.550.000	2.200.000	2.300.000	0	0	0	0	542.286	5.392.286	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-214.866,35	0	-1.835.000	-2.200.000	-1.840.000	140.000	0	0	0	-542.286	-4.077.286	0
S.37.2 Baukosten Albert-Schweitzer-Schule (Fortsetzung SIP)													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-56.262	-56.262	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	56.262	56.262	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-56.262	-56.262	0
S.38.1 Bauliche Erweiterung 1 B Alexander-von-Humboldt-Schule, Lauterbach													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-944,32	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.587.546	-2.587.546	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-144.780	-144.780	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	944,32	0	0	0	0	0	0	0	0	2.732.326	2.732.326	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-944,32	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.732.326	-2.732.326	0
S.38.2 Turnhalle Gymnasium Lauterbach													
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-338.777	-338.777	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-206	-206	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-36.141	-36.141	0

Teilhaushalt/Budget 40 Schulen und Liegenschaften

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	375.125	375.125	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-375.125	-375.125	0	
V.11.1 Sanierung Bahnhofstraße 49, Lauterbach														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-76.059,61	0	0	0	0	0	0	0	0	-731.429	-731.429	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	76.059,61	0	0	0	0	0	0	0	0	731.429	731.429	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-76.059,61	0	0	0	0	0	0	0	0	-731.429	-731.429	0	
V.11.3 Sanierung Bahnhofstraße 51														
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-592.533	-592.533	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	592.533	592.533	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-592.533	-592.533	0	
V.11.4 Sanierung Goldhelg 20, Gebäude A (Altbau)														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	23.800,00	0	0	0	0	0	0	0	0	287.500	287.500	0	
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	23.800,00	0	0	0	0	0	0	0	0	287.500	287.500	0	
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-226.303,15	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.249.211	-1.249.211	0	
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	226.303,15	0	0	0	0	0	0	0	0	1.249.211	1.249.211	0	
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-202.503,15	0	0	0	0	0	0	0	0	-961.711	-961.711	0	

Teilhaushalt/Budget 43 Volkshochschule

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-13.759,36	-15.000	-52.400	0	-68.960	0	0	0	0	-50.653	-172.013	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-487,82	-490	-500	0	-500	-500	-500	-500	0	-2.119	-4.619	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	14.247,18	15.490	52.900	0	69.460	500	500	500	0	52.773	176.633	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-14.247,18	-15.490	-52.900	0	-69.460	-500	-500	-500	0	-52.773	-176.633	0

Teilhaushalt/Budget 50 Soziale Sicherung

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Gesamtwerte														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	12.745,39	0	0	0	0	0	0	0	0	0	43.825	43.825	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	12.745,39	0	0	0	0	0	0	0	0	0	43.825	43.825	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-20.567	-20.567	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-13.598,26	-13.610	-13.950	0	-14.250	-14.250	-14.250	-14.250	0	0	-60.144	-131.094	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	13.598,26	13.610	13.950	0	14.250	14.250	14.250	14.250	0	0	80.711	151.661	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-852,87	-13.610	-13.950	0	-14.250	-14.250	-14.250	-14.250	0	0	-36.886	-107.836	0

Teilhaushalt/Budget

51 Jugend

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Gesamtwerte														
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	200,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	24.196	24.196	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	200,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	24.196	24.196	0
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-20.999,89	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-42.617	-42.617	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.946,40	-4.080	-4.270	0	-4.350	-4.350	-4.350	-4.350	-4.350	0	-19.772	-41.442	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	24.946,29	4.080	4.270	0	4.350	4.350	4.350	4.350	4.350	0	62.389	84.059	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-24.746,29	-4.080	-4.270	0	-4.350	-4.350	-4.350	-4.350	-4.350	0	-38.193	-59.863	0

Teilhaushalt/Budget 53 Gesundheitsdienste

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits gezahlt	
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt			
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Gesamtwerte														
4.	- Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-2.813,96	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.813	-2.813	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.562	-2.562	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	2.813,96	0	0	5.376	5.376	0							
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.813,96	0	0	-5.376	-5.376	0							

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	793.976,93	1.015.000	880.180	0	540.620	672.000	1.000.800	798.000	20.400	4.042.160	7.954.160	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	793.976,93	1.015.000	880.180	0	540.620	672.000	1.000.800	798.000	20.400	4.042.160	7.954.160	0
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-52.932	-52.932	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.277.812,56	-1.567.500	-1.246.000	-1.220.000	-1.256.000	-972.000	-1.400.000	-1.140.000	0	-6.149.347	-12.163.347	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.561,18	-3.130	-3.050	0	-3.110	-3.110	-3.110	-3.110	0	-16.878	-32.368	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	1.280.373,74	1.570.630	1.249.050	1.220.000	1.259.110	975.110	1.403.110	1.143.110	0	6.219.158	12.248.648	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-486.396,81	-555.630	-368.870	-1.220.000	-718.490	-303.110	-402.310	-345.110	0	-2.176.998	-4.294.488	0
	Auszahlungen)												
Ohne Projektzuordnung													
2.	- Auszahlungen für Grundstücken, Gebäude und Bauten pp.	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-52.932	-52.932	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-452,11	-460	-470	0	-480	-480	-480	-480	0	-1.943	-4.333	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	452,11	460	470	0	480	480	480	480	0	54.875	57.265	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-452,11	-460	-470	0	-480	-480	-480	-480	0	-54.875	-57.265	0
	Auszahlungen)												
K.047.1 Ausbaukosten OD Gemüden, Ortsteil Elpenrod - L3073													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	26.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	273.951	273.951	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	26.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	273.951	273.951	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-14.042,83	0	0	0	0	0	0	0	0	-396.871	-396.871	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	14.042,83	0	0	0	0	0	0	0	0	396.871	396.871	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	11.957,17	0	0	0	0	0	0	0	0	-122.920	-122.920	0
	Auszahlungen)												

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
K.050.1 UF Krebsbach in Büßfeld													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	467.230	0	0	0	0	0	0	0	467.230	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	467.230	0	0	0	0	0	0	0	467.230	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-670.000	0	0	0	0	0	0	-27.190	-697.190	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	670.000	0	0	0	0	0	0	27.190	697.190	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-202.770	0	0	0	0	0	0	-27.190	-229.960	0
K.051.1 KRC Deckenbach-Schadenbach													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	392.400,00	0	0	0	0	0	0	0	0	392.400	392.400	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	392.400,00	0	0	0	0	0	0	0	0	392.400	392.400	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-613.945,64	0	0	0	0	0	0	0	0	-620.695	-620.695	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	613.945,64	0	0	0	0	0	0	0	0	620.695	620.695	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-221.545,64	0	0	0	0	0	0	0	0	-228.295	-228.295	0
K.059.1 Baukosten Gleenbachbrücke, Ober-Gleen													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	7.500	7.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	7.500	7.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-638	-638	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	638	638	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	6.861	6.861	0
K.070.1 Ausbaukosten OD Alsfeld-Hattendorf													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	30.000	351.000	0	0	0	381.000	0

Teilhaushalt/Budget 63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	30.000	351.000	0	0	0	381.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	-30.000	-450.000	0	0	0	-480.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	30.000	450.000	0	0	0	480.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	-99.000	0	0	0	-99.000	0
K.073.1 Baukosten OD Grebenau/Udenhausen													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	266.000	0	0	0	0	0	0	0	266.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	266.000	0	0	0	0	0	0	0	266.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-380.000	0	0	0	0	0	0	0	-380.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	380.000	0	0	0	0	0	0	0	380.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	-114.000	0	0	0	0	0	0	0	-114.000	0
K.080.1 Ausbaukosten OD Schlitz, Stadtteil Pfordt													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	66.839	66.839	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	66.839	66.839	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-537,19	0	0	0	0	0	0	0	0	-5.966	-5.966	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	537,19	0	0	0	0	0	0	0	0	5.966	5.966	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-537,19	0	0	0	0	0	0	0	0	60.873	60.873	0
K.080.2 Baukosten UF Fulda, Schlitz-Pfordt													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	40.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	40.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	-550.000	-550.000	0	0	0	0	-29.171	-579.171	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	550.000	550.000	0	0	0	0	29.171	579.171	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	-550.000	-510.000	0	0	0	0	-29.171	-539.171	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
K.084.1 Ausbaukosten OD Wartenberg-Angersbach													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	45.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	463.400	463.400	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	45.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	463.400	463.400	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-92.104,03	0	0	0	0	0	0	0	0	-706.701	-706.701	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	92.104,03	0	0	0	0	0	0	0	0	706.701	706.701	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-47.104,03	0	0	0	0	0	0	0	0	-243.301	-243.301	0
K.091.1 Bannerod - Crainfeld (L 3178)													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	801.500	0	0	0	0	0	0	0	801.500	801.500	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	801.500	0	801.500	801.500	0						
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-67.300,00	-1.270.000	0	0	0	0	0	0	0	-1.372.672	-1.372.672	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	67.300,00	1.270.000	0	1.372.672	1.372.672	0						
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-67.300,00	-468.500	0	-571.172	-571.172	0						
K.096.1 Ausbaukosten OD Freiensteinau													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	27.142	27.142	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	27.142	27.142	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-245,26	0	0	0	0	0	0	0	0	-70.058	-70.058	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	245,26	0	0	0	0	0	0	0	0	70.058	70.058	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-245,26	0	0	0	0	0	0	0	0	-42.916	-42.916	0
K.111.2 Ausbaukosten Lauterbach, Stadtteil Blitzenrod- Stadtteil Frischborn													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	103.200	103.200	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	103.200	103.200	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-321	-321	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	321	321	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	102.878	102.878	0
K.111.3	OD Lautertal-Hopfmansfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	378.000	0	0	378.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	378.000	0	0	378.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	-540.000	0	0	-540.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	540.000	0	0	540.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	-162.000	0	0	-162.000	0
K.114.1	Anteil Umbaukosten L 3140 (Lauterbach/Knöppsack)												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	80.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	80.000	80.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	80.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	80.000	80.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-105.268,07	0	0	0	0	0	0	0	0	-105.268	-105.268	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	105.268,07	0	0	0	0	0	0	0	0	105.268	105.268	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-25.268,07	0	0	0	0	0	0	0	0	-25.268	-25.268	0
K.114.2	OD Lauterbach, Ortsteil Frischborn												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	0	420.000	0	0	420.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	420.000	0	0	420.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	-600.000	0	0	-600.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	600.000	0	0	600.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	-180.000	0	0	-180.000	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
K.117.1 UF Deutsche Bahn bei Lauterbach-Heblos													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	0	0	350.000	0	0	0	350.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	350.000	0	0	0	350.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	-30.000	-550.000	0	0	0	-580.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	30.000	550.000	0	0	0	580.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-30.000	-200.000	0	0	0	-230.000	0
K.120.2 OD Schwalmtal, Ortsteil Hopfgarten													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0	0	0	485.620	0	0	0	0	0	485.620	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	485.620	0	0	0	0	0	485.620	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-223,72	0	0	-670.000	-670.000	0	0	0	0	-223	-670.223	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	223,72	0	0	670.000	670.000	0	0	0	0	223	670.223	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-223,72	0	0	-670.000	-184.380	0	0	0	0	-223	-184.603	0
K.122.1 Ausbaukosten OD Alsfeld, Stadtteil Altenburg													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	90.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0	118.700	118.700	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	90.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0	118.700	118.700	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-150.453,65	0	0	0	0	0	0	0	0	-178.653	-178.653	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	150.453,65	0	0	0	0	0	0	0	0	178.653	178.653	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-59.953,65	0	0	0	0	0	0	0	0	-59.953	-59.953	0
K.123.1 Ausbaukosten OD Alsfeld													
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.059	-1.059	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	1.059	1.059	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.059	-1.059	0
K.125.1 Baukosten Groß-Felda- B 49													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	42.900,00	0	0	0	0	0	0	0	0	592.900	592.900	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	42.900,00	0	0	0	0	0	0	0	0	592.900	592.900	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-11.945,97	0	0	0	0	0	0	0	0	-898.700	-898.700	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	11.945,97	0	0	0	0	0	0	0	0	898.700	898.700	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	30.954,03	0	0	0	0	0	0	0	0	-305.800	-305.800	0
K.125.2 Baukosten OD Groß-Felda													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	7.282,00	0	0	0	0	0	299.800	0	0	7.282	307.082	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	7.282,00	0	0	0	0	0	299.800	0	0	7.282	307.082	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	-400.000	0	0	-7.994	-407.994	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	400.000	0	0	7.994	407.994	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	7.282,00	0	0	0	0	0	-100.200	0	0	-712	-100.912	0
K.126.1 OD Feldatal, Erneuerung Stützmauer													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	11.520,00	201.500	0	0	0	0	0	0	0	213.020	213.020	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	11.520,00	201.500	0	0	0	0	0	0	0	213.020	213.020	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-285.500	0	0	0	0	0	0	0	-306.297	-306.297	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	285.500	0	0	0	0	0	0	0	306.297	306.297	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.520,00	-84.000	0	0	0	0	0	0	0	-93.277	-93.277	0
K.126.2 Ausbaukosten OD Groß-Felda													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	146.950	0	0	0	0	0	0	0	146.950	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	sowie aus Investitionsbeiträgen												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	146.950	0	0	0	0	0	0	0	146.950	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	-196.000	0	0	0	0	0	0	0	-196.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	196.000	0	0	0	0	0	0	0	196.000	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	0,00	0	-49.050	0	0	0	0	0	0	0	-49.050	0
	Auszahlungen)												
K.130.1	Baukosten Katharinenbachbrücke, Feldatal-Köddingen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	218.500	218.500	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	218.500	218.500	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-807,07	0	0	0	0	0	0	0	0	-352.951	-352.951	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	807,07	0	0	0	0	0	0	0	0	352.951	352.951	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-807,07	0	0	0	0	0	0	0	0	-134.451	-134.451	0
	Auszahlungen)												
K.133.1	Ausbaukosten OD Ulrichstein, Stadtteil Wohnfeld												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	9.590,00	0	0	0	0	0	0	0	0	252.540	252.540	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	9.590,00	0	0	0	0	0	0	0	0	252.540	252.540	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-69.677,14	0	0	0	0	0	0	0	0	-361.717	-361.717	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	69.677,14	0	0	0	0	0	0	0	0	361.717	361.717	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./.	-60.087,14	0	0	0	0	0	0	0	0	-109.177	-109.177	0
	Auszahlungen)												
K.139.1	OD Mücke-Groß/Eichen												
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen	0,00	0	0	0	15.000	229.000	0	0	0	0	244.000	0
	sowie aus Investitionsbeiträgen												
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	15.000	229.000	0	0	0	0	244.000	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	-15.000	-328.000	0	0	0	0	-343.000	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	15.000	328.000	0	0	0	0	343.000	0

Teilhaushalt/Budget

63 Bauen und Umwelt

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	0	-99.000	0	0	0	0	-99.000	0
K.141.1 Ausbaukosten OD Sichenhausen													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	0	146.584	146.584	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	0	146.584	146.584	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	-193.688	-193.688	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	193.688	193.688	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.784,93	0	0	0	0	0	0	0	0	-47.103	-47.103	0
K.141.3 OD Schotten/Kaulstoß													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	12.000	0	0	0	413.000	0	0	20.400	12.000	445.400	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	0,00	12.000	0	0	0	413.000	0	0	20.400	12.000	445.400	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-12.000	0	0	-21.000	-584.000	0	0	0	-12.000	-617.000	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	0,00	12.000	0	0	21.000	584.000	0	0	0	12.000	617.000	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	0	0	-21.000	-171.000	0	0	0	0	-171.600	0
K.250.3 Baukosten UF Moosbach-Metzlos													
1.	+ Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	82.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	264.700	264.700	0
=	Summe Einzahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-3)	82.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	264.700	264.700	0
3.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-151.261,99	0	0	0	0	0	0	0	0	-500.505	-500.505	0
=	Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	151.261,99	0	0	0	0	0	0	0	0	500.505	500.505	0
=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-69.261,99	0	0	0	0	0	0	0	0	-235.805	-235.805	0

Teilhaushalt/Budget 80 Veterinärwesen, Verbraucherschutz

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits gezahlt
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-645,60	-620	-670	0	-680	-680	-680	-680	0	-2.776	-6.166	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätigk. (Pos. 1-5)	645,60	620	670	0	680	680	680	680	0	2.776	6.166	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-645,60	-620	-670	0	-680	-680	-680	-680	0	-2.776	-6.166	0

Teilhaushalt/Budget

90 Wirtschaft und ländlicher Raum

Pos.	Inhalt	Ergebnis	Plan	Plan	VE	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Bisher	Gesamtbetrag	Davon bereits
		2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	Folgejahre	bereitgestellt	EUR	gezahlt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gesamtwerte													
3.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	98.000	98.000	0
	= Summe Einzahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-3)	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	98.000	98.000	0
5.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.316,09	-2.780	-3.120	0	-3.190	-3.190	-3.190	-3.190	0	-754.131	-770.011	0
	= Summe Auszahlungen Investitionstätig. (Pos. 1-5)	2.316,09	2.780	3.120	0	3.190	3.190	3.190	3.190	0	754.131	770.011	0
	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.316,09	-2.780	-3.120	0	-3.190	-3.190	-3.190	-3.190	0	-656.131	-672.011	0

*** Ende der Liste "Investitionsübersicht" ***

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2017				voraussichtlich fällige Auszahlungen			
Produkt Projekt				2018	2019	2020	2021
11160	S.35.1	Sanierung Gesamtschule Schlitz	2.400.000 €	2.400.000 €			
11160	S.36.1	Sanierung Vogelsbergschule Schotten	2.200.000 €	2.200.000 €			
54200	K.120.2	OD Schwalmtal, Ortsteil Hopfgarten	670.000 €	670.000 €			
54200	K.080.2	UF Fulda in Schlitz, Stadtteil Pfordt	550.000 €	550.000 €			
Summe			5.820.000 €	5.820.000 €	0 €	0 €	0 €

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2018				voraussichtlich fällige Auszahlungen			
Produkt Projekt				2018	2019	2020	2021
11160	S.35.1	Sanierung Gesamtschule Schlitz	2.500.000 €		2.500.000 €		
54200	K.141.3	OD Schotten/Kaulstoß	584.000 €		584.000 €		
54200	K.139.1	OD Mücke-Groß/Eichen	300.000 €		300.000 €		
Summe			3.384.000 €	0 €	3.384.000 €	0 €	0 €

Nachrichtlich:

In der Ergebnis- und Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen

7.998.770 € 7.980.730 €

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2016	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2017	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2018	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2018
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten von				
2.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen				
2.2 Land *)				
2.3 Gemeinden und Gemeindeverbänden				
2.4 Zweckverbänden und dgl.				
2.5 Sonstiger öffentlicher Bereich	20.821.380 €	19.640.005 €	18.463.005 €	17.430.905 €
2.6 Kreditmarkt *)	31.437.208 €	31.987.582 €	35.767.472 €	39.056.482 €
2.7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen				
Summe	52.258.589 €	51.627.588 €	54.230.478 €	56.487.388 €
3. Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	94.500.000 €	96.987.000 €	98.418.000 €	99.959.000 €
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
4.1 Leasing				
4.2 Sonstige				
Summe	0 €	0 €	0 €	0 €
5. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung				
5.1 Aus Krediten				
5.2 Aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
6. Vorübergehende Inanspruchnahme von flüssigen Mitteln aus Sonderrücklagen für andere Zwecke				
7. Anteilige Schulden ⁽¹⁾ im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden	8.589.149 €	n.n.) ³	n.n.) ³	n.n.) ³
8. Anteilige Schulden ⁽²⁾ im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen	23.282.998 €	n.n.) ³	n.n.) ³	n.n.) ³
9. Langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen	26.210.381 €	23.877.175 €	22.775.152 €	21.673.128 €

⁽¹⁾ Der den Mitgliedsanteilen des Landkreises an Zweckverbänden entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Verbände.

⁽²⁾ Der den Gesellschaftsanteilen des Landkreises an Unternehmen entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Unternehmen

⁽³⁾ Für die Hjjahre 2017 und 2018 sind realitätsnahe Angaben nicht möglich, weil eine ganze Reihe gewichtiger Zweckverbände und Beteiligungen noch keine Finanzplanung für die Jahre 2017 und 2018 ausgearbeitet hat, woraus annähernd belastbare Werte herzuleiten wären.

*) nachrichtl.: voraussichtl. noch nicht aufgenommene (mögl.) HER

	6.185.070	7.201.290	6.925.210	7.998.770
--	-----------	-----------	-----------	-----------

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2016	vorauss. Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2017	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2017	vorauss. Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2018
1. Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0 €	0 €	0 €	0 €
1.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0 €	0 €	0 €	0 €
1.3 Zweckgebundene Rücklagen	0 €	0 €	0 €	0 €
1.4 Sonderrücklagen	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
1.4.1 Stiftungskapital	0 €	0 €	0 €	0 €
1.4.2 Sonstige Sonderrücklagen (Beteiligungswert Sparkasse Oberhessen)	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
Summe der Rücklagen	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €	55.944.832 €
2. Rückstellungen				
2.1 Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen auf Grund von beamtenechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach HVersRücklG gedeckt)	27.157.715 € 678.451 €	28.142.352 € 754.371 €	28.904.685 € 846.661 €	29.436.053 € 945.191 €
2.2 Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern, Beamten und Arbeitnehmern	6.896.591 €	7.100.589 €	7.316.656 €	7.529.798 €
2.3 Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	10.937 €	79.497 €	108.877 €	69.057 €
2.4 Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden	311.642 €	0 €	0 €	0 €
2.5 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0	0 €	0 €	0 €
2.6 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0	0 €	0 €	0 €
2.7 Rückstellungen für unbestimmte Aufwendungen für Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	0 €	0 €	0 €	0 €
2.8 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	4.642.878 €	3.235.922 €	3.585.922 €	3.585.922 €
2.9 Sonstige Rückstellungen	160.000 €	0 €	0 €	0 €
Summe der Rückstellungen	39.179.763 €	38.558.360 €	39.916.140 €	40.620.830 €

Übersicht über die den Fraktionen nach § 26a Abs. 4 HKO zur Verfügung gestellten Mittel

Art	Haushaltsansatz			Ergebnis der Jahresrechn. 2015
	2018	2017	2016	
1. Gesamtbetrag der Mittel nach § 26a Abs. 4 HKO	35.000 €	35.000 €	35.000 €	33.443,49 €
1.1 Sockelbetrag i. H. v. 35 % der vom KT bereitgestellten Mittel berechnet gem. § 6 Abs. 3 Entschädigungssatzung	12.250 €	12.250 €	12.240 €	12.240,00 €
1.2 Restbetrag nach Fraktionsstärke (372 € jährlich/Fraktionsmitglied) berechnet gem. § 6 Abs. 3 Entschädigungssatzung	22.692 €	22.692 €	22.692 €	21.203,49 €
2. Aufteilung des Betrages unter 1. auf die einzelnen Fraktionen: (vorbehaltlich der Änderungen durch die Kommunalwahl 2016)				
2.1 Für die Fraktion CDU insgesamt	9.934 €	9.934 €	9.852 €	8.836,60 €
2.2 Für die Fraktion SPD insgesamt	8.818 €	8.818 €	9.480 €	9.289,60 €
2.3 Für die Fraktion FW insgesamt	3.982 €	3.982 €	4.272 €	4.272,00 €
2.4 Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne insgesamt	3.610 €	3.610 €	5.016 €	5.016,00 €
2.5 Für die Fraktion AfD insgesamt	3.238 €	3.238 €	-	0,00 €
2.6 Für die Fraktion FDP insgesamt	2.866 €	2.866 €	3.156 €	3.156,00 €
2.7 Für die Fraktion Die Linke insgesamt	2.494 €	2.494 €	3.156 €	2.873,29 €
Eine Aufteilung der den Fraktionen gewährten Mittel nach - Personalkosten - Sachkosten (ohne Öffentlichkeitsarbeit) - Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit ist nicht vorgesehen				
3. Zusätzlich an die einzelnen Fraktionen gewährte geldwerte Leitungen:	keine			

Stellenplan 2017 Beamte/Beamtinnen

Teil- haushalt	Bezeichnung	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz																	Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen
		Höherer Dienst						Gehobener Dienst				Mittlerer Dienst							nach dem Stellenplan		tatsächlich besetzt am	
		B 6	B 4	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10/9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Anw.	DO-A	2017	2016	30.06.2016	
10	Haupt- und Personalamt	1,00	1,00			1,00		2,00	1,00	4,00	2,00							12,00	12,00	11,00		
14	Rechnungsprüfungsamt							1,00	1,00	5,00								7,00	11,00	7,00		
20	Finanzen und Kassenwesen					1,00	1,00		1,00	2,00	1,00	1,00						7,00	7,00	7,00	1 A 9 mD m Zul.	
30	Rechtsamt			1,00														1,00	1,00	1,00		
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.			1,00				2,00	3,00	6,00	5,00	2,00						19,00	17,00	19,00	1 A 11 ku,	
40	Schulen und Liegenschaften						1,00		1,00	1,00	2,00							5,00	5,00	4,00		
43	Volkshochschule									1,00								1,00	1,00	1,00		
50	Soziale Sicherung				1,00			1,00	4,00	10,00	19,00	1,63						36,63	36,63	36,63		
51	Jugendamt				1,00				1,00	3,00	5,00	1,00						11,00	11,00	11,00		
53	Gesundheitsamt					1,00												1,00	0,00	0,00		
63	Bauen und Umwelt					1,00			3,00	1,00	4,00	1,00						10,00	10,00	9,00	1 A 11 ku	
80	Veterinärwesen			1,00	1,00	3,00		1,00										6,00	6,00	5,00		
90	Wirtschaft u. ländlichen Raum				1,00	1,00			4,00	3,00	4,00	2,00						15,00	14,00	15,00		
	Kreis Krankenhaus																2,00	2,00	2,00	1,00		
	ÖPNV																1,00	1,00	1,00	1,00		
	Stellenplan 2017	1,00	1,00	3,00	4,00	8,00	2,00	7,00	19,00	36,00	42,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	134,63				
	Stellenplan 2016	1,00	1,00	3,00	5,00	7,00	2,00	7,00	18,00	36,00	43,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00		134,63			
	besetzte Stellen 30.06.2016	1,00	1,00	3,00	3,00	6,00	1,00	5,00	17,00	33,00	37,00	7,63	1,00	0,00	0,00	0,00	11,00	2,00		128,63	128,63	

„Der Kreisausschuss kann Prämien/Zulagen gemäß der Hessischen Verordnung über die Gewährung von Leistungsanreizen und zur Anerkennung besonderer Leistungen (HLAnreizV) vom 07.12.2015 bis max. 1 des Gesamtansatzes Dienstbezüge gewähren.“

Stellenplan 2018
Beamte/Beamtinnen

Teil- haushalt	Bezeichnung	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz																	Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen
		Höherer Dienst						Gehobener Dienst				Mittlerer Dienst							nach dem Stellenplan		Voraussichtlich besetzt am	
		B 6	B 4	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10/9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Anw.	DO-A	2018	2017	30.06.2017	
10	Haupt- und Personalamt	1,00	1,00			1,00		2,00	1,00	4,00	2,00							12,00	12,00	12,00		
14	Rechnungsprüfungsamt							1,00	1,00	5,00								7,00	7,00	7,00		
20	Finanzen und Kassenwesen					1,00	1,00		1,00	2,00	1,00	1,00						7,00	7,00	7,00	1 A 9 mD m Zul.	
30	Rechtsamt			1,00														1,00	1,00	1,00		
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.			1,00				2,00	3,00	6,00	5,00	2,00						19,00	19,00	19,00	1 A 11 ku,	
40	Schulen und Liegenschaften						1,00		1,00	1,00	2,00							5,00	5,00	4,00		
43	Volkshochschule									1,00								1,00	1,00	1,00		
50	Soziale Sicherung				1,00			1,00	4,00	10,00	19,00	1,63						36,63	36,63	36,63		
51	Jugendamt				1,00				1,00	3,00	5,00	1,00						11,00	11,00	11,00		
53	Gesundheitsamt					1,00												1,00	1,00	1,00		
63	Bauen und Umwelt					1,00			3,00	1,00	4,00	1,00						10,00	10,00	9,00	1 A 11 ku	
80	Veterinärwesen			1,00	1,00	3,00		1,00										6,00	6,00	5,00		
90	Wirtschaft u. ländlichen Raum				1,00	1,00			4,00	3,00	4,00	2,00						15,00	15,00	15,00		
	Kreiskrankenhaus																2,00	2,00	2,00	1,00		
	ÖPNV																1,00	1,00	1,00	1,00		
	Stellenplan 2018	1,00	1,00	3,00	4,00	8,00	2,00	7,00	19,00	36,00	42,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	134,63			
	Stellenplan 2017	1,00	1,00	3,00	5,00	7,00	2,00	7,00	18,00	36,00	43,00	8,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		134,63			
	besetzte Stellen 30.06.2017	1,00	1,00	3,00	3,00	7,00	1,00	6,00	17,00	35,00	38,00	7,63	1,00	0,00	0,00	0,00	8,00	2,00			130,63	130,63

„Der Kreisausschuss kann Prämien/Zulagen gemäß der Hessischen Verordnung über die Gewährung von Leistungsanreizen und zur Anerkennung besonderer Leistungen (HLAnreizV) vom 07.12.2015 bis max. 1 des Gesamtansatzes Dienstbezüge gewähren.“

Stellenplan 2017
Tarifbeschäftigte

Teil- haus- halt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach TVöD für den öffentlichen Dienst																	Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen		
		15	14	13	12	11	10	9 *	9a	9b	9c	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	nach dem Stellenplan 2017	tatsächlich besetzt am 30.06.2016		2016	
10	Haupt- und Personalamt		1,00			1,57	1,00		8,72	3,00		7,50		6,08	0,94	1,50		5,25		36,56	35,74	31,98		
14	Rechnungsprüfungsamt						2,78			1,17	1,00									4,95	7,60	4,95		
20	Finanzen u. Kassenwesen								3,50		6,78									10,28	10,28	9,98		
30	Rechtsamt			1,00							1,00									2,00	2,00	1,00		
35	Aufsichts- u. Ordn. Angel.	0,50					1,00		17,75	3,00	9,52		10,62							42,39	39,89	30,74		
40	Schulen u. Liegenschaften		1,00		1,00	4,00	2,50		4,50	1,00	2,60		42,73	23,87				39,22		122,42	124,42	111,83		
43	Volkshochschule		1,00	2,00							4,25		0,75							8,00	8,00	7,00		
50	Soziale Sicherung					1,00	6,00		56,82	32,00	3,00		3,95	3,00						105,77	102,77	83,06	1 EG10 ku	
51	Jugendamt		0,52	1,00		2,00	4,78		12,55	5,00	2,00		1,52	0,47		2,00				31,84	29,84	25,62	1 EG11 ku	
53	Gesundheitsamt	3,75	1,82				3,00			1,52	4,43		3,98							18,50	19,50	17,53		
63	Bauen und Umwelt			1,00	1,00	6,00	2,50		1,50	2,00	4,00									18,00	15,59	15,35	1 EG12 + 2,52 EG8 ku	
80	Veterinärwesen								7,65		1,00		2,60	0,50						11,75	10,75	11,65		
90	Wirtschaft und ländlichen Raum			1,00		7,70	2,00		2,00	2,00	9,50		1,35	4,50	1,00		0,32			31,37	29,72	22,79	1 EG12, 1 EG11 - GF VC	
TVöD	Stellenplan 2017	4,25	5,34	6,00	2,00	22,27	25,56	0,00	114,99	50,69		56,58	0,00	73,58	33,28	2,50	2,00	44,79	0,00	443,83				
	Stellenplan 2016	2,75	5,34	6,00	3,00	21,27	22,06	136,20				50,18	0,00	74,20	36,28	2,50	3,00	55,57	0,00		436,10			
	besetzte Stellen 30.06.2016	2,75	7,21	5,00	3,00	17,71	20,82	107,41				68,54	0,00	60,10	41,64	1,16	1,21	36,93	0,00			373,48		
		Entgeltgruppen nach TVöD für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst																	Stellenplan		besetzt am	Vermerke Erläuterungen		
		S 17	S 16U	S 16	S 15	S 14	S 13U	S 13				S 12U	S 12	S 11U	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	2017	2016		30.06.2016	
50	Soziale Sicherung											3,00									3,00	3,00	2,62	
51	Jugend, Familie, Sport	1,52			2,78	18,00						2,00									24,30	21,30	19,74	0,52 S 17 ku
53	Gesundheitsamt					1,00															1,00	0,00	0,00	
SuE	Stellenplan 2017	1,52			2,78	19,00						5,00									28,30			
	Stellenplan 2016	1,52			1,78	16,00						5,00										24,30		
	besetzte Stellen 30.06.2016	1,52			1,77	13,73						5,34											22,36	
Tarifpersonal Stellenplan 2017																			472,13					
Tarifpersonal Stellenplan 2016																				460,40				
TP besetzte Stellen 30.06.2017																					395,84			

Neben den o. a. Tarifstellen können im TH 40 bis zu 23 Stellen als Dauerarbeitsverhältnisse besetzt werden mit Pauschalbeschäftigten für

- Betreute Grundschulen
- Mittagsessenversorgung
- Mediotheken

* Die Aufteilung der Stellen in der Entgeltgruppe 9 erfolgt vorbehaltlich der abschließenden Einzelfallüberprüfung nach der ab 01.01.2017 gültigen Entgeltordnung.
Die im Rahmen der Umsetzung der Entgeltordnung erforderlichen Stellenplanveränderungen, wie z.B. höhere Entgeltgruppenzuordnungen in Einzelfällen aufgrund der bisherigen Tätigkeitsmerkmale (Tarifautomatik), werden ebenfalls bewilligt.

Stellenplan 2018
Tarifbeschäftigte

Teilhaushalt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach TVöD für den öffentlichen Dienst																	Zahl der Stellen			Vermerke Erläuterungen		
		15	14	13	12	11	10	9 *	9a	9b	9c	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	nach dem Stellenplan 2018	2017		voraussichtlich besetzt am 30.06.2017	
10	Haupt- und Personalamt		1,00			1,57	1,00		8,72	3,00		7,50		6,08	0,94	1,50		5,25		36,56	36,56	32,98		
14	Rechnungsprüfungsamt						2,78			1,17	1,00									4,95	4,95	4,95		
20	Finanzen u. Kassenwesen								3,50			6,78								10,28	10,28	9,98		
30	Rechtsamt			1,00							1,00									2,00	2,00	1,00		
35	Aufsichts- u. Ordn. Angel.	0,50					1,00		17,75	3,00		9,52		10,62						42,39	42,39	30,74		
40	Schulen u. Liegenschaften		1,00		1,00	4,00	2,50		4,50	1,00		2,60		42,73	23,87				39,22	122,42	122,42	111,83		
43	Volkshochschule		1,00	2,50		5,00						4,75		0,75						14,00	8,00	7,00		
50	Soziale Sicherung					1,00	6,00		56,82	32,00		3,00		3,95	3,00					105,77	105,77	87,06	1 EG10 ku	
51	Jugendamt		0,52	1,00		2,00	4,78		12,55	5,00		2,00		1,52	0,47			2,00		31,84	31,84	25,62	1 EG11 ku	
53	Gesundheitsamt	3,75	1,82				3,00			1,52		4,43		3,98						18,50	18,50	17,53		
63	Bauen und Umwelt			1,00	1,00	6,00	2,50		1,50	2,00		4,00								18,00	18,00	15,35	1 EG12 + 2,52 EG8 ku	
80	Veterinärwesen								7,65			1,00		2,60	0,50					11,75	11,75	11,65		
90	Wirtschaft und ländlichen Raum			1,00		7,70	2,00		2,00	2,00		9,50		1,35	4,50	1,00		0,32		31,37	31,37	22,79	1 EG12, 1 EG11 - GF VC	
TVöD	Stellenplan 2017	4,25	5,34	6,50	2,00	27,27	25,56	0,00	114,99	50,69		57,08	0,00	73,58	33,28	2,50	2,00	44,79	0,00	449,83				
	Stellenplan 2016	2,75	5,34	6,00	3,00	21,27	22,06	136,20				50,18	0,00	74,20	36,28	2,50	3,00	55,57	0,00		443,83			
	besetzte Stellen 30.06.2016	2,75	7,21	5,00	3,00	17,71	20,82	112,41				68,54	0,00	60,10	41,64	1,16	1,21	36,93	0,00			378,48		
		Entgeltgruppen nach TVöD für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst																	Stellenplan		besetzt am	Vermerke Erläuterungen		
		S 17	S 16U	S 16	S 15	S 14	S 13U	S 13				S 12Ü	S 12	S 11U	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	2018	2017		30.06.2017	
50	Soziale Sicherung											3,00									3,00	3,00	2,62	
51	Jugend, Familie, Sport	1,52			3,78	18,50						2,00									25,80	24,30	19,74	0,52 S 17 ku
53	Gesundheitsamt					1,00															1,00	1,00	1,00	
SuE	Stellenplan 2018	1,52			3,78	19,50						5,00									29,80			
	Stellenplan 2017	1,52			2,78	19,00						5,00										28,30		
	besetzte Stellen 30.06.2016	1,52			1,77	14,73						5,34											23,36	
Tarifpersonal Stellenplan 2018																			479,63					
Tarifpersonal Stellenplan 2017																				472,13				
TP besetzte Stellen 30.06.2017																					401,84			

Neben den o. a. Tarifstellen können im TH 40 bis zu 23 Stellen als Dauerarbeitsverhältnisse besetzt werden mit Pauschalbeschäftigten für

- Betreute Grundschulen
- Mittagessenversorgung
- Mediotheken

* Die Aufteilung der Stellen in der Entgeltgruppe 9 erfolgt vorbehaltlich der abschließenden Einzelfallüberprüfung nach der ab 01.01.2017 gültigen Entgeltordnung.
Die im Rahmen der Umsetzung der Entgeltordnung erforderlichen Stellenplanveränderungen, wie z.B. höhere Entgeltgruppenzuordnungen in Einzelfällen aufgrund der bisherigen Tätigkeitsmerkmale (Tarifautomatik), werden ebenfalls bewilligt.

Stellenplan 2017/2018
Stellenübersicht

Teil- haushalt	Bezeichnung	Zahl der Stellen												
		nach dem Stellenplan									tatsächlich besetzt am 30.06.2016			
		2018			2017			2016			Beamte	Tarifpers.	zus.	
Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.	Beamte	Tarifpers.	zus.
10	Haupt- und Personalamt	12,00	36,56	48,56	12,00	36,56	48,56	12,00	35,74	47,74	11,00	31,98	42,98	
14	Rechnungsprüfungsamt	7,00	4,95	11,95	7,00	4,95	11,95	11,00	7,60	18,60	7,00	4,95	11,95	
20	Finanzen u. Kassenwesen	7,00	10,28	17,28	7,00	10,28	17,28	7,00	10,28	17,28	7,00	9,98	16,98	
30	Rechtsamt	1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00	1,00	1,00	2,00	
35	Aufsichts- u. Ordnungs-Angel.	19,00	42,39	61,39	19,00	42,39	61,39	17,00	39,89	56,89	19,00	30,74	49,74	
40	Schulen u. Liegenschaften	5,00	122,42	127,42	5,00	122,42	127,42	5,00	124,42	129,42	4,00	111,83	115,83	
43	Volkshochschule	1,00	14,00	15,00	1,00	8,00	9,00	1,00	8,00	9,00	1,00	7,00	8,00	
50	Soziale Sicherung	36,63	108,77	145,40	36,63	108,77	145,40	36,63	105,77	142,40	36,63	83,06	119,69	
51	Jugendamt	11,00	57,64	68,64	11,00	56,14	67,14	11,00	51,14	62,14	11,00	47,98	58,98	
53	Gesundheitsamt	1,00	19,50	20,50	1,00	19,50	20,50	0,00	19,50	19,50	0,00	17,53	17,53	
63	Bauordnung, Denkmalpflege	10,00	18,00	28,00	10,00	18,00	28,00	10,00	15,59	25,59	9,00	15,35	24,35	
80	Veterinärwesen	6,00	11,75	17,75	6,00	11,75	17,75	6,00	10,75	16,75	5,00	11,65	16,65	
90	Wirtschaft/ländl. Raum	15,00	31,37	46,37	15,00	31,37	46,37	14,00	29,72	43,72	15,00	22,79	37,79	
	Kreiskrankenhaus	2,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	1,00	0,00	1,00	
	ÖPNV	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	
10-90	Summe	134,63	479,63	614,26	134,63	472,13	606,76	134,63	460,40	595,03	128,63	395,84	524,47	

Zusätzlich zu den vorstehend der einzelnen Teilhaushalten zugeordneten Stellen wird im Stellenplan 2017/2018 aufgrund der besonderen Situation im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik ein besonderer Stellenpool "Flüchtlingsbetreuung" im Umfang bis zu 15 Stellen bis zur Entgeltgruppe 10 TVöD bzw. S 14 SuE eingerichtet.

Der Kreisausschuss ist ermächtigt, zur Sicherstellung der mit der Betreuung der Flüchtlinge unmittelbar verbundenen Aufgabenerfüllung notwendiges Personal in diesem Umfang erforderlichenfalls auch unbefristet einzustellen.

Die Gesamtzahl der Stellenplan 2017 auszuweisenden Stellen ergibt demnach 621,76 Stellen.

Die Gesamtzahl der Stellenplan 2018 auszuweisenden Stellen ergibt demnach 629,26 Stellen.

Übersicht

über die vorgesehene Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst, der Auszubildenden und der Praktikanten
(§ 5 Abs. 3 Ziffer 2 GemHVO)

Status	Laufbahn/Berufsfeld	Aus- bildungs- jahr	voraussichtlich Stellen im Hj. 2017/2018
Beamte/Beamtinnen im Vorbereitungsdienst gehobener Dienst	ab 09/2013 bis 08/2016		4
	ab 09/2014 bis 08/2017		4
	ab 09/2015 bis 08/2018		3
	ab 09/2016 bis 08/2019		1
	ab 09/2017 bis 08/2020		2
	Gesamtsumme		14
BASS - Studenten und Studentinnen	ab 10/2012 bis 03/2016		1
	ab 10/2013 bis 03/2017		1
	ab 10/2014 bis 03/2018		1
	ab 10/2015 bis 03/2019		1
	ab 10/2016 bis 03/2020		1
	ab 10/2017 bis 03/2021		nicht bekannt
	Gesamtsumme		5
Auszubildende	Verwaltungsfachangestellte		
	ab 08/2014 bis 07/2017	3.	4
	ab 08/2015 bis 07/2018	2.	5
	ab 08/2016 bis 07/2019	1.	6
	ab 08/2017 bis 07/2020		4
	Fachinformatiker /in		
	ab 08/2014 bis 07/2017	3.	1
	ab 08/2017 bis 07/2020		1
	Bauzeichner/in		
	ab 09/2016 bis 08/2019	1.	1
	Medizinische Fachangestellte		0
Gesamtsumme		22	
Praktikanten/Praktikantinnen	ab 08/2016 bis 07/2017		2
	ab 08/2017 bis 07/2018		nicht bekannt
	Gesamtsumme		2
Summe der Beamten im Vorbereitungsdienst, Auszubildenden, Praktikanten:			43

letzter Tag Hj. 31.12.

Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der verbundenen Unternehmen gem. § 1 Abs. 4 (10) GemHVO

1. Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Gemäß § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes (HKHG) gewährleisten das Land, die Landkreise und die kreisfreien Städte die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser als öffentliche Aufgabe. Zur Erfüllung seines Sicherstellungsauftrages betreibt der Vogelsbergkreis ein Krankenhaus, das seit dem 01. 01. 1999 in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt wird.

Die Gesellschaft ihrerseits betreibt drei Tochtergesellschaften. Es handelt sich dabei um die *Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (KAD GmbH)*, um die *Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (AMANDUS)* sowie um die *Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)*. Seit dem Geschäftsjahr 2007 ist die Firma *Gies Dienstleistungen GmbH* als Minderheitsgesellschafter an der KAD beteiligt. AMANDUS und GuPA sind vollständig im Besitz der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH.

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist weiterhin kritisch zu sehen. Während alle drei Tochtergesellschaften KAD, GuPA und AMANDUS das Jahr mit einem positiven Jahresergebnis abschließen konnten, hat sich die wirtschaftliche Situation der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert, jedoch wurde das Jahr 2015 weiterhin mit einem Verlust abgeschlossen.

Weitere detaillierte Ausführungen zum Geschäftsverlauf des Jahres 2015 sind dem Prüfbericht sowie dem Lagebericht zu entnehmen.

Im Haushaltsjahr 2016 nahm der Gesellschafter einen Verlustausgleich in Höhe von 2.000.000 € für das Jahr 2014 vor und stabilisierte mit dieser Maßnahme das Eigenkapital der Gesellschaft.

Für das laufende Wirtschaftsjahr wurde mit einem Defizit in Höhe von 1.047.599 € geplant. Aufgrund der guten Leistungsentwicklung in 2016 wird damit gerechnet, dass das Defizit gegenüber dem Plan um ca. 400.000 € geringer ausfallen wird.

Für das Jahr 2016 werden die Krankenkassen erneut zu Verhandlungen zur Vereinbarung eines Sicherstellungszuschlages für die Notfallversorgung und Intensivmedizin aufgefordert.

Auf Grund der kurzfristigen Entscheidung der Gynäkologen, die Geburtshilfe zum 31.12.2016 einzustellen, sind aktuell konkrete Aussagen über die Ergebnisentwicklung für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 schwierig. Zur Kompensation werden Gespräche mit einem Arzt zur Besetzung der vakanten Position der Stelle „Sektionsleitung Gefäßchirurgie“ und mit der Gesundheit 2 Nordhessen über eine Kooperation im Bereich der Teleneurologie geführt. Sollten beide Gespräche erfolgreich sein, kann das Leistungsvolumen in 2017 gehalten werden. Auch sind wichtige Parameter wie die Entwicklung des Landesbasisfallwertes, die Höhe des Fixkostendegressionsabschlages oder die Personalkostensteigerungen aktuell nicht bekannt.

Unter Berücksichtigung von Schätzungen dieser Parameter muss ich aktuell von einer Verschlechterung des Ergebnisses im Jahre 2017 auf ca. -850.000 € ausgehen. Für das Jahre 2018 rechne ich dagegen wieder mit einer positiven Entwicklung und einer Ergebnisverbesserung auf ca. -500.000 €.

Anfang 2018 wird die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 4.000.000 € fällig. Dazu wurde im laufenden Geschäftsjahr ein Betrag in Höhe von 2.000.000 € angespart. Selbst bei positiver Entwicklung wird jedoch der volle Betrag nicht vollständig zurück bezahlt werden können. Daher ist mit der Vereinbarung eines Anschlussdarlehens in der Höhe von bis zu 1.500.000 € zu rechnen.

Mit dem Beginn der baulichen Sanierung wird im Herbst 2017 gerechnet. Die Finanzierung muss nach Prüfung der beim Ministerium eingereichten Pläne geklärt werden. In diesem Zusammenhang müssen auch die weiteren Schritte bei den Fusionsgesprächen mit dem Klinikum Fulda abgewartet werden.

Sassan Pur
Geschäftsführer

Alsfeld, den 06. Oktober 2016

2. Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis

Die Grundstückverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis (kurz: GVVB) wurde am 11.12.2013, gegründet und am 17.01.2014 beim Registergericht, AG Gießen, eingetragen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 Euro. Der Vogelsbergkreis ist alleiniger Gesellschafter.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist. Diesen Geschäftszweck erfüllt die GVVB durch die seit 30.04.2014 bestehende Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der „Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG“ (PEG). Sie vertritt die PEG, übt jedoch nicht die Geschäftsführung der KG aus. Aus dieser Beteiligung hat sie einen Anspruch auf Haftungsvergütung in Höhe von 3 % des ausgewiesenen Stammkapitals.

Die GVVB besitzt kein Anlagevermögen, es bestehen keine Verbindlichkeiten und keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen. Aus der aktuellen Geschäftstätigkeit ergeben sich keine Risiken für den Kreishaushalt, eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts nicht geplant.

Lauterbach, 10.10.2016

Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH
gez.:
Stiebing
Geschäftsführerin

3. Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG (PEG)

Der Vogelsbergkreis ist seit 30.04.2014 Mehrheitskommanditist der PEG mit einer Haftungseinlage von 23.500 €. Dies entspricht 94 % des Haftungskapitals der KG.

Gegenstand des Unternehmens ist das Halten von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen bebauten oder sonstigen schulischen Zwecken dienenden Grundstücken, sowie deren Vermietung an den Vogelsbergkreis.

Im konkreten Fall hält die PEG derzeit das Erbbaurecht an zwei Grundstücken in Lauterbach, die mit der Schule an der Wascherde sowie der Vulkansporthalle bebaut sind.

Die Schule an der Wascherde wurde zum Schuljahresbeginn im September 2013 an den Vogelsbergkreis übergeben, die Vulkanturnhalle ein Jahr später im September 2014.

Für beide Objekte bestehen langfristige Mietverträge mit dem Vogelsbergkreis. Die Miete ist kostendeckend kalkuliert.

Die Finanzierung der beiden Objekte ist durch eine kreditvertragsähnliche Konstellation mit der BayerLB gesichert. An die Bayern LB wurde ein Teil der Mietforderung der PEG an den Vogelsbergkreis verkauft. Aus diesem Kaufpreis konnte die PEG die bis dahin bestehenden Verbindlichkeiten aus der Sanierungsmaßnahme ablösen. Der an die BayernLB abgetretene Anteil der Miete deckt den Schuldendienst, d. h. die Tilgungs- und Zinsverpflichtungen, die der Kaufpreisberechnung zugrunde liegen. Die Finanzierungsvereinbarung ist langfristig zinsgesichert und in ihrer Laufzeit an die Mietverträge angeglichen.

Der verbleibende Teil der Miete deckt die Kosten der Geschäftsführung, Prüfungs- und Steuerberatungshonorare sowie nachgehende Ausgaben für Investitionen.

Die Kosten der laufenden Bauunterhaltung sind vom Vogelsbergkreis zu tragen. Dies wurde bei der Mietkalkulation berücksichtigt.

Die Geschäftsführung der KG wird seit dem Zeitpunkt der Beteiligung als Mehrheitskommanditist ausschließlich durch den Kreisausschuss des Vogelsbergkreises wahrgenommen.

Wirtschaftliche Risiken aus der Gesellschaftstätigkeit, die Auswirkungen auf die Haushaltslage des Vogelsbergkreises entfalten könnten, sind nicht erkennbar. Eine Veränderung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts nicht geplant.

Lauterbach, 13.10.2016

Projektentwicklungs-GmbH & Co.

Schule an der Wascherde KG

Im Auftrag:

gez.

(Bathke)

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2017/2018 DES VOGELSBERG-KREISES

I. Gesetzliche Grundlagen, Anforderungen

Landkreise, deren Haushalt nicht ausgeglichen ist, haben aufgrund § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 92 Abs. 5 HGO ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht möglich ist. Gleiches gilt, soweit Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder nach der Ergebnis- und Finanzplanung im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017/2018 weist zwar in der gesamten Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021 ein jährliches positives ordentliches Ergebnis aus, es sind jedoch Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen. Daher ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, vom Kreistag zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 30. September 2016 zur kommunalen Finanzplanung und Haushalt- und Wirtschaftsführung bis 2020 weist ebenfalls unter Ziffer II Unterpunkt 3. darauf hin, dass Altfehlbeträge auszugleichen sind, da diese die Finanzhoheit und kommunale Gestaltungsfähigkeit kommunaler Haushalte bedrohen. Die Verpflichtung, den Abbau dieser Fehlbeträge aus Vorjahren im Haushaltssicherungskonzept darzustellen, wurde somit im Erlass nochmals verdeutlicht.

II. Entwicklung der Haushaltswirtschaft in den zurückliegenden Haushaltsjahren:

Die nachfolgende Abbildung aller Rechnungsfehlbeträge ermöglicht einen umfassenden Überblick über die Haushaltswirtschaft der zurückliegenden Jahre und eine bessere Einschätzung der aktuellen Lage. Dabei werden die Haushaltsjahre ab 1997 betrachtet. Das ist der Zeitraum, seit dem der Vogelsbergkreis, zunächst aufgrund von Vorgaben der Aufsichtsbehörde und seit dem Jahr 2005 aufgrund der gesetzlichen Vorschrift, der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts unterliegt.

Hj.	Fehlbetrag VWH	davon Fehlbeträge aus Vorjahren	jahresbezogener Fehlbetrag	nicht veranschlagte Altfehlbeträge
1997	4.813.277,06	0,00	4.813.277,06	2.904.563,60
1998	4.939.178,75	2.904.563,60	2.034.615,15	4.813.277,06
1999	11.755.828,09	9.752.455,81	2.003.372,28	0,00
2000	10.911.993,77	11.755.828,09	0,00	0,00
2001	0,00	2.457.640,09	0,00	8.454.353,68
2002	11.776.473,61	8.454.353,68	3.322.119,93	0,00
2003	4.069.665,22	0,00	4.069.665,22	11.776.473,61
2004	24.112.931,97	11.776.473,61	12.336.458,36	4.069.665,22
2005	41.422.774,66	28.182.597,19	13.240.177,47	0,00
2006	53.079.235,49	41.422.774,66	11.656.460,83	0,00
2007	56.513.744,29	53.079.235,49	3.434.508,80	0,00
2008	65.032.698,20	56.513.744,29	8.518.953,91	0,00

(alle Beträge sind in Euro angegeben)

Die vorstehende Entwicklung führte nach Umstellung der Haushaltswirtschaft auf Doppik in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 zum Ausweis einer mit -21.950.041,10 EUR negativen Nettoposition. Die nach Regeln der Doppik aufgestellten Jahresabschlüsse verstärkten die nach kameralen Regeln sichtbare Tendenz zunächst noch. Nicht zuletzt durch eine endlich bei den Landkreisen direkt angekommene Entlastung von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ließen in den Jahresergebnissen 2013 und 2014 bereits eine deutliche Verbesserung erkennen. In 2015 konnte erstmals seit Einführung der Doppik sodann ein positives ordentliches Ergebnis erzielt werden, die ordentlichen Erträge lagen um 609 T€ über den ordentlichen Aufwendungen. Insbesondere die Verbesserung im Kommunalen Finanzausgleich, hohe Finanzerträge aus den Beteiligungen sowie die anhaltende Niedrigzinsphase auf dem Kreditmarkt wirkten sich positiv auf das Jahresergebnis aus.

Hj.	ordentliches Ergebnis	saldiertes ord. Ergebnis	Aufstellungsbeschluss KA	Prüfungsbescheid RPA	Vorlagebeschluss KA	Beschluss KT
1	2	3	4	5	6	7
2009	- 5.441	- 5.441	15.03.2012	01.03.2013	14.03.2013	21.03.2013
2010	- 12.597	- 18.038	16.04.2013	13.02.2015	22.04.2015	17.06.2015
2011	- 13.729	- 31.767	21.08.2013	26.11.2015	28.04.2016	07.06.2016
2012	- 7.805	- 39.572	20.03.2014	23.05.2016	15.09.2016	29.09.2016
2013	- 5.659	- 45.231	10.11.2014	-	-	-
2014	-1.429	-46.660	20.05.2015			
2015	609	-46.051	28.04.2016			

(alle Beträge in TEUR)

III. Prognose für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2016 – 2021

In gleicher Systematik wird für den von der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfassten Zeitraum das für die Betrachtung des Haushaltsausgleichs relevante ordentliche Ergebnis des jeweiligen Haushaltsjahres dargestellt und mit dem nach der Planung zu erwartenden Vorjahresergebnis saldiert.

Hj.	Ordentliches Ergebnis lt. mittelfristiger Ergebnisplanung	„saldiertes ord. Ergebnis“ (Ergebnis lfd. Jahr + Ergebnisse Vorjahre)
1	2	3
2016*	3.526	- 42.525
2017	59	- 42.466
2018	11	- 42.455
2019	681	- 41.774
2020	1.575	-40.199
2021	2.432	-37.767

(gemäß Haushaltsplan 2017/2018, Gesamtergebnis- und -finanzplanung – 2021, alle Beträge in TEUR

*: gemäß Budgetbericht zum 30.09.2016)

Die Prognose für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 orientiert sich an dem Erlass „Orientierungsdaten zur kommunalen Finanzplanung bis 2020“ des Hessischen Innenministeriums vom 30.09.2016. Den Berechnungen liegt die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung nach dem Stand April 2016 zu Grunde. Diese basiert auf der zentralen Annahme, dass es zu keinen negativen Entwicklungen

kommt und der Finanzsektor stabil bleibt. Das Wirtschaftswachstum entwickelt sich jedoch nur mäßig, so dass es keinen Anlass zu großem Optimismus gibt. Das für die Steuerschätzung relevante nominale BIP-Wachstum wurde für die Projektion vom BMWi mit 3,6 % angegeben, das reale BIP wurde von der Bundesregierung mit 1,7 % gesehen.

Die Entwicklung des Ausgleichsvolumens über den kommunalen Finanzausgleich (KFA) wird mit einem Zuwachs von 4 % in 2018 und jeweils 3,5 % ab 2019 erwartet, die Zuwachsrate der für die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen (und deren Umlagegrundlagen) ebenso relevanten Anteil an der Einkommenssteuer liegt deutlich darüber; der Anteil an der Umsatzsteuer, die gemeindlichen Realsteuern und die Gewerbesteuer entwickeln sich nach der Prognose überwiegend schwächer. Dies berücksichtigt geht die Finanzplanung für die Jahre 2018 – 2021 von einer Veränderung der einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen für den Vogelsbergkreis von jeweils 3% ab 2018 aus.

Bei den folgenden Ertrags- und Aufwandsarten sind Steigerungsraten entsprechend der Vereinbarung zur Gewährung von Konsolidierungshilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm vom 17.12.2012 eingeplant:

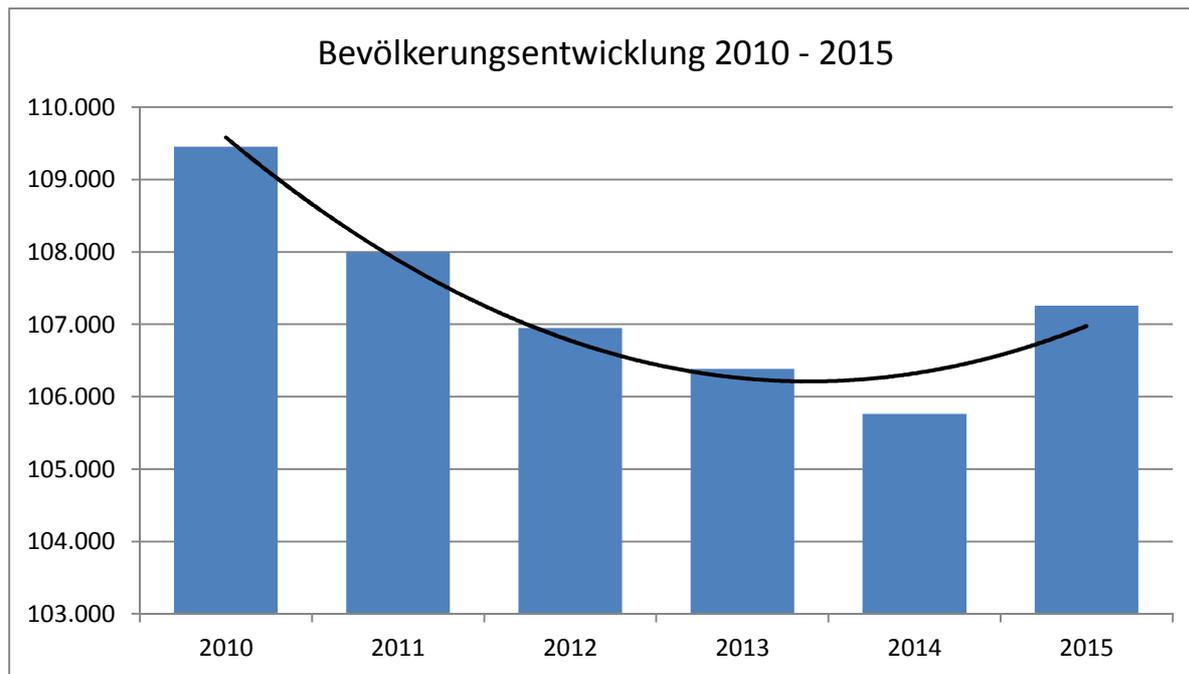
Kostenersatzleistungen und -erstattungen:	2,0 %
Erträge aus Transferleistungen:	3,0 %
Personal- und Versorgungsaufwendungen:	2,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Steigerung bei Mieten)	1,0 %
Abschreibungen	1,0 %
LWV-Umlage und Transferaufwendungen:	3,0 %
Transferaufwendungen Teilhaushalt 51 (Jugendhilfe)	2,5 %

IV. Ursachen der Entwicklung

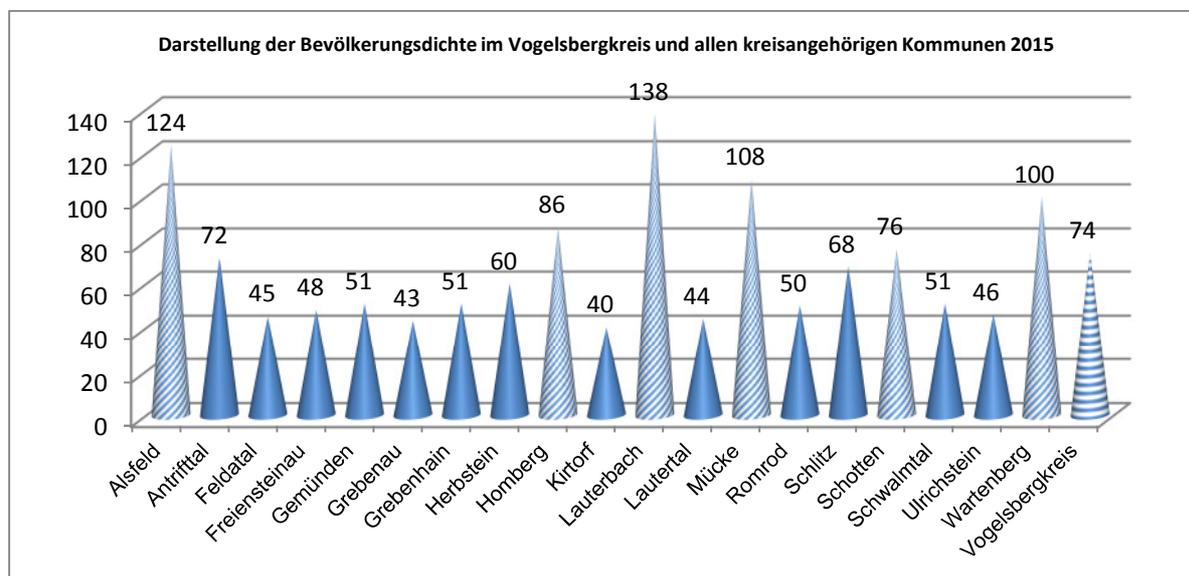
Trotz aller ernsthaften Konsolidierungsbemühungen der vorangegangenen Haushaltsjahre, die seit 1997 durch die Aufsichtsbehörde mit Auflagen und Bedingungen im Rahmen der Haushaltsgenehmigung begleitet wurden, hatte sich die Haushaltslage des Kreises kontinuierlich verschlechtert. Schon allein das belegt die strukturell bedingte Unterfinanzierung des Landkreises.

Die Kombination „ländlicher Flächenkreis“ in Verbindung mit den landkreisspezifischen Aufgabenschwerpunkten „Schulträgerschaft“, „Sozial- und Jugendhilfe“, „Straßenbau“ und „öffentlicher Personennahverkehr“ stellt eine besondere Belastung dar, die in den letzten beiden Jahrzehnten nahezu ausnahmslos zu einer defizitären, nicht konsolidierungsfähigen Haushaltslage führte. Der Vogelsbergkreis ist mit einer Fläche von 1.459 km² der drittgrößte, aber mit inzwischen nur noch rund 74 Einwohnern je km² (in 2015) der am dünnsten besiedelte Landkreis in Hessen. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der hessischen Landkreise betrug zum Stand 31.12.2015 293 EW/km² und ist damit mehr als drei Mal so hoch wie aktuell im Vogelsbergkreis. Allein aus diesen Fakten lässt sich erklären, dass beispielsweise die Erschließung mit Straßen - der Vogelsbergkreis hat mit mehr als 300 km Kreisstraßen das fünftgrößte Kreisstraßennetz zu unterhalten – oder die Schülerbeförderung und der öffentliche Nahverkehr sehr kostenaufwändig sind, weil große Strecken überwunden werden müssen, die dazu

vorzuhaltenden Einrichtungen aber nur von vergleichsweise wenigen Personen genutzt und finanziert werden. Einrichtungen wie Schulen und Sportstätten müssen zudem zahlreich und in kleinen Einheiten bereitgestellt werden, um die Wege und die Transportzeiten für die Betroffenen nicht unzumutbar werden zu lassen. All dies erhöht die Fixkosten dieser Einrichtungen gegenüber dem dichter besiedelten Raum erheblich. Zwar konnte im Jahr 2015 zumindest der weitere Abwärtstrend der Bevölkerungsentwicklung gestoppt werden, gegenüber dem Vorjahr, in dem der niedrigste Stand seit Bestehen des Vogelsbergkreises registriert wurde, war erstmals wieder eine sogar landesweit leicht überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen,



Unverändert bleibt aber die Aussage bestehen, dass die Bevölkerungsdichte sich von der aller anderen Landkreise in Hessen stark unterscheidet. Keine der kreisangehörigen Kommunen erreicht auch nur annähernd den Durchschnittswert, selbst die am dichtesten besiedelte Stadt Lauterbach liegt bei etwa der Hälfte des Landesdurchschnitts.



Jahr	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015
Alsfeld	18.091	17.906	16.931	17.353	17.721	18.060	17.467	16.351	16.142
Antrifftal	2.054	1.978	2.035	2.114	2.168	2.228	2.146	2.007	1.919
Feldatal	3.004	3.043	3.112	3.081	3.086	3.003	2.847	2.613	2.512
Freiensteinau	3.262	3.171	3.130	3.292	3.422	3.465	3.449	3.301	3.131
Gemünden	3.113	2.963	2.940	3.000	3.221	3.255	3.175	2.909	2.811
Grebenau	2.892	2.840	2.930	3.177	3.086	2.980	2.734	2.567	2.375
Grebenhain	4.781	4.757	4.763	5.156	5.331	5.282	5.164	4.907	4.684
Herbstein	4.744	4.536	4.531	5.035	5.318	5.208	5.127	4.852	4.808
Homberg	7.525	7.439	7.445	7.714	8.024	8.086	7.929	7.628	7.568
Kirtorf	3.365	3.292	3.286	3.469	3.643	3.705	3.515	3.292	3.222
Lauterbach	15.007	14.648	14.272	14.176	14.771	14.667	14.401	13.783	14.119
Lautertal	2.537	2.507	2.491	2.602	2.711	2.724	2.577	2.472	2.367
Mücke	8.774	8.810	8.911	9.376	10.180	10.250	10.171	9.482	9.348
Romrod	2.861	2.823	2.842	3.004	3.044	3.099	3.043	2.881	2.729
Schlitz	9.392	9.371	9.449	9.908	10.281	10.319	10.191	9.731	9.631
Schotten	9.779	9.597	9.643	10.907	11.709	11.479	11.426	10.802	10.126
Schwalmtal	3.355	3.227	3.129	3.348	3.405	3.282	3.108	2.853	2.800
Ulrichstein	3.286	3.209	3.197	3.626	3.495	3.332	3.253	3.040	3.017
Wartenberg	3.476	3.501	3.527	3.726	3.965	4.072	4.058	3.980	3.947
Summe VB	111.298	109.618	108.564	114.064	118.581	118.496	115.781	109.451	107.256

Einwohner in den Städten und Gemeinden des Vogelsbergkreises zum 31.12., Hessisches Statistisches Landesamt

Seit Jahren ist festzustellen, dass alle in den Verdichtungsräumen vorhandenen Auffälligkeiten und Defizite mit ihren finanziellen Auswirkungen längst auch bei uns angekommen sind. Hinzu kommt, dass der Anteil der Menschen, die im Laufe ihres Erwerbslebens länger ohne Beschäftigungsmöglichkeit sind oder über ein geringeres Einkommen verfügen, in ländlichen Räumen generell höher ist. Sie sind deshalb überdurchschnittlich hoch von Altersarmut betroffen. Das Lohnniveau liegt nach Erhebungen des statistischen Landesamts im Vogelsbergkreis deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Über die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die der örtliche Träger der Sozialhilfe, der Landkreis, zu tragen hat, bildete sich diese Situation im Kreishaushalt ab. Durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wurde umgesetzt, dass die Kommunen zumindest von diesen letztgenannten Aufwendungen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden. Durch die ab 2014 geltende 100%ige Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung konnte so auch eine spürbare Entlastung des Ergebnishaushaltes erreicht werden, die maßgeblich zu dem erkennbaren Rückgang des Jahresfehlbetrages beitrug.

Die einzige selbst beeinflussbare Finanzierungsquelle der Landkreise war und ist die Kreis- und Schulumlage. Da der Hebesatz hier die in der Vergangenheit zulässige Höchstgrenze von 58% erreicht hatte, bestand auch in diesem Bereich seither kein Gestaltungsspielraum mehr. Mit dem vom Landes-

gesetzgeber neu geregelten KFA wird ab dem Ausgleichsjahr 2017 die Kreisumlage wieder freigegeben, eine Erhöhung des Umlagehebesatzes um bis zu 0,5 Prozentpunkte ist danach ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung zulässig, Veränderungen darüber hinaus unterliegen der Genehmigungspflicht.

V. Bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen

1. Personalaufwand – Personalstellen lt. Stellenplan

Hj.	Stellen lt. Stellenplan	besetzte Stellen zum 30.06.	Veränderung der besetzten Stellen zu 2011	prozentuale Veränderung zu 2011
2011	558,85	527,90		
2012	570,76	525,70	-2,20	-0,42 %
2013	570,76	527,45	-0,45	-0,09 %
2014	570,76	523,16	-4,74	-0,90 %
2015	576,76	521,93	-5,97	-1,13 %
2016	595,03	524,47	-3,43	-0,65 %

Personalaufwand und Stellenplan stehen seit jeher – in verstärktem Maß jedoch bei defizitären Haushalten – im Brennpunkt der öffentlichen Wahrnehmung, ihnen gilt daher die vorrangige Aufmerksamkeit der politischen Gremien. Bereits das erste Haushaltskonsolidierungskonzept enthielt Festlegungen, den Personalaufwand einzudämmen und die Zahl der besetzten Stellen zu reduzieren. Diese Zielsetzung wird kontinuierlich weiter verfolgt. Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die Entwicklung der Stellen in den letzten fünf Jahren trotz Übernahme neuer Aufgaben und neuer gesetzlich verordneter Standards in nahezu allen Bereichen der Verwaltung weitgehend stabil geblieben ist (Veränderung der tatsächlich besetzten Stellen zu 2011 unter 1,2%). Der Grund hierfür liegt auch in der konsequenten Anwendung aller verfügbaren Instrumente (Stellenbesetzungssperren, zeitlich verzögerte Beförderungs- und Höhergruppierungsentscheidungen, Einzelfallprüfung bei Personalbedarfsforderungen unter Anlegung strenger Maßstäbe, flache Hierarchiestrukturen, Nutzung technischer und organisatorischer Gestaltungsmöglichkeiten). Beispiele für Bereiche, die in der letzten Zeit trotzdem zusätzlichen Personalbedarf verursacht haben, sind:

Betreuungsangebote und pädagogische Mittagsbetreuung an insgesamt 41 Schulen, Anlagenbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung, Gesamtabschluss, Beteiligungssteuerung, Bildungsberatung, Kommunalisierung sozialer Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfen für Asylbewerber einschl. Asylbetreuung, Kinderbetreuung, Erweiterung pädagogische Mittagsbetreuung, Kindergesundheitsschutzgesetz, Tagespflege, schulbezogene Jugendsozialarbeit, Jugendhilfeplanung, Infektionsschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Führerschein- und Waffenrecht, Bildungs- und Teilhabepaket, Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, Zentrale Leitstelle, vorbeugender Brandschutz, Sachbearbeitung Rettungsdienst, Verstärkung Landschaftspflege im Rahmen der Dorferneuerung, zunehmender Bedarf an Deutschkursen an der VHS.

Auch durch die Beteiligung der Kreisverwaltung an zahlreichen Vergleichsringen, vergleichenden Untersuchungen (Kfz-Zulassung, Personalservice, Baugenehmigungen, Jugendhilfe) und nicht zuletzt vergleichenden überörtlichen Prüfungen (z.B. Volkshochschulen, Kreisumlage, Kreisstraßen, wirtschaftliche Betätigung, Rechnungsprüfungsämter, Haushaltsstruktur Landkreise, Asyl, Jugendhilfe) kann belegt werden, dass der Vogelsbergkreis die Forderung, auch den zur Erfüllung der Pflichtaufgaben erforderlichen Personalbestand auf das unabweisbare Maß zu beschränken, umgesetzt hat.

Eine dezidierte Stellenbegrenzung, wie sie bis zum Haushaltsjahr 2014 seitens der Aufsichtsbehörde vorgenommen wurde, ist seitdem nicht mehr weiter fortgeführt worden, weil nicht schlüssig darzulegen ist, inwieweit die massive Beschränkung der Personalstellen tatsächlich zu einer Haushaltskonsolidierung beiträgt. Durch die Vergabe des Reinigungsdiensts an private Anbieter entstand beispielsweise zusätzlicher und jährlich steigender Sachaufwand. In vielen Bereichen führt die knappe bis unzureichende Personalausstattung der Verwaltung letztlich zu Mehraufwand. Ein Beispiel hierzu: Bericht der 150. Vergleichenden überörtlichen Prüfung Haushaltsstruktur „Landkreise“ mit der Empfehlung, eine Ausweitung der präventiven Angebote im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu prüfen. Daraus resultiert die Zunahme um drei Stellen im Stellenplan 2015 für die schulbezogene Jugendsozialarbeit. Der Schlussbericht der 185. Vergleichenden Prüfung Haushaltsstruktur 2015 Landkreise stellt zwar in fast allen untersuchten Bereichen einen höheren Pro-Kopf-Personalaufwand als in den meisten anderen untersuchten Landkreisen fest, empfiehlt aber zugleich an mehreren Stellen Maßnahmen, die nur mit einem höheren Personaleinsatz umzusetzen sind. Mehrfach wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass eine personalintensivere und damit kostenträchtigere Verwaltung im Falle des Vogelsbergkreises und des Odenwaldkreises auf deren strukturelle Benachteiligung zurückzuführen sei.

Zum Stand 30.06.2016 stellt sich die tatsächliche Stellenbesetzung wie folgt dar:

tatsächlich besetzte Stellen lt. Stellenplan zum Stichtag:	Beamte (incl. Anwärter)	Tarifpersonal	zusammen	davon KVA	gesamt ohne KVA
30.06.2016	128,63	395,84	524,47	75,62	448,85

2. Freiwillige Aufwendungen

Die Aufwendungen für Geschäftsbereiche, die nicht zu den uneingeschränkten Pflichtaufgaben zu zählen sind (auszusondernde Aufgaben), waren durch langjährige aufsichtsbehördliche Auflagen auf einen Betrag von 1,5 Mio. EUR begrenzt. Nach einer in 2012 erfolgten Neubewertung wurden, in Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten, mehrere Aufgabenfelder aus diesem Aufgabenkatalog heraus genommen (Breitbandversorgung, VB-Consult, Hessencampus). Die Aufsichtsbehörde begrenzte daraufhin mit der Genehmigung zum Haushalt 2013 den Höchstbetrag der verblei-

benden freiwilligen Leistungen auf nur noch rd. 1,3 Mio. EUR. An dieser Vorgabe orientiert sich auch der aktuelle Haushaltsplanentwurf 2017/2018.

Produkt	Bezeichnung	2018 Ansatz	2017 Ansatz
11100	Unfallversicherung für Mandatsträger	910 €	910 €
11100	Zuweisungen an die Fraktionen (Geschäftsführungsbedarf)	35.000 €	35.000 €
11100	Aufwendungen f. Öffentlichkeitsarbeit	6.000 €	6.000 €
11100	Partnerschaften des Kreises	6.000 €	6.000 €
11100	Öffentlichkeitsarbeit Gleichstellungs- und Migrationsbeauftragte	3.000 €	3.000 €
11100	PR- und Werbemaßnahmen Pressestelle/Kommunikation	1.000 €	1.000 €
11110	Ehrengeschenke, Nachrufe, Kranzspenden	1.200 €	1.200 €
11110	Kantine	48.920 €	47.410 €
12600	Zuweisung an Kreisfeuerwehrverband	8.200 €	8.200 €
24300	Besondere schulische Initiativen (Zuschuss AZN)	20.000 €	20.000 €
28100	Kulturförderpreis	3.000 €	3.000 €
28100	Kultursommer Mittelhessen	3.500 €	3.500 €
28100	Förderung der öffentl. Musikschulen	20.450 €	20.450 €
28100	Zuschüsse für Vereine und überregionale Veranstaltungen	400 €	400 €
33100	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	6.000 €	6.000 €
35100	Aufwand Lokales Bündnis	14.000 €	14.000 €
35100	Sonstige soziale Angelegenheiten incl. Familien- u. Frauenförderung	248.130 €	248.130 €
36200	Kinder- und Jugendarbeit - bereinigter Zuschussbedarf	317.270 €	308.120 €
36200	Betrieb der Jugendheime/Zelllager - bereinigter Zuschussbedarf	188.500 €	179.980 €
42100	Zuweisung an Sportvereine	89.000 €	89.000 €
55400	Förderung des Naturschutzes	4.000 €	4.000 €
55400	Ausgaben für den Tierschutz	600 €	600 €
55500	Allg. Förderung der Landwirtschaft	220 €	220 €
55500	Naturschutzgroßprojekt	95.000 €	95.000 €
55500	Aufwand Moro	20.000 €	20.000 €
57100	Zuweisung VB-Touristik	100.000 €	100.000 €
57100	Geopark Vulkanregion	50.000 €	50.000 €
57100	Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsumfelds	45.000 €	45.000 €
		1.335.300 €	1.316.120 €

3. Interkommunale Zusammenarbeit

Der Vogelsbergkreis praktiziert seit vielen Jahren interkommunale Zusammenarbeit in nahezu allen Bereichen seines Wirkungskreises:

- Kooperationen mit anderen Landkreisen/kreisfreien Städten:
in den Geschäftsfeldern Betreuung langzeitarbeitsloser Menschen, Medieneinsatz in den Schulen, Katastrophenschutz, Jugendförderung und Erwachsenenbildung;
- Kooperationen mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden
in den Geschäftsfeldern Abfallentsorgung, Gewerbeüberwachung, Kfz-Zulassung, Einbürge-

rung, betriebsärztlicher Dienst, Arbeitssicherheit, Bau und Betrieb von Sportstätten, Jugendsozialarbeit, Tourismus, Gehalts- und Besoldungsabrechnung der kommunalen Beschäftigten, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geoinformationsdatennutzung (GIS).

- Kooperationen mit privatrechtlichen Organisationen, Kirchen vor allem zur Wahrnehmung sozialpolitischer Aufgaben und im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier ist auch die angestrebte IKZ Sportentwicklungsplanung zu nennen, die in Kooperation mit dem Sportkreis Vogelsberg e.V. und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden umgesetzt werden soll.
- Bündelung der Aufgaben im Breitbandausbau: Zusammenarbeit des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe mit den Landkreisen Wetterau und Vogelsberg und einem Teil der Städte und Gemeinden dieser beiden Landkreise

4. Veräußerung von Liegenschaften

Die Veräußerung zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigter Grundstücke und Gebäude wird weiter betrieben. In den zurückliegenden Jahren waren dies:

- Grundschule Friedrichstraße Homberg/Ohm in 2012,
- Grundschule Herbstein-Stockhausen (war nach einem in 2013 ergangenen Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen unentgeltlich an die Stadt Herbstein zurück zu übertragen),
- Grundschule in Frischborn in 2014,
- Jugend- Freizeitheimes auf der Insel Wangeroooge zum 01.12.2014,
- Teilfläche des Grundstücks (116 qm) der Grundschule Antrifttal in Romrod im Mai 2016.

Die ehemals als Frauenhaus genutzte Liegenschaft in Alsfeld-Altenburg konnte bisher nicht veräußert werden, das Gebäude ist aktuell vermietet (jährlicher Ertrag: 16 T€).

VI. Geplante Konsolidierungsmaßnahmen lt. Schutzschirmvertrag

Mit dem Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem Vogelsbergkreis vom 17.12.2012 über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs nach § 3 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz – SchuSG) hat sich der Vogelsbergkreis verpflichtet, folgende Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen:

lfd.Nr.	PB	Maßnahme
1	01	Produktbereich Innere Verwaltung u.a. Reduzierung Personalaufwand
2	01	Liegenschaftsverwaltung Reduzierung des Mietaufwands
3	04	Volkshochschularbeit Erhöhung der Teilnahmeentgelte
4	05	Soziale Leistungen Erstattung Grundsicherung im Alter/bei Erwerbsminderung SGB XII
5	06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe Reduzierung Transferaufwendungen
6	07	Gesundheitsdienste Erhöhung Fleischbeschaugebühren
7	16/03	Allgemeine Finanzwirtschaft Mehrerträge KFA

Die einzelnen Maßnahmen und ihre aktuell erwartete Entwicklung über den gesamten Konsolidierungszeitraum werden im Folgenden dargestellt (alle Beträge in TEUR).

1. Reduzierung des Personalaufwands

Personalaufwendungen	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	29.717	30.460	31.221	32.002	32.802	33.622
lt. HHEntwurf 2017/18	32.977	35.058	36.182	37.087	38.014	38.964
Differenz zu Vertrag	3.260	4.598	4.961	5.085	5.212	5.342

Mit der Konsolidierungsvereinbarung hat sich der Kreis verpflichtet, den Personalaufwand durch organisatorische Maßnahmen zu begrenzen. Die Basis dieser Vereinbarung bildete der Haushaltsansatz 2013. Die Besoldungserhöhung zum 01.07.2013 war im Haushalt 2013 nicht eingerechnet. Zudem ergab sich seit dem die Notwendigkeit, zur Sicherstellung der Erfüllung gesetzlich zugewiesener Aufgaben mehrere Stellen zusätzlich zu besetzen (siehe Gliederungspunkt V., Nr. 1), die ebenfalls nicht im kalkulierten Personalaufwand berücksichtigt werden konnten. Damit konnte der angestrebte Konsolidierungsbeitrag nicht erwirtschaftet werden. Der Ausfall konnte jedoch durch andere Konsolidierungsbeiträge ersetzt werden. Die Begrenzung des Personalaufwands bleibt weiterhin Ziel der Haushaltskonsolidierung. Allerdings bieten sich wegen der bereits seit vielen Jahren restriktiven Personalbewirtschaftung nur noch sehr begrenzte Möglichkeiten. Zudem werden diese Bemühungen immer wieder durch die Verschärfung gesetzlicher Standards und die Zuweisung neuer Aufgaben konterkariert.

Von der aktuellen Flüchtlingsproblematik sind mehrere Aufgabenbereiche der Kreisverwaltung intensiv betroffen. Zur Abdeckung eines möglicherweise zusätzlich entstehenden Stellenbedarfs sehen die Stellenpläne weiterhin vorsorglich einen „Stellenpool Flüchtlinge“ im Umfang von 15 Stel-

len vor. Damit soll dem Kreisausschuss auch weiterhin die Handlungsfähigkeit erhalten werden für den Fall, dass aus der Versorgung der Flüchtlinge unmittelbar entstehender zusätzlicher Personalbedarf nicht durch befristete Verträge gedeckt werden kann. Ohne diese Möglichkeit müsste vor entsprechenden Stellenausschreibungen sonst zunächst der Stellenplan im Wege einer Nachtragshaushaltssatzung angepasst werden. Der Kreisausschuss wird anstreben, dass die Schutzschirmvereinbarung auch bei zusätzlichem Personal- und Transferaufwand eingehalten wird bzw. der ausgeglichene Ergebnishaushalt auch im Ergebnis eingehalten werden kann.

Die Haushaltssatzung 2017/2018 bestimmt weiterhin eine Stellenbesetzungssperre von 12 Monaten, die grundsätzlich für alle frei werdenden Stellen gilt. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen und über eine Wiederbesetzung der Stelle nach Ablauf der Sperre entscheidet der Kreisausschuss nach Vorlage einer Stellenbedarfsanalyse. Diese muss mögliche Alternativen (Leistungsänderungen, Organisationsänderungen) darstellen und deren Aufwand beziffern.

Die hausinterne Überprüfung aller Ämter, die in 2013 begonnen hat, soll in den Folgejahren fortgesetzt werden. Sie hat zum Ziel, die innere Organisation und den Personaleinsatz bedarfsgerecht zu steuern und soll mit eigenem Personal durchgeführt werden. Wegen des dadurch sehr begrenzten Ressourceneinsatzes wird die gesamte Maßnahme einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Erfahrungen der ersten Jahre haben zudem gezeigt, dass die Aufgabe ohne eine Aufstockung von Stellen nicht durchgeführt werden kann. Daher wurde bereits in 2015 eine zusätzliche Stelle im Bereich Personalentwicklung vorgesehen, die jedoch erst Ende des Jahres 2016 besetzt wurde.

Mit der Neuorganisation des Hausmeister- und Reinigungsdienstes für die kreiseigenen Liegenschaften soll weiterhin von einer an der Schulgröße orientierten Stundenbemessung auf eine an Grundstücks- und Gebäudegrößen angelehnte Berechnung umgestellt werden. Neben einer objektiveren Arbeitszeitbemessung soll die Bildung von regionalen Stundenpools (z.B. an größeren oder benachbarten Schulstandorten) eine verlässliche, wirtschaftliche Vertretungsregelung und die Ausführung von Unterhaltungsmaßnahmen mit eigenen Kräften ermöglichen.

Die dem Kreis als Pflichtaufgabe zugewiesene schulbezogene Jugendsozialarbeit wird mittlerweile in mehreren Kommunen mit der gemeindlichen Kinderbetreuung und Jugendarbeit verknüpft.

Die Beteiligung an dem durch den Hessischen Landkreistag initiierten Kennzahlenvergleich in der Jugendhilfe ist angelaufen, nachdem die Teilnahme am Kennzahlenvergleich SGB XII als erfolgreich bewertet wird. Hierzu wurden die operativen Arbeiten aufgenommen, mit ersten Erkenntnissen ist in 2017 zu rechnen.

2. Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwands

Sach-u.Dienst.-Aufwand	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012 ohne Gastschulbeiträge	22.448	22.659	22.871	23.086	23.302	23.521
lt. HHEntwurf 2017/2018	21.924	23.139	23.399	23.623	23.849	24.078
Differenz bereinigt um Gastschulbeiträge zu Vertrag	-524	480	528	537	547	557

Die Beträge lt. Schutzschirmvertrag wurden um die Gastschulbeiträge bereinigt, da diese nun unter der Kontengruppe 71 etatisiert sind.

Zur Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwands liegt der Fokus bereits seit Jahren auf der Optimierung des Energieverbrauchs der kreiseigenen Liegenschaften. Durch die abgeschlossene Sanierung der Schule an der Wascherde, die weitgehend abgeschlossene Sanierung der Alexander-von-Humboldt-Schule sowie weitere Sanierungsmaßnahmen lag der Einspareffekt weiterhin über dem vereinbarten Konsolidierungspotential. Die Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung konnte somit im Vergleich zum Schutzschirmvertrag im Haushalt 2017/2018 mit rund 500 T€ geringer angesetzt werden.

Bezüglich der Mieten für die Schule an der Wascherde und die Vulkan-Sporthalle liegt die Einsparung weiterhin bei zusammen 329 T€. Die Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft ermöglichte es dem Vogelsbergkreis, die Miete neu zu kalkulieren.

Dem gegenüber stehen steigende Sachkosten für die Fremdreinigung der Schulen und der Verwaltung. Im Vergleich zum Schutzschirmvertrag mussten Mehraufwendungen in Höhe von 500 T€ veranschlagt werden. Der noch vorhandene Sanierungsstau an den Schulen machte es zudem notwendig, die Bauunterhaltungskosten um 300 T€ in 2017 und 600 T€ in 2018 höher anzusetzen, als im Schutzschirmvertrag noch vorgesehen. Dieser Betrag ist jedoch durch den Ertrag aus der Schulumlage ergebnisneutral. Zudem bestand für 2017 noch die Notwendigkeit, 200 T€ an Bauunterhaltungskosten für das Gebäude, in dem die Atemschutzstrecke untergebracht ist, anzusetzen. Ein weiterer Punkt stellen die aufgrund des großen Straßennetzes erhöhten Aufwendungen für Deckenerneuerungen der kreiseigenen Straßen dar. Hier sind Mehrkosten von 300 bis 400 T€ jährlich anzusetzen. Die Kostensteigerung der gesamten Sach- und Dienstleistungen konnte im Vergleich zum Schutzschirmvertrag durch eine konsequente sparsame Haushaltswirtschaft auf 2% begrenzt werden.

3. Produkt Volkshochschule: Erhöhung der Teilnahmeentgelte

vhs - Entgelte	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	494	494	494	494	494	494
lt. HHEntwurf 2017/18	494	523	523	523	523	523
Differenz zu Vertrag	0	29	29	29	29	29

Zur Erreichung eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses innerhalb des durch das Schutzschirmgesetz vorgegebenen Zeitraums wurde als eine Maßnahme die Erhöhung der Teilnahme-

entgelte umgesetzt. Mit der erstmaligen Erhöhung um 0,20 EUR je Unterrichtseinheit wurde der Kostendeckungsgrad der Volkshochschule verbessert. Der hier dargestellte Mehrertrag von 29 T€ wurde durch eine nochmalige Gebührenerhöhung verursacht, es werden jedoch auch um 27 T€ höhere Aufwendungen, bedingt durch einen höheren Bedarf an Sachkosten durch die Zunahme des Kursvolumens und die Honorarerhöhung etatisiert.

4. Produktbereich Soziale Leistungen: Erhöhung der Erstattung Grundsicherung SGB XII

Die Rahmenvereinbarung über den Kommunalen Schutzschirm zwischen der Hessischen Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden legt fest, dass die Landkreise die ab dem Jahr 2013 entstehenden Mehrerträge aus der Erstattung der Aufwendungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (SGB XII) uneingeschränkt zur Konsolidierung einsetzen, soweit diese nicht durch gesetzlich bedingte Mehraufwendungen aufgezehrt werden.

Im Konsolidierungszeitraum wird sich diese Maßnahme nach aktueller Einschätzung wie folgt entwickeln:

Mehrerträge SGB XII	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	4.730	4.872	5.018	5.169	5.324	5.484
lt. HHEntwurf 2017/18	5.738	6.488	6.488	6.683	6.883	7.090
Differenz zu Vertrag	1.008	1.616	1.470	1.514	1.559	1.606

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Erstattungen über den bei Antragstellung kalkulierten Erträgen liegen. Allerdings ergibt sich daraus kein zusätzliches Konsolidierungspotential, weil sich im gleichen Umfang auch die korrespondierenden Transferaufwendungen erhöhen.

5. Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe: Reduzierung der Transferaufwendungen

Transferaufw. JA	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	19.798	20.293	20.800	21.320	21.853	22.399
lt. HHEntwurf 2017/18	18.777	24.059	24.059	24.660	25.277	25.909
bereinigt um Mehraufw. umA	18.777	18.059	18.059	18.660	19.277	19.909
Differenz zu Vertrag	-1.021	-2.234	-2.741	-2.660	-2.576	-2.490

In der oben dargestellten Tabelle wurden die Mehraufwendungen für stationäre Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) von jährlich 6 Mill. € herausgerechnet, da diese zu 100% vom Land erstattet werden.

Der Konsolidierungsmaßnahme lag die Annahme zugrunde, dass sich durch die Verstärkung präventiver Angebote die besonders kostenträchtigen Hilfemaßnahmen der gesetzlichen Jugendhilfe reduzieren lassen. Zunächst aus Mitteln des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets finanziert wurde seit 2012 mit drei Beschäftigten an mehreren Schulstandorten Schulsozialarbeit etabliert. Die Angebote haben sich nach Einschätzung des Jugendamts durchweg sehr bewährt und bereits

von Beginn an dazu beigetragen, die gesetzliche Aufgabenstellung bedarfsgerechter und wirtschaftlicher zu erfüllen. Dies zeigt sich in dem kalkulierten Transferaufwand.

6. Produktbereich Gesundheitsdienste (Teilhaushalt 80): Erhöhung der Fleischbeschaugebühren

Entgelte Fleischbeschau	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	187	187	187	187	187	187
lt. HHEntwurf 2017/2018	203	223	223	223	223	223
Differenz zu Vertrag	16	36	36	36	36	36

Die vereinbarte Wirkung konnte durch den Erlass einer Gebührensatzung in 2014 erreicht werden.

7. Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft/Schulträgeraufgaben (nur Schulumlage): Mehrerträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich

Mehrerträge KFA	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lt. Vereinbarung 2012	74.670	77.890	81.251	84.759	88.420	92.240
lt. HHEntwurf 2017/18	78.689	80.227	82.959	85.713	88.444	91.257
Differenz zu Vertrag	4.019	2.337	1.708	954	24	-983

Auch diese Konsolidierungsmaßnahme wurde als für die Landkreise verpflichtend in der Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden festgeschrieben. Demnach müssen alle aus dem Kommunalen Finanzausgleich zu erwartenden Mehrerträge uneingeschränkt zur Konsolidierung des Haushalts eingesetzt werden, soweit diese nicht durch gesetzlich bedingte Mehraufwendungen aufgezehrt werden. Die vorstehende Tabelle bildet jeweils die Erträge aus Zuweisungen und Umlagen reduziert um die Aufwendungen aus Krankenhaus- und LWV-Umlage ab. Das Jahr 2017 zeigt noch eine wesentliche Verbesserung zum Schutzschirmvertrag. Aufgrund geringerer Steigerungsraten für die Kreis- und Schulumlage im aktuellen Haushaltsplan, welche an die Orientierungsdaten des Landes vom 30.09.2016 angelehnt sind und ab 2018 3% betragen (statt 4,5% lt. Schutzschirmvertrag), fallen die Mehrerträge in der mittelfristigen Planung bis 2020 geringer aus. In 2021 würden sich die Erträge lt. heutiger Prognose im Vergleich zur Schutzschirmprognose sogar verringern. Die verbleibenden Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich entwickeln sich somit lt. Finanzplanungserlass nicht in dem Umfang, wie dies noch bei Abschluss der Konsolidierungsvereinbarung im Jahr 2012 erwartet werden durfte. Das Konsolidierungsziel konnte daher nur durch eine Anhebung der Umlagehebesätze um in der Summe 0,5%-Punkte in 2018 eingehalten werden. Entgegen der Annahmen des Vorjahres, die eine jährliche Erhöhung der Kreisumlage um jeweils 0,5 % vorsahen, bleibt dies aber die einzige Umlageveränderung im Planungszeitraum bis 2021.

VII. Fazit und Ausblick

Es ist weiterhin vorrangiges Ziel der Kommunalpolitik im Vogelsbergkreis, die Leistungsfähigkeit des Landkreises durch einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt wieder herzustellen. Entgegen der bisherigen Prognose im Rahmen des Berichtswesens zum Kommunalen Schutzschirm gelingt dies nunmehr bereits mit dem vorliegenden Doppelhaushalt und auch für alle Folgejahre. Die höheren Erstattungen, die der Kreis für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Versorgung der Flüchtlinge erhält, tragen ebenso wie die in den vergangenen Jahren aufgrund der robusten Wirtschaftslage gestiegenen Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich zur Haushaltsentlastung bei.

Die vorstehend skizzierte Planung eines ausgeglichenen und in den Folgejahren leicht positiven ordentlichen Ergebnisses ermöglicht zwar bereits einen leichten Abbau der Altfehlbeträge aus Vorjahren im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, führt aber noch nicht zu einem Abbau der Kassenkredite, weil der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit noch nicht so hoch ist, dass damit auch die Tilgung der Kredite bedient werden könnte. Um dieses notwendige Ziel zu erreichen, sind, obwohl nach der vorliegenden Haushaltsplanung eine Entlassung aus dem Schutzschirm nach drei in Folge positiven Jahresergebnissen bereits 2018 in Betracht käme, weitere Konsolidierungsschritte erforderlich. Nach wie vor gilt aber, dass die Kreisfinanzen nachhaltig aber nur dann stabilisiert werden können, wenn allen Kommunen für die von Bund und Land übertragenen Aufgaben eine angemessene Finanzausstattung gewährt wird. Dafür gilt es weiter zu streiten.

Lauterbach, den 15.12.2016

VOGELSBERGKREIS

- Der Kreisausschuss -


(Manfred Görig)

Landrat